



Landtag von Baden-Württemberg

31. Sitzung

12. Wahlperiode

Stuttgart, Donnerstag, 17. Juli 1997 • Haus des Landtags

Beginn: 9.34 Uhr

Schluß: 19.18 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	2261	2. Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Förderung von Verbundprojekten – Drucksache 12/1244	2274
Absetzung von Tagesordnungspunkt 4	2261	Abg. Rosely Schweizer CDU	2274, 2279
Glückwünsche zum Geburtstag des Abg. Roland Schmid	2262	Abg. Hausmann SPD	2275
Begrüßung einer Delegation aus Kanagawa (Japan) unter Führung des Abg. Saito	2317	Abg. Sabine Schlager Bündnis 90/Die Grünen . .	2277
Begrüßung einer Gruppe hochrangiger Generäle und Stabsoffiziere der NATO, der US- und der französischen Streitkräfte sowie der Bundeswehr	2323	Abg. Drautz FDP/DVP	2277, 2279
1. Aktuelle Debatte – Die Position Baden-Württembergs in der bundesweiten Debatte um die Einhaltung der Euro-Stabilitätskriterien – beantragt von der Fraktion Die Republikaner	2261	Abg. Deuschle REP	2278
Abg. Krisch REP	2261, 2267	Minister Dr. Döring	2279
Abg. Stratthaus CDU	2262, 2271	Beschluß	2282
Abg. Wettstein SPD	2264, 2272	3. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Geplante Schließung des Alcatel-SEL-Werks in Mannheim – Drucksache 12/1365	2282
Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen	2265, 2273	Antrag Drucksache 12/1757	
Abg. Dr. Freudenberg FDP/DVP	2266, 2274	Abg. Nagel SPD	2282
Staatssekretär Rückert	2268	Abg. Dr. Inge Gräßle CDU	2284
		Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen . .	2285
		Abg. Pfister FDP/DVP	2286
		Abg. Schonath REP	2287
		Abg. Maurer SPD	2288
		Abg. Dr. Carmina Brenner CDU	2289
		Minister Dr. Döring	2290
		Beschluß	2291
		Abg. Weimer SPD (zur Abstimmung)	2291

4. Vereidigung der neugewählten Mitglieder des Staatsgerichtshofs	2261 (abgesetzt)
5. Wahl der externen Mitglieder der Enquete-kommission „Jugend – Arbeit – Zukunft“ und von weiteren stellvertretenden Mitgliedern	2291
6. Fragestunde – Drucksache 12/1674	
6.1 Mündliche Anfrage des Abg. Reinhard Hackl Bündnis 90/Die Grünen – Personalabbau bei den Regierungspräsidien	2291
Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen	2291, 2292
Minister Dr. Schäuble	2291, 2292
6.2 Mündliche Anfrage des Abg. Dr. Dieter Puchta SPD – Staatsanwaltschaftliche Ermittlungen	2292
Abg. Dr. Puchta SPD	2292
Minister Mayer-Vorfelder	2292, 2295, 2296, 2297, 2298, 2299, 2300
Abg. Capezzuto SPD	2295
Abg. Maurer SPD	2295, 2297
Abg. Schmiedel SPD	2295, 2298
Abg. Nils Schmid SPD	2296
Abg. Dr. Schlierer REP	2297
Abg. Wettstein SPD	2297
Abg. Moser SPD	2297
Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen	2299
Abg. Weimer SPD	2299
6.3 Mündliche Anfrage des Abg. Gerd Teßmer SPD – Veterinäre und Veterinärinnen im Tierschutz	2300
Abg. Teßmer SPD	2300
Ministerin Gerdi Staiblin	2300
6.4 Mündliche Anfrage des Abg. Dr. Walter Müller SPD – Öffentliche Äußerungen von Sozialminister Dr. Vetter zur Drogenpolitik	2300
Abg. Dr. Walter Müller SPD	2300, 2301
Minister Dr. Vetter	2300, 2301
Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen	2301
6.5 Mündliche Anfrage des Abg. Dr. Rolf Schlierer REP – Rechts- und Verfassungstreue von Verdeckten Ermittlern des LKA Baden-Württemberg	2301
Schriftliche Antwort	2301
6.6 Mündliche Anfrage des Abg. Lothar König REP – Unterrichtung parlamentarischer Gremien über Einsätze Verdeckter Ermittler	2301
Schriftliche Antwort	2301
6.7 Mündliche Anfrage des Abg. Ulrich Deuschle REP – Gesetzeslage und Ausweisungspraxis bei straffälligen Ausländern	2302
Schriftliche Antwort	2302
7. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung eines Zweiten Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 1997 – Drucksache 12/1673	2302
Minister Mayer-Vorfelder	2302, 2321
Abg. Stratthaus CDU	2309
Abg. Dr. Puchta SPD	2311
Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen	2313
Abg. Kiel FDP/DVP	2315
Abg. Rapp REP	2317
Abg. Oettinger CDU	2319
Abg. Birzele SPD (persönliche Erklärung)	2323
Beschluß	2323
8. Erste Beratung	
a) des Gesetzentwurfs der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Gesetz zur Reform der Universitätsklinik – Drucksache 12/1580	
b) des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Reform der Hochschulmedizin (Hochschulmedizinreform-Gesetz – HMG) – Drucksache 12/1740	2323
Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen	2323
Minister von Trotha	2326
Abg. Dr. Mauz CDU	2330
Abg. Weimer SPD	2332
Abg. Pfister FDP/DVP	2334
Abg. Dr. Schlierer REP	2336
Abg. Christa Vosserschulte CDU	2338
Beschluß	2339
9. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes und von Verfahrensgesetzen der ordentlichen Gerichtsbarkeit – Drucksache 12/1614	2339
Beschluß	2339
10. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Landesreisekostengesetzes, des Landesumzugskostengesetzes, der Auslandsreisekostenverordnung des Landes und der Landestrennungsgeldverordnung – Drucksache 12/1532	
Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 12/1703	2339
Abg. Moser SPD	2339
Abg. Sieber CDU (zur Geschäftsordnung)	2339

Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/ Die Grünen (zur Geschäftsordnung)	2340	13. Beschlußempfehlungen und Berichte des Petiti- onsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 12/1675, 12/1676, 12/1677, 12/1678, 12/1679, 12/1680, 12/1686	2351
Beschluß	2341	Beschluß	2351
Abg. Herrmann CDU (zu Protokoll)	2342	14. Beschlußempfehlungen und Berichte der Fach- ausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksachen 12/1651, 12/1660	2351
Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/ Die Grünen (zu Protokoll)	2342	Beschluß	2351
Abg. Kleinmann FDP/DVP (zu Protokoll)	2343	15. Kleine Anfragen – Drucksachen 12/1412, 12/1452, 12/1618, 12/1619, 12/1648	2351
Abg. Huchler REP (zu Protokoll)	2343	Anlage 1	
Staatssekretär Rückert (zu Protokoll)	2344	Vorschlag der Enquetekommission „Jugend – Arbeit – Zukunft“ für die Wahl der externen Mitglieder	2352
11. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Innenministeriums – Befristetes Bleiberecht für bosnische Auszubildende – Drucksache 12/1582	2345	Anlage 2	
Abg. Lorenz SPD	2345, 2349	Wahlvorschlag der Fraktion der CDU – Wahl von stellvertretenden Mitgliedern der Enquetekommission „Jugend – Arbeit – Zukunft“	2353
Abg. Roland Schmid CDU	2346		
Abg. Renate Thon Bündnis 90/Die Grünen	2346		
Abg. Dr. Glück FDP/DVP	2347		
Abg. Wilhelm REP	2347		
Minister Dr. Schäuble	2348		
Beschluß	2350		
12. Aktuelle Debatte – Praxis der Flüchtlingsrück- führung nach Bosnien-Herzegowina – der er- folgreiche baden-württembergische Weg – be- antrag von der Fraktion der CDU	2351 (zurückgezogen)		

Protokoll

über die 31. Sitzung vom 17. Juli 1997

Beginn: 9.34 Uhr

Präsident Straub: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 31. Sitzung des 12. Landtags von Baden-Württemberg.

U r l a u b für heute habe ich Herrn Abg. Hofer erteilt.

K r a n k gemeldet sind die Herren Abg. Bebber und Pfeifle.

Meine Damen und Herren, wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich darf Ihnen zunächst mitteilen, daß Punkt 4 der Tagesordnung – Vereidigung der neugewählten Mitglieder des Staatsgerichtshofs – abgesetzt werden muß, weil einige der gewählten Mitglieder heute keine Zeit haben.

(Anhaltende Unruhe)

– Die Herren sind immerhin erst gestern gewählt worden, und teilweise liegt eine Verhinderung vor, worauf wir Rücksicht nehmen wollen.

(Heiterkeit)

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Die Position Baden-Württembergs in der bundesweiten Debatte um die Einhaltung der Euro-Stabilitätskriterien – beantragt von der Fraktion Die Republikaner

Für den Ablauf der Aktuellen Debatte hat das Präsidium die üblichen Redezeiten festgelegt: 50 Minuten ohne Anrechnung der Redezeit der Regierung, 5 Minuten für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und 5 Minuten für die Redner in der zweiten Runde.

Ich darf auch heute wieder auf § 60 Abs. 3 unserer Geschäftsordnung verweisen, wonach die Aussprache bei einer Aktuellen Debatte in freier Rede zu führen ist. Die Mitglieder der Landesregierung darf ich bitten, sich ebenfalls an diese Bestimmung zu halten.

Ich darf nun Herrn Abg. Krisch das Wort erteilen.

Abg. Krisch REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Je näher der Termin der Einführung des Euro kommt, desto intensiver wird die Debatte in den Medien und in der Öffentlichkeit, und desto häufiger wird die Frage nach der Bedeutung der scheinbar so wichtigen Stabilitätskriterien gestellt. Hier im Landtag sind es eigentlich nur zwei Fraktionen, die sich ernsthaft mit dem Thema beschäftigen: die Grünen, aber mit der politischen Zielsetzung „Deutschland

ist uns im Grunde genommen Wurst“, und die Republikaner, die Schaden von Deutschland wenden wollen.

(Beifall bei den Republikanern – Minister Dr. Döring: Unglaublich!)

Mit dieser Vorbemerkung stimme ich Herrn Trittin zu, wenn er sagt, die 3,0%-Debatte sei im Hinblick auf langfristige Stabilitätspolitik eine Unsinndebatte.

Um was geht es? Die fünf scheinbaren Stabilitätskriterien sind folgende: Das erste Kriterium ist die Bandbreite der Währungen. Das funktioniert anscheinend mit Ausnahme des englischen Pfunds, gegenüber dem die D-Mark in nur sechs Monaten 30 % an Wert verloren hat, und zwar seit dem Zeitpunkt, seit dem klar ist, daß das Pfund dem Euro nicht beitreten wird. Soviel zur Einschätzung der internationalen Finanzmärkte über den neuen Euro.

(Beifall bei den Republikanern)

Zu Zinsen möchte ich aus Zeitgründen nicht viel sagen, aber wenn sich der Abwertungsdruck verstärkt, werden die Zinsen erhöht werden, und zwar zum Nachteil unserer Wirtschaft.

Zur Inflation: Wir haben in der EU im Durchschnitt 1,5 % Inflation. Das ist ein hervorragender Wert, aber er geht auf Kosten der größten Massenarbeitslosigkeit, die es je gab. Diese 1,5 % werden noch abgemindert, wenn man weiß, daß Japan unter 2 % Inflation liegt und die USA mit einer wachsenden Wirtschaft und einer steigenden Zahl von Arbeitsplätzen ebenfalls nur bei zirka 2 % Inflation liegen.

Bleiben die zwei letzten Kriterien: eine maximale Verschuldung von 60 % des Bruttoinlandsprodukts und die magischen 3,0 % Haushaltsdefizit. Ich möchte den Sachverhalt an einem Beispiel erklären. Stellen Sie sich einmal vor, Familie A und Familie B haben in ihrem Haushalt monatlich 2 000 DM zur Verfügung. Familie A gibt regelmäßig 2 500 DM und Familie B ganz genau 2 000 DM aus. Wer diese zwei Familien finanziell beurteilen will, liegt falsch, wenn er sich nicht vorher nach den Vermögensverhältnissen erkundigt. Wenn sich herausstellt, daß Familie A 100 000 DM auf der hohen Kante und Familie B 100 000 DM Schulden hat, ist das Defizit von Familie A zu vernachlässigen.

(Abg. Haasis CDU: Welcher Staat hat schon 100 000 DM auf der hohen Kante?)

Genau das ist das Problem der Stabilitätsdebatte, denn niemand diskutiert über die Verschuldung. Wir reden über Ita-

(Krisch)

lien mit 120 % Verschuldung, über Belgien mit 130 % Verschuldung, und anstatt daß die jeweiligen Regierungen Konsolidierungspolitik betreiben, werden Buchhaltertricks angewandt. Es wird mit Buchhaltertricks versucht, das Bruttoinlandsprodukt künstlich zu erhöhen. Unser Goldfinger-Theo wollte zuerst den Goldklau machen. Weil das nicht funktioniert hat, spielt Waigel jetzt Flohmarkt: Er verscherbelt unsere Ölreserven und will an die Telekom-Aktien heran. All das tut er nur, um diese 3,0 % durch Buchhaltertricks, durch Potemkinsche Finanzdörfer zu erreichen.

Ein anderer Gesichtspunkt, der hier noch zu diskutieren ist, ist das Grundgesetz. Ich erinnere an die Kleine Anfrage des Kollegen Haasis nach der Bedeutung der Stabilitätskriterien und an die Antwort der Landesregierung, in der stand: Eine innerstaatliche Diskussion über die Stabilitätskriterien hat noch nicht stattgefunden; es liegt nur ein Vorschlag des Bundes vom Juni 1996 vor.

Das heißt doch: Hier wird über die Einführung des Euro gesprochen, bevor überhaupt die verfassungsrechtlichen Fragen geklärt sind. Alles steht noch im Widerspruch zu Artikel 109 Abs. 2 und 3 des Grundgesetzes. Die ganze Debatte ist verfassungswidrig.

(Abg. Haasis CDU: Die Debatte ist verfassungswidrig?)

– Die Debatte über die Stabilitätskriterien.

(Abg. Haasis CDU: Die Debatte ist sicher nicht verfassungswidrig! Das war wohl ein Versprecher!
– Abg. Deuschle REP: Nicht drausbringen lassen!)

Die Frage ist dann: Warum diese ganze Diskussion? Wegen der kommenden Wahlen, weil Herr Stoiber weiß, daß er im nächsten Landtag mit Republikanern rechnen muß,

(Unruhe)

weil Herr Schröder weiß, daß er mit der Euro-Debatte und seinem „Wahlhelfer“ Kohl Chancen hat, 1998 Kanzler zu werden.

(Minister Dr. Döring: Hoppla!)

Meine Damen und Herren, die ganze Diskussion über Stabilitätskriterien ist Humbug; denn bei der Einführung des Euro entscheiden ausschließlich die Länderberichte der Europäischen Kommission und des Europäischen Währungsinstituts. Diese Gremien sind mit Leuten, die am Euro interessiert sind, besetzt; das sind die Euro-Gewinnler. Die Entscheidung über die Einführung des Euro wird ausschließlich aus Gewinnsucht erfolgen. Das ist eine rein politische Entscheidung ohne jeden Sachverstand. Es wird niemals eine punktgenaue Bewertung der Stabilitätskriterien geben.

Die Folge des Euro wird sein: Reduzierung unseres Lebensstandards und Gewinne bei den internationalen Konzernen, bei Daimler-Benz, Siemens, Bosch, bei den Großbanken – zu Lasten des Mittelstands, zu Lasten des Handwerks, zu Lasten der Arbeitnehmer, der Geringverdienenden.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Deuschle REP: Ja!)

Meine Damen und Herren, Herr Tietmeyer hat es auf den Punkt gebracht: Er verlangt eine dauerhafte Stabilitätspolitik. Das Bundesverfassungsgericht hat die Richtung vorgegeben: Die Europäische Gemeinschaft muß eine Stabilitätsgemeinschaft sein ohne Währungsreform durch Inflation oder Abwertung.

Meine Damen und Herren von den Koalitionsfraktionen, Sie sind am Zug, aber bitte mit Argumenten und nicht mit Polemik.

(Beifall bei den Republikanern)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, ich habe noch etwas nachzutragen: Heute hat der als Schriftführer amtierende Kollege Roland Schmid Geburtstag.

(Beifall im ganzen Haus)

Ich möchte ihm im Namen des Hauses sehr herzlich gratulieren und ihm alles Gute wünschen.

(Abg. Drexler SPD: Wir trinken Sekt!)

Ich erteile nun Herrn Abg. Stratthaus das Wort.

(Abg. Heiler SPD: Was trinken wir denn?)

Abg. Stratthaus CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Krisch hat uns aufgefordert, Argumente zu bringen. Wir werden Argumente bringen.

(Abg. Drexler SPD: Aber nicht heute!)

Ich wehre mich auch ganz entschieden gegen die Behauptung, wir würden uns nicht genügend um den Euro kümmern. Wir befassen uns mit dem Euro, wir kommen allerdings am Ende unserer Überlegungen zu einem ganz anderen Ergebnis. Wir sind der festen Überzeugung, daß es ganz schwere, nachteilige Folgen für Deutschland, für die deutsche Wirtschaft und für Europa hätte, wenn der Euro nicht eingeführt würde.

Meine Damen und Herren, die Deutschen haben Angst um ihre Währung.

(Abg. Deuschle REP: Zu Recht!)

Das ist keine Frage. Wir müssen sie daher aufklären, und wir dürfen nicht aus billigen populistischen Gründen versuchen, diese Ängste zu schüren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Warum war denn unsere Währung in den letzten 30 Jahren stark? Doch nicht aus politischen Gründen, sondern weil unsere Wirtschaft stark war.

(Abg. Deuschle REP: Richtig!)

Wenn der Euro nicht kommt, werden wir in eine Klein- staaterei verfallen, unsere Wirtschaft wird schwach sein,

(Abg. Deuschle REP: Das stimmt doch gar nicht!)

und dann wird auch unsere Währung schwach sein.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

(Stratthaus)

Es ist ganz sicher, daß die D-Mark ohne Euro in fünf oder zehn Jahren lange nicht mehr die Stellung haben würde, die sie heute hat und in der Vergangenheit hatte. Wir brauchen aus diesem Grund den Euro.

(Abg. Rapp REP: Herr Kollege, sind Sie unter die Wahrsager gegangen?)

– Lassen Sie mich die Argumente bringen.

Leider sehen wir in Deutschland zu viele Risiken und zu wenig Chancen. Vom Markt her hat der Euro alle Chancen, eine starke Währung zu werden. Es ist unsere Aufgabe, es ist Aufgabe der Politik, die Rahmenbedingungen zu bieten. Wir müssen deswegen die Konvergenzkriterien präzise einhalten, und wir müssen auch den Zeitpunkt der Einführung einhalten. Das ist der Beitrag der Politik. Vom Markt her wird der Euro eine harte Währung werden.

Er sichert uns den Wohlstand. Warum? Wir haben heute einen Markt von ungefähr 80 Millionen Menschen mit der gleichen Währung. Wir werden in Zukunft einen einheitlichen Währungsraum von 200 Millionen oder sogar 400 Millionen oder 500 Millionen Menschen haben. Das hat große Vorteile. Natürlich wird der Wettbewerb zunehmen. Die Wettbewerbsintensität wird zunehmen. Aber wir glauben, daß dies für die gesamte Wirtschaft ein großer Vorteil ist. Natürlich werden sich einzelne mehr anstrengen müssen. Aber das ist eben so, wenn stärkerer Wettbewerb herrscht.

Wir werden in diesem großen Raum keine Wechselkurschwankungen mehr haben. Ich bitte Sie, sich doch einmal die letzten 30 Jahre in Erinnerung zu rufen. In Deutschland war die Produktivitätsentwicklung immer positiver als im Rest Europas, was dazu geführt hat, daß alle paar Jahre eine Wechselkursanpassung erfolgt ist. Die D-Mark wurde aufgewertet. Die Vorteile, die unsere Exportwirtschaft durch höhere Produktivität unserer Arbeitnehmer errungen hatte, sind damit wieder verlorengegangen. Damit wird in Zukunft Schluß sein.

Unsere Wirtschaft mußte, um ihre Geschäfte in ausländischer Währung abzusichern, Wechselkurssicherungsgeschäfte tätigen. Es mußten Wechselmargen bezahlt werden. Die Deutsche Bank spricht von 40 Milliarden DM, das Ifo-Institut von 30 Milliarden DM, die die deutsche Wirtschaft allein für diese Zwecke Jahr für Jahr aufbringen mußte: zur Sicherung von Wechselkursen, damit langfristig in fremder Währung geplant werden kann, und wegen des Wechselns in anderen Währungen.

Eines müssen wir allerdings auch mit aller Deutlichkeit klarmachen, meine Damen und Herren: Wir werden auch in Zukunft verschiedene Produktivitätsentwicklungen in verschiedenen Teilen Europas haben.

(Abg. Deuschle REP: Eben!)

– Ja, eben. – Deswegen ist es absolut notwendig, daß wir uns zur Ungleichheit in Europa bekennen.

(Abg. Deuschle REP: Aha!)

Ich würde es für äußerst verhängnisvoll halten, wenn wir in Portugal die gleichen Verhältnisse wie in den Niederlanden

wollten. Das wollen wir nicht. Das müssen wir mit aller Klarheit sagen. Wenn die Möglichkeit der Anpassung über die Wechselkurse ausfällt, dann muß in Zukunft eben die Möglichkeit der Anpassung über den Arbeitsmarkt und über die Finanzmärkte vorhanden sein.

(Abg. Deuschle REP: Ja, wie wollen Sie das mit dem Binnenmarkt machen?)

Aus wirtschaftlichen Gründen ist es deswegen überhaupt keine Frage, daß Europa und daß der Euro für uns von Vorteil sein wird.

Ich möchte aber ein noch viel schwerer wiegendes Argument, ein noch viel ernsthafteres Argument einführen, das vor allem unser Bundeskanzler immer wieder in die Diskussion bringt: Was geschieht, meine Damen und Herren, wenn wir den Euro nicht einführen?

(Abg. Krisch REP: Uns geht es gut!)

Sie tun in dieser Diskussion manchmal so, als stünden wir am Punkt Null, als wären wir in einem volkswirtschaftlichen Seminar, in dem man überlegen könnte: So ist es heute, und so wird es später sein. So sind die Verhältnisse nicht. Wir haben seit 40 Jahren ein europäisches Zusammenwachsen. Wir haben seit vielen Jahren die Währungsschlange. Wenn wir den Euro heute nicht einführen, wird das katastrophale Folgen haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich will sie Ihnen beschreiben. Als erstes wird die D-Mark ganz gewaltig aufgewertet werden, und wir werden das kleine Pflänzchen des Konjunkturaufschwungs, das wir, getragen durch den Export, im Augenblick haben, sofort wieder begraben können. Das ist das erste.

Bei unseren südeuropäischen Nachbarn, die sich sehr angestrengt haben, um ihre Währungen zu stabilisieren, werden die Zinsen in die Höhe schießen. Das internationale Kapital wird Europa meiden. Wenn der Euro nicht kommt, nachdem so viel geschehen ist, werden wir wirklich zum Museum der Welt. Das internationale Kapital wird nach Japan, nach Amerika und nach Südostasien fließen und wird Europa meiden.

Wie wird das dann weitergehen, meine Damen und Herren? Genau diejenigen, die heute gegen den Euro polemisieren, werden dann Protektionismus fordern. Sie werden die ersten sein, die sagen: Weil wir wegen der Aufwertung der D-Mark von Einfuhren überflutet werden und weil wir nichts mehr exportieren können, müssen wir uns schützen.

(Abg. Sieber CDU: Sehr richtig!)

Sie werden den freien Zug der Arbeitnehmer unterbinden wollen. Irgendwann werden dann wieder Kapitaltransferbegrenzungen eingeführt werden. Sie werden jeden, der im Ausland Urlaub macht, dann wieder moralisch brandmarken wollen. All diese Dinge werden kommen, wenn wir den Euro nicht einführen.

Zum allerletzten, meine Damen und Herren: Wir werden einen Handelskrieg bekommen, wenn wir den Euro heute

(Stratthaus)

nicht einführen und die D-Mark so in den Himmel schießen wird. Ich sage Ihnen: Jugoslawien läßt grüßen.

(Zuruf des Abg. Deuschle REP)

Der Bundeskanzler hat deswegen recht. Ich stimme ihm zu, wenn er sagt:

(Zuruf des Abg. Wettstein SPD)

Beim Euro geht es nicht nur um Mark und Pfennig, sondern es geht in der Tat um Krieg und Frieden.

(Oh-Rufe von den Republikanern – Zuruf des Abg. Rapp REP)

So ernsthaft ist dies zu sehen, wenn Sie es in einen großen Zusammenhang stellen.

Meine Damen und Herren, es gibt noch einiges dazu zu sagen, was der Euro speziell für Baden-Württemberg bedeutet. Ich möchte das in der zweiten Runde vortragen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Wettstein.

Abg. Wettstein SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bedaure sehr, daß infolge des Durcheinanders, das durch die deutsche Bundesregierung und die baden-württembergische Landesregierung angerichtet worden ist, die Rechtsextremisten solche Steilvorlagen erhalten, wie wir es jetzt gerade erleben.

(Beifall bei der SPD – Abg. Deuschle REP: Jetzt hören Sie mal auf!)

Ich bedaure auch, daß heute der Ministerpräsident nicht da ist, nachdem er am 19. Juni gekniffen und versäumt hat, klarzustellen, was eigentlich die Haltung der Landesregierung ist. Aber vielleicht sind inzwischen mit Herrn Mayer-Vorfelder Vier-Augen-Gespräche geführt worden und ist die Forderung von Herrn Mayer-Vorfelder, daß, wenn die 3,0 % nicht erreicht werden, die Währungsunion ohne Deutschland stattfinden soll, ausgeräumt worden. Aber das müßte man dann öffentlich klarstellen und nicht nur in Vier-Augen-Gesprächen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Abg. Hehn CDU: Sie wissen doch gar nicht, was die geschwätzt haben! Reine Polemik!)

– Das wollen wir ja gerade erfahren.

Zweitens wollen wir wissen, ob die baden-württembergische Landesregierung weiterhin mit der Bayerischen Staatsregierung in Gleichklang geht. Wird also die baden-württembergische Landesregierung, wenn die Wirtschafts- und Währungsunion kommt, ohne daß die 3,0 % Neuverschuldung erreicht werden, wie die Bayerische Staatsregierung gegen die Wirtschafts- und Währungsunion klagen?

Das sind doch Fragen, die offen sind und die hier beantwortet werden müssen.

Ich sage ganz klar in Richtung Regierungsbank: Kommen Sie mir heute nicht wieder mit der Formel: „Wir erreichen

die 3,0 %, wir halten beinhart daran fest, und wir halten beinhart am Terminplan fest.“ Beides gleichzeitig ist nicht einzuhalten und ist eine unehrliche Versprechung, die da gemacht wird. Das zeichnet sich immer mehr ab.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, diese 3,0 % müssen nach zwei Seiten hin entmythisiert werden.

Erstens: Wird aus der Wirtschafts- und Währungsunion plötzlich eine instabile Veranstaltung, wenn Deutschland nicht die 3,0 %, sondern nur 3,2 % erreicht?

Zweitens: Sind 3,0 % Neuverschuldung auf Dauer gesehen Stabilität? Das bedeutet in zehn Jahren über 1 Billion DM zusätzlicher Verschuldung allein im Bundeshaushalt. Auch das kann man doch nicht als Stabilität bezeichnen.

Mythisieren Sie doch nicht so die 3,0 %, und lassen Sie nicht völlig außer acht, daß ja inzwischen eine große Stabilisierung in der Weise eingetreten ist, daß die Inflationsrate in der Europäischen Union einen Niedrigststand erreicht hat. Beispielsweise ist die Inflationsrate in Italien unter 3 % gesunken.

Darauf kann man nicht erst im Mai des nächsten Jahres abheben, wenn man sich dann entschließt: Jetzt halten wir den Terminplan ein; wir müssen die Kriterien verändern, und all das, was wir bisher versprochen haben, lassen wir fallen. Dies kann man nicht erst dann tun, weil dann die Verunsicherung in der Bevölkerung noch größer würde, als sie jetzt schon ist. Man kann natürlich auch nicht ein halbes Jahr vor dem 1. Januar 1999 die Währungsunion verschieben, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wenn man verschieben will, wie das jetzt auch der finanzpolitische Sprecher der CSU im Bundestag gefordert hat, dann muß man das jetzt tun und kann das nicht ein halbes Jahr vorher tun, meine sehr verehrten Damen und Herren. Da muß Klarheit geschaffen werden.

(Abg. Deuschle REP: Was wollen Sie denn konkret? Was will die SPD?)

Die Verunsicherung an den Finanzmärkten ist doch schon riesengroß. Wenn die D-Mark schwächer wird – nicht nur gegenüber dem Dollar, sondern auch gegenüber dem Pfund –, dann hat das ja zum Beispiel nicht nur damit zu tun, daß Tony Blair jetzt Ministerpräsident geworden ist – das spielt sicher auch eine Rolle –, sondern es hängt auch damit zusammen, daß die Leute verunsichert sind, was mit dem Euro auf sie zukommt.

(Zuruf des Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen)

Die sind in der Tat verunsichert worden, und auch die neuen Rekorde beim DAX jeden Tag zeigen nicht nur die Qualität des Standorts Deutschland auf, sondern zeigen auch auf, wie die Leute in Sachwerte flüchten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist dringend notwendig, daß die Bundesregierung und die Landesregierung Klarheit schaffen, was sie jetzt eigentlich wollen. Wollen sie die Kriterien einhalten und den Terminplan verschieben, oder wollen sie den Terminplan einhalten und die

(Wettstein)

Kriterien anders gestalten? Da ist j e t z t Klarheit notwendig und nicht erst in einem halben oder dreiviertel Jahr, meine Damen und Herren. Denn wenn die Bevölkerung weiterhin in dieser Weise verunsichert wird, dann glauben die Leute bei uns auch nicht an die Stabilität des Euro. Das Schlimmste jedoch, was einer Währung passieren kann, ist, wenn die Bevölkerung kein Vertrauen in diese Währung hat. Das ist wesentlich gravierender als alle Kriterien zusammengenommen.

Vor allen Dingen besteht die Gefahr, wenn das alles so durcheinanderläuft, daß die Rechtsextremisten weiterhin aus diesem Thema Honig saugen.

(Abg. Deuschle REP: Jawohl!)

Meine Damen und Herren, deshalb sind Klarheit und Wahrheit notwendig, und zwar sofort.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. König REP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Hildebrandt.

Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Stratthaus, Sie haben nichts über die Landesregierung gesagt.

(Abg. Stratthaus CDU: Kommt noch!)

Sie haben nichts darüber gesagt, daß die Haltung der Landesregierung zwar ein bißchen orakelhaft, auch durch Wiederholung nicht klarer, aber, wenn man die Zahlen anschaut, doch einigermaßen darstellbar ist: Einhaltung der Kriterien auf Komma und Null vor Termin und Teilnehmerzahl. Das ist nichts anderes als das, was Herr Stoiber sagt. Nichts haben Sie dazu gesagt, und die Situation muß man ein bißchen erklären.

Aber habe ich Sie wirklich richtig verstanden? Haben Sie gesagt: „Die D-Mark wird in zehn Jahren ohne den Euro nicht das sein, was sie in den letzten Jahren gewesen ist“?

(Abg. Stratthaus CDU: Wäre!)

Haben Sie das wirklich gesagt?

(Abg. Deuschle REP: Ja, hat er gesagt!)

Wir wollen den Euro, weil wir Europa wollen, und nicht, weil wir das fortsetzen wollen, wofür Sie wahrscheinlich stehen wollen, nämlich die Dominanz einer DM-Wirtschaft über den Rest Europas.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Widerspruch des Abg. Stratthaus CDU)

Das ist ein wesentlicher Unterschied. Das eine ist die Einigung Europas unter solidarischem Vorzeichen, und das andere ist die Einigung Europas unter dem Vorzeichen der Hegemonie. Das sind zwei völlig verschiedene Dinge.

(Abg. Stratthaus CDU: Ich habe die innere Stabilität gemeint! – Gegenruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Neidappt, Herr Stratthaus! Sie sind kein sauberer Europäer! Spargeleuropäer!)

Es gibt in diesem Europa aber mehr als nur die Bundesrepublik und mehr als Baden-Württemberg. In Frankreich gibt es, wenn Christian Semler von der „taz“ richtig berichtet hat, ein neues Lehnwort aus dem Deutschen. Es gibt, wie Sie alle wissen, „la Bundesbank“, es gibt „le Berufsverbot“. Jetzt gibt es auch „le Dreikommanull“. „Monsieur Dreikommanull“ beschreibt in aller Regel einen deutschen Bankier oder Minister, der mit der Reaktionsbreite eines Pawlowschen Hundes auf eine politische Situation immer gleich reagiert und eine Kombination aus Herrschsucht und Beschränktheit darstellt. Sie alle wissen, wen ich beschrieben habe. Die Franzosen wissen es auch. Das ist sofort erkennbar.

(Abg. Deuschle REP: Theo „Goldfinger“!)

Stabilität ist das Ziel. Der Maastrichter Vertrag und der Stabilitätspakt schreiben ja nicht 3,0 % vor. Dort sind ausgeglichene Haushalte vorgeschrieben. Es wird eine Rückführung der Staatsschulden verlangt, und das ist völlig unbestritten. Die 3,0 % sind ein völlig gegriffener Wert. Wer jetzt darauf herumreitet, der macht nichts anderes, als die in der Bevölkerung vorhandenen Ängste zu schüren. Und dann wird Stoiber vorgeschickt, der diese Ängste auch noch bedient, und zwar auf rein demagogische Weise.

(Abg. Deuschle REP: Richtig!)

Gleichzeitig bereiten Sie eine Politik vor, die noch 1998 zur Verschiebung führen muß – oder nicht?

(Zuruf des Abg. Deuschle REP)

Die Institute sagen für Deutschland 3,2 bis 3,5 % voraus. Waigel sagt: Wir erreichen 3,0 %. Ich will das nicht einmal bestreiten. Was aber ein Minister tun muß, das wäre, zu fragen: Wie haben wir das gerechnet? Das Finanzministerium weigert sich standhaft, zu sagen, aufgrund welcher Berechnung man auf die 3,0 % kommt. Man könnte ja auf einige Manöver kommen, die möglich sind: zum Beispiel noch etwas in die Kreditanstalt für Wiederaufbau oder etwas ins ERP-Sondervermögen. Der Fonds „Deutsche Einheit“ ist auch immer für ein paar Schulden gut, die man aufnehmen könnte.

(Zuruf des Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen)

Das alles geschieht ja im Augenblick.

Sie predigen eine Stabilität, die die Bundesrepublik selber nicht durchsetzt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der Republikaner)

Wie glaubhaft ist ein Stabilitätsprediger Theo Waigel, der sich mit dem Hinweis auf das Stabilitätsgesetz zusätzliche 17 Milliarden DM Schulden genehmigt, aber dieses Gesetz weder nach Buchstaben noch nach Geist erfüllt? Zur Abwehr eines vorübergehenden aktuellen wirtschaftlichen Ungleichgewichts kann die Neuverschuldung die Investitionssumme übersteigen. Weder ist die Arbeitslosigkeit etwas, was konjunkturell bedingt ist – sie ist vielmehr mindestens in den letzten zehn Jahren strukturell aufgebaut –, noch hat Herr Waigel die Absicht, mit der Neuverschuldung auch nur irgend etwas gegen die Arbeitslosigkeit zu

(Dr. Hildebrandt)

tun. Die Neuverschuldung kommt vielmehr den konsumtiven Ausgaben zugute. Jetzt frage ich Sie: Wie soll ein französischer Beobachter, der sehr wohl weiß, was „Monsieur Dreikommanull“ ist, an eine Stabilitätspolitik glauben, wenn die Bundesrepublik eine solche haltlose Finanzpolitik betreibt?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der Republikaner)

Der Euro ist sicherlich nicht ohne Risiken zu haben. Die Widersprüche, die er bringt, sind deutlich sichtbar. Aber diese Widersprüche sind mit der Politik des 3,0 nicht zu behandeln. Dazu brauchen wir eine Politik, die die sozialen Gegensätze in Europa beachtet und die vor allem darauf zielt, daß die 18 Millionen Arbeitslosen endlich wieder in Beschäftigung kommen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Freudenberg.

Abg. Dr. Freudenberg FDP/DVP: Hier liegt noch eine Uhr am Rednerpult. Wem gehört denn die?

(Zurufe, u. a. Abg. Weimer SPD: Wenn sie niemand will, nehme ich sie auch! – Der Redner fährt das Rednerpult nach oben. – Abg. Deuschle REP: Wollen Sie nicht anfangen, oder wie?)

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Reden wir einmal wieder über den Euro. Ich glaube, es ist jetzt das fünfte Mal, daß ich hier am Pult stehe

(Abg. Weimer SPD: Das langt nicht! – Abg. König REP: Das kann man nicht oft genug diskutieren! – Zuruf des Abg. Deuschle REP)

und über den Euro spreche. Jedesmal fällt mir auf, daß die Diskussion immer unverständlicher wird und sich auch immer mehr vom Vertragstext von Maastricht entfernt und sich verselbständigt.

(Zuruf des Abg. Wilhelm REP)

Lassen Sie mich dies anhand des Hauptanliegens, das ich in der Landespolitik habe, darstellen.

Meine Damen und Herren, das Hauptanliegen

(Zuruf des Abg. Deuschle REP)

der FDP/DVP-Fraktion ist: Wir wollen nicht, daß eine Süd-schiene zwischen München und Stuttgart entsteht, die dem Bundeskanzler in den Rücken fällt.

(Beifall des Abg. Birk CDU – Zuruf des Abg. Deuschle REP)

Wir wollen eine Europapolitik des Landes, die die Europapolitik des Bundes unterstützt und den redlichen Bemühungen der Bundesregierung in dieser Sache und in dem gerechten Anliegen des Euro zu einem Durchbruch verhilft.

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zu Herrn Stoiber mit seiner Komma-Diskussion. Herr Stoiber hat

dem Bundeskanzler einen Bären dienst erwiesen, diese Sache populistisch aufzuziehen. Er hat dann noch Herrn Huber vorgeschickt. Herr Huber ist der

(Abg. Pfister FDP/DVP: Wadenbeißer!)

„Wadenbeißer“ von Herrn Stoiber, das Pendant von Herrn Mayer-Vorfelder hier.

Herr Huber ist der Finanzminister in Bayern.

(Heiterkeit und vereinzelt Beifall bei der SPD – Lachen bei der CDU – Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Hans-Michael Bender: Jetzt aber langsam! – Abg. Wettstein SPD: Ist Herr Mayer-Vorfelder der einzige, der mit Ihnen in der Regierung sitzt?)

Er hat gesagt: „Führen wir doch den Euro ohne Frankreich ein.“ Herr Mayer-Vorfelder hat gesagt: „Führen wir doch den Euro ohne Deutschland ein.“ Meine Damen und Herren, beides kann man nicht tun.

(Abg. Rapp REP: Wie recht er hat!)

Wir wissen doch genau, daß ein Euro ohne einen währungspolitischen Zusammenhalt zwischen Frankreich, Deutschland und den Beneluxstaaten schlicht und einfach ausgeschlossen ist.

(Abg. Deuschle REP: Ja, das ist richtig! Wunderbar!)

Frankreich ist der mit Abstand größte Außenhandelspartner von Deutschland und umgekehrt.

(Abg. Krisch REP: Seit 1910!)

Ebenso sind die Niederlande der größte Importpartner von Deutschland. Wenn Sie also die Handelsbeziehungen zwischen diesen drei Ländern betrachten, erkennen Sie, daß es sehr viel Sinn macht, in diesem Bereich eine Währungsunion zu schaffen. Wenn man dann sagt, Frankreich oder Deutschland solle nicht dabei sein und die übrigen sollten einmal loslegen, hat das Ganze keinen Sinn. Das weiß auch Herr Huber, und das weiß auch Herr Mayer-Vorfelder; sie kennen sich in diesem Geschäft nämlich aus.

(Abg. Deuschle REP: Warum sagen sie es dann nach Ihrer Meinung?)

Diese Angelegenheiten dienen also nicht dazu, das Vorhaben Euro zu befördern, ebensowenig wie eine Verschiebungsdiskussion. Meine Damen und Herren, eine Verschiebungsdiskussion ist genau das, was Herr Stratthaus hier gekennzeichnet hat. Es ist eine Diskussion für Gelehrtenstuben, aber nicht für praktische Politik. Sie können einen Prozeß wie die Einführung einer Währungsunion eben nur eingebettet in einen politischen Ablauf stattfinden lassen. Sie können die Dynamik eines solchen Prozesses nicht einfach außer acht lassen; Sie können diesen Prozeß nicht in irgendeiner Weise verschieben und andere plötzlich auf den linken Fuß bringen.

(Abg. Weimer SPD: Auf den rechten bitte!)

Daran hängen ganze Volkswirtschaften, die sich seit Jahren um Stabilität bemühen, übrigens sehr zum Wohl der deut-

(Dr. Freudenberg)

schen Wirtschaft. Länder wie Italien oder Frankreich bemühen sich nachhaltig darum, ihre Währungen in Ordnung zu halten. Das ist gerade auch für Baden-Württemberg mit seiner sehr exportorientierten Wirtschaft ein Beitrag, dieses Land in Europa besser zu positionieren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Es liegt im Interesse von Baden-Württemberg, daß der Euro eingeführt wird, und es liegt im Interesse von Deutschland – da widerspreche ich Herrn Krisch ganz energisch –, daß der Euro eingeführt wird.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Ich glaube, Sie haben überhaupt keine Ahnung, Herr Krisch, was Sie anrichten, welche währungspolitische Achterbahn entstehen würde,

(Abg. Kiesswetter FDP/DVP: Richtig!)

wenn die Euro-Kiste platzen würde. Da gibt es Leute, die doch tatsächlich den Euro und die D-Mark vergleichen. Sie müssen den Euro und die D-Mark vergleichen, wenn die Euro-Kiste geplatzt ist, und dann werden Sie feststellen, daß für die deutsche Volkswirtschaft ein gewaltiger Schaden entsteht.

(Abg. Kiesswetter FDP/DVP: Richtig!)

Im Sinne unseres Bundeslandes, im Sinne Deutschlands und im Sinne Europas führen wir den Euro rechtzeitig und stabilitätsgerecht ein.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Krisch.

Abg. Krisch REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das war eine interessante Debatte. Die Grünen beschwören den D-Mark-Nationalismus, die FDP/DVP beweist, daß die Regierungskoalition interne Probleme hat, Herr Stratthaus beschwört den Frieden,

(Abg. Hehn CDU: Das ist doch gut! – Abg. Hans-Michael Bender CDU: Haben Sie etwas dagegen?)

und alle bleiben bei der 3-%-Debatte, obwohl diese Debatte Humbug ist. Es geht um die Länderberichte bei der Einführung des Euro.

Meine Damen und Herren, die wesentlichsten Argumente für den Euro waren doch immer: Deutschland lebt vom Export. Wir brauchen den Euro; wir sind ein Exportland. Das haben Herr Kurz und Herr Brechtken immer wieder vorgebracht.

Die Ausfuhrquoten von Belgien und Luxemburg liegen bei über 70 %, Schweden und Österreich liegen an der 40-%-Grenze, Dänemark hat eine Ausfuhrquote von 35 %, der EU-Durchschnitt sind 28 %, und Deutschland hat gerade einmal 23 % Ausfuhrquote. Aber wir sind der größte Importeur Europas, wir sind der Motor Europas. Wer verdammt eigentlich wen in dieser Debatte, Herr Stratthaus?

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Stratthaus CDU: Sie uns!)

Wer verdammt denn wen? Wer polemisiert, und wer verdammt die Bürger?

(Abg. Stratthaus CDU: Sie müssen doch die absoluten Werte nennen, nicht die Quote!)

– Moment, Moment.

Wir reden dauernd von den Währungsturbulenzen. Ich erinnere mich an Herrn Brechtken und an Herrn Kurz. Durch diese Währungsturbulenzen verlieren wir Arbeitsplätze, war deren Argument. Entweder, meine Damen und Herren, sind Sie wirklich fachlich inkompetent, oder das sind bewußte Lügen, denn 1980 war der bereinigte Außenwert der D-Mark größer als heute und ist seitdem noch nie darunter gewesen. Das britische Pfund hat seit 40 Jahren gegenüber der D-Mark kontinuierlich an Wert verloren, und trotzdem hat die deutsche Industrie in Großbritannien hervorragende Geschäfte gemacht. Diese Turbulenzdiskussionen sind ein dummes Gerede.

Sie sollten lieber die internationale Presse lesen.

(Abg. Sieber CDU: Auslandszeitung!)

In der „International Herald Tribune“ stand in der letzten Woche ausdrücklich, wer nicht unbedingt wegen geschäftlicher Interessen in den Euro-Bereich gehen müsse, der solle die Finger vom Euro-Bereich lassen, denn dort verliere man Geld.

Meine Damen und Herren, die Welt hört für jene, die aus Stuttgart sind, nicht in Kaltental und Gaisburg auf. Man muß auch die internationalen Reaktionen berücksichtigen.

(Beifall bei den Republikanern)

Man muß das lesen und verstehen.

Dem stelle ich die Grundsätze unseres größten Kanzlers gegenüber. Maastricht – so Herr Kohl – und damit der Euro ist ein „gottgefälliges Werk“. Wer kann einen solchen Kanzler denn noch ernst nehmen oder den Satz des Kanzlers letzte Woche: „Nationalstaaten, das ist Krieg“? Das soll doch, Herr Stratthaus, Herr Kohl einmal seinem neuen Freund Clinton sagen, dem Chef des aggressivsten und trotzdem erfolgreichsten Nationalstaates der Welt,

(Beifall bei den Republikanern)

dem Mann, vor dem Herr Kohl kuscht und dem er nicht zu widersprechen wagt.

Meine Damen und Herren, politische Feigheit ist das größte Übel unserer Zeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner – Abg. Hehn CDU: Aber Dummheit auch!)

Dieses Zitat stammt von dem ersten Bundesvorsitzenden der Republikaner, Franz Handlos, aus dem Jahr 1984.

(Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Kopfflos!)

Das gilt heute noch so wie damals.

(Zuruf des Abg. Gerd Scheffold CDU)

(Krisch)

Bevor ich jetzt der Landesregierung, Herr Kollege Schefold, ebenfalls politische Feigheit vorwerfen muß, verlange ich von der Landesregierung, sie solle jetzt, Herr Minister Döring, mit Argumenten, nicht mit ihrer üblichen Polemik, doch einmal klar ihre Stellung zur Position der Landesregierung zu dem Stabilitätskriterium 3 % Haushaltsdefizit darlegen, zur Position der Verschuldung 60 % des Bruttoinlandsprodukts, zur Position – die wir noch nie gehört haben – zu den Länderberichten und den dazugehörigen Kriterien, denn das ist die entscheidende Sache bei der Einführung des Euros, und zur Position bezüglich der Forderung des Bundesverfassungsgerichts, die Europäische Gemeinschaft müsse eine Stabilitätsgemeinschaft werden. Ich möchte nicht wieder wie schon einmal vom Herrn Ministerpräsidenten hören, daß dann, wenn der Euro zur Katastrophe führt, gesagt wird: „Das wußten wir nicht, das konnten wir nicht erwarten.“ Jetzt steht es im Landtagsprotokoll, jetzt sind Sie gewarnt, und jetzt möchte ich Ihre Kommentare hören.

(Beifall bei den Republikanern)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Staatssekretär Rückert.

(Abg. Stratthaus CDU erhebt sich, um ans Rednerpult zu gehen. – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Da steht der Stratthaus auf beim Staatssekretär? – Gegenruf des Abg. Weimer SPD: Es gibt den Nachrückereffekt!)

Staatssekretär Rückert: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte darauf hinweisen, daß das Finanzministerium jenes Ressort ist, das die Stabilitätskriterien auf der Bundesebene zu vertreten hat.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Und wenn es am Stammtisch ist, Herr Kollege!)

Meine Damen und Herren, unsere Positionsbestimmung lautet klar und unmißverständlich: Die Landesregierung steht zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft.

(Abg. Weimer SPD: Donnerwetter!)

Wir haben mit dem Binnenmarkt den ersten Schritt getan, und nun muß als zweiter Schritt der Euro kommen.

Die erfolgreiche Einführung des Euro erfordert aber auch die glaubwürdige und überzeugende Botschaft, daß es uns gelingt, die Symbolkraft der D-Mark

(Abg. Weimer SPD: Märkle – Mark!)

– jetzt bleiben Sie doch sachlich! – als Hort der Stabilität und als Basis und Garant für Wohlstand und Wirtschaftswachstum auf den Euro zu übertragen.

Wir wollen und müssen die Sorgen unserer Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen. Weil sich in den letzten Monaten die Einhaltung der Fiskalkriterien – unabhängig davon, wie stark sie tatsächlich zu gewichten sind – zu einer Frage der politischen Glaubwürdigkeit entwickelt hat, sagen wir: Wir müssen diesem Thema ganz besondere Bedeutung

widmen, und wir müssen sensibel mit dieser Frage umgehen.

(Abg. Weimer SPD: Was heißt das?)

Die europäischen Länder haben sich nun einmal auf die Vorgaben geeinigt und in den entsprechenden Verträgen 3 % für die jährliche Neuverschuldung und 60 % des Bruttoinlandsprodukts für den Schuldenstand als oberste Zielgrößen vorgegeben. Deswegen müssen wir jetzt auch alle Kräfte mobilisieren, diese obersten Zielgrößen einzuhalten – auf Punkt und Komma.

(Abg. Weimer SPD: 3,0 heißt das!)

Bundeskanzler Kohl und Ministerpräsident Teufel haben erst jüngst ein klares Bekenntnis zu den Kriterien und zu dem Termin abgelegt. Erinnerung sei auch an die gemeinsame Beschlußfassung der Bayerischen Staatsregierung und unserer Landesregierung in der letzten Woche,

(Abg. Drexler SPD: Vignette!)

als übereinstimmend festgestellt wurde, daß wir jeden Versuch, die in Maastricht vereinbarten Stabilitätskriterien aufzuweichen, abwehren werden.

(Abg. Weimer SPD: Wenn es mit 3,0 % nicht hin-
haut, was dann?)

Bei den Stabilitätskriterien haben wir zwei Bereiche zu beleuchten. Zum einen gibt es die monetären Kriterien, die Geldwertkriterien. Da ist es unbestritten, daß bei der Zinshöhe, beim Wechselkurs und bezüglich der Preisstabilität überall positive Zeichen gesetzt worden sind. Alle diese Kriterien sind bundesweit erfüllt.

Andererseits ist festzuhalten, daß bei den Fiskalkriterien nicht wir Baden-Württemberger, aber der Bund und eine ganze Reihe anderer Bundesländer – im übrigen insbesondere solche, die wesentlich von Ihrer Partei, Herr Wettstein, geführt werden – und damit die Bundesgesamtheit ihre Schwierigkeiten haben.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Wer ist denn
im Bund an der Regierung?)

Warum hat nun gerade Baden-Württemberg größtes Interesse am Zusammenwachsen der europäischen Staaten? Ich meine, wir sitzen als Baden-Württemberger mitten im Herzen Europas, und wir kommen auch nicht an der Tatsache vorbei, daß heute schon jeder sechste Arbeitsplatz direkt oder indirekt vom Export in die Europäische Union abhängig ist, so daß heute schon Wohlstand und Wirtschaftswachstum von dem Eingebunden-Sein in den Binnenmarkt abhängen.

Wenn die Europäische Währungsunion Realität wird, kann diese Entwicklung weiter unterstützt werden. Wir können erwarten, daß in der Wirtschaft im Gegensatz zu den heutigen Wechselkursrisiken Planungssicherheit entsteht. Wir können weiter feststellen, daß ein riesiger Betrag an Transaktionskosten – mindestens 30 Milliarden DM im Jahr, wie das Ifo-Institut feststellt – die Wirtschaft nicht mehr belasten wird.

(Staatssekretär Rückert)

Die gemeinsame Europäische Währungsunion wird auch den Standort Europa und den Standort Deutschland in der Konkurrenz zum Dollar-Raum und in der Konkurrenz zum Yen-Raum wesentlich stärken.

Und wie sieht es mit unseren Verbrauchern aus? Auch sie werden durch Wegfall der Umrechnungskurse entlastet werden.

Präsident Straub: Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Kuhn?

Staatssekretär Rückert: Noch einen Satz! Insgesamt meine ich, daß die Europäische Währungsunion eine offensive Antwort Europas auf die Globalisierung der Märkte ist.

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Abg. Kuhn.

Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Herr Staatssekretär, ich habe die politische Frage, ob die Aussage von Herrn Mayer-Vorfelder, daß die Währungsunion dann, wenn die Bundesrepublik die 3,0 % nicht erreicht, eben ohne die Bundesrepublik starten solle, a) auch Ihre Position ist und b) die Position der Landesregierung ist.

(Abg. Weimer SPD: Genau!)

Staatssekretär Rückert: Die Landesregierung hat deutlich gemacht, daß die Kriterien und der Termin von uns gleichermaßen angestrebt werden und daß die Kriterien einen besonderen Vorrang haben.

Meine Damen und Herren, in der heutigen Situation ist nicht die Zeit und Stunde, darüber nachzudenken, was geschieht, wenn im Frühjahr nächsten Jahres diese oder jene Entwicklung eingetreten ist, sondern wir haben jetzt alle Kräfte zu bündeln, um die Einhaltung der Kriterien und des Termins tatsächlich zu erreichen. Das ist jetzt unsere Aufgabe.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen sind wir auch gut beraten,

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Könnten Sie eine Antwort auf die Frage geben?)

heute diese engen Kriterien, die wir uns vorgegeben haben, in keiner Weise zu lockern. Wenn Sie heute 3,2 % sagten, wie reagierte dann letzten Endes das europäische Ausland? Das würde dann sagen: „Die Deutschen meinen es mit der Einhaltung der Kriterien nicht mehr so ernst.“ Wir wollen aber tatsächlich alle Kräfte mobilisieren, um das angestrebte Ziel zu erreichen.

(Abg. Wettstein SPD: Wie lange wollen Sie das noch sagen?)

– Lieber Herr Wettstein, wenn ich auf Sie eingehen darf:

(Zurufe, u. a. Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen: Verbinden Sie Ihre politische Karriere damit?)

Ich staune schon darüber – ein Kollege von den Grünen, Herr Kretschmann, hat es vorhin durch seinen Zwischenruf ja deutlich gemacht –, wie Sie versuchen, Unsicherheit zu säen

(Zurufe von der SPD: Was? – Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Haben Sie nicht zugehört?)

und davon abzulenken, daß die Bewertung der Euro-Kriterien bei Ihren beiden Bundeskanzlerkandidaten weit mehr auseinanderklafft als im Koalitionslager.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Das heißt „ohne Deutschland“ bei Nichteinhaltung? – Gegenruf des Abg. Birk CDU: Wir halten die Kriterien ein! – Unruhe)

– Lieber, verehrter Herr Kuhn, hier und heute formulieren wir Ziele, und wir bemühen uns, sie einzuhalten. Die Zeit, zu entscheiden, wird nächstes Jahr im Frühjahr sein. So steht es auch in den Verträgen. Wenn die entsprechenden Daten vorliegen, wird entschieden werden. Und hier und heute sagen wir: Wir wollen das eng geschnürte Korsett nicht lockern, sondern alles tun, um die Zielvorgabe so gut wie irgend möglich zu erreichen.

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Krisch?

Staatssekretär Rückert: Bitte.

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Abg. Krisch.

Abg. Krisch REP: Herr Staatssekretär, bitte sagen Sie uns doch die Meinung der Landesregierung zu der Forderung, vor einer Einführung des Euro erst innerhalb der Europäischen Gemeinschaft für eine Harmonisierung zu sorgen, für eine Harmonisierung der Gesetze, der Steuern, des Arbeitsrechts, der Sozialsysteme, und erst anschließend den Euro einzuführen. Was ist Ihre Position dazu?

Staatssekretär Rückert: Herr Krisch, das ist nicht meine Position.

(Abg. Deuschle REP: Warum denn? – Zuruf des Abg. Dr. Reinhart CDU)

Präsident Straub: Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Kuhn?

Staatssekretär Rückert: Ja.

Präsident Straub: Bitte.

Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Lieber Herr Rückert, sehr geehrter Herr Staatssekretär, ich möchte meine Frage verdeutlichen, weil ich den Eindruck nicht ganz loswerden konnte, daß Sie sich bei ihrer Beantwortung etwas gewunden haben.

Es war doch in der Zeitung zu lesen, daß der Finanzminister klar und deutlich gesagt hat, sollte die Bundesrepublik die 3,0 nicht erreichen, wäre er dafür, daß die Währungsunion ohne die Bundesrepublik startet.

(Abg. Birk CDU: Eine hypothetische Diskussion! Wir erreichen die 3,0!)

Ich will wissen, weil das perspektivisch eine wichtige Frage an diese Landesregierung ist, ob dies die Position des

(Kuhn)

Finanzministers oder auch die Position a) von Ihnen und b) der Landesregierung ist. Sie sprechen hier ja auch für die Landesregierung, wenn ich das richtig sehe. Ich bitte Sie, jetzt nicht zu sagen: „Darüber reden wir in einem halben Jahr.“ Meine Frage ist klar verständlich, und Ihre Rede sei: Ja, ja oder nein, nein.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Heiterkeit)

Staatssekretär Rückert: Herr Kuhn, Sie werden von mir nichts anderes hören als das, was ich Ihnen vorhin schon gesagt habe.

(Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Eiertanz!)

Ich finde es richtig, daß sich der Herr Finanzminister ernsthaft bemüht, durch entsprechend enge Vorgaben dazu beizutragen, dieses hohe Ziel 3,0 zu erreichen. Das ist unser Bemühen. Darin bin ich mit ihm einig, genauso wie mit seiner konsequenten Konsolidierungspolitik, auf die ich noch zu sprechen komme. Gerade der Finanzminister ist doch aufgerufen, um eines harten Euro willen die Einhaltung der vorgegebenen Zielgrößen einzufordern.

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Was passiert, wenn man es nicht erreicht?)

Zu entscheiden ist – und das habe ich ja deutlich gesagt – auf der Basis der Ist-Ergebnisse 1997 im Frühjahr 1998. Da ist dann abzuwägen und endgültig auf der Basis des dann vorliegenden Zahlenmaterials und unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und Perspektiven zu entscheiden. So sehe ich das aus meiner Position.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Hildebrandt?

Staatssekretär Rückert: Ja.

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Abg. Dr. Hildebrandt.

Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen: Herr Staatssekretär, da Sie die ganze Sache als eine Art Wette darstellen, möchte ich Sie fragen: Wären Sie bereit, Ihr politisches Schicksal mit dem zu verbinden, was Sie eben dargestellt haben, und bei Nichterreichen der Kriterien Ihr Amt zur Verfügung zu stellen?

(Beifall des Abg. Krisch REP)

Staatssekretär Rückert: Herr Dr. Hildebrandt, wir sollten die Kirche im Dorf lassen,

(Abg. Deuschle REP: Genau! Und die D-Mark in Deutschland lassen!)

und Sie sollten das, was von hier aus beeinflussbar ist, den hier im Land politischen Verantwortlichen zuordnen, für das aber, was von hier aus und damit auch von mir nicht beeinflusst werden kann, die politische Verantwortung nicht bei der Landesregierung und nicht bei mir suchen.

Sie wissen, was unser erklärtes gemeinsames Ziel in der Landesregierung ist.

Ihre Frage kann schon deshalb nicht die Landesregierung und mich persönlich treffen, weil wir das Land vertreten, das für sich in Anspruch nehmen kann, hier und heute bereits alle Kriterien zu erfüllen, und zwar ohne Wenn und Aber und auf Punkt und Komma. Es ist schon erstaunlich, daß Sie meinen, gerade uns in dieser Angelegenheit bedrängen zu müssen. Unterstützen Sie uns vielmehr in unserem Bemühen, daß das, was hier in Baden-Württemberg an solider Haushaltsgestaltung Realität ist, auch bundesweit Realität wird. Darauf sollten wir unsere Kräfte konzentrieren, und darauf möchte ich jetzt auch zu sprechen kommen.

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: LEG!)

Ich habe festgehalten: Baden-Württemberg erfüllt alle Kriterien. Wir können mit Fug und Recht behaupten, daß Maastricht an Baden-Württemberg nicht scheitert. Da aber um uns herum, im In- und im europäischen Ausland, die Rahmenbedingungen nicht vergleichbar gut sind, galt und gilt es, unverbrüchliche Korsettstangen einzubauen, um die Geldwertstabilität quasi D-Mark-gleich abzusichern.

(Abg. Krisch REP: Mit Krücken!)

Bitte schätzen Sie nicht gering, was schon geschehen ist und was noch zur Entscheidung ansteht.

Erstens: Die Europäische Zentralbank hat den gesetzlichen Auftrag, stärker noch als der Bundesbank vorgegeben, Geldwertstabilität umzusetzen.

Zweitens: Der europäische Stabilitätspakt, vor wenigen Monaten ausgehandelt, sichert dauerhaft die Einhaltung der Stabilitätskriterien, auch für die Zeit nach dem Start der EWWU. Er ist aus meiner Sicht ein herausragendes Element der politischen Bemühungen, dem Bürger Akzeptanz für den Euro nahezubringen.

(Abg. Deuschle REP: Für viel Geld!)

Nun zu uns hier in Deutschland. Wir sind drauf und dran, zwischen dem Bund und den Bundesländern einen nationalen Stabilitätspakt auszuhandeln. Unsere Ausgangsposition ist klar, aber wir müssen mit Argusaugen darauf achten, daß die anderen Bundesländer einen vergleichbar soliden Konsolidierungskurs fahren, um letztendlich auf Stabilitätskurs zu kommen.

Wir müssen also darauf achten, daß der nationale Stabilitätspakt sowohl in vertikaler Richtung zwischen Bund und Ländern als auch insbesondere auf der horizontalen Ebene innerhalb der Länder so gestaltet wird, daß der Konsolidierungskurs solider Bundesländer belohnt und nicht bestraft wird.

Deshalb sagen wir nein zu einem Fortschreiben bisheriger Finanzierungsdefizite, aber ja zur verursachergerechten Zuordnung fälliger Sanktionsleistungen.

Baden-Württemberg wird sich jedenfalls dagegen wehren, für den finanzpolitischen Schlendrian anderer Bundesländer in das Boot der Sanktionszahler gezogen zu werden.

(Beifall bei der CDU – Abg. Deuschle REP: Wie wollen Sie das machen?)

(Staatssekretär Rückert)

Deswegen lassen Sie mich abschließend folgendes feststellen: Gerade bei der Diskussion über die Euro-Konvergenzkriterien, meine Damen und Herren, zeigt sich, daß der Konsolidierungskurs seit 1991, seit Ministerpräsident Teufel und Finanzminister Mayer-Vorfelder Verantwortung tragen, fürwahr haushaltspolitische Früchte trägt. In diesen sechs, sieben Jahren

(Abg. Krisch REP: Machen wir Nachtragshaushalte!)

sind uns haushaltspolitisch 20 Milliarden DM an Mehrbelastung, bedingt durch die Wiedervereinigung, an konjunkturbedingten Steuermindereinnahmen, an Ausfällen über die Steuerrechtsänderungen aufgebürdet worden. Wir sind aber nicht in die Verschuldung geflüchtet, sondern wir haben mit Ihnen zusammen versucht, im Haushalt durch Verzicht, durch Streichung, durch Streckung diese Ausfälle aufzufangen, mit dem Ergebnis, daß wir heute mindestens 1 bis 1,5 Milliarden DM jährlich weniger Zinsaufwand haben. Wenn ich dies über die sechs, sieben Jahre hinweg zusammenzähle, dann summiert sich das zu einem Betrag, der größer ist als das Investitionsvolumen des Jahres 1997.

Daran sehen Sie, meine Damen und Herren, daß unsere Politik nicht nur unserem Land dient, sondern auch den Zugang zu Europa vorbereitet. Wir sind auf den Euro eingestellt.

(Abg. Weimer SPD: Von Kopf bis Fuß!)

Wir Baden-Württemberger erfüllen alle Kriterien. Unser Ziel ist ein stabiler Euro, und wir werden die Verwässerung der Kriterien, die da und dort versucht wird, mit Macht zu verhindern wissen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen: Mit der Macht des Arguments, wenn es das gibt!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Strathaus.

Abg. Strathaus CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich auf wenige Debattenbeiträge noch mit wenigen Sätzen eingehen.

Zunächst einmal: Wenn ich davon überzeugt bin, daß die ganze Bundesrepublik mit ihrer Wirtschaft und ihrem Handel vom Euro profitiert, dann gilt das natürlich ganz besonders für Baden-Württemberg. Denn dieses Land ist mehr als alle anderen Bundesländer vom Ausland, vom Export abhängig, ist mehr als andere Bundesländer mit dem Rest der Welt verflochten.

Vorhin ist von Herrn Krisch gesagt worden, Belgien und Luxemburg hätten eine höhere Exportquote.

(Abg. Krisch REP: Als der EU-Durchschnitt!)

Ich glaube, so kann man ernsthaft nicht argumentieren. Wenn ich den Raum Mannheim nehme und ihn ins Verhältnis zu anderen Teilen der Welt setze, so hat er eine noch höhere Exportquote. Es ist ganz klar, daß Sie die Größe des Landes sehen müssen, daß Sie die Größe einer Wirtschaft berücksichtigen müssen. Es ist eine Tatsache, daß

die Bundesrepublik Deutschland viel stärker vom Export abhängig ist als zum Beispiel Amerika,

(Abg. Krisch REP: Die gehen aber nicht in den Euro, Herr Kollege!)

übrigens sogar noch stärker abhängig als Japan. Sie können uns nicht mit Belgien, mit der Schweiz oder mit Luxemburg vergleichen.

Vorhin hat Herr Wettstein einiges über die Verschuldung gesagt, zu den 3 %. Herr Wettstein, es ist richtig: Wenn die 3 % immer so weitergehen, haben wir in zehn Jahren 30 %. Nur: Das müssen Sie natürlich im Zusammenhang mit dem Wirtschaftswachstum sehen. Deswegen haben wir ja auch das zweite Kriterium mit den 60 %. Wenn unsere Wirtschaft jedes Jahr um 4 % wächst, machen die 3 % gar nichts.

(Abg. Sieber CDU: Überhaupt nichts! – Abg. Wettstein SPD: Dann ist es doch nominal noch mehr!)

Wenn die Wirtschaft natürlich stagniert, ist das schlimm. Denken Sie vor allem einmal an die Vergangenheit, denken Sie daran, wie hoch die Verschuldung in den siebziger Jahren war.

(Abg. Wettstein SPD: Da war sie niedriger als jetzt!)

Darauf darf man einfach einmal hinweisen.

Eine weitere Sache: Bei diesen 3 % sind ja Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen enthalten. Ich habe mir einmal die Mühe folgender Rechnung gemacht: Baden-Württemberg hat 1,6 Milliarden DM Nettoneuverschuldung. Wenn alle Länder in der Bundesrepublik die gleiche Nettoneuverschuldung hätten, wäre die Summe ungefähr achtmal so hoch. Das wären 12 Milliarden DM. Wir haben 80 Millionen Einwohner und hätten dann bei den Ländern 12 Milliarden DM Verschuldung. In Wirklichkeit liegen wir aber bei 36 Milliarden DM.

(Abg. Sieber CDU: Hört, hört!)

Das heißt, die anderen Bundesländer verschulden sich im Durchschnitt dreimal so stark wie das Land Baden-Württemberg.

(Abg. Sieber CDU: So etwas!)

Wenn die anderen Länder sich genauso verschulden würden wie Baden-Württemberg, hätten wir mit dem Kriterium überhaupt keine Probleme.

(Abg. Weimer SPD: Das sind die Altlasten der CDU! – Abg. Maurer SPD: Jetzt rechnen Sie einmal aus, wie das bei der Bundesregierung wäre!)

Dann lägen wir nämlich bei ungefähr 2,5 oder 2,6 %.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Reinhart CDU: Zahlen kann man nicht bestreiten! – Abg. Maurer SPD: Rechnen Sie einmal aus, wie das bei der Bundesregierung wäre!)

(Stratthaus)

– Bei der Bundesregierung liegen Sonderverhältnisse

(Lachen bei der SPD)

mit der Wiedervereinigung vor. Ich möchte nicht bezweifeln, daß die Verschuldung der Bundesregierung zu hoch ist. Wenn sich aber die anderen Bundesländer verhalten würden wie Baden-Württemberg, gäbe es keine Probleme mit den 2,5 %.

(Beifall bei der CDU – Abg. Weimer SPD: Das sind die Altlasten der CDU! – Zuruf des Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen)

Dann möchte ich doch noch auf eine Sache eingehen, die Herr Dr. Hildebrandt genannt hat. Ich bin Ihnen sehr dankbar, daß Sie mir noch einmal die Gelegenheit dazu geben. Ich wollte sagen – ich muß das nachher im Protokoll nachlesen –: Was wäre, wenn wir die D-Mark noch hätten? Das war gewissermaßen eine hypothetisch-technische Frage. Das war keine politische Willensfrage. Ich wollte lediglich sagen, daß die Deutschen natürlich Angst haben, daß ihre Währung intern an Stabilität und nach außen an Kaufkraft verliert. Mein Argument ist, daß der Euro eine höhere innere Stabilität und eine größere Kaufkraft haben wird, als es die D-Mark hätte, wenn es so weiterginge wie in der Vergangenheit.

(Zuruf des Abg. Deuschle REP)

Das ist also kein politisches Argument, sondern ein technisches.

Ich habe noch zwei letzte Argumente. Es ist ja auch noch die Frage zu stellen, wie eigentlich die Verschuldungsmöglichkeiten auf die Länder verteilt werden. Da müssen wir zwei klare Forderungen stellen: Es kann nicht so sein, wie es von manchen Ländern verlangt wird, daß die Verschuldungsmöglichkeiten einfach eine Fortschreibung der bisherigen Verschuldung sein sollen. Dann würden nämlich diejenigen, die die meisten Schulden gemacht haben, auch in Zukunft den größten Schuldenspielraum haben. Es ist keine Frage, daß die Verschuldung der Länder in einem nationalen Stabilitätspakt auch an dem Verursacherprinzip und an der Leistungsfähigkeit der Länder und nicht an deren realer Verschuldung orientiert sein muß. Das heißt, wir müssen auch die Verschuldungsmöglichkeit am Bruttoinlandsprodukt der einzelnen Länder orientieren.

Das gleiche gilt natürlich für Sanktionszahlungen. Wenn Sanktionszahlungen notwendig sind, dann können sie nicht einfach pro Kopf verteilt werden, sondern müssen von den Ländern bezahlt werden, die tatsächlich mehr Schulden gemacht haben, als sie nach einem solchen nationalen Stabilitätspakt machen dürften.

Meine Damen und Herren, alles in allem bin ich überzeugt: Der Euro wird unsere Zukunft besser entstehen lassen, als sie ohne Euro wäre.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Wettstein.

Abg. Wettstein SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

(Abg. König REP: Was sagen die Linksextremisten?)

Ich habe jetzt von seiten der Landesregierung noch immer nicht erfahren, wie sie zu dem Mayer-Vorfelder/Huber-Modell steht. Nach der gegenwärtigen Sachlage wären nach diesem Modell Irland, Luxemburg und Finnland in der Währungsunion. Das wäre eine Währungsunion mit großer Zukunft, wenn ich das richtig einschätze.

(Zuruf des Abg. Hehn CDU)

Da ist es einfach einmal erforderlich, daß man klarstellt: Wie ist dazu die Position der Landesregierung? Trotz mehrerer Fragen von Herrn Kuhn wurde darauf keine Antwort gegeben.

Zweitens: Als Herr Staatssekretär Rückert gesagt hat: „Wir werden die Kriterien des Maastrichter Vertrags erfüllen“, habe ich zunächst gedacht, daß er von der Festlegung auf die 3,0 % abgehen und das ausschöpfen wolle, was der Vertrag hergibt. Dann kam wieder der Salto rückwärts, Hand in Hand mit der Bayerischen Staatsregierung zurück zu der Festlegung auf die 3,0 %. Ich betone nochmals: Dies ist eine unehrliche Diskussion, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich kann nur davor warnen, sie weiterzuführen. Herr Wirtschaftsminister, Sie führen die Euro-Kampagne durch. Machen Sie nicht den gleichen Fehler, und verkünden Sie nicht blühende Landschaften zum Nulltarif und 3,0 % und Terminerfüllung und all diese Dinge. Das nehmen Ihnen die Leute nicht ab. Das führt zu Verunsicherung, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Abg. König REP: Die Leute wollen die Wahrheit hören!)

Herr Staatssekretär Rückert, ich leide nicht unter Selbstunterschätzung. Aber zu sagen, daß ich nun derjenige sei, der die Finanzmärkte verunsicherte, das halte ich doch für sehr abenteuerlich.

(Abg. Maurer SPD: Ja!)

Es ist die deutsche Bundesregierung, die das macht.

(Beifall bei der SPD)

Das wollen wir hier klarstellen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Es ist wichtig, daß bei diesen Europaveranstaltungen der Landesregierung auch über die Probleme gesprochen wird, die im Zusammenhang mit der Währungsunion auf uns zukommen, damit die Bürger damit nicht überfallen werden. Da müssen wir über die Preissteigerungsraten reden, die natürlich anstehen, weil die Banken mehr Ausgaben haben. Sie haben höhere Kosten durch die Umstellung, und sie werden nicht auf ihre Gewinne verzichten, sondern werden diese Kosten auf die Kunden abwälzen. Das muß man den Bürgern klarmachen.

(Abg. Hehn CDU: Aber hinterher wird es doch billiger! Das wissen Sie doch auch! Durch den Umstellungspreis!)

(Wettstein)

– Natürlich. Darüber sind wir uns doch einig. Die Umstellung wird Schwierigkeiten und auch Kosten bereiten. Ich bin aber der Meinung, daß sich die Sache zumindest mittelfristig für uns alle auszahlt.

(Abg. Hehn CDU: So ist es!)

Da sind wir ja einer Meinung miteinander.

(Abg. Hehn CDU: Dann sprechen Sie doch ein bißchen optimistischer!)

Aber man muß die Bevölkerung darauf aufmerksam machen, daß es da Probleme gibt, und auch aufzeigen, wie wir die bereinigen können. Das halte ich für ganz wichtig.

(Zuruf des Abg. Hehn CDU)

Man muß auch über die möglichen Zinssteigerungen reden. Viele sind doch verunsichert, wie sich die Dinge entwickeln und was sie jetzt machen sollen, wenn sie Geld anzulegen oder ein Darlehen aufzunehmen haben. Man muß insbesondere den mittelständischen Unternehmen Hilfen gewähren, zum Beispiel bei der Finanzbuchhaltungsumstellung, und man muß von seiten der Landesregierung dafür sorgen, daß die gesetzlichen Maßnahmen, die für die Umstellung notwendig sind, rechtzeitig getroffen werden, damit sich die Wirtschaft darauf einstellen kann.

Meine Damen und Herren, insgesamt muß man in einen großen Dialog mit der Bevölkerung eintreten, um für den Euro auch die entsprechende Akzeptanz zu schaffen. Ich habe vorhin darauf hingewiesen: Mißtrauen gegenüber einer Währung ist der größte Feind der Stabilität einer Währung. Dieses Mißtrauen muß abgebaut werden, und das kann man nur mit Wahrheit und Klarheit und nicht so, wie es der Staatssekretär hier getan hat.

Insgesamt muß man auch deutlich machen, daß die Wirtschafts- und Währungsunion nicht Endstation sein kann, sondern ein Hebel sein muß, um die Arbeitslosigkeit in Europa zu dezimieren

(Abg. Deuschle REP: Das ist sie ganz sicher nicht!)

und um die sozialen Standards in Europa zu harmonisieren, damit wir – deshalb müssen wir auch von dem bisher verengten Stabilitätsbegriff herunterkommen – zu einer wirtschaftlichen und sozialen Stabilität in Europa kommen. Die Währungsunion kann und muß nur ein Schritt auf dem Weg dorthin sein und darf nicht Selbstzweck sein. Wenn wir da etwas verbauen und die Bevölkerung verunsichern, verunsichern wir die Bevölkerung in bezug auf die gesamte europäische Idee, und das wäre sträflicher Leichtsinn.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Hildebrandt.

Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen: Halten wir uns – ich darf vielleicht auch in einer Aktuellen Debatte mal ein Zitat vorlesen – erst mal an ein neutrales Urteil. Die Landesbank hat das Zentrum für europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim beauftragt, die Auswirkungen

der Europäischen Währungsunion auf Baden-Württemberg zu untersuchen. Die Broschüre liegt vor. Ich empfehle sie Ihnen sehr zur Lektüre.

(Abg. Stratthaus CDU: Wir haben sie gelesen!)

– Das hat man an Ihrer Rede nicht gemerkt, Herr Stratthaus.

(Heiterkeit des Abg. Krisch REP)

Der Euro stellt für die anstehenden Reformen eine wesentliche Verbesserung der außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen dar, ist aber kein Wundermittel.

Er ist kein Zauberstab, aber selbstverständlich ist er eine Chance für eine Weiterentwicklung und bessere wirtschaftliche Entwicklung gerade in Baden-Württemberg. Auch wenn Baden-Württemberg das Bundesland ist, das mehr als andere noch vom außereuropäischen Handel abhängt, wie Sie sicher wissen.

Wir debattieren doch aber hier über etwas ganz anderes. Einigen wir uns darauf, daß die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion gerade für das Exportland Baden-Württemberg Vorteile bringt. Nun frage ich Sie: Was wird aus Europa? Das ist in vielem identisch. Europa kann nicht gedeihen, wenn die Wirtschaft nicht gedeiht, aber dieses Europa kann auch nicht gedeihen, wenn die Wirtschaft in Auseinandersetzungen, in Standortkonkurrenz, in Arbeitende und Nichtarbeitende, in Arm und Reich zerfällt. Sie haben ausdrücklich gesagt, Sie wollten keine gleichen Verhältnisse. Nein, Sie haben sicher nicht gemeint, daß wir alle Flamenco tanzen und jeden Tag Pizza essen.

(Heiterkeit des Abg. Deuschle REP)

Aber wir brauchen in Europa angenäherte Wohlstandsverhältnisse. Wir können uns keine Armutsinseln in Europa leisten. Das haben Sie sicher auch gemeint.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Was jetzt passiert, ist aber noch etwas anderes. Sie sagen, Sie seien für die Währungsunion. Ihre Regierung sagt aber, wenn die Kriterien nicht erfüllt würden, müßten wir die Währungsunion verschieben. Frankreich erfüllt die Kriterien nicht und sagt es offen. Die Bundesrepublik erfüllt diese 3,0 % wahrscheinlich auch nicht, oder wir werden, wenn sie sie erfüllt, ein paar Buchungen erleben. Das habe ich vorhin angeführt. Das wird der Sache auch nicht dienen.

Was jetzt passiert, ist doch aber etwas anderes. Die Diskussion, die Sie jetzt führen, treibt dem Vertrag von Maastricht den europäischen Geist aus. Das ist die Sache, die Sie hier gegenüber der Bevölkerung veranstalten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Zuruf des Abg. Deuschle REP)

Die Bundesregierung und Sie sagen, einerseits ändere sich mit dem Euro nichts, das sei so wie die Bundesbank und die D-Mark. Und doch sagen Sie, wenn sich nichts ändere, dann drohe Krieg.

(Abg. Deuschle REP: Richtig!)

(Dr. Hildebrandt)

Sie erheben die Frage des Euro zu einer Frage von Krieg und Frieden, und doch konzentrieren Sie die Debatte auf die Einhaltung des Kriteriums 3,0 % und treiben damit Europa den Geist aus.

(Beifall bei den Republikanern)

Das ist doch keine überzeugende Politik.

Noch etwas: Die größten Schuldenmacher, Herr Stratthaus, sind auch die größten Kaputtspärer. Das Ziel der Geldwertstabilität ist – das habe ich vorhin schon gesagt – unwidersprochen. Aber jetzt der Bevölkerung Europa nahebringen zu wollen, wie Herr Rückert es gesagt hat – „jetzt probieren wir es einmal“ –, die ganze Sache als ein Pokerspiel aufzuziehen,

(Heiterkeit des Abg. Deuschle REP)

den Leuten nicht zu sagen, mit welchen Zahlen Sie operieren, nicht zu sagen, mit welchen Mitteln Sie das erreichen wollen, wie kann das denn anders ankommen bei den Leuten im Land, als daß sie zu der Auffassung kommen, daß das, was ihnen nachher im Geldbeutel fehlt, was die Bundesregierung veranstaltet – und sie veranstaltet ja einiges, was den Leuten etwas aus dem Geldbeutel zieht –, schon die Bezahlung für den Euro sei?

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

Das stimmt nicht, aber es ist Ihre Politik, den Leuten beizubringen, daß es so sei. Wenn etwas den europäischen Gedanken in der Bevölkerung unterminiert, dann ist es das. Da muß sich doch niemand über die Umfrageergebnisse wundern.

(Abg. Deuschle REP: Sehr richtig!)

Der Euro ist nicht ohne Risiken zu haben. Aber es lohnt sich, diese einzugehen.

Gesagt worden ist: Wir streben eine politische Union an, die dann auch eine gemeinsame Währung haben muß. Wir gehen jetzt witzigerweise den umgekehrten Weg. Es gibt in Europa im Augenblick keine andere Debatte als die um dieses Geld, und es gibt schon eine Art europäische Öffentlichkeit.

Versprechen Sie doch nicht eine Sicherheit über diese 3,0 %, die unter der Herrschaft des Geldes nicht zu haben ist, und verdecken Sie nicht damit all das, was an Politik bei Ihnen fehlt, die wir noch brauchen, nämlich eine wirksame Politik gegen die Arbeitslosigkeit und eine wirksame Politik gegen die fortschreitende Umweltzerstörung. Wenn wir das bekommen, dann wird die Europäische Währungsunion und dann wird Europa wirtschaftlich, kulturell und politisch ein Erfolg werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Krisch REP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Freudenberg.

Abg. Dr. Freudenberg FDP/DVP: Meine Damen und Herren! Ich möchte noch ein Wort zu den demoskopischen

Umfragen sagen, die den Euro betreffen. Politikern kommt immer wieder über die Lippen, daß die Einführung des Euro gegen den Willen des Volkes sei.

(Abg. Krisch REP: So ist es! – Abg. Deuschle REP: Sehr richtig! Eine Volksabstimmung wollen wir!)

Diese Aussage hält einer differenzierten Betrachtung nicht stand. Wenn Sie die Befragung zum Euro genau betrachten, stellen Sie fest, daß der Euro als Neuerung zwar von einer großen Zahl von Bürgerinnen und Bürgern nicht geliebt wird, daß aber die Mehrheit der Bevölkerung die Notwendigkeit einer einheitlichen Währung akzeptiert.

(Abg. Deuschle REP: Stimmt doch gar nicht! – Abg. König REP: Beweise erbringen, nicht schwätzen!)

Ich bitte, diese Tatsache im politischen Geschäft in Ihre Überlegungen mit einzustellen und nicht undifferenziert davon zu reden, daß die Einführung des Euro gegen den Willen des Volkes sei.

(Abg. Deuschle REP: Dann können wir ja eine Volksabstimmung machen!)

Das ist nicht der Fall.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Aktuelle Debatte ist damit beendet.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Förderung von Verbundprojekten – Drucksache 12/1244

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: 5 Minuten für die Begründung des Antrags, 5 Minuten je Fraktion für die Aussprache.

Das Wort zur Begründung erteile ich Frau Abg. Schweizer.

Abg. Rosely Schweizer CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Förderung der Verbundforschung hat in Baden-Württemberg eine lange Tradition. Schon 1971 wurde die Zielsetzung der Steinbeis-Stiftung für Wirtschaftsförderung zum Beispiel mit der Verbesserung des Technologietransfers begründet. 1988 wurde vom Wirtschaftsminister ein Arbeitskreis eingesetzt, der dieses Vorhaben noch einmal bekräftigte, vor allen Dingen den Bedarf an Verbundprojekten, also die Zusammenarbeit von Wirtschaft und Forschung.

Ziele waren immer wirtschaftsnahe Forschung, schnelle Umsetzung der Forschungsergebnisse in marktfähige Produkte, Offenheit der Ergebnisse. Diese sollten dann nicht nur einzelnen, sondern ganzen Branchen zur Verfügung stehen.

Sie haben alle die Drucksache gelesen, die beeindruckenden Zahlen, sowohl, was die Höhe der Zahl der beteiligten

(Rosely Schweizer)

Unternehmen, als auch, was die Höhe der Fördergelder angeht.

(Abg. Deuschle REP: Wie sind die Ergebnisse?)

Die CDU hat dieses Thema noch einmal aufgegriffen, weil gerade diese beeindruckenden Zahlen auch verwirren und in Zeiten knapper Kassen eine Überprüfung derartiger Förderkonzepte immer sinnvoll erscheinen lassen.

Die Fragen lauten: Fördern wir auf diesem Weg wirklich in erster Linie kleine und mittelständische Unternehmen in Baden-Württemberg? Ich meine damit nicht die Units, die zu einem solchen Zweck aus Großunternehmen ausgegliedert werden.

Fördern wir bei uns Unternehmenserhalt und Arbeitsplätze? Wer oder was entscheidet darüber, wer oder was gefördert wird? Fördern wir zukunftsorientierte Projekte? Gibt es eine verdeckte oder offene Mehrfachförderung?

Viele Fragen sind schon aufgrund der Begriffsverwirrung oft nicht eindeutig zu beantworten. Ich gebe Ihnen ein Beispiel. Es gibt eine Broschüre der Universität Karlsruhe mit dem Titel „Drittmittelförderung – Ausgewählte Forschungsprojekte“. Darin heißt es – ich zitiere –:

Gerade in Zeiten, da die staatlichen Mittel immer mehr abnehmen, kommt der Förderung durch Drittmittel enorme Bedeutung zu.

Absolut richtig. Weiter heißt es dort:

Drittmittel kommen von der Deutschen Forschungsgemeinschaft, dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie, dem Land Baden-Württemberg, der Europäischen Union, von zahlreichen Stiftungen und der Industrie.

Wenn man Drittmittel und staatliche Mittel gegenüberstellt, erkennt man, daß es hier eine Begriffs- und Wortvermischung gibt. Wir befürchten, daß es auch eine Vermischung von Fördergeldern gibt. Daher muß dieses Thema noch einmal nachgearbeitet werden.

Wenn man dieser Sache auf den Grund gehen will, sieht man sich selbstverständlich den geschlossenen Reihen der Magnifizenzen, Kanzler, Professoren, Stiftungspräsidenten und ähnlicher Größen gegenüber.

(Abg. Deuschle REP: Ja, genau! Vor allem wenn sie in Personalunion tätig sind!)

Noch schwieriger ist die Frage nach dem wirtschaftlichen Erfolg zu beantworten. Auch das kann man in dieser Landtagsdrucksache gut sehen. Das ist sicher sehr schwer zu quantifizieren. Ganz besonders schwierig ist es, es auf Baden-Württemberg bezogen zu quantifizieren. Der Technologietransfer soll ja in die Breite gehen, und die Breite heißt heutzutage: eine Branche, und die weltweit.

Die Informationen werden breit gestreut – das ist auch Sinn der Sache –, aber sie sind natürlich öffentlich, wenn sie in das Technologietransfersystem eingespeist sind. Wir forschen für die Welt. Das ist ein hohes und hehres Ziel.

Aber wir sollten auch den Bereich nicht vergessen, der sehr speziell für uns in Baden-Württemberg von Nutzen ist. Für mich ist zum Beispiel auch das CI-Programm durchaus Forschung und Entwicklung. Nur: Bei diesem Programm weiß ich ganz sicher, daß es einem Unternehmen bei uns zumindest einen zeitlichen Vorsprung auf dem Weltmarkt gibt und bei uns Arbeitsplätze erhält oder manchmal auch neue schafft.

Die ganze Frage bei der Forschung ist: Wem gehören die Ergebnisse der Forschung an Universitäten, aber auch an außeruniversitären Einrichtungen in der Verbundforschung? Wir haben an den Universitäten das Professorenprivileg. Erst wenn der beteiligte Professor darauf verzichtet, dieses Privileg in Anspruch zu nehmen, geht die Nutzung der Ergebnisse der Forschung an das Institut über – eine Tradition, die man durchaus überdenken kann, die in den USA schon lange abgeschafft ist, was dort einen sehr guten Wettbewerb zwischen den Universitäten ausgelöst hat.

Bei den Verbundforschungsprojekten gilt, daß allen an dem Projekt beteiligten Instituten und Unternehmen die Ergebnisse oder die geistigen Schutzrechte grundsätzlich gemeinsam gehören. Wenn sie ein einzelner vermarkten will, dann muß er den anderen Beteiligten dieses Nutzungsrecht zu Marktpreisen abkaufen.

Sie können sich vorstellen, daß das nicht gerade einfach und vor allem zeitaufwendig ist, und das können wir uns nicht leisten, denn Zeit ist ein ganz entscheidender Faktor. Der Zeitfaktor ist der ausschlaggebende Standortfaktor in Deutschland. Ich meine, man muß allen Beteiligten in diesen Institutionen immer wieder klarmachen, was dieser Zeitfaktor für unseren Standort und für unsere Unternehmen bedeutet.

Ich beantrage, daß der Antrag an den Ausschuß überwiesen wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hausmann.

Abg. Hausmann SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! „Spiel mir das Lied vom Tod“ oder Abgesang auf die Zukunft – so könnte man die Antwort des Wirtschaftsministeriums auf die Anfrage nach Zustand und Ausblick bei der Verbundforschung benennen.

Ich will es deutlich machen und für diejenigen, die „au!“ rufen, vielleicht ein paar Fakten nennen.

Erster Punkt und erster Akt: In der Titelgruppe 74 des Landeshaushaltes ist all das aufgeführt, was derzeit unter Anwendungsforschung verstanden wird, also die Institutsforschung der industriellen Gemeinschaftsforschung, die gesamte Projektförderung, der Forschungstransfer, also die Innovationsberater, die Steinbeis-Stiftung, Verbundprojekte und einzelbetriebliche Förderung und – bereits genannt – das CI-Programm, das jetzt Gott sei Dank mit viel Druck von unten von den Betrieben, die wußten, daß dazu etwas herauskommt, mindestens verbal bereits im nächsten Jahr wieder aufleben soll. Sehen wir uns dann die Gelder in die-

(Hausmann)

ser Titelgruppe an, die ein Kernstück der Finanzierung der Anwendungsforschung in Baden-Württemberg darstellt. 1995 standen dafür 74 Millionen DM zur Verfügung. 1997 erfolgte eine Reduzierung um 40 % auf 44 Millionen DM. Für 1999 ist in der mittelfristigen Finanzplanung ein Abbau von 70 % vorgesehen, und im Jahr 2000 bleiben in der mittelfristigen Finanzplanung sage und schreibe 4 % des Satzes übrig, der vorher eingestellt war.

Trotzdem sollen wir uns angeblich über die Notwendigkeit der Anwendungsforschung einig sein; dieses soll ein Kernstück sein. Ich kann nur sagen: Dieses Vorgehen ist dumm, ist töricht und ist vor allem verhängnisvoll für unser Land.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Punkt und zweiter Akt: Wenn wir uns ansehen, wie die Verbundforschung aussah, so ist festzustellen, daß sie in den letzten Jahren ganz gezielt antizyklische Ansätze gehabt hat. Das heißt, sie ging in Branchen hinein, die einigermassen krisengeschüttelt waren, also in die Automobilzulieferindustrie, die Textil- und die Bekleidungsindustrie und in den Maschinenbau, und sie floß in Wachstumsfelder. Ich nenne die Stichworte Lasertechnologie, Mikrosystemtechnik und umweltverträgliche Verfahrenstechnik.

Dieser Ansatz war meiner Meinung nach gut und richtig. Das war ein zukunftsfähiger Ansatz, und er wird vom Wirtschaftsministerium in seinem Bericht 1996 auch bewertet. Ich zitiere:

Verbundprojekte zur kooperativen Bearbeitung vorwettbewerblicher Problemstellungen haben in den letzten fünf bis acht Jahren erhebliche Bedeutung in der Technologieforschung des Landes.

Das Wirtschaftsministerium kommt zu dem Resultat, dieses ganze Vorhaben auf Null zu setzen.

Dritter Punkt und dritter Akt: das Vorgehen bei Verbundprojekten. Ich kann es kurz machen, denn einiges wurde schon genannt.

Verbundprojekt heißt, daß verschiedene Unternehmungen – derzeitige Regelung: mindestens drei; kleinere und mittlere Unternehmungen – und Institut zusammen forschen. Die Aufgabenstellung heißt Forschung im vorwettbewerblichen Bereich. Das heißt, die tatsächliche Umsetzung soll erst anschließend erfolgen. Der dritte Teil der Vorgabe ist die Veröffentlichung der Ergebnisse, also das Zugänglichmachen für die Öffentlichkeit.

Jetzt kommt die Frage, Frau Schweizer, die im Antrag der CDU steckt, nämlich die Frage nach dem Erfolg. Darauf gibt es Antworten. Diese genügen zwar nicht, aber es gibt sie. Ein Erfolgsfaktor heißt: rege Firmenbeteiligung. Durchschnittlich sind nicht die drei vorgeschriebenen, sondern sieben Firmen pro Projekt beteiligt. Die weiteren Erfolgsfaktoren heißen: Der Technologietransfer hat in der Breite stattgefunden – es ist viel abgerufen worden –, und die Verbundprojekte waren bedarfsorientiert.

Wenn ich diese Faktoren sehe, erinnert mich das an folgende Geschichte: Der Wirtschaftsminister wird von einem wohlmeinenden Unternehmer befragt, der sagt: „Herr Wirt-

schaftsminister, die Verbundforschung ist wichtig.“ Der Wirtschaftsminister antwortet: „Jawohl, sie ist wichtig.“ Dann geht der Wirtschaftsminister zu Mayer-Vorfelder, und Herr Mayer-Vorfelder sagt zu ihm: „Herr Wirtschaftsminister, wir haben kein Geld.“ Da sagt Döring: „Jawohl, Sie haben recht.“ Dann kommt der dritte wohlmeinende Beobachter und sagt: „Herr Döring, Sie können doch nicht allen recht geben.“ Darauf Herr Döring: „Da haben Sie auch wieder recht.“

(Abg. Drautz FDP/DVP: Oh, ist das billig! – Abg. Haas CDU: Das ist ein alter Witz! Der Witz hat einen Bart!)

– Genau die, die jetzt so schreien, müßten eher im Kabinett schreien. – Es ist ganz schön kompliziert, einen Pudding an die Wand zu nageln. Das hat gestern bereits ein Kollege gesagt. Aber wenn der nicht an die Wand nagelbar ist, dann fliegt er herunter. Das sagt uns schon die Lehre der Physik. Wenn der Dreck dann anschließend aufgekehrt und als Delikatesse des Wirtschaftsministeriums verkauft wird,

(Abg. Haas CDU: Das ist eine Fäkalsprache! – Abg. Deuschle REP: Die Sprache paßt genau zu Ihnen!)

dann schlägt das aus meiner Sicht dem Faß den Boden aus.

Letzter Punkt, vierter Akt: Frau Schweizer, Sie haben im Prinzip exakt sämtliche Fragestellungen einen Augenblick aufs Tablett gebracht. Aufgabenstellung für das Wirtschaftsministerium wäre, vor allem in Zeiten der Geldknappheit, gewesen, folgende Fragen zu beantworten: Wie schaffen wir es, Projekte ordentlich zu bewerten, die Effektivität abzufragen? Wie können wir konkret den wirtschaftlichen Erfolg abfragen? Dazu gab es keine Antwort. Wie können wir gemeinsam Kriterien entwickeln, die sicherstellen, daß Verbundprojekte am Ende tatsächlich mit Ergebnissen dastehen, bei denen wir wissen, daß sich da eine Förderung lohnt? Keine Antworten auf diese Fragen, aber das Ergebnis ist: Die ganze Förderung wird auf Null gestellt.

Der Gag an dem Ganzen ist: Die regulären Haushaltstitel werden auf Null zurückgefahren, aber dann wird ein neues Faß aufgemacht: LEG-Erlöse, also Verkauf der Landesentwicklungsgesellschaft. Da soll es wieder Geld geben, heißt es dann toll. Das wird in der Presse, in den Medien verbraten. Das ist die Zukunftsinitiative „Junge Generation“. Diese satte Kürzung wird dann noch mit der Zukunftsinitiative „Junge Generation“ verkauft, wo dann wieder ein paar Millionen Mark fließen. Aber, wie gesagt, im Jahr 2000 sind es dann am Schluß 4 %.

Ich komme zum Ende oder bin fast am Ende.

(Abg. Haas CDU: Das merkt man! – Abg. Deuschle REP: Den Eindruck haben wir auch!)

Ich meine, das ist eine Vergackeierung der Bevölkerung. Das ist eine unlautere Politik, die an der Stelle betrieben wird. Unter dem Strich ist es eine Politik, die dem Land schadet und nicht nützt.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Schlager.

Abg. Sabine Schlager Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Verbundforschung ist vom Ansatz her ein geeignetes Instrument der Wirtschaftsförderung. Es ermöglicht, ja es erzwingt geradezu die Zusammenarbeit von Forschung auf der einen Seite und Firmen auf der anderen Seite, denn Geld gibt es nur, wenn mindestens drei Firmen beteiligt sind. Es fördert im vorwettbewerblichen Bereich – das halten wir auch für einen sinnvollen Ansatz –, und die erzielten Ergebnisse sind im Prinzip allen, zumindest theoretisch, zugänglich.

(Abg. Deuschle REP: Sehr theoretisch!)

Aber dieses sinnvolle Instrument muß dann auch sinnvoll durchkonstruiert sein. Die Verbundforschung nützt nur, wenn der Übergang von der Grundlagenforschung zu marktfähigen neuen Produkten dann auch klappt und wenn die Ergebnisse tatsächlich auch von allen abgerufen werden. Gerade hier kommen Klagen von kleineren und mittleren Unternehmen über einen mangelnden Zugang zu diesen Erkenntnissen. Gerade weil wir wissen, daß neue Arbeitsplätze nur noch bei neuen Produkten und Dienstleistungen entstehen, muß staatliche Wirtschaftsförderung auch diesem Scharnierbereich zwischen Forschung und Produkt die nötige Aufmerksamkeit widmen.

Zunächst zwei Anmerkungen dazu, wie die Verbundforschung in Baden-Württemberg konkret ausgeformt ist.

Erstens: Sie wird immer weniger aus dem regulären Haushalt und immer mehr aus Privatisierungserlösen bestritten. Nach der Gebäudebrandversicherung kommt jetzt die LEG und dann noch die eine oder andere Privatisierungsstranche, und dann kommt ein Fragezeichen. Wir meinen, daß alles, was Kontinuität braucht, auch im regulären Haushalt verankert sein soll und nicht nur aus Privatisierungserlösen finanziert werden darf.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zweitens – das ist ein wichtiges Argument für uns Grüne –: Der Forschungsbereich Umwelttechnologien ist vom Finanzvolumen her rückläufig und nimmt zum Beispiel in der Reihenfolge der gemeinsam mit dem BMFT geförderten Projekte nur noch einen bescheidenen zehnten Rang ein. Die regenerativen Energien sind vom vierten auf den beklagenswerten achten Rang abgesunken. Das halten wir für eine schwerwiegende Fehlentwicklung. Selbst wenn wir den Umweltschutz einmal nur durch die wirtschaftliche Brille betrachten, ist dies ein Fehler; denn alle Untersuchungen gehen von einem wachsenden Marktvolumen dieses Bereichs aus. Die OECD schätzt das Volumen derzeit auf weltweit 200 Milliarden Dollar mit einem Wachstum von 5 bis 6 %. Dies ist ein Wachstum, das auch wir Grünen bejubeln; denn es nutzt der Wirtschaft und der Umwelt gleichermaßen. Deswegen fordern wir Sie, Herr Döring, auf: Räumen Sie dem Bereich Umweltschutz in der Verbundforschung wieder einen angemessenen Rang ein.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Abgesehen davon, daß wir diesen Markt brauchen, sei noch erwähnt, daß auch Herr Kohl die Agenda 21 von Rio unterschrieben hat

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Aber er hat sie nicht gelesen!)

und daß es von daher die nationale Verpflichtung gibt, hier Umweltpolitik zu machen, damit auch die kommenden Generationen noch eine lebenswerte Umwelt vorfinden.

Jetzt zu dem Thema Übergang von neuen Entwicklungen hin zu neuen Produkten. Wir wollen, daß dieses Aufgabefeld weit stärker als bisher in den Mittelpunkt gerückt wird. Sie wissen, Herr Döring, daß es hier ein Defizit gibt. Deswegen schreiben Sie auch in der Vorlage, daß das CI-Programm im Prinzip wieder aufleben solle. Darauf warten wir bisher noch. Vielleicht wäre es doch besser gewesen, Geld ins CI-Programm zu geben, statt dem Porsche-Abgaszentrum 7 Millionen DM zu spendieren.

Das CI-Programm ist nachweislich erfolgreich. Ob aber die Verbundforschung konkrete Erfolge bringt, läßt sich schwer nachweisen; es ist zumindest fraglich. Der Innovationsberater der IHK Ulm zum Beispiel weist darauf hin, daß zwar Geld in Millionenhöhe für die Verbundforschung in die Ulmer Region geflossen ist, ohne daß dadurch in dieser Region Produkte und Arbeitsplätze entstanden sind, daß aber die bescheidenen Mittel aus dem CI-Programm samt und sonders erfolgreich waren und zu neuen Produkten geführt haben.

Noch eine Anmerkung: Immer wieder erfährt die Öffentlichkeit von interessanten Neuerungen auf dem Markt der Solartechnologie: von der neuen Powerzelle aus Konstanz, von einem neuen Wechselrichter in Reutlingen. Aber immer tun sich die Erfinder gerade in Baden-Württemberg schwer, den Schritt zur Produktion und zum Markt zu schaffen. Verbessern Sie also, Herr Wirtschaftsminister, in Baden-Württemberg neben der Forschung die Unterstützungsangebote an kleine und junge Unternehmen auf dem Weg zum Produkt. Denn – das ist eine Binsenweisheit – nicht das, was in Baden-Württemberg entwickelt und erforscht wird, bringt Arbeitsplätze, sondern das, was hier produziert wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Drautz.

Abg. Drautz FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nur durch Innovationen können Unternehmen in dem immer intensiver werdenden Wettbewerb bestehen. Dies gilt insbesondere auch für die kleinen und mittleren Unternehmen, die das Rückgrat der baden-württembergischen Wirtschaft bilden. Allerdings tun sich gerade diese Unternehmen besonders schwer, wenn es um die Entwicklung von Innovationen geht.

Genau an diesem Punkt setzt die Förderung von Verbundprojekten an. In der Zusammenarbeit von Unternehmen und Forschungseinrichtungen werden innovative Produkte und Verfahren entwickelt. Das Ziel dieses Programms ist die projektbezogene Förderung von wirtschaftsnaher Forschung.

(Drautz)

In der Vergangenheit waren 77 % der beteiligten Unternehmen kleine und mittlere Betriebe mit einem Umsatz bis zu 200 Millionen DM. Durch die enge Zusammenarbeit von Unternehmern und Forschungseinrichtungen wird eine große Nähe zum Markt gewährleistet. Die Forschungsinstitute forschen nicht im Elfenbeinturm vor sich hin; sie werden direkt mit den konkreten Fragestellungen der Unternehmen konfrontiert und entwickeln entsprechend marktaugliche Produkte und Verfahren.

Außerdem findet in den Verbundprojekten ein echter Technologietransfer statt. Die erzielten Ergebnisse kommen aufgrund der Pflicht zur Verbreitung nicht allein den beteiligten Unternehmen zugute, sondern darüber hinaus allen daran interessierten Unternehmern.

Wir als FDP/DVP-Landtagsfraktion begrüßen ausdrücklich, daß an Verbundprojekten auch in der Zukunft festgehalten wird und daß künftig nur noch mindestens zwei Unternehmen statt wie bisher drei Unternehmen teilnehmen müssen. Damit wird die Hemmschwelle zur Teilnahme an den Verbundprojekten deutlich verringert. Allerdings würden wir es begrüßen, wenn die Landesregierung dafür sorgen würde, daß die Verbundprojekte auch vom Handwerk genutzt werden; denn gerade in diesem Bereich liegt ein besonderes Potential von Kreativität, das wir unbedingt nützen müssen.

Die Förderung von Verbundvorhaben kann damit durchweg positiv beurteilt werden, und sie sollte auch in Zukunft weitergeführt werden. Die Fortführung der Verbundforschung ist auch in der Zukunftsoffensive „Junge Generation“ gesichert. Im Rahmen dieses Programms stehen 100 Millionen DM für die Verbundforschung zur Verfügung.

(Zuruf von der SPD: Für welche Zeit?)

Wie Sie der Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums entnehmen können, haben die Ausschreibungen in den Bereichen Produktionstechnik, neue Werkstoffe und Biotechnologie mit einem Gesamtvolumen von 55 Millionen DM bereits begonnen. Im Gegensatz dazu können andere Programme im Bereich der Technologieförderung aufgrund der Haushaltssituation leider nicht oder nur in sehr eingeschränktem Umfang fortgesetzt werden.

Alle Fraktionen hier im Haus haben sich für die Fortsetzung des CI-Programms ausgesprochen. Offen ist nur noch die Finanzierung, Herr Kollege. Als Ergänzung zum Verbundprogramm eignet sich das CI-Programm optimal, denn es ermöglicht gerade den kleinen und mittleren Unternehmen, die neuen Produkte und Technologien einzusetzen.

Aus unserer Sicht sollte daher überprüft werden, ob das CI-Programm durch eine Umschichtung im Rahmen der Zukunftsoffensive „Junge Generation“ finanziert werden könnte.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Deuschle.

Abg. Deuschle REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Herr Wissenschaftsminister hat erst vor kur-

zem beim Forschungstag der Fachhochschulen davon gesprochen, daß die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Wissenschaft noch zahlreiche Schwächen aufweise. Als Schwachstelle sprach Herr von Trotha die mangelnde Kommunikation zwischen Hochschulen und Unternehmen an, ferner den Umstand, daß Forschungsergebnisse vorbei an Marktbedürfnissen produziert würden, sowie die zeitlich und zahlenmäßig noch unbefriedigende Umsetzung dieser Ergebnisse in marktreife Produkte.

Wenn man das so sieht und dem Herrn Wissenschaftsminister hier eine Kompetenz zugestehen will, müssen wir auch die Ergebnisse des Wirtschaftsministeriums etwas kritischer beurteilen. Herr Döring, man kann nicht einerseits das CI-Programm so herunterfahren, wie Sie das gemacht haben – sicher wegen Finanzzwängen –,

(Abg. Drautz FDP/DVP: Jetzt erzählen Sie das schon dreimal und wissen immer noch nicht, was Sache ist! – Zuruf des Abg. König REP)

– Herr Drautz, hören Sie doch zuerst einmal zu; Sie können doch bei dieser Debatte schon ein bißchen mehr Kompetenz gebrauchen –

(Abg. Drautz FDP/DVP: Aber nicht mit Ihnen!)

und andererseits Verbundprojekte hochloben.

(Zuruf des Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen)

Selbst das Bundesforschungsministerium kam in seinem diesjährigen Forschungsbericht zu dem Ergebnis, daß Deutschland im weltweiten Vergleich wachsende Marktfähige Produkte aufweist. Es wurde sogar davon gesprochen, daß Deutschland technologisch von der Substanz lebe, und das ist leider so. Das ist ein Ergebnis Ihrer Politik. Das ist nicht zu bestreiten, ob ich das in Bonn oder hier in Stuttgart sehe.

Leider wurde auch die Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen erheblich eingeschränkt. Ich denke dabei nur an das durchaus sinnvolle Programm zur Förderung des Forschungs- und Entwicklungspotentials dieser mittelständischen Unternehmen sowie an das Programm zur Innovationsförderung gerade bei kleinen und mittleren Unternehmen, das auch erheblich eingeschränkt worden ist.

Bundespolitisch war es ein ganz großer Fehler, daß die Sonderabschreibungen für Investitionen im Bereich Forschung und Entwicklung abgeschafft wurden. Ich kann nur an Sie appellieren, Ihren Einfluß geltend zu machen, daß dies verändert wird. Es besteht neben dem bundespolitischen natürlich auch ein landespolitischer Handlungsbedarf.

Während sich die Fachhochschulen schon seit längerem durch eine sehr intensive Zusammenarbeit mit lokalen oder regionalen mittelständischen Unternehmen auszeichnen, kann man den Universitäten dieses Lob so nicht aussprechen. Es ist durchaus aner kennenswert, daß jetzt versucht wird, mit dem Verbundprogramm eine bessere Zusammenarbeit zu erreichen. Ob wir das bei der Mentalität, die an manchen Universitäten zum Teil noch herrscht, so gut hin-

(Deuschle)

bekommen wie bei den Fachhochschulen, möchte ich bezweifeln. Hier besteht sicher noch weitgehend ein Mentalitätsproblem.

Es muß uns zu denken geben, wenn ein anerkannter Fachmann, der Präsident der Fraunhofer-Stiftung, Professor Warnecke, die deutsche Innovationskrise als eine Kommunikationskrise bezeichnet und „kommunikationsfähige Spezialisten“ anmahnt. Er spricht sich auch eindeutig gegen eine Forschung im Elfenbeinturm aus. In diesem Bereich sind natürlich vor allem bei der Wissenschaft Mentalitätsänderungen notwendig. Wenn ein weiterer Insider wie Professor Kunerth aus dem Siemens-Vorstand zu dem Ergebnis kommt, daß Wissenschaft und Wirtschaft nichts voneinander wüßten, stimmt in diesem Land doch einiges nicht.

Noch zur Problematik der Förderprojekte: Es besteht zum Teil eine Vermischung von EU-, Bundes- und Landesförderung. Wenn man weiß, daß die EU-Förderung vor allem auf Großprojekte und auf die Großindustrie konzentriert ist, weiß man auch, daß die Klagen über Schwierigkeiten, die wir von den kleinen und mittleren Unternehmen oft zu hören bekommen, durchaus berechtigt sind. Klagen kommen natürlich vor allem aus dem Bereich des Handwerks. Darum müssen wir, Herr Wirtschaftsminister, durchaus an diese Projekte herangehen.

Ein ganz wichtiger Punkt ist noch, daß in dieser Hinsicht auch bei den Universitäten ein stärkerer Wettbewerb initiiert wird. Nur wenn sich alle Beteiligten in Wirtschaft und Wissenschaft auf ihre Verantwortung für die Gemeinschaft und vor allem auf ihre Verantwortung für die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen besinnen, können wir in unserem Land die notwendigen Erfolge erzielen. Dafür ist eine bessere Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft nötig.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Drautz.

Abg. Drautz FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Deuschle, es ist einmalig, wie Sie hier darstellen, was Sie angeblich alles tun. Ich kenne keinen einzigen Finanzierungsantrag Ihrer Fraktion für das CI-Programm. So etwas hat es nie gegeben, aber hier blasen Sie die Backen auf.

Außerdem sind Sie der Großmeister der Legendenbildung. Jeder in diesem Haus weiß inzwischen, daß das CI-Programm vor Antritt dieser Regierung eingefroren und beendet wurde.

(Abg. Wettstein SPD: Nein, nein! – Abg. Hausmann SPD: Was?)

– Das hat vorher stattgefunden, und auch die SPD muß das wissen.

(Abg. Wettstein SPD: Nach der Wahl!)

Dies hat der Wirtschaftsminister in diesem Haus schon mindestens dreimal erklärt, aber immer wieder wird diese alte Legende von den Republikanern hochgekocht. Halten Sie sich bitte in Zukunft an die Tatsachen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Weiser: Herr Abg. Drautz, gestatten Sie eine Frage des Herrn Abg. Deuschle?

(Abg. Deuschle REP: Nachdem ich von links Hilfe bekommen habe, hat sich das erledigt! – Abg. Drautz FDP/DVP: Er will nicht mehr!)

– Die Frage ist zurückgezogen.

Frau Kollegin Schweizer, Sie haben das Wort.

Abg. Rosely Schweizer CDU: Auch nach dieser Rederunde möchte ich noch einmal auf einen Schwerpunkt zurückkommen. Ich wäre Ihnen, Herr Minister, dankbar, wenn Sie darauf nachher eine Antwort geben könnten. Wenn in einer Vorlage, bei der es um Technik geht – und Technik ist ein Bereich, der sich ungeheuer schnell entwickelt –, auf Zahlen von 1993 zurückgegriffen werden muß, dann stimmt etwas nicht.

(Abg. Deuschle REP: Ja!)

Zwischen 1993 und 1997 liegen in der Technik Welten!

(Abg. Deuschle REP: Richtig!)

Auf so etwas können wir uns nicht einlassen.

(Beifall des Abg. Deuschle REP)

Im zweiten Satz heißt es dann, daß danach gar keine Daten mehr erhoben worden seien. Das macht aber die Sache auch nicht besser.

Dies gehört nicht zu unserer Verantwortung, sondern liegt in der Verantwortung des Bundes. Aber ich denke, daß man dem trotzdem mit Nachdruck nachgehen muß, damit es in diesem Bereich nicht so unendlich lange Zeiten gibt.

Ich muß noch einmal auf diese Zeiten zurückkommen. Ich kenne etliche Unternehmen, die überhaupt keine Patente mehr einreichen. Die Zahl der Patentanmeldungen in der Bundesrepublik ist auch zurückgegangen – aber nicht etwa, weil weniger geforscht oder weniger erfunden würde, sondern allein deshalb, weil die Dauer bis zur Erteilung der Patente zu lang ist. Bis jemand eine Genehmigung für sein Patent hat, hat er die Weiterentwicklung, den nächsten Schritt, schon in der Produktion. Warum soll er sich dann also überhaupt ein Patent geben lassen? Das nützt ihm ja nichts mehr.

Der Zeitfaktor ist also für die Wirtschaft ungeheuer wichtig, und das muß allen Institutionen klar sein.

(Beifall bei der CDU, der SPD, der FDP/DVP und den Republikanern)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat der Herr Wirtschaftsminister.

(Zuruf der Abg. Sabine Schlager Bündnis 90/Die Grünen)

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Bezüglich der Verbundforschung ist das Land Baden-Württemberg beispielhaft. Ich halte die Ergebnisse, die wir in unserer Stellungnahme zum Antrag der Fraktion der CDU mitgeteilt haben, für hervorragend.

(Minister Dr. Döring)

Noch viel entscheidender ist, daß wir für 1997 und die Folgejahre eine Vielzahl weiterer guter Ergebnisse vorweisen können. All den Anliegen, die hier von verschiedener Seite immer sehr verbaldynamisch vorgetragen werden, wird in dem Verbundforschungsprogramm, wie wir es angelegt haben, in vollem Umfang stattgegeben.

Wenn Sie sagen, wir müßten uns darauf verständigen, daß hierbei vor allem kleine und mittlere Unternehmen zum Zug kommen, so müssen Sie einfach einmal die statistischen Zahlen anschauen, die belegen, daß wir bei Betrieben mit einem Umsatz von unter 10 Millionen DM, die an diesem Programm teilnehmen, eine Quote von 30 % haben. Weniger als 10 Millionen DM Umsatz bedeutet: Das sind ja wohl die kleinen und mittleren Unternehmen. Diese nehmen an den industriellen Verbundforschungsprogrammen teil.

(Abg. Rosely Schweizer CDU: Kennen Sie immer die Mutter?)

– Was mache ich?

(Abg. Rosely Schweizer CDU: Kennen Sie immer die Mutterunternehmen dieser kleinen Unternehmen?)

– Ich komme der Reihe nach darauf.

Wenn wir weiter die Zahlen nehmen und zu Betrieben kommen, die einen Umsatz von unter 50 Millionen DM pro Jahr haben, liegen wir schon bei über 60 %.

Des weiteren wissen wir aus den Zahlen von 1996 und 1997, daß wir 420 Unternehmen haben, die sich nach der neuen Ausschreibung, die wir gemacht haben, am Verbundforschungsprogramm beteiligen wollen. Am wissenschaftlichen Verbundforschungsprogramm wollen etwa 100 Unternehmen mitmachen.

Das heißt: Unter der Zielvorgabe „Zukunftsorientierung, Zukunft schaffen sowohl für die Unternehmen als auch für die dort Beschäftigten“ ist das, was wir hier tun, geradezu ein Volltreffer, ein positiver Volltreffer, der in vollem Umfang die Zielvorgaben abdeckt.

Es ist nicht ganz redlich, wenn man mit Zahlen operiert, die ein Stück weit der Vergangenheit angehören. Ich hätte Sie einmal hören wollen, wenn wir nicht 100 Millionen DM aus der Zukunftsoffensive herausgenommen und für die Verbundforschung vorgesehen hätten. Dann hätten Sie gesagt: „Unglaublich! Das, was ihr hier macht, geht in die falsche Richtung. Das ist alles völlig daneben.“

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Jetzt gehen wir mit einem satten Betrag in dieses Verbundforschungsprogramm hinein, weil das Zukunftssicherung für die Betriebe und für die Arbeitsplätze bedeutet. Jetzt kommen Sie und sagen, das sei auch wieder nichts.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Auch wieder nicht recht!)

Sie basteln sich das so zurecht, wie Sie es gerade brauchen, um hier Ihre munteren Reden halten zu können. Die Lan-

desregierung ist dagegen mit dem, was sie hier macht, voll auf dem richtigen Weg.

Es hat eine – ich glaube, die Frau Kollegin Schlager ist es gewesen –

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Es wundert mich, daß ausgerechnet Sie das sagen!)

– Ich bin Mitglied der Landesregierung. Deswegen ist die gut. So einfach ist das.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Frau Schlager hat den Punkt im Zusammenhang mit dem Porsche-Zentrum angesprochen. Wir haben doch im Ausschuß bis zum Gehnichts mehr darüber diskutiert, daß das Beschlüsse der Vorgängerregierung sind, unterzeichnet und herbeigeführt durch den Ministerpräsidenten und den damaligen Wirtschaftsminister Dr. Spöri. Wir stehen da – das würden auch Sie nicht anders machen können; Sie wollen allerdings nach außen mächtig und kräftig sagen, das müsse man ändern – in einer Verantwortungs- und Vertrauenskontinuität. Was glauben Sie denn, wer mit der Landesregierung noch in irgendeiner Weise zu Vereinbarungen kommen wollte, wenn wir sagten?: „Das war der Spöri, das interessiert uns nicht mehr. Deswegen gehen wir da heraus.“ Außerdem wissen Sie, wenn Sie das konkret sehen, daß das der erste Teilbetrag ist, den wir geliefert haben und liefern mußten, weil wir da in einer Kontinuität stehen. Es waren die Vorgängerlandesregierung und der vorherige Wirtschaftsausschuß, die das gemacht haben. Deswegen macht der Wirtschaftsausschuß dies weiter.

Ausgerechnet das Abgaszentrum anzuführen und zu sagen, dessen Förderung sei völlig daneben, und einen halben Satz später zu sagen, wir täten nichts für die Umwelt, das paßt auch wieder bloß bei Ihnen zusammen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drautz FDP/DVP: Das wollte ich gerade sagen!)

So etwas ist sensationell. Da stehen Sie hier hin und sagen: „Also wird wieder nichts für die Umwelt getan.“ Es ist unglaublich, wie Sie hier argumentieren. Das, was in diesem Bereich geschieht, ist das, was wir dringend brauchen, wenn wir das moderne, umweltschonende, energiesparendere Automobil haben wollen.

(Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

Wenn wir wollen, daß das beste Auto in Deutschland, in Baden-Württemberg produziert wird, dann ist dies ein Beitrag dazu, der zu leisten ist, um gerade Ihnen an vielen Stellen vorgetragenen Ansprüchen bezüglich einer an der Umwelt sowie ökologisch orientierten Zukunftspolitik gerecht zu werden. Wir tun dies.

(Abg. Sabine Schlager Bündnis 90/Die Grünen meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Und Sie bringen das nicht einmal in Übereinstimmung mit Ihren eigenen Argumenten, die Sie hier fortgesetzt vortragen zu können meinen.

Stellv. Präsident Weiser: Herr Wirtschaftsminister –

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Herr Präsident, am Schluß gern, so wie gestern. Ich freue mich schon jetzt während meiner Rede auf die Fragen von Frau Schlager, die sie am Ende meiner Rede gern stellen kann.

(Zuruf des Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen)

Ferner haben verschiedene Redner, auch Herr Hausmann, ihr Lieblingsthema rauf- und runtergeorgelt, in dem sie arg groß sind, weil sie immer sagen, das CI-Programm müsse jetzt endlich kommen.

(Zuruf des Abg. Wettstein SPD)

Zum CI-Programm habe ich Ihnen zugesagt, daß wir von unserer Seite aus alle Anstrengungen unternehmen, um dieses Programm, das für Sie offensichtlich die Rettung des Landes darstellt, ab dem Doppelhaushalt 1998/99 tatsächlich zu realisieren. Aber Herr Kollege Drautz hat schon recht: Wenn sich all diejenigen, die hier so lauthals nach diesem CI-Programm rufen, mit demselben Engagement für die Finanzierung dieses Programms im Doppelhaushalt 1998/99 einsetzen, werden wir das wohl auch tatsächlich schaffen.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Aber, verehrte Frau Schlager und Herr Deuschle, gerade von Ihnen habe ich zu dem, wie wir das sinnvoll finanzieren sollen, bisher noch nicht so furchtbar viel gehört.

(Abg. Sabine Schlager Bündnis 90/Die Grünen und Abg. Deuschle REP: Doch!)

Sie kennen meinen Vorschlag schon seit geraumer Zeit. Ich sage: Wir müssen dieses CI-Programm wieder auf den Weg bringen. Ich bin auch davon überzeugt, daß es sinnvoll ist, daß man das macht. Ich hätte gern eine Unterstützung von Ihnen allen, wenn wir sagen: Aus dem, was bei der Zukunftsoffensive insgesamt zur Verfügung steht, wollen wir die hierfür erforderlichen Mittel herausholen.

Aber noch einmal, Frau Schlager – Entschuldigung: Sie haben mich schon gestern geärgert und heute schon wieder. Jetzt gehen Sie her und sagen das mit Porsche. Das sind insgesamt nicht einmal 7 Millionen DM, wenn Sie alles bezahlen. Und damit wollen Sie das CI-Programm machen? Genau so können wir das eben nicht machen.

(Abg. Sabine Schlager Bündnis 90/Die Grünen: Ins CI-Programm aufnehmen!)

Ich sage Ihnen zum 85 000. Mal von dieser Stelle aus: Wenn Sie das CI-Programm haben wollen, sind das Minimum, die absolute Unterkante, 10 Millionen DM per annum, und dies mindestens auf drei oder vier Jahre angelegt. Denn nach Ihrem Vorschlag würde der Schaden ja nur viel größer werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Der Schaden würde doch viel größer werden, wenn Sie jetzt sagten: „Das haben wir jetzt durchgesetzt. Das CI-Programm ist wieder da“, und in einem halben Jahr die Puste ausginge, weil das Geld nicht da ist. Dann gingen wir

wieder aus diesem Programm heraus, und dann kämen Sie wieder anmarschiert und sagten: „Die haben es wieder nicht fertiggebracht.“

(Abg. Drautz FDP/DVP: Schreien wie die Wilden!)

Deswegen muß man das Programm im Minimum zweistellig und auf ein paar Jahre hin anlegen, damit auch tatsächlich die Planungssicherheiten gegeben sind. Anders können wir das gar nicht machen.

Dann haben Sie beklagt, wir würden die Verteilung der Mittel in den unterschiedlichen Technologiebereichen sehr einseitig ausrichten. Für umweltverträgliche Produktions- und Verfahrenstechnik haben wir 8,9 Millionen DM ange-setzt. Da kann man nicht sagen, wir würden einseitig ausrichten.

(Abg. Sabine Schlager Bündnis 90/Die Grünen: Es wird immer weniger!)

Der Antrag der Fraktion der CDU ist ja auch deswegen so gut, weil er alle Aspekte abfragt. Die Stellungnahme dazu geht auf jeden einzelnen Punkt ein. Da ist genau das wieder aufgelistet, was Sie uns vorwerfen zu können meinen; Sie behaupten, wir machten es nicht. Wir tun dies aber.

Nächster Punkt: Meine Damen und Herren, das Land Baden-Württemberg – daran sollten alle Abgeordneten einmal ein Stück weit mitwirken – steht gerade auch im Bereich von Forschung und Entwicklung besser da als alle anderen Bundesländer.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich kann überhaupt nicht nachvollziehen, wie man ständig geradezu mit Wollust seinen eigenen Standort schlechttretet.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Das bekomme ich nicht auf die Reihe, Frau Schlager. Das bekomme ich nicht auf die Reihe! Da können Sie abwinken, solange Sie wollen. Es ist nun einmal Tatsache, daß wir mit 3,4 % Anteil am Bruttosozialprodukt im Vergleich zu allen anderen Bundesländern mit Abstand das meiste für Forschung und Entwicklung machen.

(Abg. Hausmann SPD: Noch!)

– Noch, und mit dem, was wir jetzt – was Sie vorhin wortreich beklagt haben – mit dieser Zukunftsoffensive „Junge Generation“ auf den Weg bringen, werden wir diesen hohen Stand halten. Deswegen machen wir das ja, damit wir die Spitzenposition im Vergleich der Bundesländer halten können. Diese Landesregierung wird diese Spitze in dieser Frage verteidigen.

Patentanmeldungen: Baden-Württemberg ist Spitze im Vergleich zu allen anderen Bundesländern. Im Vergleich mit dem Bundesdurchschnitt haben wir in Baden-Württemberg doppelt so viele Patentanmeldungen.

Deswegen: Hören Sie doch auf mit Ihren Schauernmärchen: „Spiel mir das Lied vom Tod; der Abgesang auf die Zukunft.“ Wenn Sie an der Regierung wären, wäre es so.

(Minister Dr. Döring)

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Lachen
des Abg. Wieser CDU)

Wir haben – flächendeckend nachweisbar – ganz konkrete Programme auf den Weg gebracht, die wir nun Schritt für Schritt und der Reihe nach zum Vorteil des Landes umsetzen.

In einem Punkt – ich weiß nicht, wer es gesagt hat – gebe ich Ihnen recht, und deshalb wird er in einer zweiten Tranche umgesetzt. Wir sind jetzt bezüglich der industriellen Verbundforschungsprogramme ziemlich in den industriellen Bereich hineingegangen. Einen zweiten Teil werden wir verstärkt dafür vorsehen, daß auch das Handwerk zum Zug kommt. Das heißt, es geht abschnittsweise vorwärts; Punkt für Punkt wird umgesetzt und abgearbeitet, was wir uns zur Zukunftssicherung des Landes Baden-Württemberg vorgenommen haben. Die Landesregierung wird den absoluten Spitzenplatz, den wir in Deutschland in dieser Frage haben, in der Zukunft verteidigen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der
CDU)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort zu einer Frage hat zunächst Frau Abg. Schlager.

Abg. Sabine Schlager Bündnis 90/Die Grünen: Herr Wirtschaftsminister, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, daß das Land mehr für den Umweltschutz tut, wenn es den kleinen Erfindern und den kleinen Entwicklern hilft, mit neuen Produkten auf den Markt zu gehen, als die Firma Porsche, die gerade in den Erträgen badet, auch noch zu subventionieren? Das war meine Kritik, und ich weiß, daß Sie es nicht allein zu verantworten haben, sondern daß es der Ausschuß mit Mehrheit beschlossen hat. Erlauben Sie mir aber, zu erwähnen: Ich halte das, was der Ausschuß beschlossen hat, für einen Fehler.

(Beifall bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die
Grünen)

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Ich nehme das zur Kenntnis.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Hausmann.

Abg. Hausmann SPD: Herr Wirtschaftsminister, weil Sie gerade den guten Standort Baden-Württemberg betont haben, den ich ja gar nicht bestreiten wollte,

(Minister Dr. Döring: Das ist gut! Das wollte ich
von Ihnen hören! Danke!)

möchte ich feststellen: Ich habe vorhin in die Zukunft diskutiert. Wenn ich davon ausgehe – und ich frage, ob ich das darf –, daß die Zahlen, die das Wirtschaftsministerium uns liefert, korrekt sind, dann wurden von 1992 bis 1996 für die Verbundforschung reguläre Gelder und Extragelder aus dem Erlös des Verkaufs der Gebäudebrandversicherung in Höhe von 275 Millionen DM bereitgestellt.

Seit Sie an der Regierung sind, gibt es aus dem regulären Haushalt kein neues Verbundprojekt mehr. Das steht in Ihrem Bericht. Insgesamt gibt es auf fünf Jahre – das ist der Vergleichsmaßstab – 100 Millionen DM aus der sogenannten Zukunftsinitiative; das ist noch nicht erlöst, aber unterstellen wir einmal, daß es klappt.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Wo ist die Frage? – Abg.
Wieser CDU: Achtung! Jetzt kommt die Frage!)

Würden Sie mir zugestehen, daß die Veränderung von 275 Millionen DM auf 100 Millionen DM eine deutliche Einschränkung der Verbundforschung mit sich bringt?

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Dagegen kann nicht mal ich argumentieren. Es ist völlig klar, was ich von den Zahlen her gerade eben gesagt habe. Sie müssen aber auch zur Kenntnis nehmen, daß der Zeitraum, den Sie gerade angesprochen haben, nämlich von 1992 bis 1996, vier Jahre umfaßt. Das, was wir jetzt beschlossen haben, ist das Programm für die Jahre 1997, 1998 und 1999. Sie wissen, daß wir in der Koalition darum bemüht sind, eine weitere Privatisierungsrunde hinzubekommen. Mit den Erlösen werden wir weitere zukunftsorientierte Maßnahmen ergreifen, und dann werden wir unter dem Strich über die Länge der Legislaturperiode besser abschneiden, als es von 1992 bis 1996 der Fall war.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg.
Wettstein SPD: Aber nur, weil die Legislaturperiode länger ist!)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Es ist beantragt, den Antrag an den Wirtschaftsausschuß zu überweisen. – Sie stimmen der Überweisung zu.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Geplante Schließung des Alcatel-SEL-Werks in Mannheim – Drucksache 12/1365

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 12/1757.

Wer wünscht das Wort? – Herr Kollege Nagel, bitte.

Abg. Nagel SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Am 22. April hat die Belegschaft des Alcatel-SEL-Werks Mannheim erfahren, daß der Vorstand von SEL Alcatel Wort- und Vertragsbruch begehen will und 410 Beschäftigte ihren Arbeitsplatz verlieren sollen. 410 Menschen und ihre Familien, dazu viele kleine und mittelständische Unternehmen, die als Zulieferer, als Partner arbeiten, sie alle sollen in eine Zukunft ohne Perspektiven entlassen werden, und dies alles trotz eines abgeschlossenen Vertrags, der den Bestand der Arbeitsplätze in Mannheim bis mindestens 31. Dezember 2000 festschreibt, trotz eines Vertrags, der vom SEL-Vorstand, von der Landesregierung, der Stadt Mannheim, der Landeskreditbank Baden-Württemberg, der Commerz Leasing und Immobilien GmbH, dem Betriebsrat des Mannheimer Werks und der IG Metall am 14. Juli 1995 unterzeichnet wurde.

(Nagel)

In der Antwort der Landesregierung auf den Antrag der SPD-Landtagsfraktion ist zur Ziffer 3 festgehalten:

Die Landesregierung ist der Auffassung, daß Alcatel SEL sich in rechtlich bindender Weise verpflichtet hat, den Betrieb des Werks Mannheim mit mindestens 410 Beschäftigten für die Dauer des Mietverhältnisses fortzusetzen und nicht bloß eine Liegenschaft anzumieten.

Diese Auffassung wird von allen Vertragsunterzeichnern mit Ausnahme des jetzigen SEL-Alcatel-Vorstands geteilt. Mecklinger, Phillippi und Fritsche repräsentieren eine neue Unternehmensführung, eine neue SEL-Alcatel-Kultur, in der Vertragsuntreue und Rechtsbruch einen hohen Stellenwert erhalten. Dies kann und darf diese Landesregierung als Vertragspartner nicht dulden und nicht hinnehmen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Vertrags- und Rechtsbrecher können für die öffentliche Hand in Zukunft kein seriöser Partner mehr sein. Mecklinger und Konsorten gefährden durch ihr Handeln nicht nur die Arbeitsplätze in Mannheim, sondern auch die Reputation von SEL Alcatel in ganz Deutschland und darüber hinaus – mit all den möglichen Konsequenzen.

Ministerpräsident Teufel hat nicht nur 1995 gemeinsam mit Dieter Spöri diesen Vertrag nach vorn gebracht und befürwortet; er hat auch sofort und ohne Wenn und Aber den Bruch dieses Vertrages verurteilt und erklärt, sich für den Erhalt der Arbeitsplätze in Mannheim einzusetzen.

Auch die erste Stellungnahme des jetzigen Wirtschaftsministers Döring war in Ordnung. Ich habe ihn dafür sogar schriftlich gelobt, was allerdings so schnell nicht mehr vorkommen wird,

(Heiterkeit bei der SPD)

denn danach geriet er in einen ziemlichen Schleuderkurs; er verwechselte Subventions- mit Strukturpolitik. Aber der Ministerpräsident hat ihn offensichtlich wieder eingeordnet. Am 22. Mai dieses Jahres hat er in der Antwort auf unseren Antrag zur Ziffer 5 erklärt:

Die Landesregierung hat ihren Standpunkt Alcatel SEL gegenüber ausführlich dargelegt. Sie wird diesen in den noch andauernden Verhandlungen mit den Beteiligten weiterhin entschieden vertreten, um den Fortbestand des Werkes Mannheim und den Erhalt der Arbeitsplätze zu sichern.

So weit, so gut.

Wir wissen aber auch, daß die Verhandlungen mit dem SEL-Vorstand zwischenzeitlich ohne Erfolg zu Ende gingen. Der Betriebsrat und die IG Metall haben inzwischen Klage beim Arbeitsgericht eingereicht. Die Stadt Mannheim klagt vor dem Landgericht auf Einhaltung dieses Vertrags.

Bei der Landesregierung ist jedoch inzwischen Stille eingetreten.

Die „Stuttgarter Zeitung“ vom 18. Juni 1997 schreibt – ich zitiere –:

Die Landesregierung hat den Gang vor die Richter ausdrücklich begrüßt. Doch wie reagieren Teufel und Döring auf die gescheiterten Verhandlungen? Werden sie ebenfalls eine Klage einreichen? Oder haben sie noch andere Pläne in der Schublade? . . . In der Landesregierung scheint eine gewisse Ratlosigkeit wegen der fehlenden Kompromißbereitschaft bei SEL zu herrschen. Die Abfuhr, die SEL-Chef Roland Mecklinger den Politikern erteilt hat, sucht ihresgleichen.

Wenige Tage später, am 28. Juni 1997, brachten die „Stuttgarter Nachrichten“ ein Interview mit Mecklinger. Überschrift: „Ministerpräsident Teufel ist mir nicht gram“. Auf die Frage nach dem Klima zwischen Landesregierung und Alcatel SEL antwortet Mecklinger – ich zitiere wiederum –:

Es gab auch zwischen dem Ministerpräsidenten und mir keine Klimastörung. Ich glaube, daß er meinen Standpunkt akzeptiert und ich auch seinen verstehe und toleriere.

Auf die Frage, ob Herr Teufel auch zukünftig ein offenes Ohr für die Wünsche von Alcatel SEL habe, antwortet Mecklinger – ich zitiere erneut –:

Davon gehe ich aus. Dazu sind wir zu groß und zu wichtig. Herr Teufel ist mir nicht gram, und ich werde auch künftig mit Landespolitikern ins Ausland reisen, wenn das für die Alcatel SEL sinnvoll ist.

Zynisch, arrogant und voller Mißachtung der Landespolitik – so ist meine Bewertung der Äußerungen von Mecklinger.

(Beifall bei der SPD)

Da muß sich die Landesregierung, aber auch dieses Parlament fragen lassen, ob wir uns so vorführen lassen, daß wir dulden, ein Vertragswerk vom SEL-Vorstand als „unverbindliche Erklärung“, „Meinungsäußerung“, „Wahlgeschenk für die Politik“ abklassifizieren zu lassen. Vor wenigen Tagen haben sich Fritsche und der SEL-Anwalt beim Gütetermin vor dem Arbeitsgericht nicht entblödet, den Grundsatzvertrag als eine Art von Presseerklärung zu bezeichnen.

(Oh-Rufe von der SPD – Abg. Drautz FDP/DVP: DGB-Kundgebung!)

Dies ist ein unglaublicher Vorgang, der so nicht stehenbleiben kann.

(Beifall bei der SPD)

Die Landesregierung muß diesem außer Kontrolle geratenen SEL-Vorstand endlich massiv entgegentreten. Wir bitten deshalb um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag, wonach die Landesregierung ersucht werden soll, dem Rechtsstreit der Stadt Mannheim gegen Alcatel SEL beizutreten. Lassen Sie uns damit gemeinsam ein Signal geben, daß sich Landesregierung und Parlament nicht vom SEL-Vorstand verhöhnen lassen. Zeigen wir auch den von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen – über 200 von ihnen

(Nagel)

sind übrigens heute hier –, daß uns deren Schicksal nicht gleichgültig ist,

(Zuruf des Abg. Deuschle REP)

sondern daß sich die Abgeordneten dieses Landtags über alle Parteigrenzen hinweg ihrer Bedrückungen annehmen und wir in diesen schweren Tagen an ihrer Seite stehen. Menschen brauchen Zukunft, auch die in unserem Land und bei SEL in Mannheim von Arbeitslosigkeit bedrohten.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Frau Abg. Dr. Gräßle.

Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn es mit markigen oder hohlen Worten getan wäre, wären wir hier schon jetzt ein ganzes Stück weitergekommen. Aber damit ist es eben nicht getan.

(Beifall der Abg. Dr. Gisela Meister-Scheufelen CDU)

Deswegen, lieber Kollege Nagel: Lassen Sie uns bitte ganz sachlich einmal erörtern, was in dieser Sache eigentlich drin ist, wie groß der Spielraum ist, wie die Lage ist. Nur so – das ist klar – können wir auch den Betroffenen helfen, die draußen stehen, die ihre Interessen vertreten, die ihre Interessen auch durch uns vertreten sehen und vertreten sehen werden.

Ich mache mir große Sorgen, weil Sie Dinge vermengen und einen Schaukampf liefern. Sie sehen nicht mehr, daß es im Grund zwei Problemkreise gibt.

Der eine Problemkreis ist der Strukturwandel. Wir haben Probleme am Produktionsstandort Deutschland. Das zeigt die Unternehmensentscheidung von Alcatel sehr deutlich. Daß Sie den Problemen des Industrie- und Produktionsstandorts Deutschland mit rechtlichen Mitteln beikommen können, glaube ich nicht. Sie werden sehen, daß dies auch nicht der Fall sein wird. Andernfalls hätten wir das schon lange so gemacht. Das hilft im übrigen auch niemandem, sondern es lenkt ganz im Gegenteil nur vom Problem ab.

Deswegen ist mein Vorschlag: Stimmen Sie der Steuerreform im Bundesrat zu!

(Lachen bei der SPD und Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Hans-Michael Bender CDU: In Bonn blockieren und im Land jammern!)

Die Steuerreform ist das größte Arbeitsbeschaffungsprogramm der neunziger Jahre in dieser Republik.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: So etwas habe ich lange nicht gehört! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stimmen Sie dieser Steuerreform zu, dann werden wir nicht nur diese 410 Arbeitsplätze sichern, sondern für viele, viele tausend Arbeitnehmer in Deutschland einen ganz großen Schritt weiterkommen. Geben Sie Ihre Blockade auf!

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Das glaubt Ihnen kein Mensch mehr!)

Der zweite Punkt ist die juristische Auseinandersetzung. Die Gerichte werden entscheiden, was diese sehr medienwirksam abgeschlossene Vereinbarung – die einen nennen es Presseerklärung, die anderen versteigen sich zu der Bezeichnung Vertrag – denn nun juristisch wert ist. Wir werden es sehen.

Daß das Land der Klage beitrifft, halte ich für kein adäquates Instrument.

(Zurufe von der SPD: Ach!)

– Nein, Moment, das ist doch symbolische Politik. Sie erzählen den Menschen, daß damit etwas gewonnen wäre. Aber, liebe Leute, das ist nicht der Fall.

Wo juristisch Musik drin wäre, das ist der Mietvertrag mit der L-Bank. Diesen Mietvertrag hat Ihr Wirtschaftsminister Spöri abgeschlossen. Sie wissen genausogut wie ich, was dieser Vertrag wert ist. Hier wäre Justitiabilität möglich. Wir werden ja sehen, wie weit wir damit kommen, die Unternehmensleitung festzunageln.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Sprechen Sie das ruhig aus!)

Ich warne Sie dringend davor, in dieser Problematik auf dem Rücken der Betroffenen Schaukämpfe zu veranstalten.

(Abg. Haasis CDU: Sehr gut! – Zurufe von der SPD: Blödsinn!)

Ich halte das für das Schädigste, was man Menschen, die Hoffnungen in die Politik setzen, antun kann.

(Lebhafter Widerspruch bei der SPD – Glocke des Präsidenten)

Sie wecken bei den Betroffenen Erwartungen, die Sie nie und nimmer erfüllen können.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: So ist es!)

Diese Erwartungen haben Sie zu wecken begonnen, als der Wirtschaftsausschuß in Mannheim war. Das war überhaupt eine ganz unglaubliche Aktion von seiten der SPD-Kollegen, die dort Trittbrett gefahren sind und glauben machen wollten, daß dies Politik sei. Man muß sich einmal auf der Zunge zergehen lassen, was damals passiert ist. Das kann doch nicht wahr sein.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Was ist denn passiert?)

– Moment, wir kommen doch in dieser Problematik nur weiter, wenn wir alle Betroffenen an einen Tisch holen

(Abg. Weimer SPD: Legen Sie die Hände in den Schoß und warten ab? – Abg. Birgit Kipfer SPD: Werden Sie konkreter!)

und sachlich miteinander reden. Das hat der Wirtschaftsausschuß getan. Mittags war der Betriebsrat da, und wir haben miteinander geredet und Spielräume ausgelotet. Im übrigen redet auch die Landesregierung weiterhin mit der SEL-Alcatel-Geschäftsführung.

(Dr. Inge Gräßle)

Wenn wir der Klage beiträten, würden wir uns einer ganz wichtigen Rolle begeben, nämlich der des Vermittlers in einem noch schwelenden Konflikt.

(Beifall bei der CDU – Abg. Hans-Michael Bender
CDU: Sehr gut!)

Ich bitte Sie: Es ist doch ein Gebot der politischen Klugheit und der politischen Vernunft, hier kein Pulver zu verschießen, das wir noch nötig brauchen werden. Lassen Sie uns also bitte vernünftig sein; lassen Sie uns von den großen, markigen Worten und den großen Erklärungen wegkommen. Das Land wird vielleicht als Vermittler noch gefordert werden und dann auch bereit sein, diese Rolle zu übernehmen.

Ein wichtiger Aspekt ist im übrigen auch: Es ist ein Irrweg, den Strukturwandel mit Rechtsmitteln zu verhindern.

(Abg. Weimer SPD: Das ist jetzt zynisch!)

Bei Alcatel in Stuttgart werden 400 Ingenieure gesucht; 400 Produktionsarbeitsplätze sollen in Mannheim wegfallen. Das zeigt doch auch schon die Entwicklung der Zukunft; es zeigt, wohin die Reise gehen wird.

Für uns als Landtag und auch als Wirtschaftsausschuß gibt es einen klaren Arbeitsauftrag, wenn ich sehe, wie die Dinge bei Alcatel gelaufen sind. Finanzhilfen für internationale Konzerne sind problematische Angelegenheiten: Je größer das Unternehmen, desto zweifelhafter sind sie, weil sie den Strukturwandel nicht aufhalten, wie wir ja gesehen haben.

Deswegen wird sich die CDU-Fraktion schwerpunktmäßig mit einer Reform der Finanzhilfen und einer völligen Überarbeitung der Kriterien für Finanzhilfen beschäftigen.

(Zurufe von der SPD: Das hilft Alcatel! Das ist unwahrscheinlich hilfreich!)

– Das, was Sie machen, hilft schon gleich gar nicht.

Im vorliegenden Fall haben wir das große Glück, daß zumindest ein Teil der Arbeitsplätze erhalten bleibt. Deswegen ist es auch eine Frage der politischen Vernunft, damit aufzuhören, politisches Porzellan zu zerschlagen.

Alcatel ist ein Unternehmen in diesem Land und soll es auch bitte bleiben. Es ist eine Frage der politischen Klugheit, wie wir Ziele erreichen und wie wir sie nicht erreichen.

(Abg. Weimer SPD: Ihr werdet sehen, wie weit ihr damit kommt!)

Ich fürchte, die SPD-Fraktion beschreitet hier einen Weg, auf dem diese Ziele niemals zu erreichen sein werden.

Ich beantrage die Überweisung des Antrags an den Ausschuß.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Dr. Hildebrandt.

Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Vereinbarung, mit der der Betrieb Alcatel SEL in Mannheim weitergeführt wurde, ist fast auf den Tag genau vor zwei Jahren am 14. Juli 1995 unterschrieben worden. Schwer zu glauben, daß die Entwicklung in diesen zwei Jahren damals so unüberschaubar gewesen ist, daß man nicht vermuten konnte, daß nicht diese Vereinbarung von einigen der Vertragspartner, von der Betriebsführung, schon damals mit Hintergedanken unterzeichnet worden ist. Auf alle Fälle ist das ein Hinweis darauf, daß es so nicht geht. Die Landesregierung kann nicht solche Konzerne, die international agieren, mit Subventionen

(Abg. Wettstein SPD: Das sind doch gar keine Subventionen!)

beeinflussen und zu Entscheidungen bringen, ohne entweder diese Konzerne ausreichend zu verpflichten oder aber der Belegschaft ausreichende Titel in die Hand zu geben, um sich verteidigen zu können.

Die Bundesregierung hat relativ schlicht auf eine Anfrage geantwortet:

Die von der Alcatel SEL AG geplanten Umschichtungen in Form der Verlagerung und Konzentration von Entwicklungs- und Beschaffungsaktivitäten erfolgen unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten im Hinblick auf notwendige Anpassung an eine verringerte Nachfrage des Marktes. Das Unternehmen ist für die Auslastung seiner Kapazitäten entsprechend der marktwirtschaftlichen Grundordnung selbst verantwortlich.

Das ist die Lage. Die Frage ist, ob unsere Haltung im konkreten Fall nichts anderes mehr als eine zynische Hilflosigkeit sein kann.

SEL ist in Mannheim ein wichtiger Betrieb. Er ist es nicht nur wegen der Arbeitsplätze, die er zur Verfügung stellt, im Augenblick noch 406; es waren ja schon einmal sehr viel mehr. Er ist es auch, weil er an einem Standort, an dem die traditionelle Industrie vorherrscht, einer der Betriebe mit fortgeschrittener Technik ist. Ich sage das ausdrücklich in dem Bewußtsein, daß dieser Betrieb für das Militär arbeitet. Denn ich denke, es kann gar kein Zweifel daran bestehen, daß wir Interesse an der Konversion haben, daß wir Interesse daran haben, daß die technischen Fähigkeiten, die in diesem Land vorhanden sind, für zivile Produkte genutzt werden. Das ist als Position der Grünen bekannt. Sie dürfen aber daraus nicht den Schluß ziehen, daß es uns gleichgültig wäre, was mit den Menschen geschieht, die zur Zeit noch in dieser Produktion tätig sind.

Die Betriebsführung von Alcatel Deutschland hat nichts anderes getan, als die Landesregierung vorzuführen. Jetzt können alle Beteuerungen der Vermittlung und des massiven Eintretens nicht mehr ziehen. Die Landesregierung selber hat gesagt, daß sie sich rechtlich gebunden hat. Insofern wäre ein Beitritt zur Klage eine Konsequenz aus den Stellungnahmen der Landesregierung selber. Freilich sehe ich auch, daß eine Landesregierung, die klagt, in gewisser Weise schon eine Niederlage eingestanden hat.

(Dr. Hildebrandt)

Lassen Sie mich zwei Anmerkungen machen, die mir im Zusammenhang mit dieser Auseinandersetzung wichtig erscheinen.

Ich finde es nicht sehr überzeugend, wenn gerade diejenigen, die noch vor kurzem im Betriebsverfassungsgesetz die Rechte der Belegschaften in der Auseinandersetzung mit der Betriebsführung eingeschränkt haben, jetzt bedauern, daß es dort zu Schwierigkeiten kommt, daß Familien leiden, wenn ihre Ernährer, wenn diejenigen, die verdienen, entlassen werden und in die Arbeitslosigkeit geraten. Gerade jetzt zeigt sich zum Beispiel in der Auseinandersetzung des Betriebsrats um die Folgekosten mit der Einigungsstelle für den Interessenausgleich zwischen Betriebsführung und Belegschaft, daß die Ausstattung der Belegschaften mit Rechten, da zu bestehen, nicht ausreichend ist und daß diese Rechte durch die Fristverkürzung eingeschränkt worden sind, die mit der Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes vor zwei Jahren erfolgt ist.

Wenn Sie sagen, es gebe gegen diese Kräfte des Markts kein Heilmittel, dann kann doch die Konsequenz nur sein, daß die Rechte der Belegschaft gestärkt werden müssen, was die Einsicht in die Bücher, was die Mitbestimmung bei der wirtschaftlichen Entscheidung und was ihre Verhandlungsposition im Einigungsverfahren betrifft.

Ein Letztes: Ich könnte mir vorstellen – ich selber hätte dafür jedenfalls viel Sympathie –, zu prüfen, ob es nicht Möglichkeiten gibt, den Betrieb in Mannheim ohne Alcatel fortzuführen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort erhält Herr Abg. Pfister.

Abg. Pfister FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! In der „Stuttgarter Zeitung“ war am 15. Dezember 1994 zu lesen: „SEL-Werk gerettet – unbändige Freude der Mitarbeiter“. Ich sage Ihnen: Wir alle haben uns damals über diese Meldung in der „Stuttgarter Zeitung“ gefreut, einfach deshalb, weil wir alle miteinander wissen, wie schwierig die strukturpolitische und die arbeitsmarktpolitische Lage gerade in Mannheim ist, und weil wir alle wissen, daß in Mannheim etwas geschehen muß, um die Arbeitslosigkeit, die dort besonders hoch ist, abzubauen.

Aber die Freude war nur kurz, wie wir in der Zwischenzeit wissen. Ich will Ihnen sagen: Ich bedaure das sehr. Aber ich sage Ihnen auch: Ich bin nicht nur über die Entwicklung enttäuscht, sondern ich fühle mich durch die Entwicklung auch ein Stück weit getäuscht.

Ich sage das deshalb, weil es im Jahr 1995 eine bindende Vereinbarung zwischen dem Land Baden-Württemberg – auch in Form der L-Bank – und der Firma SEL gegeben hat und in dieser bindenden Vereinbarung, wie man weiß, festgelegt war, daß auf der einen Seite die L-Bank zur Schaffung von Liquidität für die Firma ein Grundstück ankauft und auf der anderen Seite 410 Arbeitsplätze garantiert werden, und zwar nicht nur bis morgen, sondern schon auf Dauer, nämlich zumindest einmal für zehn Jahre.

Das war die bindende Vereinbarung, die abgeschlossen wurde. Ich muß aber feststellen, daß sie eben nicht eingehalten wurde. Deshalb sollte man an dieser Stelle einmal eines ganz klar festhalten: Die Verantwortung für diese arbeitsmarktpolitische Katastrophe in Mannheim – so muß man wohl sagen – trägt nicht das Land, trägt nicht der Landtag und trägt auch nicht die Landesregierung, sondern der Schwarze Peter – dies muß gesagt werden – liegt eindeutig bei der Firma SEL und sonst nirgends.

(Beifall bei der FDP/DVP, der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen – Abg. Birzele SPD: Herr Kollege Pfister, sehen Sie, daß die CDU Ihre Meinung nicht unterstützt?)

Deshalb sage ich: Ich habe durchaus Sympathie für die Klage, die die Stadt Mannheim jetzt zusammen mit dem Betriebsrat und der IG Metall angestrengt hat.

(Abg. Birzele SPD: Sympathie reicht nicht!)

Ich hätte auch nichts dagegen,

(Abg. Weimer SPD: Also!)

wenn sich das Land Baden-Württemberg dieser Klage anschließen würde,

(Beifall bei der SPD)

allerdings unter der einen entscheidenden Voraussetzung, daß eine solche Klage wenigstens den Hauch einer Chance hat. Wenn ich mir aber alle Gutachten und alle Meinungen der juristischen Zunft anschau, die ich kenne,

(Abg. Brechtken SPD: Welche Gutachten gibt es denn, Herr Kollege?)

komme ich zu dem Ergebnis, daß die Erfolgsaussichten im Augenblick mehr als skeptisch beurteilt werden. Das ist auch verständlich; ich will Ihnen das an einem einzigen Beispiel klarmachen.

Sie wissen, meine Damen und Herren, daß die 16 Millionen DM der L-Bank in Grundstücke investiert wurden. Diese aber sind auch heute noch als Aktiva vorhanden, genauso die 4 Millionen DM, die in den Gewerbepark investiert wurden, der der Stadt Mannheim immer noch für Gewerbeansiedlungen in der Zukunft zur Verfügung steht.

Für Klagen muß ein rechtliches Interesse, das heißt, so etwas Ähnliches wie ein Schadensersatzanspruch, vorhanden sein. Aber genau diese Möglichkeit eines Schadensersatzanspruchs wurde im Vertrag ausdrücklich nicht vereinbart. Insofern muß man natürlich auch ein Stück der Verantwortung demjenigen zurückgeben, der damals den Vertrag – auch den Mietvertrag – abgeschlossen hat. Das war der letzte Wirtschaftsminister und nicht dieser Wirtschaftsminister.

(Zustimmung der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU)

Insofern liegt auch bei ihm ein Stück der Verantwortung dafür, daß es schlecht gelaufen ist.

(Beifall bei der FDP/DVP)

(Pfister)

Von daher ist es auch durchaus vertretbar, wenn man sagt: Es kommt jetzt nicht darauf an, eine juristische Auseinandersetzung, deren Chancen so schlecht sind, zu suchen, sondern es kommt darauf an, eine politische Auseinandersetzung zu suchen. Ich kann nur sagen, meine Damen und Herren . . .

Stellv. Präsident Weiser: Herr Abg. Pfister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abg. Pfister FDP/DVP: . . . – nein, im Augenblick nicht –: Diese Landesregierung hat sehr viel getan. Das gilt für den Ministerpräsidenten, das gilt für den Herrn Wirtschaftsminister, das gilt auch für den Kollegen Nagel – das will ich ausdrücklich sagen –, das gilt auch für den Oberbürgermeister der Stadt Mannheim. Sie haben alles getan, was sie tun konnten. Ich bin der Meinung, daß die Landesregierung auch in der Zukunft durchaus eine Verantwortung auch für Mannheim hat, auch in diesem speziellen Fall. Nur sage ich eben: Es ist die Aufgabe der Landesregierung, in erster Linie politisch und nicht juristisch zu handeln.

(Abg. Birzele SPD: Herr Pfister, ist Ihnen nicht klar, daß es nicht um Schadensersatz geht?)

Ich will noch kurz auf drei Punkte eingehen, die zeigen, was man aus diesem Vorgang insgesamt lernen kann.

Meine Damen und Herren, man kann daraus lernen, daß es eine Illusion ist, zu glauben, daß die Gewährung von Finanzhilfen gleichbedeutend mit der Rettung von Arbeitsplätzen sei.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Das ist eine Illusion. Wir haben das an diesem Beispiel schmerzlich erleben müssen.

(Abg. Wettstein SPD: Es gab doch gar keine Finanzhilfen für das Werk!)

Zweiter Punkt: Ich meine, daß wir, wenn wir schon Geld geben, das wir eigentlich gar nicht haben, wenn wir schon Finanzhilfen geben,

(Abg. Birzele SPD: Gerade haben Sie gesagt, es seien keine!)

dieses Geld, bevor wir es in undurchsichtige Konzerne investieren, lieber für eine intelligente Mittelstandsförderung und eine Strukturförderung ausgeben sollten, die der Region insgesamt helfen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD)

Dritte Bemerkung: Wenn wir schon Geld geben, sollten wir dieses Geld in der Zukunft lieber für eine aktive Geburtshilfe und weniger für eine Sterbehilfe ausgeben.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Weiser: Herr Abg. Pfister, gestatten Sie Fragen der Herren Abg. Birzele und Wettstein?

Abg. Pfister FDP/DVP: Nein.

(Unruhe)

Stellv. Präsident Weiser: Sie gestatten keine Zusatzfragen.

(Anhaltende Unruhe – Abg. Birzele SPD: Man kann besser Falsches reden, wenn nicht nachgefragt wird!)

Das Wort hat Herr Abg. Schonath.

Abg. Schonath REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die heute von der SPD initiierte Debatte ist nichts anderes als eine Art Augenwischerei.

(Zustimmung des Abg. Deuschle REP)

Es zeigt sich in diesem Fall, daß ein französischer Konzern eben französische Interessen vertritt.

(Oh-Rufe von der SPD – Abg. Deuschle REP: Genau so ist es!)

Deshalb sollte man in Zukunft derartigen Kooperationen mit Vorsicht begegnen und wirklich eigene Standortinteressen in Deutschland bzw. in Baden-Württemberg vertreten.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Wettstein SPD: Deutschland für ausländisches Kapital sperren! – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Kapital ist international!)

Es ist sicher nicht übertrieben, hier von einer Altlast Spöri zu reden. Wer hat vor zwei Jahren hier Verantwortung für die Wirtschaft gehabt? Das war doch die Landesregierung Teufel/Spöri. Und wer hat in der damaligen Landesregierung geschlampt und diesen umstrittenen Vertrag, wenn es überhaupt ein Vertrag ist, mit Alcatel ausgearbeitet?

(Abg. Deuschle REP: Richtig! – Abg. Wettstein SPD: Er wurde vom Wirtschaftsausschuß einstimmig gebilligt!)

Dies ist doch alles in einem von der SPD geführten Wirtschaftsministerium geschehen.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Deuschle REP: So ist es!)

Wir Republikaner kommen unter Berücksichtigung aller bisherigen Aspekte zu dem Ergebnis, daß sich die damalige Landesregierung durch Dilettantismus von einem multinationalen Konzern hat über den Tisch ziehen lassen.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Birzele SPD: Und haben Sie zugestimmt?)

– Ich habe nicht zugestimmt.

Eine kritische Analyse der unterschiedlichen Interessenlagen hätte schon 1994 zu dem Ergebnis kommen können, daß es den Konzernherren in Paris nicht um das Schicksal von 410 hochtechnologisch ausgebildeten Arbeitnehmern geht, sondern um strategische Vorteile auf dem Rüstungsmarkt.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Weiser: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Fleischer?

Abg. Schonath REP: Ja.

Stellv. Präsident Weiser: Bitte.

Abg. Fleischer CDU: Können Sie mir dann erklären, warum Ihr Vertreter im Wirtschaftsausschuß zu diesem Thema in der fraglichen Sitzung zugestimmt hat?

Abg. Schonath REP: Das kann ich nicht beantworten; denn ich war damals noch nicht im Landtag.

(Heiterkeit – Abg. Wettstein SPD: Herr Rapp hat zugestimmt! – Abg. Stolz Bündnis 90/Die Grünen: Fragen Sie mal Herrn Rapp! Er sitzt nicht weit weg!)

Wir wollen auch nicht entscheiden, ob es sich hier um eine wenig verbindliche Vereinbarung oder um einen Vertrag handelt. Das wird ja zur Zeit gerichtlich geprüft. Aber selbst wenn die angestrenzte Klage erfolgreich sein wird, was haben wir dann real gewonnen?

Wir müssen leider zur Kenntnis nehmen, daß die angebliche Standortgarantie von Alcatel nur Makulatur ist. Wir Republikaner sind solidarisch und stehen auf der Seite der Alcatel-SEL-Mitarbeiter und ihrer Familien in Mannheim.

(Beifall bei den Republikanern)

Deswegen haben wir für den Änderungsantrag der SPD nicht nur Sympathie, wie es Herr Pfister gesagt hat, sondern wir werden diesen Änderungsantrag unterstützen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das habe ich nicht gesagt!)

– Das können Sie dann im Protokoll nachlesen.

Wir warnen aber davor, den Beschäftigten in Mannheim Illusionen zu machen. Wer wie die SPD ja sagt zum Binnenmarkt, zum Euro und zur Globalisierung, muß auch die negativen Auswirkungen dieser Entwicklungen akzeptieren, wie zum Beispiel den Personalabbau.

Sie, meine Damen und Herren von der SPD, haben seit Jahren Stimmung gegen wehrtechnische Betriebe gemacht und einen vernünftigen Umgang mit der Wehrtechnik verhindert. Dies hatte zur Folge, daß in vielen Fällen die strategischen Abteilungen bei den wehrtechnischen Unternehmen, wie zum Beispiel bei den Firmen Mauser und Dasa-Lenkflugkörpersysteme, immer mehr zu einer Werkbank abgewertet wurden. Aus diesem Grund müssen Sie sich, meine Damen und Herren von der SPD, eine gewisse Scheinheiligkeit vorwerfen lassen.

(Beifall bei den Republikanern)

Sie wollen Ihrer noch verbliebenen Restwählerschaft in der Arbeitnehmerschaft Sand in die Augen streuen.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Maurer.

Abg. Maurer SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Kollegin Gräßle, ich bin von Ihrer Rede ziemlich enttäuscht.

(Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Damit kann ich leben!)

Wenn Ihre Ausführungen der Standpunkt der Regierung wären, wäre das ausgesprochen deprimierend, weil nicht nur ich das, was Sie gesagt haben, als eine Geste geradezu hilfloser Unterwerfung gegenüber der Unternehmensführung empfunden habe.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Ich erkläre Ihnen nachher, wie ich es gemeint habe!)

Ich würde Sie auch wirklich bitten, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, in diesem Zusammenhang allen taktischen Versuchungen zu widerstehen. Wir reden hier über die Erfüllung einer Vereinbarung, die nicht nur vom damaligen Wirtschaftsminister zustande gebracht und vertreten worden ist, sondern auch vom Ministerpräsidenten. Aus Anlaß dieser Vereinbarung ist nicht nur der Wirtschaftsminister, sondern auch der Ministerpräsident in der Öffentlichkeit aufgetreten, hat sich dazu bekannt und sie als großen Erfolg gesehen.

Ich halte überhaupt nichts davon, wenn Sie jetzt in irgendwelche parteitaktische Spielereien verfallen. Das ist eine glasklare rechtliche Vereinbarung, für die die ganze Landesregierung mit dem Ministerpräsidenten an der Spitze und der ganze Landtag von Baden-Württemberg stehen, der diesem Vertrag im Wirtschaftsausschuß einstimmig zugestimmt hat.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Jetzt wollen wir einmal sehen, wie die Gerichte das sehen!)

Sie sollten auch der Versuchung widerstehen – Frau Gräßle, das sage ich an die Adresse Ihrer ganzen Fraktion –, hier die Steuerreform mit ins Spiel zu bringen. Es geht überhaupt nicht darum, sondern es geht in Wirklichkeit

(Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Es geht um Arbeitsplätze!)

um Unternehmensstrategien des Alcatel-Konzerns und nicht um konjunkturpolitische Dinge. Ich weise Sie darauf hin, daß Herr Mecklinger das indirekt selbst zugegeben hat. Er hat nämlich gesagt, die damalige Unternehmensleitung hätte diese Vereinbarung nach seiner Auffassung nicht unterschreiben dürfen. Damit bestätigt er indirekt, daß es eine bindende Vereinbarung war und daß die Unternehmensleitung dies damals anders gesehen hat und das Unternehmen verpflichtet hat.

Stellen Sie sich einen Moment vor, eine solche Vereinbarung wäre in der Französischen Republik unter Beteiligung der französischen Regierung geschlossen worden. Dann würde dieser Vertrag erfüllt, und dann würde die Regierungsfraktion der französischen Regierung nicht sagen, es habe jetzt aber konjunkturelle Probleme gegeben.

(Maurer)

Wenn wir von der Wirtschaft ernst genommen werden wollen, gilt auch im Verhältnis zur Wirtschaft der Grundsatz „Pacta sunt servanda“, Frau Kollegin.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Weiser: Herr Abg. Maurer, gestatten Sie Frau Abg. Dr. Gräßle eine Zwischenfrage?

Abg. Maurer SPD: Nach Ende meiner Redezeit sehr gerne. – Sonst werden wir in keiner Frage mehr ernst genommen. Sonst setzen wir ein negatives Beispiel für alles, was in Zukunft in diesem Land anstehen wird. Es ist eine Frage der Selbstachtung dieses Parlaments und dieser Regierung, ob wir auf Erfüllung bestehen.

Herr Kollege Pfister, was Sie dazu erzählt haben, ist für mich juristisch nicht nachvollziehbar. Es geht nicht um Schadensersatz, sondern es geht um die Erfüllung eines Vertrags, Herr Kollege Pfister. Da klagt man auf Erfüllung. Wir sind nicht, Frau Kollegin Gräßle, irgendwelche Vermittler, sondern das Land Baden-Württemberg ist Vertragspartner.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Wenn Vertragspartner feststellen, daß von der Gegenseite ein Vertrag nicht erfüllt wird, Herr Kollege Pfister, dann geht es nicht um Schadensersatz, sondern dann klagt man auf Erfüllung. Wenn das Land Baden-Württemberg und dieser Landtag sich ernst nehmen, dann müssen sie auf Erfüllung der Vereinbarung bestehen, die das Land selbst geschlossen hat. So einfach ist das.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Weiser: Herr Abg. Maurer, Frau Abg. Dr. Gräßle verzichtet auf weitere Fragen.

(Lachen bei der SPD)

Das Wort hat Frau Abg. Dr. Brenner.

Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Man kann die Diskussion zusammenfassen und sagen: Wir haben einen weißen Fleck im Finanzhilfesystem voll getroffen, und wir haben gelernt, daß Sonderkündigungsrechte unberechenbare Tretminen sein können, vor allem dann, wenn sie auslegbar formuliert sind.

Nun kann man sich darüber streiten, wer den Vertragsentwurf verbockt hat. Das ist im Moment aber müßig.

Was ist passiert? Der Ableger eines multinationalen Konzerns agiert für ihn einsichtig, für uns nicht, vor allem fragt er uns nicht vorher. Nur, wundert uns das? Dies ist der typische Fall einer verlorenen Finanzhilfe, die nicht das gebracht hat, was wir gedacht haben,

(Widerspruch bei der SPD)

zumindest nicht für den Zeitraum, der geplant war.

(Beifall der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU)

Ein global operierendes Unternehmen, egal, welches, wird immer seine Firmenpolitik an aktuelle Entwicklungen anpassen und uns dabei nicht fragen.

(Beifall der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU)

Wir müssen erkennen, daß wir im Zweifelsfall wenig Einfluß haben.

(Abg. Dr. Inge Gräßle CDU zu Abg. Maurer SPD: Theoretiker!)

Die Frage ist: Was tun wir? Im Wirtschaftsausschuß wurde lang darüber diskutiert, ob wir weiterhin Finanzhilfen an internationale Konzerne oder deren Niederlassungen geben sollen. Generell war die Meinung: eher nicht.

Aber, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, das Arbeitsplatzargument wird uns immer wieder einholen. Es wird uns in Schwierigkeiten bringen – ob bei der Auflösung oder bei der Neuansiedlung von Niederlassungen internationaler Konzerne.

Die Frage ist auch, ob wir in der Position sind, so laut schreien zu dürfen. Es gibt noch eine andere Niederlassung derselben Firma in unserem Land, die gerade Arbeitnehmer einstellt.

(Beifall der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU)

Wenn man bedenkt, daß in der französischen Zentrale „zugeschaut“ worden ist, bewegen wir uns hier auf einem schmalen Grat. Das Gerichtsverfahren wird an der Unternehmensentscheidung nichts ändern, es kann sie höchstens verzögern.

Wir müssen hier zähneknirschend feststellen, daß unser Einfluß, selbst wenn wir Fördermittel geben, begrenzt ist. Leid tut mir das für die Arbeitnehmer in Mannheim, aber wir sollten ihnen keine Märchen erzählen, sondern ihnen ehrlich sagen, daß wir auch bei einem Gerichtsverfahren mit Glanz und Gloria auf den Bauch fallen können,

(Abg. Dr. Caroli SPD: Können!)

weil eben unklare Formulierungen vorliegen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Deshalb halte ich es für wichtig, daß wir nach wie vor diese Vermittlungsgespräche führen. So haben wir es gemeint, Herr Maurer. Wenn Sie das nicht begriffen haben, erkläre ich es Ihnen nachher. Den Kaffee bezahle ich.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat der Herr Wirtschaftsminister.

(Abg. Birzele SPD: So etwas Blödes! Haben Sie überhaupt schon einmal die Klage gelesen? Man hat nicht den Eindruck! – Gegenruf der Abg. Rosely Schweizer CDU: Haben Sie schon einmal ein Unternehmen geführt? – Gegenruf des Abg. Capuzzo SPD: Ein ganzes Ministerium, Frau Kollegin!)

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Wenn Sie fertig sind. – Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Erster Punkt: Die Debatte ist berechtigt, sie ist selbstverständlich, weil es um ein entscheidendes und zentrales Thema bei uns in Baden-Württemberg geht, nämlich um die Sicherung von Arbeitsplätzen.

Zweiter Punkt: Wenn jemand von einer „Altlast Spöri“ redet, halte ich das für ein außerordentlich schwieriges Parlamentarismusverständnis. Es war der gesamte Landtag, der der Mannheimer Erklärung zugestimmt hat. Daraus kann heute auch niemand mit der blöden Erklärung ausbüxen, er sei damals nicht im Landtag gewesen.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der FDP/DVP sowie Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Es gibt schon noch ein Parlamentarismusverständnis, von dem ich außerordentlich viel halte, nämlich daß man zu dem steht, bei dem man bei der Beschlußlage dabeigewesen ist. Wir sind dabeigewesen, und Ihre Fraktion ist genauso dabeigewesen.

Das, was damals als Mannheimer Erklärung zustande gekommen ist, war das Ergebnis des intensiven Bemühens aller Beteiligten zum Thema Nummer eins, nämlich die Sicherung von Arbeitsplätzen in den Griff zu bekommen. Dieses Bemühen war selbstverständlich in vollem Umfang klar berechtigt. Es ist jetzt die Grundlage für die weiteren Diskussionen, die wir haben.

Die Landesregierung von Baden-Württemberg hat, nachdem wir Anfang April des Jahres 1997 davon unterrichtet worden sind, was bezüglich des Mannheimer Werks geschehen soll, durch den Wirtschaftsminister umgehend Kontakt aufgenommen. Sie hat nach dem Gespräch, in dem das vom Vorstandsvorsitzenden Mecklinger mündlich offenbart wurde, diesem dargestellt, daß sie unter gar keinen Umständen das Vorgehen von SEL so, wie mündlich dargestellt, zu akzeptieren bereit ist. Die Landesregierung hat in aller Klarheit auf die Mannheimer Erklärung und auf das, was einseitig für das Mannheimer Werk an Mitteln geflossen ist, verwiesen. Sie hat vor allem auch darauf verwiesen, welche Zielvorgabe die Grundlage dieser Vereinbarungen war.

Wir haben in aller Klarheit darauf hingewiesen, daß niemand in der Landesregierung und niemand in der L-Bank auf die Idee gekommen wäre, dieses Grundstücksgeschäft ohne die Zusage, dort Arbeitsplätze zu sichern, abzuwickeln. Dies ist selbstverständlich so. Selbstverständlich ist es auch richtig, wenn Herr Kollege Maurer sagt: Pacta sunt servanda. Auch darauf haben wir von seiten der Landesregierung in mehreren Gesprächen, auch in Spitzengesprächen, stets gepocht. Es geht nicht um Schadensersatz, sondern darum, daß Arbeitsplätze so, wie in der Mannheimer Erklärung festgehalten, auch gesichert bleiben.

(Beifall im ganzen Haus – Abg. Birzele SPD: Sehr richtig!)

Das ist die klare Grundlage.

Ich bin an einer Stelle zu einer dringenden Korrektur durch mich selbst aufgerufen, weil etwas zitiert worden ist, was

eindeutig falsch ist. Nicht das Zitat selbst ist falsch, sondern die Meinung, die dort wiedergegeben worden ist, ist falsch. Weder der Herr Ministerpräsident noch der Wirtschaftsminister, noch sonst Vertreter der baden-württembergischen Landesregierung haben zu irgendeinem Zeitpunkt den Standpunkt des Herrn Mecklinger akzeptiert. Wir haben die Position von Herrn Mecklinger nie akzeptiert, sondern wir haben uns in den Spitzengesprächen, die wir geführt haben, immer darauf festgelegt, daß wir gesagt haben: Es gibt hier eine klare Erklärung. Wir wollen, daß diese Erklärung eingehalten wird. Dabei gab es nie eine Akzeptanz dessen, was da gewesen ist, sondern es gab immer klare, abweichende Meinungen. Wir haben zur Kenntnis genommen, aber nicht akzeptiert, was Herr Mecklinger vorgetragen hat.

Wir haben außerdem die Erfahrung gemacht, daß wir mit einem außerordentlich verantwortungsbewußten Betriebsrat und IG-Metall-Vorsitzenden diskutieren konnten.

Im übrigen haben wir bei dem letzten Spitzengespräch – darauf kommt es jetzt an – klar vereinbart, daß die baden-württembergische Landesregierung die Klageführer unterstützt, die Klage auch für berechtigt hält und es auch begrüßt, daß diese Klage geführt wird. Wir haben vereinbart, daß wir für die Landesregierung zwei Punkte für uns in Anspruch nehmen, nämlich erstens das Offenhalten der Moderatorenrolle, wie es zu Recht angesprochen worden ist. Dies geschah im übrigen in Abstimmung mit den Klageführenden. In Abstimmung mit denen, die die Klage führen, ist klargemacht worden: Es wird womöglich ein Zeitpunkt – ich meine: hoffentlich – kommen, an dem wir von seiten der Politik als Moderatoren gefordert sein werden. Diese Moderatorenrolle soll nicht verbaut werden.

Zweiter Punkt: Unabhängig davon, und zwar ebenfalls in Übereinstimmung mit allen Teilnehmern an diesem Spitzengespräch, haben wir festgehalten, daß wir eine Klage auch durch die Landesregierung nicht grundsätzlich ausschließen und daß wir die zuständigen Häuser mit der Prüfung eines solchen Klageweges und dessen Erfolgsaussichten beauftragen. Diese Prüfung, meine Damen und Herren, ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen. Deswegen wird das Verfahren so, wie wir es in dem Spitzengespräch besprochen haben, weitergeführt werden. Die Klageführer werden in ihrem Klageschritt und mit ihrer Klageabsicht – das sage ich noch einmal ausdrücklich – von seiten der Landesregierung unterstützt. Die Prüfung wird mit aller Ernsthaftigkeit in allen Phasen und Aspekten – das beginnt bei der Frage, inwieweit dies einen Vertragsgegenstand betrifft –

(Abg. Weimer SPD: Bis wann ungefähr?)

– Ich kann Ihnen keinen genauen Zeitpunkt nennen. Ich nenne jetzt einmal den Herbst. Bis dahin werden wir es wohl hoffentlich auch definitiv haben. Ich kann Ihnen jetzt keinen festen Termin nennen.

Wir werden dann die weiteren Schritte von seiten der Landesregierung unternehmen.

Ich habe – Herr Kollege Maurer, Sie haben den Vorwurf des Gegenteils nicht erhoben – die feste Überzeugung, daß die baden-württembergische Landesregierung von der er-

(Minister Dr. Döring)

sten Stunde der Information über die Absichten von SEL an alles getan und alle Hebel in Bewegung gesetzt hat, wo zu wir seitens der Landesregierung in der Lage sind, um unseren Beitrag dazu zu leisten, nach Möglichkeit die Arbeitsplätze in Mannheim zu sichern.

All das ist von uns Punkt für Punkt in engster Übereinstimmung von Ministerpräsident und Wirtschaftsminister gemacht worden. Wir stehen zu unserer Verantwortung; wir stehen zu dieser Mannheimer Erklärung, die eingehalten werden muß. Wir stehen zu dieser Prüfung, und wir unterstützen die Klageführenden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen im Rahmen der Allgemeinen Aussprache vor. Es ist beantragt,

(Abg. Sieber CDU: Überweisung!)

die Anträge an den Wirtschaftsausschuß zu überweisen. – Sie stimmen der Überweisung zu.

(Abg. Weimer SPD meldet sich zu Wort.)

– Bitte.

Abg. Weimer SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die letzte Einlassung des Wirtschaftsministers klang ein bißchen anders als das, was wir vom Kollegen Pfister und den Kolleginnen von der CDU-Fraktion gehört haben. Wenn Sie ernsthaft daran interessiert sind, die Möglichkeit, tatsächlich zu klagen und die Stadt Mannheim und die Beschäftigten in ihrem Kampf um ihre Arbeitsplätze zu unterstützen, sorgfältig zu prüfen, dann ist es in Ordnung, daß Sie dieses Verfahren fortführen. Wenn sich die Prüfung aber bis Dezember oder Januar oder Februar hinziehen sollte, behalten wir uns vor, in einer Sondersitzung des Wirtschaftsausschusses auf unseren Antrag zurückzukommen. Nur deshalb stimmen wir jetzt zu.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CDU sowie des Bündnisses 90/Die Grünen – Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Einverstanden!)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Wahl der externen Mitglieder der Enquetekommission „Jugend – Arbeit – Zukunft“ und von weiteren stellvertretenden Mitgliedern

Meine Damen und Herren, auf Ihren Tischen finden Sie einen Vorschlag der Enquetekommission für die Wahl der ordentlichen und stellvertretenden externen Mitglieder (Anlage 1).

(Anhaltende Unruhe)

– Ich darf Sie bitten, etwas aufmerksamer zuzuhören.

Ich stelle ohne förmliche Abstimmung fest, daß das Haus die in dem Vorschlag aufgeführten Damen und Herren zu ordentlichen und stellvertretenden Mitgliedern der Enque-

tekommission „Jugend – Arbeit – Zukunft“ wählt. – Meine Damen und Herren, es ist so beschlossen.

Außerdem liegt Ihnen ein Vorschlag der CDU-Fraktion für die Wahl von drei bisher noch nicht bestellten stellvertretenden Mitgliedern der Enquetekommission vor (Anlage 2). – Ich stelle auch hier ohne förmliche Abstimmung fest, daß Sie mit diesen Vorschlägen einverstanden sind und die betreffenden Personen zu stellvertretenden Mitgliedern der Enquetekommission wählen. – Es ist so beschlossen.

Wir treten damit in die Mittagspause ein. Die Mittagspause dauert bis 13.45 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 12.23 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 13.45 Uhr)

Stellv. Präsident Weiser: Ich eröffne die Nachmittagsitzung und rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

Fragestunde – Drucksache 12/1674

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 1 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Reinhard Hackl Bündnis 90/Die Grünen – Personalabbau bei den Regierungen

Herr Abg. Hackl,

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Hier!)

Sie haben das Wort.

Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Einen Moment. – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

In welchen Bereichen und in welcher Größenordnung sieht das Kabinett noch weitere Einsparmöglichkeiten in den stattfindenden Ressortgesprächen des Innenministers?

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat der Herr Innenminister.

Innenminister Dr. Schäuble: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage wie folgt:

Wir haben, wie Sie, Herr Kollege Hackl, Ihrer Frage offensichtlich schon zugrunde gelegt haben, durch den Gutachter zusammen mit den Workshops 26 % im Visier. Das ist, nebenbei bemerkt, ein gewaltiger Personalabbau. Wir wissen, daß zum Beispiel auch Bayern seine Regierungspräsidien verschlanken will und von einem höheren Besatz nur um 10 % herunterkommt. Deshalb bitte ich, diese 26 % nicht geringzuschätzen.

Darüber hinaus machen wir, wie Sie Ihrer Frage richtigerweise zugrunde legen, durch Gespräche mit den Ressorts den Versuch, noch weitere Personaleinsparungen zu ermöglichen. Nachdem das Kabinett diese Weichenstellung

(Minister Dr. Schäuble)

erst beschlossen hat, müssen diese Gespräche allerdings noch geführt werden. Ich denke – um es vorsichtig anzudeuten – vor allem an die Bereiche Soziales und Landwirtschaft.

Ich muß allerdings darauf aufmerksam machen – das ist in der Öffentlichkeit schon von verschiedener Seite, auch von mir gesagt worden –: Stellenabbau kann nicht mit Personalabbau verwechselt werden. Die Fluktuation bis zum Jahr 2001 ist nicht so groß, daß wir diese 26 % Personal abbauen könnten. Wir müssen auch mit K.w.-Stellen arbeiten.

Stellv. Präsident Weiser: Zusatzfrage, Herr Abg. Hackl.

Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Herr Minister, inwiefern handelt es sich bei dem von Ihnen angestrebten Personalabbau um echten Personalabbau bzw. um die Umwandlung von Personalmitteln in Sachmittel, weil die entsprechenden Leistungen dann bei Dritten eingekauft werden müssen?

Innenminister Dr. Schäuble: Es ist ganz klar, Herr Kollege Hackl: Der Personalabbau bezieht sich auf die Situation bei den Regierungspräsidien. Aber die Aufgaben, die die Regierungspräsidien wahrnehmen, müssen, wenn man sie nicht ersatzlos streichen kann, was in den wenigsten Fällen zutrifft, von anderen wahrgenommen werden, zum Beispiel durch Verlagerung.

Im Rahmen der Umsetzung wird noch zu entscheiden sein, wie viele Stellen an die nachgeordneten Behörden gehen oder welche Leistungen privatisiert werden. Dafür werden dann die entsprechenden Sachkosten bereitgestellt werden müssen. Aber das ist völlig unvermeidbar und war auch von Anfang an klar.

Stellv. Präsident Weiser: Keine weiteren Zusatzfragen.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 2 auf:

M ü n d l i c h e A n f r a g e d e s A b g .
D r . D i e t e r P u c h t a S P D – S t a a t s a n -
w a l t s c h a f t l i c h e E r m i t t l u n g e n

Sie haben das Wort.

(Abg. List CDU: Grad no glangt!)

Abg. Dr. Puchta SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich stelle folgende Frage:

- a) Kann die Landesregierung bestätigen, daß gegen den Leiter der Abteilung Steuern im Finanzministerium staatsanwaltschaftliche Ermittlungen eingeleitet worden sind?
- b) Welche Konsequenzen zieht die Landesregierung gegebenenfalls aus diesem Sachverhalt?

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort zur Beantwortung für die Landesregierung erhält der Herr Finanzminister.

Finanzminister Mayer-Vorfelder: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei bestimmten Ereignissen werden Herr Puchta und ich immer zusammengeführt.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Schicksalhaft!)

Nun hat er zwei Fragen gestellt, die durch die Ereignisse ein Stück weit überholt sind.

(Zuruf von der SPD)

– Ja, auch Herr Puchta weiß, daß die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen wieder laufen.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Ich dachte nicht, daß Sie so schnell reagieren!)

Wir befinden uns ja in einer Fragestunde. Sie haben, wenn ich richtig orientiert bin, zehn Fragen reklamiert;

(Abg. Birzele SPD: Nein, unbeschränkt!)

bei der CDU und bei Ihnen sind es je fünf. Deshalb würde ich gern, weil das dann die Fragerunde auf eine andere Ebene stellt, wenn Sie und der Präsident damit einverstanden wären, den Sachverhalt kurz darstellen.

(Abg. Birzele SPD: Sehr gut! – Zuruf des Abg. Brinkmann SPD)

Das liegt eigentlich im Interesse des Hauses.

Die Situation, die zu dem ganzen Vorgang führte, ist die – ich komme zunächst zum Rechtlichen –, daß Mitte April die Staatsanwaltschaft, und zwar der Ministerialdirektor im Justizministerium – das ist offensichtlich über das Justizministerium gelaufen –, dem Ministerialdirektor im Finanzministerium in einem mit „Persönlich“ gekennzeichneten Schreiben mitgeteilt hat, daß ein Anfangsverdacht der Verletzung des Dienst- und des Steuergeheimnisses gegen Herrn Dr. Märkle vorliege. Er hat das Finanzministerium gleichzeitig um Entscheidung gebeten, ob die nach § 353 b des Strafgesetzbuchs vorgesehene Ermächtigung erteilt wird.

Es ist vielleicht wichtig, einzuschieben, weil das bei der rechtlichen Würdigung nachher eine Rolle spielt, daß zu jener Zeit diese Dinge in der Öffentlichkeit nicht diskutiert worden sind.

Der Ministerialdirektor hat mich seinerzeit vom Eingang dieses Schreibens unterrichtet und mir auch gesagt, daß er die notwendigen Erhebungen innerhalb des Hauses veranlasse.

Ich persönlich war in dem Verfahren über diese Äußerungen, diese Mitteilung des Ministerialdirektors hinaus nicht eingeschaltet. Ich habe mich auch in der Folgezeit nicht eingeschaltet, bis mir im Rücklauf das Schreiben des Ministerialdirektors an das Justizministerium vor Abgang zur Kenntnis gebracht worden ist. Ich komme nachher noch einmal darauf zurück.

Dieser Sachverhalt, der in Rede stand, wurde vom zuständigen Rechtsreferat überprüft. Das Rechtsreferat kam zu dem Ergebnis, daß eine Ermächtigung nach pflichtgemäßem Ermessen nicht erteilt werden dürfe.

Ich nehme das vorweg. Ich habe, bevor ich von dem Schreiben des Ministerialdirektors Kenntnis genommen habe, dieses Gutachten durchgelesen. Da mir ein juristischer Sachverstand nicht abgesprochen werden kann, erschien

(Minister Mayer-Vorfelder)

und erscheint mir das, was in diesem rechtlichen Gutachten dargestellt worden ist, rechtlich plausibel und zutreffend.

Bevor ich zur rechtlichen Frage etwas sage, noch ein Einschub. Nach dem Schreiben, das an die Staatsanwaltschaft ging, ist diese Frage in die Öffentlichkeit gespielt worden – auf welchem Weg auch immer – und hat dort zu Spekulationen, Mutmaßungen und, wie es im politischen Geschäft eben üblich ist, zu einem Abheben weit über den Tatbestand hinaus geführt.

Aber zunächst zu der Frage, die dann in der Presse erörtert worden ist: Hat das Finanzministerium überhaupt ein Prüfungsrecht und eine Prüfungspflicht? Das ist die Frage. Dazu müssen Sie § 353 b durchlesen. In dieser Bestimmung ist eben – das ist eine Ausnahme im Strafrecht – ausdrücklich vorgesehen, daß eine Strafverfolgung nur durchgeführt werden kann, wenn die Ermächtigung erteilt wird. Diese Ermächtigung enthält ein Prüfungsrecht, aber auch eine Prüfungspflicht der obersten Dienstbehörde, nämlich des Finanzministeriums.

Interessant ist in diesem Zusammenhang – und der zuständige Beamte hat dies auch sorgfältig geprüft –, daß das Bundesverfassungsgericht aufgrund einer Verfassungsbeschwerde die gleichlautende Vorschrift vor der Strafrechtsänderung 1979 überprüft und sie für verfassungsmäßig rechtens erklärt hat. Das Bundesverfassungsgericht – ich darf zitieren, Herr Präsident – hat die Verfassungskonformität festgestellt und dazu ausgeführt, daß weniger gewichtige Pflichtverletzungen, für die eine disziplinarische Ahndung ausreichte, nach der Intention der Norm nicht strafrechtlich verfolgt würden. Schließlich sei der Gefahr unnötiger Strafprozesse auch dadurch vorgebeugt, daß es zur Strafverfolgung der Ermächtigung durch die oberste Dienstbehörde bedürfe.

Der zweite für die Beurteilung nicht uninteressante Punkt ist, daß in der Zeit der sozialliberalen Koalition 1979 dieser § 353 b auf dem Prüfstand stand und damals auch in den Ausschüssen eine lebhaftige Diskussion stattfand, ob eine solche Ermächtigungsnorm eigentlich in das Strafrecht hineinpasste.

Es ist, wenn man die Materialien nachliest, interessant, daß damals die Opposition, die CDU, mit Nachdruck gefordert hat, die Ermächtigung herauszunehmen, daß aber die sozialliberale Koalition in der Diskussion ebenfalls mit Nachdruck darauf bestanden hat, daß die Ermächtigung in dieser Bestimmung erhalten bleiben solle.

(Abg. Drexler SPD: Jetzt sind wir schuld? – Abg. Brinkmann SPD: Zur Sache! – Zuruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen – Gegenruf des Abg. Scheuermann CDU: Das gehört sehr wohl zur Sache! – Glocke des Präsidenten)

Ich glaube nicht – –

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, ich darf doch um Ruhe bitten. Sie sind doch an der Aufklärung interessiert.

Finanzminister Mayer-Vorfelder: Ich glaube nicht, daß Sie sich jetzt in irgendeiner Weise angegriffen fühlen können, wenn ich aus den Protokollen zitiere.

(Zuruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

Es ist damals gesagt worden, daß der Gesetzgeber bewußt an der Prozeßvoraussetzung der Ermächtigung festhalte, da sie erlaube, nicht strafwürdige Fälle auszuschalten und die Strafbarkeit auf schwerwiegende Fälle zu konzentrieren. Das hat der Rechtsausschuß des Bundestags dann noch einmal bestätigt, indem er die Ermächtigung weiter im Gesetz belassen hat, da im Einzelfall die Strafverfolgung selbst unter Umständen öffentliche Interessen weiter gefährden könne.

Nun, die Prüfung durch das Haus – ich habe gesagt, sie ist mir vor Abgang des Schreibens zur Kenntnis gebracht worden – kam zu dem Ergebnis, daß die Ermächtigung nicht erteilt werden dürfe, und diese Entscheidung ist am 18. Juni dem Justizministerium mitgeteilt worden.

Ich verrate jetzt kein Dienstgeheimnis, wenn ich sage: Dieses Gutachten kam zu dem Ergebnis, daß zumindest der subjektive Tatbestand nicht gegeben ist und deshalb ein Strafverfahren mit einem Freispruch enden müsse.

(Lachen bei der SPD)

– Schauen Sie, es ist ein Bundesgesetz. Ich habe doch die Ermächtigung nicht da hineingeschrieben. Es ist ein Bundesgesetz, und die oberste Dienstbehörde

(Abg. Brinkmann SPD: Das ist nicht des Pudels Kern!)

ist nach der klaren Definition in diesem Bundesgesetz das Finanzministerium.

Ich möchte auch hier – nein, ich hebe es mir auf, bis die Frage dazu kommt.

Ich will Ihnen auch sagen, was letzten Endes die Begründung für die Entscheidung ist und was in der Diskussion vollkommen vernachlässigt wird. Wenn die Ermächtigungsnorm Bestand hat, dann muß letzten Endes von dem, der das untersucht, geprüft werden, ob Dienstgeheimnisse durch Verfahren weiter gefährdet werden, und muß eine Abwägung getroffen werden.

Wenn nun diejenigen, die die Rechtsgutachten gemacht haben, zu dem Ergebnis kamen, daß ein Tatbestand in subjektiver Hinsicht zumindest nicht vorliegt, bestand in der Abwägung die Gefahr, daß dann durch ein Verfahren das in Frage gestellte Dienstgeheimnis noch weiter gefährdet wird, zumal, wie ich soeben sagte, nach Auffassung der Rechtsgutachten ein Freispruch herauszukommen hätte.

Nun fragen Sie – das ist ja dann auch kommentiert worden –: Wieso haben Sie dann hinterher die Ermächtigung erteilt?

(Abg. Dr. Puchta SPD: Wer ist „Sie“?)

Da ist auch gesagt worden, ich sei zur Brust genommen worden, es habe ein Vier-Augen-Gespräch stattgefunden und dergleichen mehr.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Das habe ich dem Ministerpräsidenten gesagt!)

Es hat kein Vier-Augen-Gespräch stattgefunden, ich bin auch nicht zur Brust genommen worden. Ich weiß auch

(Minister Mayer-Vorfelder)

nicht, was Sie unter „zur Brust nehmen“ verstehen. Ich habe da gewisse Vorstellungen, wenn ich zur Brust genommen werde.

(Heiterkeit)

Die unterscheiden sich vielleicht von Ihren Vorstellungen.

(Zuruf der Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen)

Sie können ja auch sagen, wenn Sie mich angriffen, hätten Sie mich zur Brust genommen. Da fühle ich mich aber noch lange nicht zur Brust genommen.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Hat Sie Herr Teufel angegriffen?)

Kurzum, als ich am Montag von einem auswärtigen Termin zurückkam und die Presse der letzten zwei Tage gelesen hatte – das war vor der Kabinettsitzung –,

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Bregenz!)

mußte die Abwägung nachträglich anders ausfallen, und zwar einfach deshalb, weil das, was eigentlich geschützt werden soll, ja in dem Augenblick noch mehr in Gefahr gerät, in dem es in der Öffentlichkeit diskutiert wird. Das ist im Grunde genommen – ich erwähne das, weil immer wieder über das Steuergeheimnis geredet wird – der gleiche Gedanke, der bei der Verletzung des Steuergeheimnisses sagt: Wenn in der Öffentlichkeit die Dinge diskutiert werden, dann kannst du das Steuergeheimnis aufheben. Das wollte ich damals im Fall Graf, bin aber leider durch das Bundesfinanzministerium daran gehindert worden. Der gleiche Grundgedanke hat mich veranlaßt, diese Ermächtigung zu erteilen.

Insofern ist der erste Teil der Frage beantwortet: Die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen laufen weiter. Die Staatsanwaltschaft hat gestern mitgeteilt, daß sie die Ermittlungen wiederaufgenommen hat, weil – sie hat das ausdrücklich betont – es in der Öffentlichkeit zu einer Diskussion gekommen war, ob sie die Ermittlungen überhaupt wieder aufnehmen kann, nachdem die Ermächtigung zunächst versagt war. Die Staatsanwaltschaft ermittelt jetzt weiter.

Hier will ich noch etwas anschließen – weil Sie die Frage ja stellen werden –, was auch nicht unwesentlich ist. Bereits im Juni sind im Zusammenhang mit der Frage der strafrechtlichen Würdigung dem zuständigen Referat für Disziplinarverfahren die Dinge zur Kenntnis gebracht worden. Die notwendigen Voraussetzungen für das Vorverfahren sind getroffen. Das Vorverfahren kann aber erst eingeleitet werden, wenn Herr Märkle aus dem Urlaub zurück ist, weil zwingende Voraussetzung ist, daß er zunächst rechtliches Gehör bekommt, bevor das Verfahren offiziell eingeleitet werden kann.

Eine letzte Bemerkung, bevor ich mich dann Ihren Fragen stelle: Natürlich bewegt mich so eine Geschichte. Es ist auch keine Frage, daß man an Stammtischen vorsichtig sein sollte. Ob alle an Stammtischen immer vorsichtig sind, ist eine Frage der Political correctness. Auf diese Ebene wird das ja gehoben. Ich möchte nur das eine klarstellen: Es fand an diesem Stammtisch – das ist ein laufendes Ver-

fahren, deshalb muß ich mich auf allgemeine Formulierungen beschränken – keine lange Diskussion über einen Steuerfall statt, sondern der ganze zu beurteilende Sachverhalt sind eine kurze Frage, eine kurze Gegenfrage und eine falsche Antwort. Das ist der Gegenstand, um den es in der Beurteilung durch das Haus und auch in der Beurteilung durch die Staatsanwaltschaft letzten Endes gehen wird.

Was mich bedrückt, ist, daß durch die ganze öffentliche Diskussion der Eindruck der Kungelei entsteht.

(Lachen bei der SPD)

– Natürlich bedrückt mich das. Ich darf doch wohl sagen, daß mich das bedrückt.

(Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Das würde mich auch bedrücken!)

Es ist doch überhaupt keine Frage, daß jeder Mensch in soziale Geflechte eingebunden ist. Wenn aber in einem solchen Fall ein Gutachten erstellt wird und dann behauptet werden kann, es sei einmal etwas ohne Ermächtigung, unter Inkaufnahme von Rechtsmißbrauch und unter dem Vorbehalt, jemandem ein Verfahren entziehen zu wollen, geschehen, dann müssen sich die sozialen Verflechtungen auflösen.

Wenn mir vorgehalten wird, daß ich den Beamten Rudi Märkle kenne und mit ihm per du bin, muß ich Ihnen sagen: Ich kenne ihn seit der Referendarzeit, ich habe mit ihm 15 Jahre Fußball gespielt. Das ändert aber überhaupt nichts daran, daß es der Beamte, der die Angelegenheit rechtlich zu überprüfen hat, nicht verdient hat, von vornherein so behandelt zu werden, als habe er ein Gefälligkeitsgutachten erstellt. Das hat er nicht verdient.

Deshalb hätte ich auch, wenn die Staatsanwaltschaft nach der Diskussion nicht die Ermittlungen aufgenommen hätte, überhaupt keine Probleme darin gesehen, dem Finanzausschuß alle Akten, die bei uns vorliegen, mit Zustimmung der Staatsanwaltschaft in einer vertraulichen Sitzung zu überlassen, weil in dieser Frage überhaupt nichts zu verbergen ist. Man wird sehen, was die Staatsanwaltschaft machen wird.

Zu den Vorhaltungen, die in der Öffentlichkeit über den Beamten Märkle gemacht werden und die nun auf eine Vortragstätigkeit ausgedehnt werden, werde ich in der nächsten Woche, wenn die notwendigen Dates und Facts vorliegen, ausführlich Stellung nehmen. Ich will heute, damit auch hier Klarheit besteht, nur soviel sagen: Vortragstätigkeit, schriftstellerische Tätigkeit und wissenschaftliche Tätigkeit fallen nicht unter die Nebentätigkeitsverordnung und sind deshalb weder anzeige- noch berichts- noch, was die Honorare anlangt, ablieferungspflichtig. Solche Nebentätigkeiten sind – Herr Kiesswetter, das wissen Sie – nicht nur im Bereich der Steuerverwaltung gang und gäbe, sondern in allen Bereichen, in denen Beamte durch ihre Tätigkeit ein gewisses Herrschaftswissen erreichen. Wenn dies – das ist der normale Vorgang – im Rahmen der Gesetze erfolgt, kann es vom Dienstherrn nicht untersagt werden.

(Abg. Moser SPD: Die rechtlichen Voraussetzungen können Sie doch ändern!)

(Minister Mayer-Vorfelder)

Ich wollte das nur im Blick auf das sagen, was in den Zeitungen jetzt auf der Seite 1 aufgemacht wird. Dabei wird auch mit gewissen Unterstellungen gearbeitet. Dazu werde ich, wenn ich die notwendigen Auskünfte habe, ausführlich Stellung nehmen.

Das war meine ausführliche Darstellung, und nun bitte ich Sie, von Ihrem Fragerecht Gebrauch zu machen.

Stellv. Präsident Weiser: Wird das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Frage – –

(Abg. Maurer SPD: Doch, doch!)

– Sie müssen sich halt melden, Herr Maurer. Entschuldigung! Herr Maurer bekommt das Wort.

(Abg. Maurer SPD: Bleiben Sie bei uns, Herr Minister!)

Finanzminister Mayer-Vorfelder: Ich wollte schon gehen; jetzt ist wieder nichts.

Stellv. Präsident Weiser: Ich habe nicht dreimal zu fragen. Einmal reicht.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Abg. Capezuto SPD: Herr Minister, Sie sagten, daß das, was am Stammtisch gefragt werde – das nehme ich Ihnen meinetwegen ab –, von geringer Bedeutung sein könne. Aber das, was geantwortet wird, war, wenn man der Presse glauben darf, von nicht so geringer Bedeutung. Es handelte sich immerhin um Dienstgeheimnisse. Deshalb hätte Herr Märkle doch etwas anders antworten müssen. Oder sind Sie da anderer Meinung?

Finanzminister Mayer-Vorfelder: Zunächst ist die Frage, ob man der Presse glauben darf. Das ist bei Ihnen vielleicht mehr ausgeprägt als bei mir.

(Heiterkeit)

– Das geht auf die unterschiedliche Funktion zurück, in der wir tätig sind.

(Zuruf des Abg. Brinkmann SPD)

In diesem Fall, in dem in hohem Maße spekuliert worden ist, in dem Dritte und Vierte befragt worden sind, ist der Wahrheitsgehalt selbstverständlich nur schwer zu ermitteln. Ich kann nur von dem ausgehen, was uns von der Staatsanwaltschaft unter Beifügung der Akten, die bis dahin bei der Staatsanwaltschaft angefallen waren, mitgeteilt worden ist. Alles andere bewegt sich außerhalb dessen, was das Haus zu beurteilen hatte.

Was nun der Sinn dieser Norm ist, habe ich ausgeführt. Natürlich ist es überhaupt keine Frage, daß eine Verletzung von Dienstgeheimnissen, so der Tatbestand vorliegt, strafbar ist, aber diese Sonderregelung sieht ausdrücklich vor, daß eine Abwägung stattzufinden hat, ob, wenn ein Rechtsgut gefährdet ist, das Rechtsgut durch weitere Ermittlungen noch weiter gefährdet wird. Die Abwägung, die das Haus vorgenommen hat – ich habe gesagt, daß das plausibel ist –, ging dahin: Wenn schon kein Strafbestand vorliegt, muß nach pflichtgemäßem Ermessen die Ermächtigung versagt

werden. Das ist das Ergebnis des Gutachtens; dieses Gutachten habe ja nicht ich gemacht.

(Zuruf des Abg. Brechtken SPD)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Maurer.

Abg. Maurer SPD: Herr Minister, sehen Sie sich in der Lage, uns den Begriff „subjektiver Tatbestand“ zu erläutern?

Finanzminister Mayer-Vorfelder: Jawohl.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Erstes Semester! – Abg. Maurer SPD: Da gibt es verschiedene Möglichkeiten! Wenn Sie Wert darauf legen, erläutere ich Ihnen die verschiedenen Möglichkeiten!)

– Nein, nein. Da Sie, Herr Kollege Maurer, auch zwei Staatsexamen gemacht haben,

(Unruhe)

ist Ihnen der Begriff des subjektiven Tatbestands klar.

Es gibt den objektiven Tatbestand, ob die Norm nach dem Wortlaut erfüllt ist. Subjektiver Tatbestand bedeutet, daß es vom Vorsatz erfaßt sein muß. Eine Fahrlässigkeit ist bei dem Tatbestand, auf den es ankommt, nicht unter Strafe gestellt.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Das kann unter Umständen für ein Disziplinarverfahren anders gelten. Deshalb wurden ja auch die Vorbereitungen getroffen.

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Schmiedel.

Abg. Schmiedel SPD: Herr Minister, Sie gestatten vielleicht, daß man an dieser Stelle nachhakt? Ich bin ja kein Jurist.

Finanzminister Mayer-Vorfelder: Ich sehe gar nicht, wo Sie sind. – Ich war irritiert. Ich wußte nicht, woher die Stimme kommt, obwohl sie mir bekannt war.

Abg. Schmiedel SPD: Sie brauchen nicht irritiert zu sein.

Es ist vielleicht sinnvoll, wenn Sie das noch einmal erklären. Objektiver Tatbestand heißt, daß ein Steuergeheimnis verletzt wurde. Subjektiver Tatbestand heißt, daß sich der Verletzer seiner Tat nicht bewußt ist.

(Zuruf des Abg. Weimer SPD)

Das heißt, Sie unterstellen, daß die Weinseligkeit der Atmosphäre in gewisser Weise die Sinne für das eigene Tun vernebelt. Oder wie muß man das verstehen?

Finanzminister Mayer-Vorfelder: Ich weiß nicht, ob Sie Jurist sind. Das ist etwas unjuristisch.

(Lebhafte Unruhe und Zurufe: Er ist Lehrer! – Glocke des Präsidenten)

(Minister Mayer-Vorfelder)

Es wurde auch keine Untersuchung darüber angestellt, ob der einzelne etwas getrunken hatte.

(Zuruf des Abg. Heiler SPD)

Noch einmal: Dieses Rechtsgutachten kommt zu dem Ergebnis – ich habe ja vorhin gesagt: in dieser allgemeinen Form, die ich für zulässig erachte –, daß es keine Diskussion war, was da stattgefunden hat. Vorsatz heißt, ich muß willentlich etwas tun, was bestimmte Folgen hat. Nachdem eine kurze Frage, eine kurze Gegenfrage gestellt wurde und eine falsche Antwort kam, hat das Gutachten durchaus plausibel, ohne daß ich jetzt in Details einsteige, dargelegt, daß hier der Vorsatz nicht bejaht werden könne.

Ich sage noch einmal: Ich lege Wert darauf, festzustellen, daß das nicht mein Gutachten ist. Es ist ein Gutachten, das von dem zuständigen Rechtsreferenten und der zuständigen Referatsleiterin gemacht worden ist und das zu diesem Ergebnis kam. Ich habe vorhin dargelegt, daß ich es vor Abgang des Schreibens des Ministerialdirektors gelesen habe.

Lassen Sie mich noch eine Wertung hinzufügen – diese großen Überlegungen habe ich allerdings nicht angestellt, als ich meine Kenntnisnahme draufgeschrieben habe –: Wenn Sie die Political correctness so weit ziehen, daß Sie fordern, daß derjenige, der letzten Endes das Schreiben unterzeichnet – das ist der Ministerialdirektor, ein Beamter –, Überlegungen mit dem Ziel, Weiterungen zu vermeiden, die dadurch entstehen, daß etwas durchgestochen wird, nicht anstellt und sich damit über eine Rechtsvorschrift hinwegsetzt und nur politisch entscheidet, dann glaube ich, daß die Forderung zu hoch erhoben wird und sich ins Gegenteil verkehren würde, weil dann jeder Beamte nur noch politisch entscheiden müßte.

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Nils Schmid.

Abg. Nils Schmid SPD: Lieber Herr Minister, werter Kollege Ehrenstammtischbruder! Ich darf zwei Fragen an Sie stellen, die in engem Zusammenhang – –

(Oh-Rufe von der CDU – Abg. Drautz FDP/DVP:
Peinlich! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Weiser: Herr Kollege Schmid, ich will Sie darauf hinweisen, daß wir hier im Landtag und nicht an einem Stammtisch sind.

(Beifall bei der CDU, der FDP/DVP und den Republikanern – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen:
Trefflich formuliert, Herr Präsident!)

Abg. Nils Schmid SPD: Vielleicht werde auch ich zum Stammtischbruder ernannt.

(Unruhe)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, sind Sie an der Aufklärung des Sachverhalts interessiert, oder kommt es Ihnen darauf an, eine möglichst lautstarke Veranstaltung zu haben?

(Zurufe von der SPD)

Herr Schmid, Sie haben nach wie vor das Wort.

Abg. Nils Schmid SPD: Erste Frage: Wenn es zutrifft, daß das Finanzministerium in diesem konkreten Fall die Ermittlungen erst jetzt zuläßt, weil er an die Öffentlichkeit gedrungen ist, dann frage ich mich natürlich: Was hätte das Finanzministerium gemacht, wenn er nicht an die Öffentlichkeit gedrungen wäre?

Zweite Frage im Anschluß daran: Gibt es denn in Ihrem Ministerium Erkenntnisse darüber, daß oberste Steuerbeamte an Stammtischen als Stammtischbrüder oder bei anderen Gelegenheiten solche Dienstgeheimnisse ausgeplaudert haben und dies nur deshalb nicht weiter verfolgt worden ist, weil es zufällig nicht an die Öffentlichkeit gedrungen ist?

Stellv. Präsident Weiser: Herr Minister, Sie haben das Wort zur Beantwortung.

(Abg. König REP: Geben Sie doch eine dumme Antwort auf die dumme Frage!)

Finanzminister Mayer-Vorfelder: Ich habe den Eindruck, daß Sie mir bewußt nicht zugehört haben, um Ihre Frage aufrechtzuerhalten.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe klar und deutlich gesagt, daß auch an Stammtischen natürlich keine Dienstgeheimnisse ausgeplaudert werden dürfen – das ist doch vollkommen klar – und daß, wenn an Stammtischen Dienstgeheimnisse ausgeplaudert werden, ein Straftatbestand vorliegt, wenn der objektive Tatbestand und der subjektive Tatbestand erfüllt sind.

Das Entscheidende ist aber – ich betone noch einmal, daß nicht ich diese Norm geschaffen habe –, daß die oberste Dienstbehörde ein Prüfungsrecht und eine Prüfungspflicht hat, und zwar in der Abwägung zwischen der Schwere der Tat und einer weiteren Gefährdung des Dienstgeheimnisses. Daraus folgt doch zwingend die Antwort: Wenn es nicht an die Öffentlichkeit gegangen wäre, wäre es bei dieser Abwägung bei der Nichterteilung der Ermächtigung geblieben. Also wäre ich bei dieser Auffassung geblieben.

Das andere war eine Veränderung der Abwägung, nachdem befürchtet werden mußte, daß das Rechtsgut, das eigentlich geschützt werden soll – nicht der Herr Märkle, sondern das Rechtsgut sollte geschützt werden –, noch mehr in Gefahr geraten würde, wenn diese Spekulationen, die sich ja immer mehr von der Wirklichkeit entfernen, weiter ins Kraut schießen würden. Das war für mich die Veranlassung, die Entscheidung umzudrehen.

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Maurer.

(Unruhe – Abg. Deuschle REP: He, wir waren vorher! – Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Ich habe gedacht, das wäre die Stunde der Hinterbänkler der SPD!)

– Ich gehe genau der Reihenfolge der Wortmeldungen nach.

(Abg. Moser SPD: Die Frage zwei ist nicht beantwortet, Herr Präsident! – Gegenruf des Abg. Dr. Puchta SPD: Es gibt keine Antwortpflicht!)

(Stellv. Präsident Weiser)

Meine Damen und Herren, das Wort hat Herr Abg. Maurer.

(Zurufe von der SPD, u. a.: Nicht beantwortet!)

Abg. Maurer SPD: Herr Minister – –

Stellv. Präsident Weiser: Der eine stellt die Fragen – –

(Anhaltende Zurufe von der SPD)

Abg. Maurer SPD: Also, Herr Minister, habe ich Sie recht verstanden?

(Zuruf der Abg. Dr. Inge Gräble CDU)

– Frau Kollegin Gräble, wir werden noch viel Gelegenheit haben, die Fakten zu erfahren.

Der Herr Minister hat angekündigt – habe ich Sie da richtig verstanden? –, daß er den Umfang der Nebentätigkeit und auch der Vortragstätigkeit sowie deren wirtschaftliche Dimension vorlegen wird.

Finanzminister Mayer-Vorfelder: Nein, das habe ich nicht gesagt.

(Abg. Maurer SPD: Das haben Sie nicht gesagt?)

– Das habe ich nicht gesagt.

Ich werde zu den Fragen, die derzeit in der Presse diskutiert werden und die für mich die einzig relevanten sind – erstens, ob Herr Märkle, was unter Berufung auf die berühmten anonymen Zeugen behauptet wird, seine Vortragstätigkeit jeweils damit eingeleitet hat, daß er sich subtil über die Verwaltung lustig machte, zweitens, ob er bei seinen Vorträgen Dinge darstellt, die der Verwaltung noch nicht bekannt sind, und drittens, ob die Oberfinanzpräsidenten wiederholt in dieser Frage vorstellig geworden sind –, die notwendigen Erkenntnisse sammeln. Dann werde ich dazu Antworten geben.

Die Frage, Herr Kollege Maurer, des Umfangs der Vortragstätigkeit und die Frage des Honorars sind keine Fragen, in denen der Dienstherr überhaupt ein Ermittlungsrecht hat, solange dienstliche Belange nicht beeinträchtigt werden. Es hat aber niemand behauptet, daß dienstliche Belange beeinträchtigt werden, wenn ein Vortrag gehalten wird.

(Zuruf der Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen)

Ich sage Ihnen ja nur, wozu ich detailliert Auskunft geben werde.

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Dr. Schlierer.

Abg. Dr. Schlierer REP: Herr Minister, in § 353 b Abs. 1 Satz 2 ist ausdrücklich auch Fahrlässigkeit genannt, . . .

Finanzminister Mayer-Vorfelder: Aber nur für Satz 2.

Abg. Dr. Schlierer REP: . . . und zwar für die Gefährdung wichtiger öffentlicher Interessen. Meine Frage: Ist das in dem Gutachten ebenfalls ausgeschlossen worden?

Finanzminister Mayer-Vorfelder: Vorsatz ist ausgeschlossen worden. Herr Schlierer, Sie sind ja auch ein guter Jurist, nicht nur Mediziner. Deshalb wissen Sie, daß Satz 1 vom Vorsatz umfaßt sein muß. Wenn Satz 1 vom Vorsatz nicht umfaßt ist, ist auch der subjektive Tatbestand nicht erfüllt.

Abg. Dr. Schlierer REP: Trotzdem hätte ich gerne meine Frage klar beantwortet erhalten. Ich weiß, warum ich sie stelle.

Finanzminister Mayer-Vorfelder: Sie ist beantwortet.

(Abg. Dr. Schlierer REP: Nicht beantwortet!)

– Wenn wir jetzt ein juristisches Seminar miteinander – –

Stellv. Präsident Weiser: Herr Kollege Schlierer, es antwortet jeder so, wie er das sieht. Der Herr Minister ist der Auffassung, er habe Ihre Frage beantwortet. Sie sind anderer Auffassung.

Ich erteile Herrn Abg. Wettstein das Wort.

(Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Der Präsident muß nicht alles kommentieren!)

Abg. Wettstein SPD: Herr Minister, habe ich Sie richtig verstanden, daß nach Meinung des Finanzministeriums bei Herrn Märkle möglicherweise ein Dienstvergehen vorliegt, daß aber nach dem Gutachten keine strafbare Handlung vorliegt, weil da Absicht vorliegen müßte?

(Abg. Dr. Klunzinger CDU: Auch ein Lehrer!)

Finanzminister Mayer-Vorfelder: Nicht Absicht, sondern Vorsatz. Absicht ist noch einmal mehr.

Abg. Wettstein SPD: Meinen Sie nicht, daß die Feststellung, ob nun Vorsatz oder nur Fahrlässigkeit vorliegt, auch die Staatsanwaltschaft hätte treffen können, ohne daß das Steuergeheimnis verletzt worden wäre?

Finanzminister Mayer-Vorfelder: Natürlich, es wird doch von mir nicht bestritten, daß die Staatsanwaltschaft auch irgendwelche Sachverhalte hätte feststellen können. Ich komme immer wieder darauf zurück, daß diese Ermächtigungsnorm ein Prüfungsrecht und eine Prüfungspflicht statuiert. Darüber kann sich doch der zuständige Beamte nicht hinwegsetzen, indem er sagt: „Nein, wir prüfen überhaupt nicht und machen keine Abwägung, sondern wir sagen, die Ermächtigung wird erteilt.“ Eine Rechtsnorm ist eben zu erfüllen. Sie können von einem Beamten nicht verlangen, daß er eine Rechtsnorm außer acht läßt, weil das vielleicht politisch opportun wäre.

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Moser.

Abg. Moser SPD: Herr Minister, habe ich Sie im Zusammenhang mit Ihrer Äußerung über dienstliche Belange richtig verstanden, daß dienstliche Belange dann nicht berührt sind, wenn oberste Steuerbeamte des Landes Steuerpflichtige und Steuerberater oftmals früher über Neuregelungen, neueste Rechtsprechung und Rechtsinterpretationen auch der obersten Steuerbehörde informieren

(Moser)

(Abg. Dr. Schlierer REP: Das steht heute in der Zeitung!)

als die jeweiligen Finanzbeamten vor Ort?

Meine zweite Frage füge ich gleich an, weil Sie das im Zusammenhang mit § 84 des Landesbeamtengesetzes angesprochen haben: Beabsichtigt die Landesregierung, § 84 des Landesbeamtengesetzes zu ändern? Aus dieser Vorschrift leiten Sie ja ab, daß schriftstellerische, wissenschaftliche, künstlerische und Vortragstätigkeiten von Beamten nicht genehmigungspflichtig seien.

Finanzminister Mayer-Vorfelder: Ich beginne mit der Antwort auf die zweite Frage. § 84 des Landesbeamtengesetzes ist ein Ausfluß von Artikel 5 des Grundgesetzes. So lautet die offizielle Begründung. Es geht darum, daß die Tätigkeit des Beamten, die über Artikel 5 des Grundgesetzes gewährleistet ist, insbesondere auch durch Absatz 2 des Artikels 5, nicht enger gefaßt werden darf als für den normalen Bürger. Deshalb glaube ich nicht, selbst wenn man eine Änderung des § 84 des Landesbeamtengesetzes in Erwägung ziehen würde, daß das irgendwo eine Mehrheit fände. Darüber kann man trefflich streiten, aber so ist eben die Rechtslage.

Nun komme ich zum zweiten Bereich. Dazu habe ich vorhin in meiner Feststellung dargelegt, daß im Rahmen dessen, was wir erheben – dazu wird auch der Betroffene eine dienstliche Äußerung abzugeben haben –, Informationen in dem Sinn stattfinden, wie Sie das jetzt dargestellt haben.

Ich will dazu auch noch einmal etwas klarstellen. Die Steuerverwaltung hat bei der Beurteilung von steuerpflichtigen Sachverhalten nicht nur die belastenden, sondern auch die entlastenden Vorschriften heranzuziehen. Damit hat sie auch das mit zu vollziehen, was der Wille des Gesetzgebers ist, auch wenn es entlastend ist. Insofern sind auch Hinweise auf legale Maßnahmen nicht irgendwo ins Zwielficht zu rücken.

Ich habe 30, 35 Veranstaltungen mit Vereinsvertretern draußen durchgeführt, bei denen Herr Märkle und zwei weitere Beamte der OFDs dabei waren. Das war eine Tätigkeit, die unentgeltlich erfolgt ist, weil ich sie darum gebeten habe, mit dorthin zu gehen. Bei 30, 35 Veranstaltungen habe ich in Anwesenheit der Finanzamtsvorsteher und der Beauftragten für das Vereinssteuerrecht gesagt: „Diese Informationsveranstaltung verfolgt das Ziel, Sie, die Vereinsvertreter, darüber aufzuklären, wie Sie auf legale Art und Weise Steuern sparen könnten.“ Ich habe noch nie gehört, daß das, was ich dort mit den Vereinen mache, irgendwie zwielfichtig sei.

(Zuruf von der SPD)

Das sage ich, weil Sie es gegebenenfalls für opportun halten, daß den Vereinen diese Möglichkeit eröffnet wird.

(Abg. Fleischer CDU: Auf Bitte der Politik! Das war fraktionsübergreifend!)

Tatsache ist, daß an einer Vortragstätigkeit – mit einer gewissen Einschränkung, wie ich vorhin gesagt habe –, durch die Steuerberater, Vereinsvertreter oder Wirtschaftsleute –

gleichgültig, wer – informiert werden, nichts auszusetzen ist, wenn auch über den Gesetzeswortlaut klargemacht wird, welche Fälle erfaßt sind und welche nicht erfaßt sind. Das ist meines Erachtens keine Verletzung von irgendwelchen dienstlichen Pflichten, weil der Steuerbeamte selbst, wenn er den Fall vor sich hat, genauso zu handeln hat.

Herr Präsident.

Stellv. Präsident Weiser: Ja, das Wort hat Herr Abg. Schmiedel.

Abg. Schmiedel SPD: Herr Minister, müssen wir uns, nachdem es für Sie offensichtlich keinen Unterschied macht, ob ein Politiker oder von mir aus auch ein Finanzbeamter ehrenamtliche Vereinskassierer über die Möglichkeiten, die das Vereinssteuerrecht eröffnet, informiert oder ob der höchste Steuerbeamte des Landes gezielt Interessierte über Steuerschlupflöcher informiert, ob die nun beabsichtigt waren oder nicht, darauf einstellen, daß in Auslegung Ihrer Aussage künftig hohe Beamte aus dem Landwirtschaftsministerium durch das Land reisen und über tausend legale Tricks zur Umgehung von Auflagen beim MEKA informieren oder vielleicht hohe Beamte aus dem Sozialministerium über tausend Möglichkeiten zur Erschleichung von Sozialdienstleistungen informieren?

Stellv. Präsident Weiser: Ich bitte Sie, zum Sachverhalt zu kommen.

(Lebhafte Unruhe – Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Wir machen von unserem Fragerecht Gebrauch! – Weitere Zurufe von der SPD und vom Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Es ist nicht das Recht des Präsidenten, Reden von Abgeordneten zu zensieren!)

– Sie haben mich nicht zu kritisieren, Frau Bender!

(Beifall bei der CDU – Widerspruch bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Sie sollen das ganze Haus vertreten! – Zuruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen – Anhaltende lebhafte Unruhe)

Finanzminister Mayer-Vorfelder: Abg. Conradi hat bei einer hitzigen Diskussion einmal zu mir gesagt: „Never kick the referee!“ Das kann ich hier auch nur sagen.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Siehe Bobic! – Heiterkeit)

– Ja, ja; das ist auch nicht gut. Never kick the referee!

Die Kommentierung, die jetzt angemahnt oder die für schlecht erachtet worden ist, erfolgt jetzt durch mich. Ihre Fragestellung und das, was Sie da hineininterpretieren wollen, verraten Sie doch schon. Die Problemstellung bei der Landwirtschaft ist eine ganz andere als im Steuerrecht. Wenn Sie sich mit diesem Bereich mal befaßt hätten, hätten Sie diese Frage nicht so gestellt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

(Minister Mayer-Vorfelder)

Das Problem des Steuerrechts ist die immer größer werdende Komplizierung, so daß ich, wenn ich auf Steuerberaterkongressen rede, von den Steuerberatern händeringend darum gebeten werde, dafür zu sorgen, daß das Steuerrecht einfacher wird, wiewohl sie ihr Geld damit verdienen.

Sie – jetzt werde ich mal sehr politisch –, die Sie im Vermittlungsausschuß von Bundestag und Bundesrat alles blockieren, was das Steuerrecht einfacher macht, können eine solche Frage überhaupt nicht stellen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Widerspruch bei der SPD – Oh-Rufe von der SPD – Unruhe)

– Das war mein Kommentar. Mir können Sie ja einen Kommentar nicht verbieten.

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Herr Präsident, ich habe den Eindruck, daß – ich bitte um Nachzählung – die Zahl 10 bei den Zusatzfragen schon lange überschritten ist. Ich bitte darum, einen Blick in die Geschäftsordnung zu werfen.

(Unruhe – Abg. Moser SPD: Wir haben uns auf ein besonderes Verfahren geeinigt!)

– Ich beantworte die Fragen gern weiter, aber ich habe hier noch einen Haushalt vorzutragen.

Stellv. Präsident Weiser: Herr Minister, ich habe noch zwei Wortmeldungen. Ich würde vorschlagen, daß wir die noch abwickeln.

Finanzminister Mayer-Vorfelder: Ja.

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Kuhn.

Finanzminister Mayer-Vorfelder: Jawohl.

Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Vielen Dank, Herr Minister.

Ich habe zwei kurze Fragen, will aber nicht verhehlen, daß wir als Parlament nicht nur fragen werden, sondern beim nächsten Tagesordnungspunkt im Zusammenhang mit den Steuermindereinnahmen, die wir haben, und den Einsparungen, die wir machen müssen, . . .

Finanzminister Mayer-Vorfelder: Das habe ich schon kapiert.

Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: . . . dem Hohen Haus vielleicht auch die eine oder andere Meinung und Kommentierung – mit Genehmigung des Präsidenten natürlich, Herr Präsident –

(Lebhafte Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

vortragen werden.

Jetzt meine zwei kurzen Fragen:

Sie haben ja vorhin viel von der Rechtsabteilung usw. erzählt. Mich würde interessieren, ob Sie letzte Woche die Entscheidung zur Nichterteilung der Ermächtigung als Mi-

nister getroffen haben und verantworten. Das wäre meine erste Frage.

Die zweite Frage: Nachdem Sie, egal, in welcher Weise, vom Ministerpräsidenten an die Brust genommen worden sind, haben Sie sie ja dann doch erteilt mit dem Argument, jetzt müsse man geradezu ermitteln lassen, weil die Öffentlichkeit hergestellt worden sei.

Ist Ihnen eigentlich aufgefallen, daß zum Zeitpunkt des Versagens der Ermächtigung der Fall schon in aller Breite öffentlich war, und wie verträgt sich das mit Ihrem Argument?

Finanzminister Mayer-Vorfelder: Erstens: Wenn ich das Datum richtig im Kopf habe, ist die Entscheidung über die Nichterteilung der Genehmigung am 16. Juni getroffen und am 18. Juni an das Justizministerium übermittelt worden. Die breite Diskussion in der Öffentlichkeit hat in der Zeit nach dem 4. Juli stattgefunden, lag also im Juni noch nicht vor.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen wiegt zweifelnd den Kopf.)

– Ja gut, man kann die Zeitungsausschnitte herausuchen, um das genau festzustellen.

Zweitens: Ich habe im Kabinett bei der Behandlung der Tagesordnung vorgetragen, daß ich die Absicht habe – ich wiederhole: ohne Druck, es hat vorher überhaupt niemand gesprochen, ich habe auch vorher mit niemandem aus dem politischen Raum gesprochen –, diese Entscheidung aufzuheben, weil – auch das wiederhole ich – der Schutzzweck, der mit dieser Norm und der Ermächtigung verbunden ist, jetzt ins Gegenteil verkehrt wird, nachdem es öffentlich diskutiert wird.

Ich habe gleichzeitig hinzugefügt: „Ich gebe eine endgültige Erklärung aber heute nicht ab, weil ich das unter rechtlichen Aspekten mit dem Haus besprechen möchte.“ Deshalb ist das erst am nächsten Morgen geschehen, nachdem ich es mit dem Haus besprochen hatte. So ist es.

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Weimer.

Abg. Weimer SPD: Herr Minister, ich komme noch einmal auf den Ausgangspunkt zurück. Habe ich Sie richtig verstanden, daß Sie mit dem Ministerpräsidenten Erwin Teufel nicht unter vier Augen gesprochen haben?

Finanzminister Mayer-Vorfelder: Ja, sehr richtig.

Abg. Weimer SPD: Waren andere dabei? Er hat das in seiner Pressekonferenz nämlich anders gesagt.

Finanzminister Mayer-Vorfelder: Nein, das hat er nicht gesagt.

Abg. Weimer SPD: Doch.

Finanzminister Mayer-Vorfelder: Nein. Mir ist über die Pressekonferenz etwas anderes berichtet worden.

Tatsache ist, daß ich nicht unter vier Augen mit dem Ministerpräsidenten gesprochen habe. Tatsache ist, daß ich das

(Minister Mayer-Vorfelder)

von mir aus im Kabinett bei der Behandlung der Tagesordnung angesprochen habe.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Dann war es halt davor!)

Stellv. Präsident Weiser: Vielen Dank.

Finanzminister Mayer-Vorfelder: Ich danke Ihnen auch.

Stellv. Präsident Weiser: Damit ist die Beantwortung dieser Anfrage erledigt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 3 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Gerd Teßmer SPD – Veterinäre und Veterinärinnen im Tierschutz

Abg. Teßmer SPD: Kehren wir wieder zur normalen Politik zurück.

Ich frage die Landesregierung:

- a) Wieviel Stellen sind für die einzelnen im Landesdienst befindlichen Tierärzte und Tierärztinnen mit überörtlichem Einsatz im Tierschutz bei welcher Behörde für welche Hauptaufgaben angesiedelt?
- b) Welche Konsequenzen haben sich nach der Eingliederung der Veterinärämter in die Stadt- und Landkreise für die im überörtlichen Tierschutz tätigen Tierärzte und Tierärztinnen für die Wahrnehmung der Aufgaben des Tierschutzes ergeben?

(Unruhe – Abg. Drautz FDP/DVP: Ich verstehe nichts!)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort zur Beantwortung hat Frau Ministerin Staiblin.

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ministerin für den ländlichen Raum Gerdi Staiblin: Die Mündliche Anfrage von Herrn Abg. Teßmer beantworte ich im Namen der Landesregierung wie folgt:

Für überregional im Tierschutz tätige Amtstierärztinnen und Amtstierärzte sind sechs Stellen bei folgenden Landratsämtern angesiedelt: beim Landratsamt Böblingen mit dem Schwerpunkt Heimtiere und Exoten, Überwachung von Zoofachhandelsgeschäften, bei den Landratsämtern Ostalbkreis und Göppingen für Nutztiere und Geflügel zuständig, beim Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald mit den Themenbereichen Tierversuche, Versuchstierhaltung, beim Landratsamt Konstanz für Zirkustiere zuständig, beim Landratsamt Tübingen für Tierversuche und Versuchstierhaltung zuständig und beim Landratsamt Alb-Donau-Kreis für Nutztiere, Schlachten von Tieren und Tiertransport zuständig.

Auf Ihre Frage, welche Konsequenzen sich nach der Eingliederung der Sonderbehörden daraus ergeben haben, kann ich Ihnen antworten: überhaupt keine, da sich nach

der Eingliederung nach dem 1. Juli 1995 weder beim Personal noch in der Struktur, bei den Aufgaben, Änderungen ergeben haben.

Stellv. Präsident Weiser: Vielen Dank. – Bitte, Herr Abg. Teßmer.

Abg. Teßmer SPD: Frau Ministerin, zwei kleine Zusatzfragen. Sie wissen, daß in der Zwischenzeit einige der Tierärzte wegen der Keulung eingesetzt und damit der Erledigung ihrer ureigensten Aufgaben zeitweise entzogen waren. Waren diese überregionalen Aufgaben trotzdem gewährleistet?

Die zweite Zusatzfrage: Ist auch für die Zukunft gewährleistet, daß der gewollte überörtliche Einsatz dieser Tierärzte möglich ist? Ich denke dabei an Kraftfahrzeugkontrollen, die auf den Autobahnen stattfinden und von den vor Ort Tätigen nicht geleistet werden können. So waren im Tierschutzbeirat diese sechs Stellen ja auch begründet worden.

Ministerin für den ländlichen Raum Gerdi Staiblin: Zu Ihrer ersten Frage: Die Tierkeulung hatte nur wenige Tage,

(Abg. Teßmer SPD: Gott sei Dank!)

also nur Stunden, beansprucht, so daß der Tierschutz dadurch nicht zu kurz gekommen ist.

Zu Ihrer zweiten Frage: Die Überwachung von Tiertransporten auf Autobahnen übernimmt die Polizei. Erst im nachhinein kommen die Tierärzte zum Einsatz.

Stellv. Präsident Weiser: Vielen Dank. – Ich rufe für heute die letzte Mündliche Anfrage auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Dr. Walter Müller SPD – Öffentliche Äußerungen von Sozialminister Dr. Vetter zur Drogenpolitik

Herr Abg. Dr. Müller, Sie haben das Wort.

Abg. Dr. Walter Müller SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

- a) Bedeutet die Äußerung des Sozialministers Dr. Vetter gegenüber der „Stuttgarter Zeitung“, „Hilfe ist alles, was den Leuten nützt“, eine Kehrtwendung in seiner Haltung zur Drogenproblematik?
- b) Brachte Herr Minister Dr. Vetter die Anwesenheit bei der Spritzenvergabe an Drogenabhängige die Erkenntnis, daß die Einrichtung von Gesundheitsräumen etwas ist, was den Leuten nützt?

Stellv. Präsident Weiser: Herr Minister, Sie haben das Wort zur Beantwortung.

Sozialminister Dr. Vetter: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Landesregierung antwortet wie folgt:

Sie steht nach wie vor dazu, daß jede vernünftige Hilfe für die Drogenabhängigen eine gute Hilfe ist. Wir stehen nach wie vor dazu, daß eine Legalisierung von Drogen nicht richtig ist. Wir stehen nach wie vor dazu, daß wir die Dro-

(Minister Dr. Vetter)

genabhängigen nicht ausgrenzen dürfen, sondern ihnen Hilfe anbieten müssen. Wir stehen nach wie vor dazu, daß in Baden-Württemberg auch diejenigen, die haupt- und ehrenamtlich an den vielfältigen Stellen – von den Kontaktläden bis zu den Therapieeinrichtungen – arbeiten, unserer vollen Unterstützung bedürfen.

Insofern, lieber Kollege Dr. Müller, ist der mir in den Mund gelegte Satz: „Hilfe ist alles, was den Leuten nützt“ eine Aussage, die ich unterschreibe.

Stellv. Präsident Weiser: Bitte, Herr Abg. Dr. Müller.

Abg. Dr. Walter Müller SPD: Herr Minister, bedeutet die Tatsache, daß Sie auf der gleichen, von mir sehr positiv bewerteten Vor-Ort-Aktion geäußert haben, man solle bei der Politik etwas von den ideologisch behafteten Positionen abgehen, daß Sie sich künftig mehr an den Leuten in den psychosozialen Beratungsstellen, mehr an den Leuten in den Therapieeinrichtungen, mehr an Gutachten – zum Beispiel dem letzten aus Basel – und auch mehr an Kommunalpolitikern – zum Beispiel dem ehemaligen Oberbürgermeister von Stuttgart und dem Oberbürgermeister von Karlsruhe – orientieren?

Sozialminister Dr. Vetter: Die Landesregierung beantwortet die Frage mit Leichtigkeit wie folgt: Dies ist keine Zukunft, sondern diese Orientierung ist für mich schon Vergangenheit und Zukunft.

(Abg. Dr. Walter Müller SPD: Es gibt aber Gegensätze!)

Seit ich mein Amt angetreten habe, bemühe ich mich, mit der Basis und mit der Praxis zu reden, mit Bürgermeistern und Streetworkern. Dies ist im Fortsetzungszusammenhang geschehen. Ich sage Ihnen noch einmal: Mein Prinzip in der Drogenpolitik heißt, prinzipienfest und lernbereit zu sein. Wenn die Politik nicht lernbereit wäre, würde sie sich aufgeben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort zu einer weiteren Zusatzfrage hat Frau Abg. Bender.

Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Herr Minister, welche Lernerfolge dürfen wir dann in der nächsten Zeit in diesem Themenfeld von Ihnen erwarten?

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Sozialminister Dr. Vetter: Der Lernerfolg ist, keine ideologische, sondern eine menschenorientierte Drogenpolitik zu realisieren.

(Beifall bei der CDU – Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Daran werden wir Sie erinnern!)

Stellv. Präsident Weiser: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Die Fragestunde ist beendet, weil die Zeit abgelaufen ist. Die nicht zum Aufruf gekommenen Mündlichen Anfragen werden schriftlich beantwortet.

*

Mündliche Anfrage des Abg. Dr. Rolf Schlierer REP – Rechts- und Verfassungstreue von Verdeckten Ermittlern des LKA Baden-Württemberg

- a) Kann die Landesregierung den im Ermittlungsverfahren (57 JS 1007/96) gegen Beamte des LKA ermittelten Sachverhalt bestätigen, wonach der vom LKA beauftragte Verdeckte Ermittler A. R. mit einem im LKA mitverfaßten Redemanuskript junge Auszubildende, Schüler und Studierende aufgefordert hat, „nach Möglichkeiten zu suchen, wie wir, die wir uns zu der nationalsozialistischen Weltanschauung und deren Geschichte bekennen, diesen Traum von der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft wieder in der Bevölkerung etablieren können“?
- b) Wie beurteilt die Landesregierung die im oben angeführten Ermittlungsverfahren gemachten Einlassungen des LKA, die den Schluß zulassen, daß auf Grundgesetz, Landesverfassung und das Recht vereidigte Polizeibeamte im Auftrag des LKA und einsatzanordnenden Innenministers jungen Menschen den rechtskräftig verurteilten früheren NL-Vorsitzenden Kühnen wörtlich als „heroisches Vorbild für eine nationale Revolution gegen die sogenannte demokratische Herrschaft“ anpreisen und „zum Befreiungskampf und zur Vernichtung des herrschenden Systems aufrufen“?

Schriftliche Antwort des Innenministeriums

Zu a: Dem Innenministerium sind die Ermittlungsakten nicht zugänglich. Nach Auskunft der zuständigen Staatsanwaltschaft ist das Ermittlungsverfahren gegen A. R. unter anderem gemäß § 170 Abs. 2 StPO eingestellt worden. Hiernach besteht kein hinreichender Straftatverdacht. Die Landesregierung sieht daher keinen Anlaß, die in der Anfrage zitierte Äußerung zu bewerten.

Zu b: Ob und welche Einlassungen von Beamten des Landeskriminalamts im Rahmen des Ermittlungsverfahrens abgegeben worden sind, ist dem Innenministerium nicht bekannt, da ihm, wie bereits erwähnt, die Ermittlungsakten nicht zugänglich sind.

Mündliche Anfrage des Abg. Lothar König REP – Unterrichtung parlamentarischer Gremien über Einsätze Verdeckter Ermittler

Wann, wie oft und aufgrund welcher Rechtslage hat es seit dem 15. Juni 1992 eine Information des Gremiums nach Artikel 10 GG (G-10-Gremium) über den Einsatz Verdeckter Ermittler der Polizei im links- und rechtsextremistischen Bereich durch den Innenminister gegeben?

Schriftliche Antwort des Innenministeriums

Die Frage kann aus Rechtsgründen nicht beantwortet werden. Das G-10-Gremium hat in seiner jeweils ersten Sit-

zung sowohl in der 11. als auch in der 12. Legislaturperiode gemäß § 32 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Landtags und der Richtlinien für die Behandlung geheimhaltungsbedürftiger Angelegenheiten im Bereich des Landtags für alle Beratungen des Gremiums einen Geheimhaltungsgrad beschlossen.

Mündliche Anfrage des Abg. Ulrich Deuschle REP – Gesetzeslage und Ausweisungspraxis bei straffälligen Ausländern

a) Inwieweit trifft der in der „Sindelfinger Zeitung“ vom 12. Juli 1997 berichtete Fall eines 33jährigen Marokkaners zu, der nach dieser Pressemeldung trotz

- mehrfach abgelehnten Asylantrags
- erfolgter Abschiebung in den 80er Jahren
- Wiedereinreise und erneuter Ablehnung des Asylantrags 1991
- Hinfälligkeit des Aufenthaltsstatus in 1995
- Sofortvollzugs der Ausweisung im Februar 1997

weiterhin in Stuttgart aufhältlich ist und Straftaten begeht?

b) Wie beurteilt die Landesregierung Polizeiaussagen, daß gegen diesen mehrfach abgelehnten Asylbewerber in der Zwischenzeit 30 Strafermittlungsverfahren unter anderem wegen Drogendelikten, Bedrohung, gefährlicher Körperverletzung und Urkundenfälschung bei bisher fünfmaliger Verurteilung durchgeführt wurden oder noch anhängig sind?

Schriftliche Antwort des Innenministeriums

Zu a und b: Der marokkanische Staatsangehörige hat erstmals im Jahr 1989 einen Asylantrag gestellt, der 1991 rechtskräftig abgelehnt wurde.

1987 wurde er nach Marokko abgeschoben, nachdem ein Antrag auf Familienzusammenführung abgelehnt worden war. In dieser Zeit hat er keinen Asylantrag gestellt.

Aufgrund der Eheschließung mit einer deutschen Staatsangehörigen im Jahr 1991 wurde eine befristete Aufenthaltserlaubnis als Familienangehöriger einer deutschen Staatsangehörigen erteilt, die noch nicht abgelaufen ist. Auf die Erteilung dieser Aufenthaltserlaubnis bestand ein Rechtsanspruch nach § 23 Abs. 1 des Ausländergesetzes.

Zwischenzeitlich hat die zuständige Ausländerbehörde den marokkanischen Staatsangehörigen wegen der von ihm begangenen Straftaten, die zur Verhängung mehrerer Geldstrafen und einer zur Bewährung ausgesetzten mehrmonatigen Freiheitsstrafe geführt haben, aus dem Bundesgebiet ausgewiesen.

Der Sofortvollzug der Ausweisung wurde zwar angeordnet. Das zuständige Verwaltungsgericht hat jedoch noch nicht über einen Antrag auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung entschieden, so daß bis zu dieser gerichtlichen Entscheidung eine Abschiebung tatsächlich nicht durchgeführt wird.

*

Stellv. Präsident Weiser: Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung eines Zweiten Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 1997 – Drucksache 12/1673

Herr Finanzminister, Sie haben das Wort.

Finanzminister Mayer-Vorfelder: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist für mich interessant, daß die Bedeutung eines Gegenstandes immer umgekehrt proportional zur Anwesenheit der Abgeordneten in diesem Hohen Hause ist,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der FDP/DVP und der Republikaner – Abg. Drautz FDP/DVP:
Sehr richtig! – Zuruf des Abg. Dr. Puchta SPD)

denn bei aller Bereitschaft, Herr Kollege Puchta, die vorige Fragestunde in die richtige Bewertung zu ordnen, gehe ich nach wie vor davon aus, daß die Frage der Zukunft der Finanzen dieses Landes und des Umgangs mit einem Konsolidierungskurs ein höheres Gewicht hat oder zumindest haben sollte.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, des Abg. Drautz FDP/DVP und des Abg. Krisch REP)

Meine Damen und Herren, ich lege Ihnen heute den Zweiten Nachtrag zum Haushalt 1997 vor. Das ist das dritte Mal, daß Sie sich mit dem Haushaltsjahr 1997 beschäftigen müssen. Beim ersten Mal handelte es sich um den Uretat, der besonders schwierig war, weil 2,82 Milliarden DM gegenüber der mittelfristigen Finanzplanung gestrichen werden mußten aufgrund von Steuermindereinnahmen und aufgrund von Mehrausgaben im Zusammenhang mit der deutschen Einheit.

Der Erste Nachtrag beschäftigte sich unter heftiger politischer Diskussion unterschiedlicher Zielrichtung mit der Zukunftsoffensive „Junge Generation“ und mit dem Solidarpakt zwischen Universitäten und dem Land Baden-Württemberg.

Ich möchte hinzufügen: Je länger die intensiven Bemühungen um eine Hochschulstrukturreform jetzt andauern, um so mehr bin ich überzeugt, daß wir mit dem Solidarpakt in diesem Ersten Nachtrag etwas Bahnbrechendes geleistet haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Sieber CDU: Sehr gut!)

Wir werden darob auch in anderen Ländern, die gleiche Probleme haben, darum beneidet, daß wir so etwas zustande gebracht haben.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Allerdings – gestatten Sie mir diese Anmerkung – wäre ich manchmal froh, wenn die Politiker, die vorher die Universitäten zu Veränderungen aufgefordert haben, nicht dann, wenn die Veränderungen von den Universitäten selbst vorgeschlagen werden, alles negativ kommentieren und sich

(Minister Mayer-Vorfelder)

sofort auf die alte Struktur berufen und sich von Vorschlägen distanzieren würden.

(Abg. Sieber CDU: Sehr richtig!)

Heute haben wir über den Zweiten Nachtrag zu beraten. Dieser Nachtrag ist erforderlich, weil nach der Steuerschätzung Steuermindereinnahmen von 694 Millionen DM zu erwarten sind.

Wenn ich die Anmerkung von Herrn Kuhn richtig bewertet habe, wird er nachher wahrscheinlich mit dem Argument kommen, daß diese 694 Millionen DM deshalb nicht vorhanden sind, weil Herr Märkle Vorträge hält. Ich schätze die Kapazität von Herrn Märkle natürlich sehr hoch ein, aber ich glaube, Sie überschätzen seine Wirkung. Deshalb sollten Sie sich – ich nehme das gleich vorweg – besser mit den Ursachen beschäftigen, weshalb die Steuern in der Abkopplung vom Wirtschaftswachstum zurückgehen.

Wir haben gesagt, diese 694 Millionen DM und Mehrausgaben aufgrund weiterer Maßnahmen müssen aufgefangen werden, ohne daß die Nettoneuverschuldung vergrößert wird – unter Zugrundelegung der Aussage in der Koalitionsvereinbarung, daß konjunkturelle Steuermindereinnahmen aufzufangen sind.

Wir haben uns entschlossen, diesen Nachtrag vor der Sommerpause einzubringen – bei aller Unsicherheit, die immer vorhanden ist –, Herr Kollege Kuhn, damit Sie nicht mehr sagen können, im Grunde genommen legten wir die Haushalte nur noch vor, damit sie hier „abgenickt“ werden. Da erst nach der Sommerpause die Beratung im Finanzausschuß stattfindet, haben Sie die Möglichkeit, Alternativen, Korrekturen und dergleichen mehr vorzuschlagen.

Ich habe das, was jetzt im Vorfeld schon geschehen ist, mit großem Interesse verfolgt, das, was die Grünen gesagt haben, und das, was der Kollege Puchta gesagt hat, der sich da in ganz neuen Konstruktionen ergeht, indem er sagt: Wir machen einen Volksentscheid über die Verschuldung.

(Abg. Moser SPD: Das ist falsch zitiert!)

Herr Kollege Puchta, ich weiß nicht, was dabei herauskommt, wenn Sie so etwas einmal ernsthaft vorhaben.

(Abg. Moser SPD: Das ist falsch zitiert, Herr Minister! – Abg. Dr. Puchta SPD: Sie müssen den Artikel noch einmal lesen! – Abg. Moser SPD: Sie müssen nicht lesen lassen, sondern selber lesen! Dann wird es besser! Das hat Herr Fischer nicht richtig gelesen!)

Diese Dinge sind vielleicht in einigen Jahren oder Jahrzehnten spruchreif. Auf jeden Fall enthebt uns diese Denkleine nicht der konkreten Maßnahmen, die wir jetzt in diesem Nachtrag 1997 zu treffen haben.

Ich sage dazu in aller Deutlichkeit: An einer weiteren Konsolidierung der Haushalte und auch des Haushalts des Landes Baden-Württemberg führt kein Weg vorbei. Da hat es auch keinen Wert, wenn man wie Radio Eriwan sagt: Im Prinzip sind wir dafür, aber im konkreten – –

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Den gibt es doch gar nicht mehr!)

– Den gibt es nicht mehr? Das ist ein Verlust.

(Heiterkeit – Abg. Rapp REP: Für die Grünen auf jeden Fall!)

Dann gehe ich in die Vergangenheit, wo es ihn noch gab und Radio Eriwan immer gesagt hat: „Im Prinzip ja, aber im Speziellen stimmt es halt nicht.“

(Abg. Moser SPD: Als Senior des Monats darf man das sagen!)

Wir müssen konkret die Dinge machen. Daran führt kein Weg vorbei, weil all das, was von anderen vorgeschlagen wird, letzten Endes die Probleme nicht löst. Eine weitere Schuldenerhöhung trieb uns in diese Schulden-Zins-Spirale hinein, die die Handlungsfähigkeit der Politik noch weiter einengt.

Das, was vom Koalitionspartner gesagt wird – er ist leider gerade nicht da, aber Herr Kiel wird es ihm berichten – –

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Dahinten hocken ein paar!)

– Herr Kiel ist da, aber den habe ich jetzt gar nicht gemeint.

(Abg. Moser SPD: Wen haben Sie denn gemeint?)

Wenn vom Koalitionspartner gesagt wird, daß der Haushalt 1998/99 gar nicht mehr auf die Tagesordnung kommt, wenn nicht weiter privatisiert wird,

(Abg. Moser SPD: Ach, den haben Sie gemeint!)

und daß er in den nächsten Tagen, wenn ich die „Bild“-Zeitung richtig gelesen habe, ein Expertengremium zusammenrufen wird, dann muß ich ihm sagen: Die Zuständigkeit liegt beim Finanzministerium, und die Experten sitzen auch dort. Die haben sich auch schon Gedanken gemacht, bevor das „Bild“-Interview gegeben worden ist.

Im übrigen ist die Privatisierung – ein Blick in die Koalitionsvereinbarung zeigt das – nicht dazu da, um Haushaltslöcher zu stopfen, sondern Vermögen gegen Vermögen zu schaffen. Die Privatisierung ist auch deshalb kein Allheilmittel, weil sie nur einmalig genutzt werden kann und dann nicht wieder

(Abg. Moser SPD: Das ist wahr!)

und dann mit einer zeitlichen Verschiebung genau die gleichen Probleme wieder auf die Haushalte zukommen.

(Abg. Moser SPD: Das ist auch wahr! Verkaufen kann jeder Blöde!)

Deshalb müssen diese Dinge eben so gesehen werden, wie sie sind; sie lösen die Probleme nicht.

Weiter hat der Kollege Pfister als Allheilmittel entdeckt,

(Abg. Moser SPD: Aha, den hat er gemeint!)

(Minister Mayer-Vorfelder)

daß man in einem großen Akt die dezentrale Budgetierung einführt. Das ist immerhin ein interessanter Ansatz, dem ich mich überhaupt nicht verschließe. Nur wäre es gut, Herr Kollege Pfister, wenn Sie dann, wenn Sie Anhörungen durchführen, etwas am Herrschaftswissen der Beamten des Finanzministeriums partizipieren würden.

(Abg. Moser SPD: Dazu einladen!)

Sie waren aber zu der Anhörung nicht zugelassen.

(Abg. Moser SPD: Das ist eine Unverschämtheit!)

Diese Leute machen sich nämlich seit längerer Zeit Gedanken. Sie machen sich aber nicht nur Gedanken, sondern Baden-Württemberg ist – auch gegenüber dem Bund – in dieser Frage führend. Das Haushaltsgrundsätzegesetz des Bundes wird jetzt auch auf Initiative des Landes geändert, um die Pilotversuche nach dem Haushaltsrecht ausdehnen und gegebenenfalls dann auch flächendeckend betreiben zu können.

Das kann aber nicht von heute auf morgen eingeführt werden, weil du alle, die mit dem Haushalt zu tun haben, erst aus der eingewurzelten Denkweise der Kameralistik herauslösen mußt, weil du ein Controlling und die Kosten- und Leistungsrechnung einführen mußt, weil du sehr umfangreiche Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen durchführen mußt und weil du letzten Endes ein Haushaltsmanagementsystem einführen mußt.

Ein Haushaltsmanagementsystem ist auch deshalb erforderlich, weil es, wenn sich der Landtag nicht völlig entmachen will, auf die Dauer nicht geht, alles dezentral zu budgetieren, ohne noch die Möglichkeit einer Globalsteuerung sowohl der Finanzverwaltung als auch des Landtags zu haben. Deshalb wird es, wenn es flächendeckend zur dezentralen Budgetierung kommt, in Zukunft nicht so sein können, daß etwas, was irgendwo gespart wird, dort auch bleiben kann, sondern es muß eine vernünftige Regelung gefunden werden, die die Motivation draußen nicht abtötet, gleichzeitig aber die Globalsteuerung erhält. Das sind sehr komplizierte Abwägungen.

Ich hoffe, ich kann noch in diesem Jahr – ein Termin war schon festgelegt; ich konnte ihn aber nicht einhalten, weil ich in den Vermittlungsausschuß in Bonn mußte – zunächst einem kleineren Kreis und dann dem Kabinett das Konzept eines globalen Haushaltsmanagementsystems vorstellen, das ich für zwingend erforderlich halte und das vom Finanzministerium mit einer Institution außerhalb des Hauses – im Wege des Outsourcing, wie es Neudeutsch so schön heißt – entwickelt worden ist.

Ich beleidige jetzt nicht meine Verwaltung, weil sie nichts dafür kann; aber die Kontrollmechanismen des Finanzministeriums sind Steinzeit im Vergleich zu dem, was in der Wirtschaft zwingend erforderlich ist, um Firmen vor der Pleite zu retten.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Wer trägt dafür die Verantwortung?)

– Bitte?

(Abg. Dr. Puchta SPD: Wer ist dafür verantwortlich?)

– Sie waren ja auch vier Jahre dabei.

(Abg. Moser SPD: Wenn man 45 Jahre lang Steinzeit macht und dann sagt: „Ihr wart es“, dann ist das doch Steinzeit!)

Das ist doch außerhalb einer parteipolitischen Betrachtung. Es gibt genügend viele Bereiche, wo wir uns parteipolitisch streiten können, aber doch bei so etwas nicht.

Die Kontrollmechanismen sind deshalb Steinzeit, weil sie auf der Kameralistik und darauf beruhen, daß es ungefähr 2 000 anweisende Stellen gibt und diese Stellen nicht miteinander vernetzt sind.

Sie als Vorsitzender des Finanzausschusses hätten, wenn ich da replizieren darf, auch sagen können: „Wieso kommen Sie mit dem Rechnungsabschluß erst im Mai? Wir vom Finanzausschuß verlangen, daß der Rechnungsabschluß am 2. Januar vorliegt.“ Dies ist aber nur möglich, wenn alles vernetzt und wenn zunächst die Zahl der anweisenden Stellen reduziert wird und dann die Stellen, die übrigbleiben, vernetzt werden.

Dazu will ich nur sagen: Da gibt es ganz erhebliche Vorlaufkosten. Allerdings sind auch die Einsparmöglichkeiten zumindest vom Ansatz her groß. Auf jeden Fall ist die dezentrale Budgetierung, die der Kollege Pfister verlangt hat, kein kurzfristiger Ersatz für die konkreten Sparmaßnahmen, die wir erbringen müssen.

Mir wird immer wieder vorgehalten, auch hier vom Hause und selbstverständlich auch von den Ressortchefs, daß man nun mit dem Sparen am Ende angekommen sei. Solche Aussagen sind zwar verständlich und auch richtig, sie sind aber auch falsch. Sie sind verständlich, weil jeder Ressortminister selbstverständlich Interesse hat, seinen Claim zu erhalten. Sie sind auch richtig, weil die Einsparungen in weiten Bereichen – auch aufgrund der Vorschläge der Häuser – so vorgenommen wurden – Herr Kuhn hat das wiederholt gesagt –, daß der Eindruck entstehen könnte, als ob wir arg mit dem Rasenmäher vorgingen. Das heißt, wir sind jetzt auf der Ebene der Grasnarbe – ganz unten. Insofern ist es richtig, daß so nicht weiter gekürzt werden soll.

Falsch ist das aber insoweit, weil wir jetzt klar und deutlich sagen müssen, daß wir den Bestand verändern müssen und nur durch die Veränderung des Bestands – und das ist für mich Strukturveränderung – weitere Sparmaßnahmen möglich sind.

Ich bleibe bei meiner Aussage, die ich wiederholt gemacht habe: In einem Haushalt in Höhe von 62 Milliarden DM sind weitere Sparmöglichkeiten enthalten.

(Beifall des Abg. Kiel FDP/DVP)

Nur kann ich dann den Bestand nicht komplett aufrechterhalten. Deshalb darf man hier nicht nur in Sonntagsreden vom schlanken Staat reden, sondern man muß sich auch genau überlegen, was der schlanke Staat bedeutet, was die Kernaufgaben dieses Staates sind und welche Aufgaben der Staat unter dem Aspekt der Subsidiarität an sich ziehen

(Minister Mayer-Vorfelder)

muß und was er einlassen kann, weil die Subsidiarität überhaupt nicht greift. Das bedeutet im Ergebnis nichts anderes, als daß man Prioritäten setzen muß. Ich kann nicht hingehen und alles zur Priorität erklären. In der politischen Diskussion vollzieht sich immer wieder, daß alles gleich wichtig ist, weil sich jeder irgendeiner politischen Gruppe verantwortlich fühlt. Aber betrachten Sie das nicht als einen Appell an Ihr Gewissen. Ich verstehe die Aufgabe des Landtags schon so, daß die gewählten Abgeordneten nicht nur einzelnen Gruppen, sondern dem Gesamtwohl verantwortlich sind.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Und wenn sie dem Gesamtwohl verantwortlich sind, müssen sie auch zu der Erkenntnis kommen, daß die Bündelung der Einzelinteressen nicht das Gemeinwohl darstellt,

(Abg. Oettinger CDU: Sehr richtig!)

sondern daß man manche Einzelinteressen schützen muß und manche auch vernachlässigen können muß.

Dieser Haushaltsentwurf, den wir vorlegen, steht wie auch der Haushalt 1998/99, den wir noch mühselig beraten und auf den Weg bringen müssen, unter zwei Druckpositionen.

Der Finanzplanungsrat hat einmütig entschieden, daß, nicht nur wegen Maastricht, aber auch wegen Maastricht, die Zuwächse der öffentlichen Haushalte 2 % nicht übersteigen dürfen. Diese 2 % werden aber von zwei Bereichen, die von großer Bedeutung für den Haushalt sind, stets und ständig überschritten. Das sind die Personalkostenentwicklung und die Zinsentwicklung bei neuen Schulden, denn trotz aller Sparmaßnahmen, an denen die SPD vier Jahre lang beteiligt war und an denen jetzt die FDP/DVP in der kleinen Koalition beteiligt ist

(Abg. Moser SPD: Wir sind heute noch beteiligt!)

– auch – und die ich für ungeheuer wichtig und für die Zukunft dieses Landes für entscheidend ansehe, haben wir in den letzten sieben Jahren 12 Milliarden DM an Krediten aufgenommen und damit die Zinsspirale weiter nach oben getrieben.

Bei den Personalkosten beträgt die Steigerung über 2 %. Ich bitte Sie alle, bei neuen Personalstellen zu bedenken, daß Sie durch neue Personalstellen eines Tages auch die Pensionslasten weiter erhöhen. Ich bitte Sie, auch zu überlegen, ob die Stellensparmaßnahmen, die wir bislang ergriffen haben, genügen.

(Abg. Oettinger CDU: Sehr richtig!)

Ich persönlich halte sie nicht für ausreichend.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir werden den Mut haben müssen, im Personalbereich noch weiter einzusparen. Die große Koalition hat einen ganz wichtigen ersten Schritt getan. Sie hat nämlich die Stellenneutralität in die Koalitionsvereinbarung hineingeschrieben. Das heißt, daß nicht mehr nur einfach Stellen hinzukommen durften, sondern es mußten auch welche eingespart werden. Daß dabei eine gewisse zeitliche Ver-

schiebung notwendig war, ist völlig klar, da man noch einen kleinen Einstellungskorridor offenhalten muß.

Deshalb wird im Haushalt 1997 mit 706 Stellen die zweitletzte Rate aus der letzten Legislaturperiode in vollem Umfang erfüllt, wie es im Staatshaushaltsgesetz steht. 1998 kommt die letzte Rate aus der letzten Legislaturperiode, so daß dann die Neutralität gegeben ist.

Darüber hinaus sollen bis zum Jahr 2002 4 000 Stellen eingespart werden. Da von den 4 000 Stellen bereits zirka 1 500 Stellen aus 1997 und 1998 abgezogen werden können, bleiben zirka 2 500 Stellen übrig. Die Koalition hat beschlossen, im Lehrerbereich 1 600 Stellen hinzukommen zu lassen. Somit werden bis zum Jahr 2002 ganze 900 Stellen eingespart.

Durch den vorhin erwähnten Solidarpakt mit den Universitäten kommen pro Jahr 50 Stellen hinzu, die die Universitäten einsparen. Sie sparen 150 Stellen pro Jahr ein. 50 Stellen werden als Sachmittel zurückgegeben, und 50 Stellen werden für die neuen Fachrichtungen verwendet, so daß bei den Universitäten effektiv 50 Stellen pro Jahr eingespart werden. Das bedeutet bis zum Jahr 2002 einen Abbau von weiteren 300 Stellen, so daß nach Adam Riese 1 200 Stellen echt eingespart werden.

Diese 1 200 Stellen entsprechen 120 Millionen DM, die 1 600 neuen Stellen werden insgesamt 160 Millionen DM kosten. Das ist die Wirklichkeit. Deshalb sind in diesem Bereich weitere Anstrengungen erforderlich, wenn wir die Marge von 2 %, die der Finanzplanungsrat vorgegeben hat, einhalten wollen.

Der zweite Druckpunkt sind die Zinsen. Aber bevor ich zu den Zinsen komme, noch ein Punkt, den Sie bei der Diskussion des Haushalts mit Sicherheit besonders in den Mittelpunkt rücken werden: In der Gegenfinanzierung sind 285 Millionen DM aus Einsparungen im Personalbereich vorgesehen. Sie sind aber noch nicht konkretisiert, weil sie nicht konkretisiert werden können, da sie von Entscheidungen abhängig sind, die auf Bundesebene getroffen werden. Damit meine ich sowohl die Finanzministerkonferenz als auch die Ministerpräsidentenkonferenz und den Bund.

Man hat schon einmal einen Anlauf genommen und ist kläglich gescheitert, weil das vor Landtagswahlen war und es in die parteipolitische Diskussion kam. Die Zeiten haben sich inzwischen geändert, weil diese Frage offen in der Finanzministerkonferenz diskutiert worden ist und weil auf Vorschlag von Herrn Schleußer eine Kommission aus Vertretern von drei A- und drei B-Ländern eingesetzt wurde. In Zeitnähe wird ein Termin stattfinden, bei dem diese Frage erörtert werden wird, und ich habe verlässliche Zeichen vom Bund, daß der Bund so etwas mittragen wird, wenn die Länder diese Streitfrage aus dem A/B-Konflikt herausnehmen.

Die Zeiten sind auch deshalb anders geworden, weil sich die A-Länder, die sich früher verweigert haben, nun selber zu Kürzungen äußern. Voscherau hat vorgeschlagen, das Weihnachtsgeld auf 3 000 DM zu kürzen. Frau Simonis will es auf 5 000 DM senken.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Sehr gut!)

(Minister Mayer-Vorfelder)

Sie haben sich auch deshalb geändert, weil einige Länderhaushalte verfassungswidrig geworden sind.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Der Bundeshaushalt auch!)

Das „wirtschaftspolitische Zukunftstalent“ Gerhard Schröder, den ich persönlich sehr gut leiden mag, hat vor acht Tagen gerichtlich – nicht durch den Rechnungshof – bestätigt bekommen, daß sein Haushalt verfassungswidrig ist. Frau Simonis in Schleswig-Holstein

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Die Sie persönlich nicht so schätzen, oder?)

muß feststellen, daß ihr Haushalt verfassungswidrig wird, wenn sie nicht den Pensionsfonds auflöst. Zwei Jahre ist sie für ihren Pensionsfonds gelobt worden, jetzt muß sie ihn auflösen, weil sonst der Haushalt verfassungswidrig wird.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Hoppla! – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Auch wieder schlecht!)

Berlin bekommt vom Rechnungshof bescheinigt, daß der Haushalt verfassungswidrig ist und daß er bei drakonischen Maßnahmen vielleicht im Jahr 2001 wieder verfassungsmäßig werden wird.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Hoppla!)

Hessen befindet sich in der Nähe der Verfassungswidrigkeit,

(Abg. Moser SPD: Und Waigel?)

wobei hinzugefügt werden muß, daß Hessen in der Verfassung sehr scharfe Bestimmungen hat, die viel schärfer sind als unsere.

(Abg. Moser SPD: Und wie ist das in Bonn? – Abg. Nagel SPD: Den von Lodz haben Sie vergessen!)

– Bitte?

(Abg. Nagel SPD: Den von Lodz haben Sie vergessen!)

– Wen habe ich vergessen?

(Abg. Nagel SPD: Den von Lodz haben Sie vergessen, den Theo!)

– Das ist klar. Aber ich rede jetzt ja von den Ländern.

(Lachen bei der SPD)

Der Unterschied, Herr Puchta, zwischen dem Bund und den Ländern liegt darin, daß der Bund immerhin noch eine Reißleine hat, wo er die Störung des Gleichgewichts feststellen kann. Wir bei den Ländern können das nicht,

(Abg. Moser SPD: Das ist klar!)

obwohl es natürlich für uns auch ein Stück weit zutrifft.

Nordrhein-Westfalen: Schuldenerhöhung auf 7 Milliarden DM! Über Bremen und das Saarland brauche ich überhaupt nicht zu reden. Deren Haushalte sind so verfassungswidrig, daß die Haushaltsnotlage ausgerufen ist

(Abg. Moser SPD: Warum verhaften Sie die nicht endlich einmal?)

und vom Bund Ergänzungszuweisungen getätigt werden müssen.

Das heißt, diese Dinge sind im Fluß und konkreter, als sie das letzte Mal waren.

(Abg. Moser SPD: Ich gehe zu den Franzosen!)

Sie sind für mich auf einem Wege, der zu einer Entscheidung führen kann. Ich kann dazu nur sagen: 10 % Kürzung beim Weihnachtsgeld machen 110 Millionen DM aus, also praktisch soviel, wie die gesamte Personalparaktion bis zum Jahr 2002 überhaupt erbringen kann. Deshalb muß über solche Dinge nachgedacht werden.

Ich möchte aber mit Deutlichkeit hinzufügen, daß dies natürlich nicht als ein Sonderopfer der Beamten dargestellt werden kann,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr gut!)

sondern daß damit die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit verbunden ist, die Tarifverträge zu kündigen und die gleichen Einsparungen für Angestellte und für Arbeiter zu schaffen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Die andere Druckposition betrifft die Zinslasten. Ich will das kurz darstellen.

Wir hatten 1996 eine Zinsquote von 5,6 %. Nach der mittelfristigen Finanzplanung wird diese Quote auf 7 % ansteigen. Wir haben errechnet: Wenn wir eine Stabilisierung der Zinsquote erreichen wollen – das heißt also, daß die Zinsquote nicht stärker wächst als die bereinigten Gesamtausgaben –, wäre höchstens eine Kreditaufnahme von 900 Millionen DM möglich. Höchstens! Davon sind wir noch entfernt.

Meine Damen und Herren, ich habe gesagt und noch einmal begründet, daß kein Weg an der Sparpolitik vorbeiführt. Ich will aber auch hinzufügen, daß alle, die im politischen Raum in den letzten sieben Jahren daran beteiligt waren, stolz auf das, was erreicht worden ist, sein dürfen. Ich lasse mir das von niemandem aus der Opposition kaputtreden. Daran war die SPD ebenso beteiligt wie die FDP/DVP.

(Abg. Moser SPD: An was? Am Kaputtreden?)

– Nein, nicht am Kaputtreden. Da haben Sie hier schon die größeren Anteile.

(Abg. Moser SPD: Das wollen wir dann schon genau wissen!)

An den harten Sparmaßnahmen war die SPD in der Vergangenheit und ist die FDP/DVP jetzt beteiligt. Es sind Er-

(Minister Mayer-Vorfelder)

folge erzielt worden, um die uns andere Bundesländer beneiden. Selbst das Land Bayern, das ein Stück günstiger dasteht als wir, schaut aufmerksam darauf, wie wir das realisieren.

Ich will Ihnen nur zwei, drei Zahlen nennen: Seit 1991 haben wir – den jetzigen Nachtragshaushalt eingerechnet – 21,4 Milliarden DM an Steuermindereinnahmen und an zwangsläufigen Mehrausgaben eingespart. Hätten wir diese Kredite aufgenommen, würden allein im Jahr 1997 1,5 Milliarden DM mehr an Zinsen anfallen. 1,5 Milliarden DM mehr Zinsen bedeuten eineinhalb Zukunftsprogramme.

(Lachen der Abg. Stephanie Günther Bündnis 90/
Die Grünen)

Wenn ich das aufrechne, was wir über die sieben Jahre durch diese Konsolidierungsmaßnahmen bei der Zinslast zusätzlich gehabt haben, komme ich auf eine Summe von über 6 Milliarden DM. Der gesamte Investitionsbereich des Haushalts 1997 hat aber nur einen Umfang von 5,4 Milliarden DM. Das heißt, durch diese Maßnahmen ist die Zinslast stärker verringert worden, als die Investitionsquote des Landes in diesem Jahr anlangt.

Diese Maßnahmen, auf die wir ein Stück weit stolz sein können, haben zu folgenden Veränderungen der Rahmenbedingungen geführt, die nicht unwesentlich sind: Die sächlichen Verwaltungsausgaben liegen in diesem Haushalt 1997 einschließlich des Nachtragshaushalts um 170 Millionen DM unter dem Ist-Stand von 1993. Die bereinigten Sachausgaben liegen um 1,4 Milliarden DM unter dem Ist-Stand von 1993. Die bereinigten Gesamtausgaben von 1997 liegen um 1,8 Milliarden DM unter dem Ist von 1996. Deshalb glaube ich schon – –

(Abg. Pfister FDP/DVP unterhält sich mit Abg.
Stratthaus CDU.)

– Sie werden lauter vernommen als ich, Herr Pfister. Bitte schön!

(Abg. Moser SPD: Ernst, was hast du denn gemacht? – Gegenruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

Deshalb bin ich schon der Meinung, daß diese Verringerung der Zinslast und das Herausnehmen aus der Druckposition die ganz wesentliche zukunftssträchtige Entscheidung für die nächsten Jahre sein wird.

Es gibt noch zwei Punkte, auf die ich eingehen muß. In diesen Wochen sind zwei Fragen politisch kontrovers diskutiert worden. Das eine ist das Finanzausgleichsgesetz, der Länderfinanzausgleich und die Steuerreform unter dem Aspekt der Auswirkungen auf den Landeshaushalt. Nachdem die Kabinette von Bayern und Baden-Württemberg gemeinsam die Entscheidung getroffen haben, zunächst Gespräche mit den Ländern zu führen und dann vor das Bundesverfassungsgericht zu gehen, ist diese Entscheidung kritisiert worden. Sie ist nicht von den Grünen kritisiert worden, aber von der SPD, die gesagt hat, das sei wieder ein typischer Akt, indem man den Mund spitzt und dann nicht pfeift. Ich kann dazu nur sagen: Ich teile in weiten Punkten nicht die Auffassungen der Grünen, aber in diesem Punkt mit Sicherheit schon, daß es zu einem sauberen

und fairen Umgang untereinander und auch unter den Ländern gehört, daß man zuerst mit den Ländern spricht, bevor man vor das Bundesverfassungsgericht geht.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Nachdem man 1993 zugestimmt hat!)

– Ja. Schauen Sie, Herr Kollege Kuhn: Der Länderfinanzausgleich ist sehr kompliziert. Ihre Kollegin hat sich zwar in einem Artikel als Expertin für den kommunalen Finanzausgleich feiern lassen,

(Abg. Moser SPD: Nein, nein!)

aber ich will das nicht weiter hinterfragen.

(Abg. Moser SPD: Sie hat als Expertin eine Expertin zitiert! – Zuruf des Abg. Dr. Puchta SPD)

Ich würde mich selbst nicht als einen Experten für den kommunalen Finanzausgleich bezeichnen – das sage ich, damit Sie sich nicht falsch getroffen fühlen –, weil der so kompliziert ist. Wenn du da einen Faden ziehst, fällt hinten die Masche herunter.

(Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen: Eben! – Abg. Moser SPD: Können Sie stricken?)

So ist das auch mit dem Länderfinanzausgleich. Deshalb muß das mit den anderen Ländern besprochen werden. Die Auswirkungen, Herr Kollege Kuhn, zu denen diese Zustimmung geführt hat, konnten damals nicht errechnet werden; denn der Finanzausgleich besagt nur, daß die Reihenfolge nicht durch den Finanzausgleich im engeren Sinn verändert werden darf. Der Finanzausgleich im engeren Sinn führt auch nicht zu dieser Verschiebung,

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Das ist klar!)

sondern in der Kombination mit den Bundesergänzungszuweisungen, mit den Spezial- und den Sonderergänzungszuweisungen führt er dazu, daß Baden-Württemberg und Bayern von den Plätzen zwei und drei auf die Plätze 15 und 16 abrutschen und plötzlich das Saarland und Bremen die finanzstärksten Länder sind.

Das Gutachten von Professor Arndt gibt einen Ansatz dafür, vor das Bundesverfassungsgericht zu gehen. Wir werden zunächst mit den finanzstarken Ländern sprechen, um das aus dem A/B-Problem herauszulösen. Wir werden dann auch ein Gespräch mit den finanzschwächeren Ländern führen. Ich persönlich bin der Überzeugung, daß es zu keiner Einigung kommt. Wie sollte es auch, da du, wenn du weniger zahlst, anderen etwas wegnimmst und die dem dann nicht zustimmen werden? Es ist aber notwendig, diese Gespräche zu führen.

Im übrigen ist kurzfristig auch keine Lösung zu erwarten. Das letzte Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht hat über drei Jahre gedauert und war noch nicht entscheidungsreif. Es ist durch eine politische Entscheidung im Zusammenhang mit der Wende überholt worden.

Ich komme zur Steuerreform. Ich könnte jetzt stundenlang über diese Frage berichten, aber ich will es mit ein paar Sätzen sein Bewenden haben lassen.

(Minister Mayer-Vorfelder)

Wenn das stimmt, was der „Spiegel“ in der Ausgabe vom 30. Juni berichtet, daß nämlich der Kollege Schröder aus Niedersachsen gesagt hat: „Über Tarifveränderungen sprechen wir dann, wenn wir an der Regierung sind, und vorher nicht.“, dann ist das ein Zynismus, der nicht mehr zu überbieten ist, weil damit das Parteiinteresse über das Gemeinwohl gestellt wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Damit wird auch klar ausgesprochen, daß damit eine Mißachtung des Bundesrats und der Aufgabe des Vermittlungsausschusses verbunden ist. Deshalb gebe ich die Hoffnung nicht auf, daß man doch noch um Kompromisse bemüht ist. Wenn sich aber die A-Seite von vornherein ausklinkt und sagt, sie bemühe sich überhaupt nicht um Kompromisse, werden wir den Herausforderungen unserer Zeit und dem Schicksal der Arbeitslosen in keinster Weise gerecht,

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Kluck FDP/DVP: So ist es!)

weil nur durch einen Impuls und eine Erwartung, die mit der Steuerreform verbunden ist, wieder erreicht werden kann, daß die Wirtschaft mehr investiert und daß zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden.

Ebenso offen sage ich, daß dazu das Konzept, das die SPD vorgelegt hat, nicht geeignet ist, weil es nur nachfrageorientiert arbeitet. Das heißt: Existenzminimum erhöhen, Kindergeld erhöhen und 30 Milliarden DM mit zusätzlichen Belastungen der Wirtschaft gegenfinanzieren. Wer meint, daß dadurch zusätzliche Arbeitsplätze entstehen, der braucht kein Wirtschaftspolitiker zu sein, um sich sagen lassen zu müssen, daß diese Rechnung nicht aufgeht. Das Jahressteuergesetz 1996 hat durch nachfrageorientierte Maßnahmen und eine Nettorückgabe in Höhe von 25 Milliarden DM zu überhaupt keiner Belebung geführt, weil die Bevölkerung wegen der Beunruhigungen unserer Zeit abwartet und das Geld lieber auf die hohe Kante legt.

(Abg. Moser SPD: Weil alles wieder abkassiert wurde!)

Das wird weiter geschehen, solange nicht in der Herausforderung unserer Zeit das Steuerrecht geändert wird, und zwar grundsätzlich.

(Abg. Moser SPD: Das ist alles wieder abkassiert worden!)

– Bitte?

(Abg. Moser SPD: Das ist allein durch die Gebührenerhöhungen bei den Kommunen kassiert worden! Denken Sie einmal darüber nach, was allein in den letzten eineinhalb Jahren alles wieder in die öffentlichen Haushalte zurückfinanziert worden ist! Rechnen Sie es einmal nach!)

– Es ist nicht zu bestreiten, Herr Kollege Moser, daß die Kommunen, die sich zum Teil über Gebühren refinanzieren müssen, die Gebühren zum Teil erhöht haben, aber nicht über das Kostendeckungsprinzip hinaus, denn das dürfen sie nämlich nicht.

(Abg. Moser SPD: Ich stelle es nur fest!)

Das sagt nichts anderes als die Tatsache, daß öffentliche Dienstleistungen früher viel zu billig angeboten worden sind,

(Beifall des Abg. Kiel FDP/DVP)

weil man gedacht hat, das brauche man nicht über Gebühren zu finanzieren, sondern müsse es über Steuern finanzieren. Jetzt geht das eben nicht mehr.

Ich sage noch einmal: Der Ansatz der SPD ist nachfrageorientiert; das läuft nicht. Der Vorschlag der Koalition ist angebotsorientiert.

(Abg. Moser SPD: Läuft auch nicht!)

Nur auf diesem Weg sehe ich die Lösungsmöglichkeit, daß die Wirtschaft in die Ausrüstungsinvestitionen hineingeht. Solange dies nicht stattfindet und die Konjunktur weitestgehend nur vom Export bestimmt wird, wird die Abkoppelung des Wirtschaftswachstums vom Steuereingang erhalten bleiben.

Meine Damen und Herren, mit diesem Nachtragsentwurf sollen, wie gesagt, 694 Millionen DM gekürzt werden, dazu kommt eine weitere Belastung durch zusätzliche Mehrausgaben im Bereich der Bürgerkriegsflüchtlinge in Höhe von rund 37 Millionen DM und im Bereich der Bürgschaften, mit denen das Land in Anspruch genommen wird, in Höhe von etwa 17 Millionen DM. Da erhebt sich natürlich die Frage – das werden Sie nachher in der Diskussion sagen –: Ist die Steuerschätzung vom Mai überhaupt realistisch? Mit Sicherheit werden Sie, Herr Kollege Kuhn, mit dieser Frage kommen, und der Kollege Rapp bereitet sich schon vor, über die Zweifelhafte der Steuerschätzungen zu reden.

Nun, Steuerschätzung ist nicht Steuerschätzung. Diese können immer irren. Ich glaube aus zwei Gründen, daß wir die Mai-Zahlen zugrunde legen können. Zunächst ist festzuhalten, daß Ende Juni die Lücke nicht 694 Millionen DM, sondern 300 Millionen DM netto größer ist. Wir werden aber in der zweiten Hälfte des Jahres bei der Erbschaft- und der Grunderwerbsteuer einen Nachhol- und Aufholeffekt haben. Das liegt daran, daß erst Mitte Juni alle Erlasse, die zwingend erforderlich sind, um überhaupt Veranlagungen durchzuführen, auf Bund-Länder-Ebene gemeinsam festgestellt worden sind.

Bislang sind im Erbschaftsteuerrecht überhaupt keine Veranlagungen durchgeführt worden. Damit kann jetzt, nach der Fortbildung der Beamten, begonnen werden. Ich rechne damit, daß es August wird, bis das geht. Wenn ich einen realistischen Blick wage, wann die veranlagten Beträge eingehen, komme ich auf Oktober. Vor Oktober wird der Nachholeffekt also nicht in vollem Umfang eintreten.

Der Zunahmeeffekt im Nachholbereich beträgt 950 Millionen DM, so daß also noch 400 Millionen DM durch die konjunkturelle Situation einkommen müssen. Alle Wirtschaftsinstitute sagen übereinstimmend: real 2,5 % Wachstum. Da sind 2 % Steuermehreinnahmen nur aus dem Bereich des Wachstums realistisch.

Deshalb glaube ich, daß es realistisch ist, die Steuerschätzung vom Mai zugrunde zu legen, auch wenn im Juni diese

(Minister Mayer-Vorfelder)

Zahlen nicht voll erreicht werden. Wir haben also dann einen Gesamtdeckungsbedarf von 748 Millionen DM durch die Bürgerkriegsflüchtlinge und durch die Bürgerschaftsausfälle. Im Deckungskonzept haben wir 284,5 Millionen DM konkret gekürzt.

Nun können Sie sagen: Sie haben sich mal irgendwo hingestellt und haben vor der Presse verkündet, daß Sie 15 % der Zuweisungen und 10 % der sächlichen Verwaltungsausgaben gesperrt haben mit dem Ziel, sie zu streichen. Das sind 310 Millionen DM, verbleiben noch 284,5 Millionen DM. – Das ist richtig. In den Chefgesprächen, die ich geführt habe, hat sich klar gezeigt, daß mitten im Jahr nicht überall diese 15 % bzw. 10 % erwirtschaftet werden können. Deshalb haben wir in den Chefgesprächen bei zwei, drei Ministerien eine gewisse Erleichterung gewährt in der Größenordnung von etwa 26 Millionen DM, und so erklärt sich diese Zahl.

Der zweite Deckungsbereich sind die Zinsen. Das sind 179 Millionen DM, sehr spitz gerechnet. Wer glaubt, man könne aus diesem Bereich noch mehr herausholen, der täuscht sich. Ich werde dem auch nie zustimmen.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Diese Zahl ist genauso ge-
griffen wie jede andere!)

– Es gab mal einen, der später Ministerpräsident geworden ist. Er hat dem Finanzminister Gleichauf gesagt: Da liegt noch etwas unter der Matratze. Dann haben sie plötzlich Zinsen und solche Sachen herausgerechnet.

Wir rechnen spitz aus, welche Entlastung in diesem Rechnungsjahr aufgrund der Zinsentwicklung da ist.

(Abg. Moser SPD: Spitzer als spitz gerechnet!)

Wir haben zehnjährige Verpflichtungen eingehen können, die unter 6 % liegen. Daraus errechnen sich diese 179 Millionen DM. Das kann aber nicht weiter ausgedehnt werden. Dann bleibt dieser Rest von 285 Millionen DM im Personalbereich, den ich vorhin ausführlich erörtert habe. Insofern ist das Deckungskonzept in sich schlüssig und, wie ich glaube, auch vollziehbar.

Es sind dann noch ein paar kleinere Maßnahmen in diesem Haushalt drin. Wichtig erscheint mir nur, daß wir dem Auftrag oder der selbstübernommenen Verpflichtung im Finanzausschuß gerecht geworden sind, 50 % der globalen Minderausgaben titelscharf zu konkretisieren, so daß die globalen Minderausgaben auf die Hälfte zurückgeführt worden sind, nämlich auf 239 Millionen DM.

Wir haben – das möchte ich noch einmal erwähnen – die Sparaufgabe beim Personal in vollem Umfang erfüllt. Die 706 Personalstellen, die seit Anfang dieses Jahres frei gehalten worden sind, werden mit diesem Nachtragshaushalt gestrichen.

Ich kann als Ergebnis festhalten, daß die Landesregierung in ihren Anstrengungen, die Konsolidierung des Haushalts fortzuführen, nicht nachgelassen hat. Sie ist auch vor unpopulären Maßnahmen nicht zurückgeschreckt. Es wird leicht sein, hier immer wieder zu betonen, je nachdem, welcher Interessengruppe man angehört, gerade hier dürfe nicht gespart werden. Das ist, obwohl es ihn nicht mehr gibt, Radio Eriwan.

Sparen, ohne daß es weh tut, gibt es nicht, weil Besitzstände – zum Teil mit großem Nachdruck – verteidigt werden. Deshalb bitte ich alle Kollegen im Landtag, nicht sofort jeder Interessengruppe zu folgen. Sie werden in ein schwieriges Fahrwasser geraten,

(Beifall des Abg. Hehn CDU)

je mehr Belangen von Interessengruppen Sie recht geben.

Das, was wir zu tun haben, ist eine konsequente Fortschreibung des Konsolidierungskurses. Ich fordere uns alle auf, insbesondere diejenigen, die das dann zu verantworten haben – hier hat es die Opposition ein Stück weit leichter –, nicht den Mut zu verlieren. Denn wenn Sie den Mut verlieren, werden Sie dieser Aufgabe nicht gerecht werden können. Ich bin der Überzeugung, daß wir diesen Mut bewahren, weil wir nur mit diesem Mut die Zukunft dieses Landes sichern können. Deshalb bitte ich Sie nach den Beratungen hier und nach den Beratungen im Finanzausschuß um Zustimmung zu diesem Nachtragsentwurf.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Strathaus.

Abg. Strathaus CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Zweite Nachtrag des Jahres 1997 unterscheidet sich in ganz wichtigen Punkten vom ersten Nachtrag.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Da ist etwas dran!)

Der erste Nachtrag war ein Investitionshaushalt, er war ein Zukunftshaushalt, mit dem wir gezeigt haben, daß wir in der Lage sind, auch in finanzpolitisch schwierigen Zeiten das Notwendige zu tun, um die Investitionen für die Zukunft zu sichern.

(Abg. Moser SPD: Das war ein Schaunachtrag!)

Der Zweite Nachtrag ist ein Sparhaushalt. Dennoch möchte ich ihn auch einen Zukunftshaushalt nennen. Denn für die Sicherung der Zukunft wird das Sparen genauso notwendig sein wie die Investitionen.

(Beifall des Abg. Sieber CDU)

Wir sind der Überzeugung, daß wir langfristig die Ausgaben an die Einnahmen anpassen müssen. Obwohl ich persönlich optimistisch bin, was die Konjunktur betrifft, bin ich auch der Ansicht, daß wir in finanzpolitischer Hinsicht auf keinen Fall wieder Verhältnisse bekommen werden, wie wir sie vor Jahren hatten. Wir müssen leider feststellen, daß sich die Entwicklung von Wirtschaftswachstum und Steueraufkommen keineswegs mehr immer im Gleichschritt vollzieht, sondern auseinanderklafft. Es gibt dafür viele Gründe.

(Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen: Einer ist Herr Märkle!)

Wir wissen aber: Sparen ist für die Zukunft notwendig. Denn die Schulden von heute sind die Steuern von morgen.

(Stratthaus)

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Das haben Sie schon einmal gesagt! – Abg. Moser SPD: Sind Sie da sicher?)

– Ich habe es noch nicht gesagt. Aber was richtig ist, darf immer wieder einmal wiederholt werden.

(Beifall des Abg. Sieber CDU – Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

3,5 Milliarden DM, meine Damen und Herren, haben die Regierung und die sie tragenden Fraktionen im Urhaushalt und in den Nachtragshaushalten im Jahr 1997 gespart. Das sind gegenüber der mittelfristigen Finanzplanung zwischen 7 und 8 % des Haushaltsvolumens – meines Erachtens eine große Leistung, die bei dieser Gelegenheit einmal gewürdigt werden soll.

Meine Damen und Herren, eigentlich hätte die Finanzpolitik die Aufgabe, die anderen Politikbereiche regulierend und dienend zu begleiten. Gegenwärtig befinden wir uns eher in der umgekehrten Situation: Die Finanz- und die Haushaltspolitik bestimmt, was auf den anderen Politikgebieten geschieht. Ich möchte deswegen all diejenigen, die nicht dem Finanzausschuß angehören, auffordern, etwas für sich selbst zu tun. Indem sie uns nämlich beim Sparen helfen, werden sie in Zukunft größere Spielräume haben und können ihre ureigenen Politikfelder besser bedienen.

(Zuruf des Abg. Dr. Puchta SPD)

Das Sparen ist ein hartes Geschäft. Sie können dem Bürger keine 3,5 Milliarden DM abnehmen, ohne daß er es spürt. Es ist nicht einfach; es ist auch ein langwieriges Geschäft. In einem Jahr können Sie ganz selten bereits Erfolge erzielen, aber es wird nun seit Jahren konsequent gespart, und die Erfolge sind bereits zu sehen.

Die Opposition hat es dabei natürlich teilweise leichter. Die Opposition sagt auf der einen Seite: Wir müssen sparen. Gleichzeitig behauptet sie auf der anderen Seite: Wir sparen zuwenig. Und drittens sagt sie: Wir sparen alles kaputt.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Und falsch vor allem!)

Sie sind in der Tat eisern im Prinzip, aber butterweich, wenn es konkret wird.

(Abg. Sieber CDU: Sehr gut!)

Die Opposition hat auf diesem Gebiet einen großen Vorteil: Sie muß nicht logisch sein. Das heißt, unter dem Strich müssen die Dinge nicht aufeinander abgestimmt werden. Sie können in der Tat Einzelforderungen stellen, die nicht unbedingt zusammenpassen müssen.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Sie reden schlecht von der Opposition!)

– Nein, ich habe von den Grünen zum Beispiel ein Schreiben bekommen. Es ist immer interessant, mit den Grünen finanzpolitisch zu diskutieren. In diesem Schreiben steht in einem Punkt, wir müßten sparen, und danach folgen vier Ausgabenpunkte, bei denen nicht gespart werden soll.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Wenn Sie so weitermachen, schreiben wir Ihnen nicht mehr!)

Ich möchte sie jetzt nicht im einzelnen aufzählen; so ist es aber.

Bei der Opposition hat man sich in der Zwischenzeit – insbesondere Herr Dr. Puchta – von der Finanzpolitik etwas entfernt und ist in die Finanzphilosophie eingestiegen. Sie haben in der letzten Zeit einige Äußerungen getan, die man unterstreichen kann, die allerdings zum großen Teil doch erst sehr, sehr weit in der Zukunft zu realisieren sind. Ich habe den Eindruck, Sie überlassen es uns; Sie schweben im finanzpolitischen Himmel, und wir müssen hier auf der Erde schuften.

Meine Damen und Herren, wo sparen wir bei diesem Nachtragshaushalt? Zunächst einmal sparen wir überall, wir sparen pauschal. Ich höre schon wieder, das sei das Rasenmäherprinzip. Der Finanzminister hat es vorhin schon ausgeführt: Wir haben bisher zu einem großen Teil in der Weise gespart, daß wir sagten, alles solle so bleiben, wie es ist, aber billiger gemacht werden. Auf diese Art und Weise werden wir nicht mehr weiterkommen. Wir werden in der Tat an die Strukturen herangehen müssen, aber dann wird es gefährlich und schwierig. Auch Sie werden feststellen, daß das allgemeine Zustimmung dann, wenn die Grausamkeiten konkret werden, nicht mehr so leicht sein wird.

Wir sparen überall; wir sparen vor allen Dingen bei den Zinsen. Es muß auch noch einmal betont werden, daß wir für unsere Schulden 180 Millionen DM Zinsen weniger, als in der mittelfristigen Finanzplanung angenommen worden war, brauchen. Dies ist bereits ein Ergebnis unserer Konsolidierungspolitik sowohl im Land als auch im Bund. Es ist ein Erfolg im Land, denn weil wir weniger Schulden haben, müssen wir weniger Zinsen zahlen. Im Bund und in Zusammenarbeit mit der Bundesbank haben wir die Tatsache festzustellen, daß die Zinsen heute wesentlich niedriger sind, als wir vor Jahren geglaubt haben.

Der wichtigste Posten wird ohne Frage das Sparen beim Personal sein. Das wird schwierig sein; wenn wir aber 42 % unseres Haushaltsvolumens vom Sparen ausnehmen, werden wir niemals Erfolge erzielen können. Es wird nachher sicher gesagt werden, wir hätten hier Sparansätze in den Haushaltsplan eingebracht, die unrealistisch seien.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Unredlich!)

Ich glaube das nicht, und zwar deswegen nicht, weil die anderen Bundesländer viel mehr als Baden-Württemberg darauf angewiesen sind, daß auf dem Gebiet der Personalkosten etwas geschieht. Ich kann mir nicht vorstellen, daß in den anderen Bundesländern lauter unvernünftige, unverantwortliche Finanzpolitiker am Werk sind, und ich kann mir vor allen Dingen nicht vorstellen, daß die Finanzpolitiker in den anderen Bundesländern bereit sind, Haushalte zu verabschieden, die gegen die Verfassung verstoßen.

Meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion trägt das Konzept dieses Nachtragshaushalts mit. Wir werden zusammen mit unserem Koalitionspartner im Zug der Beratungen im Finanzausschuß sicher einige kleinere Korrekturen anbringen. Wir sind sehr gespannt, welche weitgehenden Kürzungs- und Sparvorschläge von der Opposition im Finanzausschuß eingebracht werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Puchta.

Abg. Dr. Puchta SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wer ernsthaft an die Wirtschafts-, Finanz- und Haushaltsprobleme unseres Landes herangeht, der muß zugeben: Auch für die Opposition ist die Ausgangssituation objektiv schwierig. So, wie zur Zeit einerseits Aktienkurse und die Wasserstände täglich steigen, befinden sich andererseits die Steuereinnahmen im Sinkflug.

Der Finanzminister hat vorhin die Zahl genannt, wie sie im Nachtrag steht: 694 Millionen DM Steuermindereinnahmen von Januar bis inklusive Juni. Das ist aber bereits um 887 Millionen DM unter dem Soll, und auf die Jahresbasis hochgerechnet, also sich nicht auf die Steuerschätzung verlassend, sondern auf die tatsächlichen Steuereingänge, wie sie im ersten Halbjahr zu verzeichnen sind, müssen wir noch einmal mit rund 300 Millionen DM Steuermindereinnahmen rechnen.

Die Frage in dieser ernsten Situation ist: Gibt es echte sozialdemokratische Alternativen? Ich sage: Ja, es gibt diese Alternativen. Ich hoffe, dafür jetzt hier auch den Beweis anzutreten.

Erstes Beweisargument: Man kann in aller Bescheidenheit sagen – darauf hat auch der Finanzminister vorhin hingewiesen –, daß man während 20 Jahren CDU-Alleinherrschaft auch in den prosperierenden Zeiten, als die Steuereinnahmen nur so gesprudelt sind, auf gut alemannisch gesagt, Schulden wie die Sautreiber gemacht hat.

(Abg. Hehn CDU: Da haben wir heute morgen etwas anderes gehört!)

Auf der anderen Seite war es so, daß mit Eintritt der SPD in die große Koalition zum ersten Mal in diesem Land mehr Schulden abgebaut worden sind als ursprünglich veranschlagt.

(Beifall bei der SPD – Abg. Zeller SPD: So ist es!)

Doch auch da stimme ich Ihnen zu, Herr Stratthaus: Es geht jetzt in erster Linie um die Zukunft. In der Zukunft hat die sozialdemokratische Finanzpolitik mindestens vier zentrale Eckpfeiler.

Bei den ersten beiden Eckpfeilern handelt es sich um vertrauensbildende Maßnahmen. Denn nachdem die Staatsfinanzen während der Zeit der Alleinregierung der CDU in diesem Land zerrüttet worden sind, müssen wir zunächst einmal wieder Vertrauen in die Stetigkeit der Finanzpolitik schaffen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Zeller SPD: So ist es!)

Deshalb müssen wir meines Erachtens hier einmal ein Zeichen setzen. Daher fordere ich Sie von der Regierung auf: Geben Sie jetzt in diesem Augenblick, wo Sie sich anstrengen, mit dieser Situation der rückläufigen Steuereinnahmen fertig zu werden, eine Erklärung für die Zukunft ab, daß Sie bei wieder steigenden Steuereinnahmen wenigstens die Hälfte des dann zu erwartenden Anstiegs zur Schuldenreduzierung verwenden.

(Abg. Hehn CDU: Wird das im Saarland auch so gehandhabt?)

Ein zweiter Eckpfeiler für eine rationale Finanzpolitik war, ist und bleibt eine antizyklische Finanzpolitik. Egal, Herr Finanzminister, ob das im Rahmen der Globalisierung schwieriger geworden ist oder nicht, die Gesetze der Logik können auch Sie nicht außer Kraft setzen. Deshalb lernen Sie jetzt für die nächste Krise. Schaffen Sie sich rechtzeitig Polster an, wenn die Steuereinnahmen wieder zu steigen beginnen. Dazu braucht man in erster Linie politischen Mut.

(Abg. Hehn CDU: Den haben wir!)

Sie lieben zwar, Herr Finanzminister, immer ein bißchen die Rolle und das Image des Machers und des Rambos.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Heute ist er ein bißchen stiller geworden!)

Aber in der praktischen Finanzpolitik steht diese Regierung doch eher für stilles Wasser, wie Sie sagen, oder für Leisetreterei, wie ich sagen wollte.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Für Kracherlwasser!)

Mit großem Halali und Trallala wurde immer wieder die Globalisierung der globalen Minderausgaben angekündigt, und jetzt wurde uns hier ein übler Taschenspielertrick vorgelegt. Bisher betrug die globalen Minderausgaben 478 Millionen DM, und seit vier Jahren verspricht der Finanzminister immer wieder die 50prozentige Konkretisierung. Das haben Sie, zugegeben, in diesem Nachtrag zunächst getan und haben 239 Millionen DM titelgenau gekürzt, vor allem allerdings im investiven Bereich: beim staatlichen Hochbau 78 Millionen DM; im sozialen Wohnungsbau, nachdem dieser innerhalb von zwei Jahren von 400 Millionen DM schon auf 200 Millionen DM heruntergefahren wurde, jetzt noch einmal 30 Millionen DM;

(Abg. Wettstein SPD: Und die sind schon vervepert!)

in der Kinderbetreuung 2,6 Millionen DM; bei der Gewerbeförderung 2,5 Millionen DM; bei der regenerativen Energie 3 Millionen DM und bei der Polizei rund 6 Millionen DM. Das war die titelgenaue Kürzung von Ihnen.

Jetzt kommt aber das Entscheidende: Im gleichen Atemzug haben Sie neue globale Minderausgaben in Höhe von 290 Millionen DM eingeführt, und zwar 10 % bei den sächlichen Verwaltungsausgaben und 15 % bei den Investitionen, so daß nun unter dem Strich statt bisher 478 Millionen DM auf einmal 529 Millionen DM globale Minderausgaben zu Buche stehen. Herr Minister, ich bezeichne das schlicht und einfach als einen Taschenspielertrick der übelsten Sorte. Aber Sie wissen genauso gut wie ich, daß die Menschen am Stammtisch eher von einem versuchten Betrug am Parlament sprechen würden.

(Beifall bei der SPD – Abg. Hehn CDU: Ach, jetzt! Ich weiß nicht, an welchem Stammtisch Sie sind!)

(Dr. Puchta)

Statt auf das Parlament und auf politische Entscheidungen zu setzen, setzen Sie immer wieder auf die Ministerialbürokratie. Sie lassen die Bürokraten beim Einsparen die letzten Entscheidungen treffen. Die Instrumente heißen für Sie Rasenmäher, also, wie ich vorhin gesagt habe, weitere, zusätzliche globale Minderausgaben, und Konjunkturbremse, nämlich Sparen bei den Investitionen. Beide Instrumente werden der derzeitigen Wirtschaftslage im Land nicht gerecht, und beide Instrumente sind antiparlamentarisch; aber der tiefere Sinn ihrer Anwendung könnte vielleicht darin liegen, daß sie die Ministerialzulage nie antasten.

Ein dritter Eckpfeiler unserer Finanzpolitik muß sein, daß endlich Schluß ist mit der Klientelpolitik der FDP. Es muß Schluß sein mit einer Finanzpolitik nur für Besserverdienende.

(Abg. Wettstein SPD: Für Hochverdienende!)

Deshalb muß die Vermögensteuer revitalisiert werden. Herr Finanzminister, ich finde es einfach unseriös, sich hierherzustellen und zu sagen: Wenn man einer Steuerreform hier nicht zustimmt, ist das nicht gemeinwohlorientiert. Einerseits wissen Sie, daß Waigel ein Loch von 50 Milliarden DM hat, das nach wie vor nicht finanziert ist,

(Abg. Moser SPD: Das ist Gemeinwohl!)

und auf der anderen Seite wissen Sie ganz genau, daß Sie das Gemeinwohl auf das schärfste verletzt haben, indem Sie für ein paar tausend Millionäre in Deutschland die Vermögensteuer abgeschafft haben.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt fehlt Ihnen hinten und vorne das Geld, um Schulen und Kindergärten finanzieren zu können.

(Abg. Hehn CDU: Das sind alte Sprüche! – Abg. Wintruff SPD: Ein ganz gemeines Wohl!)

Man braucht dafür gar nicht selbst Beispiele zu suchen, sondern da kann ich Ihnen aus einem Brief der Katholischen Arbeitsgemeinschaft für Jugendsozialarbeit vorlesen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Den haben wir alle bekommen! – Gegenruf des Abg. Moser SPD: Aber nicht gelesen! Sie werden doch nicht sagen, daß Sie ihn gelesen haben!)

– Wenn Sie ihn alle bekommen haben, brauche ich daraus nur einen Satz vorzulesen:

Die Mitgliederversammlung der Katholischen Arbeitsgemeinschaft für Jugendsozialarbeit protestiert gegen diesen massiven Eingriff von seiten des Finanzministers, der nach dem Rasenmäherprinzip die ohnehin schon geringe Förderung der Jugendsozialarbeit durch das Land zusätzlich beschneidet.

Meine Damen und Herren, in dieser Situation sind Sparen und Kreativität gleichzeitig angesagt. Ein wesentlicher Teil unserer Probleme ist und bleibt hausgemacht. Machen Sie deshalb endlich Ernst mit dem vierten Eckpfeiler unserer Finanzpolitik, nämlich mit einer Neuordnung der Landesbeteiligungen.

Herr Pfister, an dieser Stelle erwarte ich Ihre tatkräftige Unterstützung;

(Zurufe von der SPD, u. a. des Abg. Zeller: Oje!)

denn wir haben ein Programm mit 3 Milliarden DM für neue Investitionen und gleichzeitig zur Schuldenreduzierung aufgelegt, mit dem wir seriös an die Zukunftsoffensive herangehen, während Sie mit Ihrem Programm vor wenigen Wochen ein Ausgabenprogramm vorgelegt haben, das Sie jetzt zu einem erheblichen Teil kassieren. Das aber ist schlicht und einfach unseriös.

Ich frage Sie: Wie wollen Sie eigentlich Wohnungssuchenden, die ihre Mieten nicht bezahlen können, klarmachen, daß Sie den sozialen Wohnungsbau erneut um 30 Millionen DM reduzieren, gleichzeitig aber dreistellige Millionenbeträge für die Mieten des Kultusministeriums, des Wissenschaftsministeriums und des Finanzministeriums entweder ausgeben oder zumindest kalkulatorisch veranschlagen müssen, nur damit die Beamten, wie der Finanzminister sagt, zu Fuß zum Landtag laufen können?

(Abg. Pfister FDP/DVP: „Fußläufig“ heißt das!)

Meine Damen und Herren, der Nachtrag ist für mich in großen Teilen eine Augenwischerei, denn wie von uns bereits beim ersten Nachtrag vorausgesagt wurde, wird nun „Erwin 2“ von „Mayer-Vorfelder 0“ eingeholt. Im ersten Nachtrag haben Sie beispielsweise bei den Kliniken die Ansätze noch erhöht, und nun gehen Sie hin und kürzen bei Freiburg, Heidelberg und Tübingen um 10 Millionen DM. Oder im Straßenbau: „Erwin 2“ brachte „Hermann 1“ noch 70 Millionen DM mehr, und bei „Mayer-Vorfelder 0“ wird nun Schauffler zum Geburtstag um 24 Millionen DM rasiert.

Eine solche Politik der Gegensätze innerhalb von nur acht Wochen kann doch nicht seriös sein. Im Ministerium haben Sie all das ja bereits vorgearbeitet.

(Zurufe der Abg. Moser und Zeller SPD)

Darüber hinaus ist natürlich Ihre größte sogenannte Einsparung eine eindeutige Luftbuchung. Sie wollen beim Personal 285 Millionen DM einsparen – Sie haben das vorhin ausgeführt – und setzen schlicht und einfach auf das Prinzip Hoffnung, daß das Weihnachtsgeld tatsächlich gekürzt wird. Was tun Sie denn eigentlich, wenn das nicht der Fall sein wird? Wo liegen in diesem Fall Ihre Alternativen?

(Zuruf des Ministers Mayer-Vorfelder)

In diesem Bereich geht es nicht nur um ein paar Märkle.

(Abg. Moser SPD: Welche „Märkle“?)

Damit wären wir noch einmal beim Thema „Vertrauensbildung, Solidarität und Verlässlichkeit“.

Herr Minister, auf der einen Seite sparen Sie bei Familien, bei Kindern, bei Hortgruppen die letzten 2,5 Millionen DM ein, und Herr Döring ist sich nicht zu schade, in den Landkreisen aufzutreten und zu sagen, er habe nicht einmal mehr 20 000 DM für ein grenzüberschreitendes Projekt in der Tasche,

(Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

(Dr. Puchta)

und auf der anderen Seite geht der oberste Steuerbeamte des Landes übers Land und sagt laut „Stuttgarter Zeitung“ von gestern in einem Vortrag über die Einsparung der Zinsabschlagsteuer nicht ein einziges Wort dazu, daß Zinsen, die ohne Abschlag kassiert werden, dennoch steuerpflichtig sind. Die FDP hat dies übrigens eine „instinktlöse Brüskierung des Steuerzahlers“ genannt.

(Abg. Zeller SPD: Steht die FDP heute noch dazu?)

Ich frage Sie, Herr Minister: Wie wollen Sie eigentlich einem Durchschnittsteuerzahler mit 4 000 DM brutto im Monat, der sein Geld im Schweiß seines Angesichts durch Arbeit verdient und der mit fast 50 % Steuern und Sozialabgaben ausgepreßt wird wie eine Zitrone, klarmachen, daß laut „Stuttgarter Zeitung“ und FDP – ich zitiere – „einer der höchsten und bestbezahlten Finanzbeamten seine dienstlich erworbenen Kenntnisse über Schlupflöcher des Steuersystems einem kleinen und wohlhabenden Teil der Bevölkerung zur Kenntnis bringt“?

Herr Finanzminister, wie wollen Sie in einer solchen Situation Finanzbeamte motivieren, denen Sie die Mittel für IuK zusammenstreichen und denen Sie keine ordnungsgemäße Ausstattung mit Computern geben, die notwendig wären, damit sie ihre Arbeit gut erfüllen könnten? Wie wollen Sie ihnen klarmachen, daß Herr Märkle erst Steuerberater und gutbetuchte Steuerzahler berät, bevor – laut „Stuttgarter Zeitung“ – Gesetzesänderungen bei den Finanzämtern ankommen?

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Hehn CDU – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

Abg. Dr. Puchta SPD: Ich komme zum Schluß.

Herr Finanzminister, ich frage Sie deshalb wirklich ohne jede Hektik und in aller Ruhe und ohne Häme: Halten Sie dies alles eigentlich für richtig? Ist für Sie all dies normal? Auf welcher Seite stehen Sie letztlich? Ich bitte Sie, sich noch einmal zu erklären, um möglichen ernststen Schaden von der Finanzverwaltung abzuwenden. Es kann und darf doch nicht sein, daß die „Stuttgarter Nachrichten“ am 14. Juli über die Regierung Teufel schreiben – ich zitiere abschließend –:

Selbstjustiz statt Gewaltenteilung – ein Stück wie aus einer Bananenrepublik.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kuhn.

Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit diesem Nachtrag sind insgesamt 1,2 Milliarden DM Steuermindereinnahmen zu verarbeiten. Wenn ich alles abziehe, müssen wir 694 Millionen DM zusätzlich einsparen. 300 Millionen DM werden noch dazu kommen. 285 Millionen DM sollen beim Weihnachtsgeld für die Beamten eingespart werden.

Ich will für meine Fraktion ganz deutlich sagen: Ich halte dies für vertretbar, wenn die Einsparung sozial gestaffelt wird. Deswegen teile ich etwa die Auffassung der Ministerpräsidentin von Schleswig-Holstein, daß man das Weihnachtsgeld deckeln muß, zum Beispiel bei 5 000 DM oder bei 4 000 DM. Was nicht geht, ist eine pauschale 30prozentige Kürzung ohne soziale Differenzierung, denn dies wäre eine Sauerei gegenüber den kleinen Beamtinnen und Beamten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD)

Allerdings sieht es danach aus, daß dieser Einsparposten eine Art Luftbuchung wird, wie wir sie bei der Vorlage des Haushalts für 1997 schon einmal erlebt haben, weil man in bezug auf die Bund/Länder-Verhandlungen, die hierzu stattfinden müssen, über die Phase der Terminplanung für einen Arbeitskreis zwischen den Landesregierungen offensichtlich noch nicht hinausgekommen ist.

Die globale Festsetzung des restriktiven Haushaltsvollzugs ist nicht titelscharf – deswegen erhöhen sich eigentlich die globalen Elemente des Haushalts wieder –, sondern global in den Hauptgruppen 6 bis 8 mit insgesamt über 200 Millionen DM veranschlagt. Dies bedeutet weitere Einsparungen, zum Beispiel im Sozialbereich, aber auch erneut bei den für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit notwendigen Investitionen.

Dieser Nachtrag ist wieder einmal ein globaler Sparhaushalt. Da wird gespart und gespart. Es werden zum Beispiel bei den Investitionen Titel zum Teil auf Null heruntergefahren, und im Grundstock – das ist die eigentliche Pervertität Ihrer Konstruktion – liegt das politische Spielgeld aus der Zukunftsoffensive des Ministerpräsidenten, das wir jetzt dringend für Investitionen in diesem Land bräuchten.

Meine Damen und Herren, auch dieser Sparhaushalt geht zu Lasten der kleinen Leute. Bonn macht mit seiner angebotsorientierten Politik den Binnenmarkt ebenso kaputt wie die Einnahmeseite der öffentlichen Haushalte. Die Kosten der Arbeitslosigkeit werden durch Investitionsbremsen prozyklisch nach oben getrieben. Dies können Sie, in Zahlen geronnen, an diesem Nachtragshaushalt ablesen.

Freilich, Herr Finanzminister, müssen wir alle sparen. Aber es ist diese Landesregierung, es ist dieser Finanzminister, der die Legitimation des Sparens untergräbt. Sparen muß sozial gerecht geschehen. Darüber hinaus muß sich die Steuern zahlende und von Einsparungen betroffene Bevölkerung darauf verlassen können, daß die Steuerverwaltung in jeder Hinsicht zuverlässig ist – jetzt sind wir beim Punkt Märkle, Herr Finanzminister – und daß der gerechte Vollzug der Steuergesetze stets gewährleistet ist. Wenn die Großen im Land gelupft oder auch nur gewarnt oder fahrlässig beraten werden, die Kleinen aber gerupft werden, steht es in diesem Land schlecht um die Moral des Sparens und dessen Akzeptanz. Die Zuverlässigkeit der Steuerverwaltung ist auch das Thema dieses Nachtragshaushalts. Man darf wohl verlangen, daß die Zuverlässigkeit der Steuerverwaltung in der Hierarchie im Finanzministerium nach oben nicht dünner wird, sondern eben eher zunimmt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und des Abg. Zeller SPD)

(Kuhn)

Herr Finanzminister, Sie haben sich in dem Kasperletheater der vorigen Fragestunde um die politische Wertung des Skandals Märkle herumgedrückt. Ob das Plaudern am Stammtisch die Form von unüberlegten Andeutungen hatte, wie Sie haben verlautbaren lassen, oder von gezielten Warnungen, wird en détail aufzuklären sein. Der Skandal Märkle zeigt, daß es mit der Zuverlässigkeit im Finanzministerium möglicherweise nicht so weit her ist, wie wir anzunehmen gehofft haben.

Zur Zuverlässigkeit gehört die Amtsverschwiegenheit. Dabei ist es übrigens völlig egal, ob durch die Indiskretion des Herrn Märkle ein Schaden in bezug auf den Steuerfall Hoffmann eingetreten ist oder nicht. Es geht um den politischen Flurschaden, den solche Indiskretionen bei den normalen Leuten im Land auslösen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Schwatzhaftigkeit, Herr Stratthaus, am schwarzen Stammtisch mit verharmlosender Deckung von ganz oben schadet dem Ansehen der Steuerverwaltung. Durch das Aufklärung untergrabende Verhalten des Finanzministers ist dem Land ein schwerer Schaden entstanden.

Herr Finanzminister, ich sage ganz klar für meine Fraktion: Nicht die Loyalität gegenüber Stammtischbrüdern ist das Gebot der Stunde, sondern die Loyalität gegenüber den Steuerzahlern und der Bevölkerung in diesem Land.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Hehn CDU)

Das durch § 353 b des Strafgesetzbuchs geschützte Rechtsgut ist nach herrschender Meinung – das können Sie in allen Kommentaren nachlesen – übrigens nicht allein der Schutz des Dienstgeheimnisses, sondern auch und in erster Linie der des Vertrauens der Bevölkerung in die Amtsverschwiegenheit der öffentlichen Verwaltung. Auch dies ist der Kernpunkt der Auseinandersetzung, die wir führen.

Allein aus diesem Grund hätten Sie die Ermächtigung zur weiteren Strafverfolgung durch die Staatsanwaltschaft schon in der letzten Woche erteilen müssen, damit jeder Zweifel daran ausgeräumt werden kann, daß die öffentliche Verwaltung die Amtsverschwiegenheit einhält. Wenn sie das nicht tut, müssen Sie das aufklären. Dies haben Sie mit Ihren Vertuschungsmanövern nicht geleistet.

Ich will Sie, Herr Finanzminister, ganz offen politisch hier fragen: Was ist eigentlich mit Ihnen los? Was ist eigentlich mit Ihnen los?

(Abg. Hehn CDU: Er sieht doch gut aus!)

Sie sind ein alter Fuchs, der schon durch manches Feuer gegangen ist. Aber nun brennt der Pelz noch immer, obwohl der Ministerpräsident einen nicht unerheblichen Löschversuch unternommen hat. Was hat Sie eigentlich zu diesem Irrsinn getrieben? Haben Sie einfach Ihrer Cholerik in Sachen Staatsanwaltschaft nachgegeben? Ging es einfach um die Ehre der Kompanie, koste es, was es wolle, oder wollten Sie mit der Methode „Deckel drauf!“ Schlimmeres verhindern?

(Unruhe)

Egal, Herr Finanzminister, was die wahren Gründe gewesen sind: Ihr Verhalten spricht nicht für Sie, und aus dem Fall Märkle ist längst ein Fall Mayer-Vorfelder geworden.

(Abg. Hehn CDU: Das würde Ihnen so passen!)

– Sie müssen einmal die CDU-Abgeordneten auf der Toilette hören, Herr Kollege, wie die über diese Geschichte reden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Heiterkeit – Zuruf des Abg. Hehn CDU)

Da würde ich ganz, ganz vorsichtig sein. Und wenn Sie es noch nicht gehört haben, dann gehen Sie einmal.

(Große Unruhe)

Ich verlange, meine Damen und Herren, für meine Fraktion die volle Aufklärung über jene illustren Stammtischrunden im Schellenturm, auch darüber, wer genau an jenem Mittwoch im März zugegen war, auch darüber, warum Sie MD Fischer für geeignet hielten, sich am hausinternen Entscheidungsverfahren zu beteiligen.

Außerdem, Herr Finanzminister, wollen wir exakt und präzise Aufschluß über die Frage haben, welche Vorträge mit welchem Inhalt Herr Dr. Märkle gehalten hat, auch darüber, ob es stimmt, daß er in Sachen bevorstehender Steuerrechtsänderung Tips für Steuerberater gegeben hat oder nicht. Darüber werden Sie im Landtag Rede und Antwort stehen müssen – mit welchem Instrument auch immer, aber wir werden diese Antworten erzwingen.

Ich will die politische Dimension noch einmal ansprechen: In einer Zeit, in der wir Sparhaushalt für Sparhaushalt, Haushaltsloch für Haushaltsloch von der Bevölkerung Einschnitte erwarten, muß der normale kleine Lohnsteuerzahler, der von Herrn Dr. Märkle überhaupt nicht beraten werden kann, sicher sein, daß es im Land auf der Einnahmeseite gerecht zugeht, daß die Steuergesetze gerecht und ohne Schlupflöcher gehandhabt werden. Und ich frage: Was ist das für ein Finanzministerium, das in Sparzeiten seine obersten Steuerbeamten – und der Finanzminister hat es ja bei den Vereinen selbst getan – mit Vorträgen durch das Land schickt, die das Ziel und den Effekt haben, daß Steuern nicht bezahlt werden, sondern daß Steuern legal – mehr will ich Ihnen nicht unterstellen – vermieden werden können? Sie sind dafür zuständig, daß die Kassen des Landes voll sind, und nicht, daß sie durch die Vortragstätigkeit Ihrer Leute leer werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Hehn CDU)

Sie können sich bei der Aufklärung dieses Falls auch nicht hinter dem Steuergeheimnis verstecken, Herr Finanzminister. Diese Argumentation, die Sie im Graf-Fall angewandt haben, ist Ihnen ja diesmal verunmöglicht.

Für mich und meine Fraktion geht es um die Frage der politischen Moral, die da drüben im Finanzministerium mit Deckung von Ihnen, Herr Finanzminister – deswegen habe ich vorhin meine Frage gestellt –, praktiziert wird. Wissen Sie: Das ist auch eine Frage von Tugend und Ehre. Auf diesem Feld sind Sie ja ansprechbar. Wer im Fußball die

(Kuhn)

Flöte von Tugend und Ehre bläst, der muß dies auch als Finanzminister tun, der für das Verhalten seiner Spitzenbeamten verantwortlich ist.

Ich frage mich: Warum haben Sie sich in den letzten Jahren, seit die Sparerei losgegangen ist, nicht einmal Herrn Märkle zur Brust genommen und ihn gefragt: „Sag einmal, ist es eigentlich weiterhin richtig, daß du diese Vorträge da machst, oder gibt es da vielleicht eine andere Lösung?“

(Abg. Haasis CDU: Ist das alles noch Nachtragsdebatte, oder was ist das?)

So etwas verlange ich von einem Finanzminister. Aber Sie haben dies nicht getan.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich hatte gedacht, meine Damen und Herren, daß der Untersuchungsausschuß Graf ein Ergebnis gehabt hätte, nämlich das Ergebnis, daß man an der Spitze der Verwaltung im Finanzministerium insgesamt vorsichtiger geworden wäre. Aber die Plaudereien am Stammtisch, wenn sie denn stimmen, haben gezeigt, wie sehr man sich täuschen kann. Der Fall Märkle/Vorfelder – abgekürzt auch wieder „MV“ – zeigt, wie sehr man sich in solchen Erwartungen täuschen kann.

(Zuruf des Abg. Rapp REP)

Meine Fraktion – damit komme ich zum Schluß – begrüßt mit Respekt die Entscheidung des Herrn Ministerpräsidenten, dem vertuschenden Treiben Einhalt zu gebieten. Hoffentlich hält Erwin Teufel diese Entschlossenheit auch durch.

(Abg. Haasis CDU: Jetzt kommen mir gleich die Tränen!)

Es dauert noch mindestens ein Jahr, Herr Haasis, bis der Finanzminister zum Deutschen Fußballbund gehen kann.

(Abg. Haasis CDU: Mir kommen jetzt gleich die Tränen bei Ihrer Rede!)

So ein Jahr, meine Damen und Herren, kann verdammt lang werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Kiel.

Abg. Kiel FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich komme zunächst einmal zu den sachlichen Vorgängen, und dann will ich mich doch auch ein wenig mit dem auseinandersetzen, was bislang recht polemisch gesagt worden ist.

Weder die pauschalen Kürzungen bei den sächlichen Verwaltungsausgaben, den Zuschüssen und gewissen Investitionen noch die Veränderungen der Haushaltsansätze bei den Zinsausgaben, noch die Reduzierung der Personalkostenansätze hätten einen Nachtragshaushalt erfordert. Ausgangspunkt für diesen Zweiten Nachtrag war vielmehr die Zusage der Landesregierung, die Hälfte der im ursprünglichen Etat – im Uretat! – veranschlagten globalen Minder-

ausgaben in einem Nachtragshaushalt zu konkretisieren. Das geschieht jetzt, und das ist auch gut so.

Daß dann, wenn, wie gesagt, ein Nachtrag vorgelegt wird, diesem die Daten der jüngsten Steuerschätzung zugrunde zu legen sind, versteht sich freilich von selbst. Andererseits ist es so, daß man, wenn man redlich geprüft hat, wie die Entwicklung wohl sein wird, nicht alle drei Monate einen Nachtragshaushalt vorlegen kann und dies auch nicht tun muß.

Die schon genannten 694 Millionen DM Steuermindereinnahmen und dazu die Mehrausgaben ergeben eine Deckungslücke von 750 Millionen DM. Das Deckungskonzept sieht Minderausgaben in Höhe von 179 Millionen DM bei den Zinsen vor. Im Grunde genommen ist es natürlich schon so etwas wie ein Geschenk des Himmels, daß diese Entwicklung so gekommen ist, obwohl man sie nicht ganz von den negativen Entwicklungen der Wirtschaft abkoppeln kann. Das hat eben in diesem Punkt auch einmal eine positive Seite.

Die 284 Millionen DM, die als Umsetzung der von der Landesregierung bereits beschlossenen Ausgabensperre in den Haushalt vorgesehen sind, machen einen wesentlichen Teil aus. Bei den 285 Millionen DM Einsparung bei den Personalausgaben spielt das Prinzip Hoffnung schon eine gewisse Rolle. Aber die Hoffnung, der Bund möge die beabsichtigten Änderungen der beamtenrechtlichen Vorschriften vornehmen, ist natürlich deshalb richtig, weil anderen Bundesländern das Wasser noch viel mehr bis zum Hals steht als uns und weil der Bund selbst, wie Sie wissen, in allergrößte Schwierigkeiten gekommen ist. Ich meine also, daß wir in dieser Hinsicht sehr wohl davon ausgehen können, daß sich nicht nur im Bundestag, sondern auch im Bundesrat eine Mehrheit dafür finden wird.

Als kleine Anmerkung zum Haushalt 1998 möchte ich nur sagen – ich greife damit eine Äußerung des Herrn Finanzministers auf, der vorhin gesagt hat, bei den Stelleneinsparungen müsse man wohl noch weiter vorangehen –: Ich meine schon, man sollte sich überlegen, ob Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf Stellen, die mit einem K.w.-Vermerk versehen sind, nicht auch dadurch früher freigesetzt werden können, daß man ihnen das Angebot macht, vorzeitig in den Ruhestand zu gehen. Ich weiß, daß dem noch ein Bundesgesetz entgegensteht; es sollte aber meines Erachtens durchaus ins Auge gefaßt werden, das, sei es im Modellversuch oder nicht, mit einer Bundesratsinitiative zu versuchen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es bleibt positiv zu bewerten, daß es bei der Nettoneuverschuldung von 1,6 Milliarden DM in diesem Jahr bleibt. Das ist gut so.

Meine Damen und Herren, die Kritik der SPD-Opposition, die die Haushaltssperre unter Hinweis auf Mehrausgaben in dreistelliger Millionenhöhe, die mit dem ersten Nachtrag für die bereits angelaufene Zukunftsoffensive der Regierung und der sie tragenden Parteien beschlossen worden waren, als unseriös und unsolid bezeichnet hat, erweist sich erneut als eine Kritik von Leuten, die selbst keinen Schwung mehr aufbringen, mit einer zukunftsorientierten Politik auch finanziell schwierige Zeiten zu überwinden.

(Kiel)

Sehr geehrter, lieber Herr Puchta, wissen Sie: Wenn Sie als Alternative vertrauensbildende Maßnahmen vorschlagen, die ja nicht falsch sind, nur für diesen Haushalt nichts in die Kasse bringen, dann ist das eben keine Alternative, sondern dann ist das eine Zukunftsprognose und weiter gar nichts.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Puchta SPD zur CDU: Wollen Sie gestalten oder nicht? Wollt ihr gestalten oder nicht?)

Sie wollten die Ausgaben der Zukunftsoffensive beim ersten Nachtragshaushalt einsparen, um die Kürzungen des Zweiten Nachtrags zu vermeiden. Das ist es doch gewesen. Das wäre dann tatsächlich das Stopfen von Haushaltslöchern mit einmaligen Erlösen aus der Veräußerung von Vermögen des Landes gewesen. Hätten Sie es nicht wollen – das unterstelle ich jetzt einfach einmal –, dann hätten Sie zumindest Ihre Pressepolitik völlig anders gestalten müssen. Herr Kollege Stratthaus hat darauf schon hingewiesen, da freilich bei den Grünen.

Die neuen Kürzungen, meine Damen und Herren, die im Nachtrag veranschlagt sind, sind pauschal veranschlagt. Bleibt dies so, dann wäre es wiederum nichts anderes als die Veranschlagung neuer globaler Minderausgaben. Dies ist sicherlich richtig. Nur, auch da muß man dazusagen, Herr Puchta: In der Kürze der Zeit – das wissen Sie auch – war es natürlich nicht möglich, anders zu verfahren.

(Abg. Dr. Puchta SPD, auf Vertreter des Finanzministeriums deutend: Seit vier Jahren schaffen die da hinten daran! Seit vier Jahren!)

Aber daran führt kein Weg vorbei, wenn weder die einzelnen Ministerien noch die Regierung insgesamt, noch der Landtag sich der Mühe unterziehen wollen oder können, konkrete weiter gehende Kürzungsvorschläge vorzulegen und zu beschließen.

Die pauschale Ankündigung einer 15prozentigen Kürzung bei den Empfängern von Zuwendungen des Landes im Bereich des Sozialministeriums zum Beispiel ist sicher nicht das, was wir uns vorstellen. Da gibt es sicherlich Einrichtungen und Zuschußtöpfe, wo entsprechende Kürzungen des Zweiten Nachtragshaushalts, wo immer möglich, zu korrigieren sind. Die Ministerien sind aufgefordert, sich an dieser Arbeit zu beteiligen und dem Parlament entsprechende Vorschläge zu unterbreiten. Ich komme darauf gleich noch einmal zu sprechen.

Für die Zukunft gilt natürlich: Strukturell wirksame Konsolidierungskonzepte sind zwingend erforderlich. Aber, Herr Minister Mayer-Vorfelder, gerade wenn man auch in der Zukunft weitere Initiativen für die Jugend ergreifen will, sind nach unserer Auffassung dafür und für ordnungspolitische Maßnahmen weitere Privatisierungen dringend notwendig.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Es ist schon so: Eine Republik braucht kein Tafelsilber. Für Demokraten tut's Cromargan auch.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Also, bitte schön: Was soll's denn?

Aber ich komme noch zu etwas anderem, was mir ein Dorn im Auge ist. Der Ressortegoismus der einzelnen Häuser,

(Abg. Dr. Caroli SPD: Welcher?)

die sich offenbar nach wie vor, wenn es um Kompetenzverlagerungen oder sinnvolle grenzüberschreitende Veränderungen geht, einigeln, hemmt wirkungsvolle weitere Einsparungen.

(Abg. Zeller SPD: Jetzt müssen Sie aber konkret werden!)

Solange es also nicht gelingt, diese Grenzen zu überwinden, werden globale Kürzungen als Druckmittel wohl nicht gänzlich aufgegeben werden können. Dem ist nun einmal so.

(Abg. Wintruff SPD: Wen meinen Sie denn konkret?)

Im übrigen möchte ich Herrn Mayer-Vorfelder, der zu Zeiten der letzten Landesregierung ein wahres Wort gesagt hat, nur sinngemäß zitieren: Alle anderen Mitglieder des Kabinetts seien für die Volksbeglückung zuständig, er aber für einen soliden Haushalt. Daran hat sich wohl bis heute wenig geändert.

Ein solches Selbstverständnis, wenn es denn in den einzelnen Ministerien noch immer gepflegt werden sollte, ist heute nicht mehr zeitgemäß. Nicht der ist der Beste, der es schafft, am ehesten ungerufen über die Haushaltsberatungen zu kommen, sondern derjenige, der neue Konzeptionen entwickelt, wie die unabdingbaren Leistungen des Staates in Strukturen gebracht werden können, die so effizient und kostensparend wie nur irgend möglich sind. Altes Denken und „Überwintern“, Hoffen auf bessere Zeiten, in welchem Ministerium auch immer, ist viel zu gefährlich und schadet der gesamten Regierung, deren Erfolg zugunsten unserer Bürgerinnen und Bürger unser oberstes Ziel zu sein hat.

Als ein positives Beispiel für strukturell wirksame Veränderungen nenne ich die dezentrale Budgetverantwortung. Es ist sicher richtig, Herr Minister Mayer-Vorfelder, daß das nicht von heute auf morgen Wirkung hat.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Irgendwann muß man mal anfangen!)

Aber innerhalb relativ kurzer Zeit kann und wird es zu Erfolgen führen, und irgendwann muß man damit beginnen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Je später man damit beginnt, um so später kommen natürlich auch die positiven Wirkungen.

(Abg. Hehn CDU: Wir haben doch schon damit begonnen!)

Eine entsprechende Anhörung hat ergeben, daß die gesamte Landespolizeiverwaltung startbereit ist, ab 1. Januar 1998 die dezentral zugewiesenen Mittel in Eigenverantwortung einzusetzen. Die Polizei sagt glaubwürdig, daß sie dazu fit sei. Sie will es, und sie sollte es eben auch dürfen.

(Kiel)

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Kluck FDP/DVP: So ist es!)

Mit der Polizei könnte also bei der Budgetverantwortung flächendeckend begonnen werden,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Richtig!)

was uns nicht der Verpflichtung enthebt, die dezentrale Budgetverantwortung in anderen Bereichen der Landesverwaltung ebenfalls zu erreichen.

Ich sage noch einmal: Man kann nicht alles gleichzeitig machen.

(Abg. Hehn CDU: Richtig!)

Ich sage auch: Die Wirkung wird nicht sofort dasein. Aber wenn ein Bereich der Landesregierung sagt: „Wir können das“, dann muß man ihm auch die Möglichkeit geben.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Neben allen positiven Auswirkungen zielgerichteten Handelns und Motivierens der betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wird bei einer solchen Reform neben dem hohen Effizienzgewinn mittel- und langfristig auch ein Beitrag zur Haushaltskonsolidierung zu erwarten sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe meine Rede mit einem positiven Aspekt begonnen; ich möchte sie auch mit einem positiven Aspekt beenden. Es mußte nicht erneut in die Finanzen der Kommunen eingegriffen werden. Wenn die FAG-Kommission notwendige Veränderungen empfehlen sollte, könnte den Kommunen wohl auch auf längere Sicht mehr Planungssicherheit gegeben werden.

(Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Das wird sich noch herausstellen müssen!)

Das erhoffen wir uns natürlich in hohem Maß.

Lassen Sie mich zum Abschluß doch noch kurz auf die erheblichen Vorwürfe des Herrn Kollegen Kuhn eingehen.

(Abg. Hehn CDU: Das ist auch notwendig! – Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Unverschämt!)

Im Fall Graf war es schon einmal so, daß sich einer aus Ihrer Fraktion anschließend entschuldigen mußte.

(Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Was? – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Da täuschen Sie sich!)

Insofern meine ich, man sollte immer erst abwarten, wie die Sache dann wirklich ausgeht. Erst danach sollte man so tief in eine entsprechende Beschimpfung eintreten.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Wer hat denn den Beschluß des Graf-Ausschusses als FDP/DVP unterschrieben? Sie haben doch unterschrieben!)

Erst mal abwarten, wie es ausgeht.

(Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Abwarten, Tee trinken!)

Dann ist, meine ich, noch Zeit genug dafür, so etwas zu tun.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, bevor ich das Wort weiter erteile, darf ich mit besonderer Freude eine Delegation aus Kanagawa, unserer Partnerregion in Japan, unter der Führung des Herrn Abg. Saito begrüßen. Herzlich willkommen in Baden-Württemberg!

(Beifall bei allen Fraktionen)

Wir wünschen Ihnen einen informativen Aufenthalt in Baden-Württemberg.

Das Wort erhält Herr Abg. Rapp.

Abg. Rapp REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit dem Zweiten Nachtrag bestätigt die Landesregierung, daß sie die Einnahmesituation völlig überschätzt hat und längst fällige Korrekturen am Landeshaushalt vorgenommen werden müssen. Wir beginnen nun zu reparieren, was die Landesregierung bei der Verabschiedung des Staatshaushaltsplans im Januar versäumt hat. Es sind jedoch nur kosmetische Reparaturen, die letztlich beweisen sollen, daß die Landesregierung den Haushalt doch noch im Griff hat.

Aber das Gegenteil ist der Fall. Denn noch vor wenigen Monaten hat der Finanzminister die Zahlen des Haushaltsplans 1997 als realistisch gerechtfertigt und war nicht bereit, zur Kenntnis zu nehmen, daß die Herausforderung der Massenarbeitslosigkeit neue Vorgehensweisen von den Verantwortlichen fordert.

Leiten wir zum Beispiel aus dem Optimismus in bezug auf die Einkommensteuer einmal die Tatsache ab, daß draußen in der Wirtschaft und beim Mittelstand ein totaler Preisverfall bei den Leistungen herrscht. Bei einem Preisverfall kann ich nicht mehr Steuern einnehmen, sondern ich bezahle deutlich weniger. Das sollte in die Überlegungen eines Finanzministers eingehen, wenn er einen Haushaltsplan aufstellt.

Mit der Vorgehensweise der Landesregierung wird verdeutlicht, daß der Öffentlichkeit das Ausmaß der Finanzmisere scheinbarweise, mit Schönrederei präsentiert werden sollte. Man traut sich nicht, der Bevölkerung auf einmal klarzumachen, was los ist. Vielmehr denkt man, man müsse es in kleinen Dosen servieren.

Wenn die Landesregierung zu Beginn dieses Jahres das gesamte Ausmaß der bevorstehenden Finanzmisere offengelegt hätte, wären manche Erwartungsansprüche bei Bürgern mit Sicherheit etwas nach unten korrigiert worden, und wir hätten jetzt nicht damit zu kämpfen, noch einigermaßen über die Runden zu kommen.

Aber das Problem bei diesem Nachtragshaushalt besteht im Grund darin, daß man mit einer Art Rasenmähermethode über alles drübergeht; die Kollegen haben es bereits gesagt. Man setzt keine politischen Schwerpunkte. Was will man eigentlich? Man geht über alles drüber und versucht, nirgendwo etwas im ganzen opfern zu müssen.

(Rapp)

Im Monat Mai ging die Industrieproduktion in Westdeutschland um 0,4 % zurück. Die Hoffnungen auf eine Rückkehr der Industrie zu einem kräftigen Wachstum haben einen deutlichen Dämpfer erhalten. Es werden uns wohl auch im laufenden Jahr keine zufriedenstellenden Ergebnisse geliefert.

Meine Damen und Herren, zur Steuerreform, ein Thema, über das wir immer wieder beraten haben: CDU, FDP und SPD in Bonn sind nicht in der Lage, gemeinsam ein konsensfähiges neues Steuerprogramm zu entwickeln. Der Bevölkerung jedoch entsteht großer Schaden.

Ich möchte Ihnen einmal eines sagen: Es gibt sehr viele Mittelständler in diesem Land, die auf eine Lösung warten. Sie warten darauf, daß eine Steuerreform kommt. Schon heute sitzen Hunderte oder Tausende von Unternehmern auf gepackten Koffern. Wenn die Steuerreform nicht kommt, gehen diese Unternehmer dort hin, wo es noch möglich ist, Gewinne zu erwirtschaften. Daran sollten Sie von der SPD auch denken, wenn Sie in diesem Zusammenhang eine Blockadepolitik betreiben.

Sie sollten auch nicht nach der Devise handeln, das Schiff zunächst einmal auf Grund laufen zu lassen und daraus dann parteipolitischen Nutzen zu ziehen. Wir sind dem Land, unserer Heimat in Deutschland, verpflichtet und nicht in erster Linie nur parteipolitischen Egoisten.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

Meine Damen und Herren, die gewünschten Mehreinnahmen infolge des geänderten Kraftfahrzeugsteuergesetzes und der erhöhten Grunderwerb- und der Erbschaftsteuer reichen bei weitem nicht aus, die Defizite in anderen Bereichen auszugleichen.

Im ersten Nachtragshaushalt hatten wir eine seltsame, eine wundersame Geldvermehrung durch die LEG. Dies wird nicht häufig passieren. Deshalb sollten wir auch damit rechnen, daß solche Zahlungen in Zukunft nicht mehr häufig auf das Land zukommen. Das heißt, wir haben auch Folgebelastrungen in Form von Miete, an die wir bei zukünftigen Haushalten ebenfalls denken müssen.

Meine Damen und Herren von der Landesregierung, es wird häufig versucht, in der Öffentlichkeit den Eindruck zu vermitteln, Ihnen liege das Wohl der Jugend ganz besonders am Herzen. Wenn dem aber so wäre, dann würden doch jetzt nicht im Bereich des Wissenschaftsministeriums 37 Millionen DM und im Bereich des Kultusministeriums 12,4 Millionen DM gestrichen werden. Im Verlauf des Jahres werden diese Beträge noch höher werden, und wenn die Haushaltssperre richtig wirkt, werden sie weiter steigen.

Zudem müssen wir daran denken: All diejenigen, die jetzt keine Lehrstelle bekommen – und es sieht auf dem Lehrstellenmarkt nicht gut aus –, müssen wir in berufsvorbereitende Klassen aufnehmen.

(Abg. Hehn CDU: Warten Sie einmal ab, bis die Monate Juli und August vorüber sind!)

Das kostet Geld, und diese Mittel werden wir im laufenden Jahr noch in den Haushalt einstellen müssen, um diese jun-

gen Menschen überhaupt unterbringen zu können, damit sie nicht auf der Straße stehen.

(Abg. Hehn CDU: Haben Sie Ihren Beitrag geleistet, Herr Rapp?)

Sie sind auch ein Opfer dieser Politik, und der globale Markt hat mit Sicherheit sehr viel damit zu tun.

Ich würde gern einmal eine wirkliche Stellungnahme des Finanzministeriums im Hinblick auf die Einnahmedefizite bekommen. Zunächst wurde von 300 oder 400 Millionen DM gesprochen; diese Woche sind dem Vernehmen nach noch einmal 200 oder 300 Millionen DM Einnahmedefizite hinzugekommen. Ich würde wirklich gern einmal wissen, wie man so etwas ausrechnet und wann man im Landtag einmal die richtigen Zahlen serviert bekommt. Das wäre aus meiner Sicht sehr wichtig, weil wir meistens über Zahlen streiten, die längst nicht mehr aktuell sind.

Dabei gäbe es doch in diesem Land so viel zum Sparen. Wir haben doch große Haushaltsposten, die völlig überflüssig sind. Scheinasyl kostet uns täglich Millionenbeträge – täglich! Die Bürgerkriegsflüchtlinge will niemand aus der Landesregierung gehen lassen; jeder setzt auf Freiwilligkeit. Aber glauben Sie denn wirklich, daß jemand freiwillig aus dem Paradies verschwindet?

(Abg. Hehn CDU: Sie wissen aber, daß das nicht stimmt?)

Warum soll jemand, der hier das Fünf- bis Zehnfache von dem hat, was er mit Arbeit zu Hause in Bosnien verdienen könnte, dieses Land, dieses Paradies Baden-Württemberg, dieses Paradies Deutschland verlassen, wenn ihn niemand dazu auffordert, wenn niemand sagt?: Freund, am Ersten ist der Letzte, das war's.

(Beifall bei den Republikanern)

Das erwarte ich von einer Politik der Landesregierung. Sie soll nicht bei den Jugendlichen und den Familien streichen, sondern dort, wo es nicht darauf ankommt. Es kann doch für einen Bosnier keine Strafe sein, wenn er jetzt wieder in seinem befriedeten Heimatland leben soll. Heimat ist keine Strafe. Wenn Sie einen Vertriebenen fragen, dann sagt er Ihnen: Heimat zu haben ist das Schönste, was es gibt.

(Beifall bei den Republikanern)

Meine Damen und Herren, ich möchte aber auch noch zu dem, was Herr Puchta gesagt hat, Stellung nehmen. Es ist mit Sicherheit nicht erfreulich, wenn ein hoher Steuerbeamter durch die Lande zieht und den Leuten sagt, wie sie Steuern sparen können – wenn es denn so gewesen ist. Aber es gab einen deutschen Bundeskanzler, der Helmut Schmidt hieß und einmal gesagt hat:

Wer die Pflicht hat, Steuern zu zahlen, hat auch das Recht, Steuern zu sparen.

Wenn dieser Satz für einen Bundeskanzler gilt, dann sollte man abwägen, ob er nicht auch für einen Ministerialdirigenten gelten soll.

(Rapp)

Ich möchte dazu auch sagen, daß wir an den Vorverurteilungen einer Person, die jetzt vorgenommen werden, nicht teilnehmen wollen. Wenn wir Beweise haben, dann werden wir wahrscheinlich konkretere Maßnahmen fordern als Sie. Wenn es tatsächliche Beweise gibt, daß dieser Herr etwas getan hat, was deutlich gegen das Beamtenrecht verstößt, dann ist er aus dem Dienst zu entfernen. Aber solange wir nur vage Aussagen haben, möchten wir das Ansehen einer Person nicht verletzen,

(Beifall bei den Republikanern)

sondern wir verlassen uns in diesem Zusammenhang wirklich noch auf die Gerichte und glauben, daß diese die richtigen sind, um die Sache abzuklären.

(Abg. Hehn CDU: Und in anderen Zusammenhängen verlassen Sie sich nicht darauf?)

Meine Damen und Herren, die Diskussion geht jetzt beim Sparen um die Kürzung des Weihnachtsgelds bei Beamten, um die Absenkung der Eingangsbesoldung und um die Streichung von Zulagen. Die erforderlichen rechtlichen Grundlagen sind aber noch gar nicht vorhanden. Sie scheinen den Standpunkt zu vertreten: Wir gehen einmal davon aus, daß es so sein kann; deshalb stellen wir es ein, denn immerhin sieht es gut aus.

Nein, meine Damen und Herren, das ist falsch. Einerseits können die Beamten nicht der Sündenbock der Nation sein, aber andererseits müssen sie den Teil tragen, den andere auch tragen müssen. Diesen Weg vertrete ich ebenso wie Sie. Wir können aber jetzt nicht in der Bevölkerung den Eindruck erwecken, als ob die Beamten die einzigen Schuldigen seien. Die Politiker waren auch daran beteiligt.

Der Entwurf des Nachtrags sieht eine Streichung von 700 Personalstellen vor; bis zum Jahr 2002 sollen es 4 000 Stellen sein. Da es aufgrund der Situation aber momentan überhaupt keine Fluktuation gibt, kann man sich schwer vorstellen, wie das zustande kommen soll. Wenn man dann betrachtet, wer da ausscheiden soll, dann stellt man fest, daß das praktisch nur Schreibkräfte, Büroangestellte, Kraftfahrer sind; es geht also praktisch fast ausschließlich um gering bezahlte Stellen. Das heißt, finanziell werden die Auswirkungen gar nicht so entscheidend sein, wie man uns jetzt klarzumachen versucht. Auch das sollte man bedenken, wenn man hier immer wieder von einer Verschlanung des Staats spricht.

Es wird weiter versucht, im Straßenbau zu sparen. Das ist furchtbar für diejenigen, die wirtschaftlich davon abhängig sind. Es ist auch furchtbar für den Investitionsstau, der schon in wenigen Jahren in diesem Land bestehen wird, weil diese Straßen sich abnutzen und weil sie früher oder später repariert werden müssen, aber dann für wesentlich mehr Geld. Es ist falsch, dort zu sparen, wenn man gleichzeitig weiß, daß der Nutzverkehr aufgrund von EU, globalem Welthandel, Transitland Deutschland, Transitland Baden-Württemberg in jedem Jahr immer weiter zunimmt. Wir sparen dann dort, wo es darum geht, Belastungen von den Menschen zu nehmen, die das alles ertragen müssen.

(Beifall bei den Republikanern)

Auch hier können wir den Weg nicht mit Ihnen gehen.

Es ist aber typisch für diese Landesregierung, daß sie in der Frage des Länderfinanzausgleichs erst wieder laut gebrüllt und sich danach wieder kleinlaut zurückgezogen hat. Das ist diese Politik, die ich nicht mag: Zuerst erklärt man immer: „Wir handeln jetzt, wir zeigen Handlungskompetenz“, und danach verkriecht man sich kleinlaut, weil man sich nicht traut, etwas zu machen, und verschiebt das Handeln auf alle Zeiten. Das ist falsch. Wenn die ganze Sache Chancen hat, dann sollten wir jetzt damit beginnen, weil wir es auch unserer Bevölkerung schuldig sind, Gelder, von denen wir glauben, daß sie überflüssigerweise an andere Länder gegeben werden, so schnell wie möglich in diesen Landesetat einzubringen.

(Beifall bei den Republikanern)

Meine Damen und Herren, ich denke, die Zeit wäre reif für ein Stück Haushaltsehrlichkeit – das halte ich für ganz wichtig, meine Damen und Herren von der Landesregierung –; diese Haushaltsehrlichkeit vermissen wir aber in weiten Teilen bei dieser Landesregierung.

Wir werden den Nachtragshaushalt intensiv im Finanzausschuß mitberaten, aber unter den jetzigen Voraussetzungen diesem Nachtragshaushalt nicht zustimmen.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Hehn CDU:
Das haben wir auch nicht erwartet!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Oettinger.

Abg. Oettinger CDU: Herr Präsident, meine verehrten Kolleginnen, meine Herren Kollegen! In der Folge der Steuerschätzung handeln die öffentlichen Körperschaften in diesen Wochen unterschiedlich. Es gibt Länder, die keinen Nachtrag vorlegen, obwohl sie Steuereinnahmeausfälle haben. Es gibt andere Länder, die einen Nachtrag vorlegen und die Kreditlinie erhöhen. Und es gibt Baden-Württemberg. Baden-Württemberg legt durch den Finanzminister heute einen Nachtrag vor, handelt damit pflichtgemäß und ermöglicht dem Parlament eine konkrete Entscheidung über anstehende Einspar Schritte. Gleichzeitig behält Baden-Württemberg den Ehrgeiz bei, die Nettoneuverschuldung auf Kurs zu halten, nach unten abzusenken und mittelfristig eine Trendumkehr hin zu geringer werdenden Zinsen und Tilgungsleistungen zu erreichen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Die CDU-Fraktion steht hinter diesem Nachtrag, die CDU-Fraktion steht hinter diesem Zeitplan, und die CDU-Fraktion wird in den nächsten Wochen mit ganz konkreten ergänzenden Einsparüberlegungen dafür Sorge tragen, daß das Einsparziel in Baden-Württemberg erreicht werden kann.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Demgegenüber ein anderes Bundesland: Nordrhein-Westfalen, rot und grün, weicht in höhere Verschuldung aus.

(Abg. Hehn CDU: Zuhören, Herr Weimer!)

Nordrhein-Westfalen hat 18 Millionen Einwohner, nicht einmal die doppelte Einwohnerzahl wie wir, aber die

(Oettinger)

Nettoneuverschuldung steigt von 6 Milliarden DM auf 7,5 Milliarden DM. Herr Kollege Kuhn, das ist Ihre Alternative dort, wo Sie in Verantwortung stehen, dort, wo Sie nicht nur polemisch reden können, sondern sachlich handeln müssen.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Da täuschen Sie sich!)

7,5 Milliarden DM Nettoneuverschuldung allein in diesem Jahr! Im Grunde genommen hat man keine Lust zum Sparen; wenn die Einnahmen sinken, gehen die Ausgaben nicht herunter, sondern die Schulden nach oben. Dies machen wir in Baden-Württemberg nicht mit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen: Wir auch nicht!)

Bei der Opposition ist generell Fehlanzeige festzustellen. Herr Kollege Puchta, der längere Zeit in der Versenkung war, hat sich heute wortstark zurückgemeldet. Aber von konkreten Sparvorschlägen und von mutigen Aussagen, wo Personalstellen gestrichen, Leistungsprogramme gekürzt und Gesetze geändert werden sollen, war von der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen nichts zu hören.

Ein einziger innovativer Vorschlag kam von Kuhn: Die Volksabstimmung muß her. Wenn ich nicht mehr weiter weiß, frage ich das Volk. Ein Volksvertreter muß aber selbst in der Lage sein, die Konsequenzen aus einer Steuerschätzung zu ziehen, und er darf sich dieser Pflicht nicht entziehen, indem das Volk befragt werden soll. Lieber Kollege Weimer, wir haben die Pflicht, in den nächsten Wochen gemeinsam über die Sparvorschläge von Mayer-Vorfelder zu beraten.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Worüber reden Sie eigentlich gerade?)

Ich will behaupten: Es gibt zu diesem Konzept keine Alternative; an diesem Einsparkonzept führt kein Weg vorbei.

(Beifall bei der CDU – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Sie haben gerade die Namen verwechselt; das war eine Namensverwechslung zwischen Kuhn und Puchta!)

Herr Finanzminister, Sie haben zwei wesentliche Positionen erwähnt: Strukturell steigen die Personalkosten noch immer stärker als die Gesamtausgaben des Haushalts, und strukturell steigen auch die Zinsen und die Tilgungsraten noch immer stärker als der Gesamtetat.

Es sei mir erlaubt, einen dritten Punkt zu erwähnen: Auch bei der Unterhaltung von Landesgebäuden, beim Leasing, bei Mietraten und bei der Finanzierung von Landesgebäuden, also bei dem gesamten Kostenblock der Gebäudebewirtschaftung, haben wir Ausgaben, deren Zuwachsraten über die des Gesamthaushalts hinausgehen. Wir wollen deswegen in den nächsten Monaten eine Raumbewirtschaftungskonzeption erarbeiten, um hier eine Trendumkehr zu geringer werdenden Zuwachsraten hin zu erreichen.

Wir stehen beim Nachtragshaushalt auch vor der Aufgabe, im Personalbereich zu einer Kostensenkung zu kommen. Zu Recht wurde von einem Sonderopfer der Beamten ge-

sprochen. Die CDU-Fraktion ist bereit, die Einsparvorgaben des Nachtragshaushalts zu unterstützen und möglich zu machen. Dies darf aber nicht allein zu Lasten der Beamten gehen. Deswegen erwarten wir von der Tarifgemeinschaft der deutschen Länder, daß sie nicht nur über Tarifverträge spricht, sondern auch handelt. Wir erwarten die Kündigung von Tarifverträgen, und wir machen mit allem Nachdruck deutlich, daß die Angestellten in Baden-Württemberg beim Thema Personalkosten genauso im Visier sind wie unsere Beamten.

(Beifall bei der CDU)

Da wir auch eine Fürsorgepflicht für die kommunale Ebene haben und die Einsparpotentiale im Bereich der Angestellten auf der kommunalen Ebene ein Vielfaches der Einsparpotentiale beim Land ausmachen, geht es hier auch darum, im Interesse der Kommunen und der Landkreise in Baden-Württemberg zu handeln.

Hatten Sie beim Haushalt wenig zu bieten, so gab es bei der Angelegenheit Märkle Polemik genug,

(Abg. Hehn CDU: Das ist richtig!)

Polemik pur von Rot und Grün! Endlich sind Sie wieder einig.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Capezuto SPD: Darf man nicht mehr die Wahrheit sagen?)

Seit über einem Jahr waren die Sozialdemokraten und die Grünen zerstritten, waren Moser und Puchta, Lorenz und Maurer und wie sie alle heißen, zerstritten.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Lauter Grüne!)

Jetzt haben Sie auf einen kleinsten gemeinsamen Nenner zurückgefunden. Bei Polemik sind Sie alle rasch im Saal.

(Beifall bei der CDU)

Ich kann da nur sagen, meine Damen und Herren von der Opposition:

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Wo bleibt die Logik, Herr Kollege?)

Wir sind an der Sachverhaltsklärung interessiert.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Sehr gut!)

Wir begrüßen es, wenn und daß die Staatsanwaltschaft Stuttgart die Ermittlungen fortführt und abschließt, eine Bewertung vornimmt und der Öffentlichkeit vorstellt. Wir wollen wissen, ob und daß Beamte in Baden-Württemberg nach Recht und Gesetz handeln und Dienstpflichten einhalten.

(Zuruf von den Republikanern: Aber alle!)

Aber wir sind gegen jede vorschnelle Verurteilung. Wir sind dagegen, daß wir hier im Landtag eine Angelegenheit beraten und entscheiden, wenn sie durch Dritte objektiv prüfbar gemacht worden ist.

(Oettinger)

Lassen Sie mich einen Punkt aber schon heute bewerten, den Punkt der Nebentätigkeit. Ich habe von Ihnen, meine Herren von der Opposition der SPD, in den vier Jahren, als Herr Birzele für das Beamtenrecht zuständig war, zum Thema „Änderung der Nebentätigkeitsverordnung in Baden-Württemberg“,

(Zuruf von der CDU: Nichts gehört!)

zum Thema „Änderung des Landesbeamtengesetzes“ null und nichts gehört. Sie haben doch gewußt und gewollt

(Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

und in Rechtskraft gelassen, daß das Nebentätigkeitsrecht in Baden-Württemberg für Herrn Dr. Märkle und für andere Beamtinnen und Beamte so ist, wie es nun einmal ist.

(Abg. Capezzuto SPD: Schamlos ausgenützt wird!)

Mit mir kann man über Änderungen reden. Machen Sie dann aber bitte hier Vorschläge.

(Abg. Weimer SPD: Das ist zu weit! So einfach kann man es sich nicht machen, wie Sie es eben tun! Unsinn!)

Aber es gehört meines Erachtens hier auch gesagt, daß man sich polemisch gegen die praktische Handhabung des Nebentätigkeitsrechts wendet und als Parlamentarier keine Änderungen anstrebt.

(Abg. Weimer SPD: „Das fällt gar nicht unter das Nebentätigkeitsrecht, was Märkle gemacht hat“, hat Mayer-Vorfelder gesagt!)

– Es ist nach der Nebentätigkeitsverordnung, Herr Kollege Weimer, nicht anzeige- und nicht genehmigungspflichtig. Man könnte das Ganze in der Nebentätigkeitsverordnung anzeige- oder genehmigungspflichtig machen.

(Abg. Weimer SPD: Dann machen wir es doch!)

Aber genau das haben Sie nicht getan. Deswegen haben wir uns allgemein nichts vorzuhalten, sondern die Angelegenheit zu prüfen. Dies hat in den letzten vier Jahren niemand gemacht. Wir sind in den nächsten vier Jahren gern dazu bereit.

(Abg. Capezzuto SPD: Das werden wir sehen! – Abg. Weimer SPD: Festhalten im Protokoll!)

Damit kommen wir ganz konkret zum Steuerrecht. Ihr Bürgermeister Voscherau in Hamburg hat in den letzten Wochen mehrfach gesagt, es gebe in Hamburg zig Einkommensmillionäre, die keine Steuern bezahlten.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Das ist doch schon wieder Jahre her!)

Ich kann mich nicht erinnern, daß Herr Märkle in Hamburg Vorträge hält.

(Lachen bei der SPD – Abg. Capezzuto SPD: Wer weiß!)

Das heißt, wir haben doch kein Vortragsproblem, sondern ein Rechtsproblem. Wir haben das Rechtsproblem, daß das

Steuerrecht in Deutschland zu viele Ausnahmen zuläßt, um vom Spitzensteuersatz herunterzukommen. Damit sind wir genau bei der Aufgabe des Bundesrats. Der eigentliche Skandal ist nicht, daß Vorträge über geltendes Steuerrecht gehalten werden,

(Abg. Dr. Puchta SPD: Seit 18 Jahren!)

der eigentliche Skandal ist nicht, daß Steuerbürger rechtlich versuchen, Spitzensteuer zu mindern, sondern der Skandal besteht darin,

(Abg. Dr. Puchta SPD: Daß Sie die falschen Gesetze machen!)

daß die Ergebnisse der Bareis-Kommission und die Petersberger Beschlüsse bisher nicht im Bundesrat beraten werden und nicht mehrheitsfähig gemacht werden können.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Wettstein SPD – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Oettinger, ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

Abg. Oettinger CDU: Noch einen Satz, Herr Präsident.

Deswegen ist meine Bitte: Entziehen wir der Sachbehaftung von Voscherau die Grundlage, und machen wir künftig Vorträge nicht mehr so interessant. Vereinfachen wir das Steuerrecht. Dann werden wir das Ziel erreichen, das dem Standort Deutschland am meisten hilft. Aber dann müssen Sie endlich erreichen, daß nicht mehr die Baracke die SPD-regierten Länder führt.

(Anhaltender Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Capezzuto SPD: So gut war es auch wieder nicht!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Minister Mayer-Vorfelder.

(Abg. Wettstein SPD: Erzählen Sie uns einmal, welche Schlupflöcher gestopft werden!)

Finanzminister Mayer-Vorfelder: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf mich sehr herzlich bei all denjenigen bedanken, die zur Sache Stellung genommen haben und die auch etwas dazu beigetragen haben, daß wir in den Fragen der Haushaltspolitik weiterkommen.

Ich will nur ein paar ganz kurze Bemerkungen machen, weil ich manches so nicht stehenlassen will.

Herr Kollege Puchta, Sie sind hier ans Rednerpult gegangen

(Zuruf von der CDU: Mit Schaum vor dem Mund!)

und haben angekündigt, Sie wollten etwas zum Haushalt sagen und andere Wege aufzeigen.

(Abg. Kiel FDP/DVP: War nichts! – Abg. Wettstein SPD: Das hat er sehr gut gemacht!)

(Minister Mayer-Vorfelder)

Aber ich habe den Eindruck, daß Sie sich schon zu Beginn des Wegs verirrt haben, denn irgend etwas Richtungweisendes habe ich wirklich nicht gehört.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Machen Sie mit beim ersten Punkt!)

Sie haben gesagt, das Richtungweisende sei, daß man 50 % der Steuermehreinnahmen zur Schuldentilgung verwende. Aber zunächst müssen wir einmal die Mehreinnahmen haben. Insofern glaube ich immer noch, daß Sie sich so hoch oben bewegen, daß Sie keine Erdsicht mehr haben.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben derzeit Steuermindereinnahmen in Milliardenhöhe.

Ich habe überhaupt keine Probleme, Dinge herauszustellen, die wir in der großen Koalition erreicht haben. Ich sage immer wieder, daß wir in der großen Koalition eine solide Leistung im Bereich des Sparens erbracht haben. Aber jetzt fallen Sie wieder in finsterste Zeiten zurück, indem Sie uns unsere Politik in den letzten 20 Jahren vorhalten. Ich kann Ihnen Protokolle aus den achtziger Jahren vorlesen. Damals – 1982, 1983, 1984 – haben wir erhebliche Sparanstrengungen unternommen, und Ihre Kollegen haben uns bei einer Schuldenaufnahme von 800 Millionen DM vorgeworfen, diese Regierung spare das Land kaputt. Deshalb ist das albern.

(Beifall bei der CDU)

Herr Puchta, das ist ein Rückfall in Klassenkampfzeiten.

(Abg. Wettstein SPD: Nein! – Abg. Dr. Puchta SPD: Bei konjunkturellem Rückgang!)

– Herr Puchta, Sie sind Finanzausschußvorsitzender, und deshalb können Sie sich nicht mit Unwissenheit herausreden.

Sie wissen ganz genau, daß Bayern und Baden-Württemberg die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung haben und dort, wo Ihre Partei seit ewigen Zeiten an der Regierung ist, die Haushalte zum Teil verfassungswidrig sind. Das wissen Sie doch, und deswegen können Sie hier nicht sagen, daß wir eine verfehlte Finanzpolitik betrieben hätten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich nehme Ihre Äußerungen nur ernst, weil Sie Finanzausschußvorsitzender sind. Sie haben jetzt zum x-ten Mal wiederholt, daß Sie ein Programm mit Privatisierungen im Wert von 3 Milliarden DM aufgelegt haben. Sie wissen ganz genau, daß vor Steuern 2,5 Milliarden DM übrigbleiben, wenn alles verkauft wird. Sie wissen auch, daß wir sehr genau nachdenken müssen, welche Lösungen es gibt, um diese Erlöse aus der Steuerpflicht herauszunehmen. Aber wenn ich die Lösung gefunden habe, sagen Sie sofort wieder: „Es ist nicht sauber, wenn Sie keine Steuern zahlen.“ Dann argumentieren Sie wie Herr Kuhn.

(Abg. Weimer SPD: Das ist nicht wahr! – Abg. Wettstein SPD: Lassen Sie sich von Herrn Märkle beraten!)

Deshalb kann ich das, was Sie hier sagen, nicht mehr ernst nehmen.

Weil es Ihnen in das Konzept paßt und weil es Ihnen Ihr Referent aufgeschrieben hat, führen Sie, obwohl Sie es besser wissen müßten, dann wieder die Vermögensteuer an. Die Vermögensteuer ist nicht beseitigt worden, um irgendwelche Millionäre zu entlasten. Sie wissen ganz genau – wenn nicht, haben Sie sich Ihre Professoreigenschaft in Betriebswirtschaft falsch ausgesucht –, daß 60 % dieser Vermögensteuer betrieblicher Art sind und nichts mit der privaten Vermögensteuer zu tun haben.

(Abg. Wettstein SPD: Und die 40 %?)

Wenn Sie ein klein wenig über Steuerrecht nachdenken, müssen Sie einmal zur Kenntnis nehmen, daß selbst von der SPD nicht mehr bestritten wird, daß bei einer Aufrechterhaltung der privaten Vermögensteuer ein großer Verschiebehof zur Verlagerung von der privaten zu der betrieblichen Vermögensteuer eingerichtet wird. Das müssen Sie einfach einmal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Weimer SPD: Achtung, Blutdruck!)

Deshalb kann ich nur sagen, Herr Puchta: Das, was Sie hier vorgetragen haben, war wirklich nicht erhellend für die Zukunft.

Herr Kuhn hat es besser gemacht; er hat zum Haushalt gleich gar nichts mehr gesagt. Das ist wenigstens logisch.

(Heiterkeit bei der CDU – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Absichtlich!)

Herr Kuhn, es ist für mich ein wenig enttäuschend – von Herrn Puchta habe ich es nicht anders erwartet –,

(Heiterkeit bei der CDU – Abg. Weimer SPD: Verschmähte Liebe!)

daß Sie hier Referentenreden – vielleicht haben Sie es auch selber geschrieben – herunterbeten und die Fragestunde als „Kasperletheater“ bezeichnen,

(Abg. Wettstein SPD: Sie waren zwar Kultusminister, aber Sie müssen nicht Oberlehrer spielen!)

sich aber daran nicht beteiligen und auch gar nicht bereit sind, zuzuhören, sondern Ihre Pressemitteilung schon verteilt haben und deshalb von Ihrem Text nicht mehr abrücken können, obwohl ich alle Fragen beantwortet habe. Das enttäuscht mich, Herr Kuhn,

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

weil Sie Ihrer Aufgabe, wenn das Parlament nicht nur eine Quasselbude oder so etwas sein soll, nicht gerecht werden, nämlich auf diejenigen einzugehen, der redet. Wenn das nur noch abgespulte Monologe werden und man nicht mehr bereit ist, auf den anderen einzugehen, obwohl er Stellung genommen hat, ist dies meines Erachtens eine sehr, sehr schwache Leistung, Herr Kuhn.

(Lebhafter anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Sie haben aber nicht Stellung genommen! – Abg. Weimer SPD: Ihr müßt den Puls messen! Paßt auf, der kriegt einen Herzkasper! – Gegenruf des Abg. Dr. Reinhart CDU: Der ist sportlich trainiert! – Weitere lebhaftes Zurufe)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, das Wort zu einer persönlichen Erklärung erhält Herr Abg. Birzele.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Gibt es noch Redezeit?)

– Nein.

Abg. Birzele SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Ausführungen des Herrn Abg. Oettinger veranlassen mich zu einer persönlichen Erklärung.

Es ist richtig, daß ich während meiner Amtszeit keine Änderung des Landesbeamtengesetzes und der Nebentätigkeitsverordnung mit der Zielsetzung angeregt habe, weitere Tätigkeiten, insbesondere Vortragstätigkeiten, anzeige- oder genehmigungspflichtig zu machen. Ich habe dies so wenig getan wie die fünf Amtsvorgänger der CDU in der Zeit von 1972 bis 1992 und wie nach meinem Kenntnisstand mein Nachfolger, Herr Dr. Schäuble, bis heute.

(Abg. Deuschle REP: Das macht die Sache nicht besser!)

Es ist mir kein Vorfall bekanntgeworden, der zu einer solchen Initiative während meiner Amtszeit Anlaß gegeben hätte. Ich räume ein, daß die Anfrage des Kollegen Kiesswetter und die Antwort des Finanzministeriums von mir nicht gelesen worden sind. Aber ich sage genauso deutlich, daß wir aufgrund der geschilderten Umstände Anlaß haben, über eine Änderung der Nebentätigkeitsverordnung und des Landesbeamtengesetzes nachzudenken.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, damit ist die Allgemeine Aussprache über den Entwurf des Zweiten Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 1997 beendet.

Ich gehe davon aus, daß dieser Nachtragsentwurf zur weiteren Beratung an den Finanzausschuß überwiesen werden soll. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Damit ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, unter unseren Gästen auf der Zuhörertribüne darf ich besonders herzlich begrüßen – Herr Deuschle, dürfte ich auch Sie bitten, jetzt die Unterhaltung einzustellen. Wenn ich bei der Begrüßung von hohen Gästen bin, gehört es sich, diese Begrüßung aufmerksam zur Kenntnis zu nehmen.

Unter unseren Gästen auf der Zuhörertribüne darf ich besonders begrüßen eine Gruppe hochrangiger Generäle und Staboffiziere der NATO, der US- und der französischen Streitkräfte sowie der Bundeswehr, deren Stäbe und Einheiten von Baden-Württemberg aus operieren oder in unserem Land stationiert sind. Sie sind heute auf Einladung von Herrn Landtagspräsident Straub hier im Landtag und führen Gespräche unter anderem über die Bedeutung des Bosnien-Einsatzes für das Land Baden-Württemberg.

Stellvertretend für Sie alle darf ich namentlich begrüßen: von US-Seite den stellvertretenden Kommandeur des

Hauptquartiers der US-Streitkräfte in Europa, Herrn General Jamerson,

(Beifall im ganzen Haus)

von französischer Seite den stellvertretenden Befehlshaber der französischen Streitkräfte in Deutschland und der 1. Panzerdivision, Herrn Brigadegeneral Dousson.

(Beifall im ganzen Haus)

Mein besonderer Gruß gilt auch Herrn Luftvizemarschall Feese, stellvertretender Kommandeur des ICAOC in Meßstetten.

(Beifall im ganzen Haus)

Stellvertretend für die zahlreich anwesenden Vertreter der Bundeswehr darf ich den Kommandierenden General des II. Korps, Herrn Generalleutnant Gliemeroth, und den Kommandierenden General des Luftwaffenkommandos Süd, Herrn Generalleutnant Böcker, begrüßen.

(Beifall im ganzen Haus)

Meine Herren, ich darf Sie alle noch einmal sehr herzlich willkommen heißen und Ihnen weiterhin gute Gespräche sowie einen angenehmen Aufenthalt hier im Landtag wünschen.

Meine Damen und Herren, wir kommen damit zu **Punkt 8** der Tagesordnung:

Erste Beratung

a) des Gesetzentwurfs der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Gesetz zur Reform der Universitätsklinik – Drucksache 12/1580

b) des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Reform der Hochschulmedizin – (Hochschulmedizinreform-Gesetz – HMG) – Drucksache 12/1740

Das Präsidium hat für die Begründung des Gesetzentwurfs der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und für die Aussprache über beide Gesetzentwürfe gestaffelte Redezeiten bei einer Grundredezeit von 10 Minuten je Fraktion festgelegt. Für die Redner hat es folgende Reihenfolge festgelegt: Bündnis 90/Die Grünen, Landesregierung, CDU, SPD, FDP/DVP, Fraktion Die Republikaner.

Ich darf Herrn Abg. Dr. Salomon das Wort erteilen.

Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Minister von Trotha hat im letzten Sommer viel Beifall für seine Ankündigung bekommen, die Universitätskliniken rechtlich und organisatorisch auf neue Beine zu stellen. Mittlerweile hat sich herausgestellt, daß er den Beifall nur für seine Absicht bekommen hat, nicht aber für den Gesetzentwurf, den er dann vorgelegt hat und der allenthalben als Katastrophe empfunden wurde.

Die Absicht, meine Damen und Herren, war und ist lobenswert. Die Wirtschaftlichkeit der Kliniken soll verbessert werden, was nur mit mehr Selbständigkeit verbunden sein kann. Eine klarere Abgrenzung der Mittel für Forschung

(Dr. Salomon)

und Lehre von den Mitteln der Krankenversorgung sollte gewährleistet werden. Schließlich sollte Bürokratie vermieden werden, und das Spezifische der Unikliniken, nämlich die Einheit von Forschung, Lehre und Krankenversorgung, sollte erhalten bleiben. Für diese Absicht, meine Damen und Herren, hat es Beifall gegeben. Für den Entwurf, der darauf folgte, gab es allerdings nur noch Hiebe, und die, wie ich finde, völlig zu Recht.

Zuerst stellte sich heraus, daß an dem wechselseitigen Vorwurf, die Mittel für Forschung und Lehre würden für die Krankenversorgung verwendet, bzw. an dem umgekehrten Vorwurf seitens der Kassen gegenüber dem Land, seit Jahren nichts mehr dran ist. Die EDV ist mittlerweile so weit fortgeschritten, daß es in diesem Bereich kein Vertun mehr geben kann und daß die Kostentransparenz, wie eindrücklich geschildert wurde, gewährleistet ist.

Dann wurden sämtliche weitere Ziele mit Füßen getreten. Statt mehr Selbständigkeit gab es mehr Abhängigkeit vom Land. Statt mehr Effizienz gab es mehr Bürokratie, und schließlich kam auch noch der Vorwurf der Verfassungsfeindlichkeit hinzu, weil die Einheit von Forschung und Lehre nicht mehr gewährleistet sei. Das ist, wie ich denke, fürwahr starker Tobak. Der Vorwurf wurde völlig zu Recht erhoben, wie sich herausstellte. Man muß sich wirklich die Frage stellen, wie ein solcher Entwurf eigentlich ohne Kritik das Ministerium verlassen und das Kabinett passieren konnte. Das ist mir völlig schleierhaft.

Die Kliniken sollten, wie wir dann lesen konnten, zuerst von den Universitäten abgeschnitten werden, indem sie Anstalten des öffentlichen Rechts des Landes werden sollten. Dann sollten sie über einen vom Land dominierten Aufsichtsrat enger an das Land angekoppelt werden. Das sollte ein Aufsichtsrat sein, in dem von acht Vertretern vier Vertreter von Landesministerien sein sollten und in dem auch noch ein Vertreter des Landes den Vorsitz innehaben sollte. Schließlich sollten die Kliniken in einem höchst aufwendigen und völlig ineffizienten und überbürokratisierten Verfahren an die Unis rückgekoppelt werden. Dabei war völlig klar, meine Damen und Herren, daß das Doppelstrukturen ergeben würde, daß das eine doppelte Dienstherreneigenschaft geben würde und daß die Beschäftigten der Unikliniken in zwei Klassen mit zwei verschiedenen Dienstherren eingeteilt würden. Auch in dem jetzt vorliegenden Entwurf, meine Damen und Herren, ist dieses Problem meines Erachtens noch nicht gelöst. Von den Rechten der Beschäftigten will ich noch gar nicht reden.

Stellv. Präsident Weiser: Herr Abg. Dr. Salomon, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Vossuschulte?

Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Aber gern, Frau Kollegin.

Abg. Christa Vossuschulte CDU: Herr Dr. Salomon, warum sprechen Sie eigentlich über den alten Entwurf und nicht über den, der jetzt vorliegt? Der steht doch zur Diskussion und nicht der alte.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das wollte ich auch gerade wissen!)

Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Das ist eine sehr gute Frage. Die will ich Ihnen gern beantworten. Das

ist deshalb geschehen, weil der alte Entwurf ein halbes Jahr durch die Gegend geisterte und der Entwurf, über den wir heute reden, mir exakt seit anderthalb Tagen vorliegt.

(Abg. Haasis CDU: Sie können doch trotzdem über ihn reden!)

Ich weiß zwar, was im neuen drinsteht, aber Sie können doch die Geschichte des alten Entwurfs nicht einfach ungeschehen machen. Das hätten Sie vielleicht gern. Deshalb bin ich dankbar für die Frage.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Pfister FDP/DVP: Wir sind das Parlament! – Abg. Haasis CDU: Sie können doch nicht über einen Gesetzentwurf reden, der nicht vorliegt!)

– Ja, ich weiß, daß Ihnen das weh tut. Ich kann Ihnen aber auch nicht ersparen, daß es Ihnen gleich noch viel mehr weh tut.

Von den Rechten der Beschäftigten will ich noch gar nicht sprechen; da gab und gibt es bis heute eine wolkige Formulierung und Absichtserklärungen, die durch das konkrete Handeln – darauf komme ich gleich noch einmal – überhaupt nicht gedeckt werden. Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder, die erhalten werden sollte – davon spricht der Herr Minister immer wieder –, sehe ich im neuen Entwurf auch noch nicht gewährleistet. Ich bin gespannt, was er dazu zu sagen hat. Ich habe da meine stärksten Bedenken.

Was folgte – jetzt bin ich wieder beim alten Entwurf, Frau Kollegin Vossuschulte –, war ein einhelliger Aufschrei aus allen Klinikstandorten, von allen Beteiligten, daß es so nicht gehe, wie gesagt, von allen: von den Universitäten, von den Ärzten, von den Beschäftigten, von den Klinikleitungen, aus den Medizinischen Fakultäten genauso wie aus den Rektoraten. Das hätte Ihnen zu denken geben müssen. Das hat Ihnen auch zu denken gegeben,

(Abg. Dr. Mauz CDU: Wir sind jedenfalls denkfähig!)

dem Minister aber nicht. Ich wiederhole es: dem Minister aber nicht. Der Minister hat sich nämlich noch zwei Wochen vor Pfingsten – nachdem schon Demonstrationen und Versammlungen aller Art stattgefunden hatten sowie Protestnoten kamen und Hunderte von Gesprächen geführt worden sind – hingestellt und einfach verkündet: Interessiert mich alles nicht; wir ziehen das wie beabsichtigt durch.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Nein!)

Das ist auch starker Tobak, und zwar zum zweiten Mal, danke ich.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Nein! Stimmt überhaupt nicht!)

An dieser Stelle – und jetzt komme ich zu Ihnen, Frau Kollegin Vossuschulte – müßte ich eigentlich den Regierungsfractionen ein Lob zollen,

(Abg. Seimetz CDU: Dann tun Sie es!)

(Dr. Salomon)

weil sie das getan haben, was nicht so oft vorkommt: Sie haben sich nämlich darauf geeinigt, daß man im Interesse der Unikliniken den Minister mit seinem Entwurf nicht an die Wand fahren lassen darf, und haben sich quergelegt, bzw. – um es genauer zu sagen – sie haben angekündigt, sich querzulegen, und haben dabei – und das ist meine heutige Einschätzung – in Kenntnis des vorliegenden Entwurfs den Mund wieder etwas zu voll genommen. Immerhin – und das will ich zugeben – ist es ihnen gelungen, den allergrößten Blödsinn aus dem alten Trotha-Entwurf zu entschärfen.

Warum es ihnen aber trotz gegenteiliger Ankündigung nicht gelungen ist, dafür zu sorgen, daß der Personalvertreter im Aufsichtsrat auch Stimmrecht hat – „Was denn sonst?“, möchte man anfügen; das Ganze ist sowieso ein Minimalkonsens –, wird wohl für immer ihr Geheimnis bleiben. Für Außenstehende ist völlig unklar und überhaupt nicht nachvollziehbar, welcher Teufel sie da geritten hat, wenn es denn nicht der leibhaftige aus Spaichingen selber war.

(Heiterkeit der Abg. Göbel und Seimetz CDU)

– Sie lachen; das werde ich nicht als Dementi, sondern als Zustimmung.

(Zuruf des Abg. Seimetz CDU)

Wir hatten gestern – ich möchte daran erinnern – bei den Personalvertretungen der Außenstudios Freiburg und Tübingen des neuen SWR die gleiche Diskussion. Auch hier haben Sie Ihre Ankündigung gebrochen. Ich habe den Eindruck, daß Sie zu jeglicher Personalvertretung ein gestörtes Verhältnis haben. Dazu möchte ich gern noch mehr hören.

(Beifall auf der Zuhörertribüne)

Stellv. Präsident Weiser: Ich weise darauf hin, daß Beifallskundgebungen auf der Tribüne nicht zulässig sind.

(Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Das war doch nur ganz wenig! – Heiterkeit auf der Zuhörertribüne)

Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Nun zu unserem Gesetzentwurf im einzelnen. Wir haben im letzten Herbst das getan, was Sie, Herr Minister, besser auch getan hätten. Wir haben nämlich Gespräche geführt, Gespräche geführt und nochmals Gespräche geführt. Wir haben zwei Expertenrunden eingeladen, bei denen alle Beteiligten mit am Tisch saßen, und wir haben uns vor Ort informiert.

Herausgekommen ist ein Gesetzentwurf, der den gemeinsam ins Auge gefaßten Zielen unseres Erachtens eindeutig näher kommt als Ihr Entwurf. Unser Entwurf verwirklicht ein Stück Verwaltungsreform, mit dem das Land Kompetenzen nach unten abgibt, die Unikliniken in die Lage versetzt werden, selbständig wirtschaftlicher zu handeln, und schließlich die Einheit von Forschung, Lehre und Krankenversorgung gewährleistet wird. Dies ist meines Erachtens ein Entwurf, der für die Unikliniken das verwirklicht, was wir für die Universitäten schon lange fordern, nämlich mehr Autonomie,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist doch positiv!)

mehr Selbstverwaltung, außerdem den Einzug von wirtschaftlichem Denken in bislang sich eher als hoheitlich verstehendes Handeln.

Vier Punkte erscheinen uns in unserem Entwurf als wesentlich.

Der erste ist die Frage der Rechtsform. Da sind wir mittlerweile einer Meinung. Da hat – vielleicht hat Herr Mauz Entscheidendes dazu beigetragen – die Vernunft doch noch Einzug gehalten.

(Abg. Dr. Mauz CDU: Die haben wir ohnehin, die Vernunft!)

Mittlerweile ist geplant, die Universitätsklinik – da treffen sich unsere Entwürfe – als öffentlich-rechtliche Anstalten der Universität und eben nicht des Landes zu behandeln, was verschiedene Vorteile hat. So wird die Unabhängigkeit der Kliniken vom Land gewährleistet. Das Land hat nur noch mit der Budgetzuweisung und der Rechtsaufsicht zu tun.

Zum zweiten bleibt die Einheit von Forschung, Lehre und Krankenversorgung erhalten. Die bürokratische Überregulierung, die für ein völliges Chaos an den Unis und den Unikliniken gesorgt hätte, wird verhindert. Zumindest in unserem Entwurf wird eine Diensttherreneigenschaft der Klinik nicht angestrebt, was den Vorteil hat, daß die Beschäftigten der Kliniken gleichzeitig Beschäftigte des Landes bleiben und sich die ganzen Probleme mit der TdL so gar nicht stellen. Ich bin gespannt, wie Sie um dieses Problem mit Ihrem Entwurf herumkommen.

(Abg. Göbel CDU: Wir sind im hiesigen Verfahren, Herr Kollege!)

Zum dritten: Bei der Frage des Klinikumvorstands unterscheiden wir uns nicht, allerdings bei der Frage des Aufsichtsrats. Wir haben keine Dominanz des Landes im Aufsichtsrat geplant, wie Sie das am Anfang hatten und jetzt auch nicht mehr haben. In unserem Entwurf ist allerdings der Aufsichtsratsvorsitzende nach wie vor der Rektor und nicht ein Vertreter des Wissenschaftsministeriums.

(Abg. Dr. Mauz CDU: Das ist aber nicht gut!)

Nach unserem Entwurf sind ein Vertreter des Personals, natürlich mit Stimmrecht, ein Studierender, ein Arzt und ein Wissenschaftler aus der Region drin, um die Universitäten auch als das zu stärken, was sie sind, nämlich jeweils die größten Arbeitgeber in ihren Regionen.

Zum vierten: Wir wollen auch keine Überregulierung, was die Medizinischen Fakultäten angeht. Da haben Sie einen sehr autoritären Entwurf gemacht. Wir haben vor kurzem bei der Hochschulnovelle die Experimentierklausel verabschiedet. Ich meine, es ist Aufgabe der Medizinischen Fakultäten selber, sich neue, effektive Leitungs- und Entscheidungsstrukturen zu suchen. Es ist nicht Aufgabe des Ministeriums, das von oben vorzugeben. Deshalb wollen wir den Medizinischen Fakultäten mehr Freiheit geben.

Damit komme ich zum Schluß. Ich bin der Ansicht, daß unser Entwurf, was die gemeinsamen Ziele angeht, die bessere Lösung ist. Er ist logischer, er gibt eine dezentralere

(Dr. Salomon)

Lösung vor. Er gibt bessere wirtschaftliche und effektive Strukturen vor. Deshalb würde ich mich freuen, wenn Sie unserem Entwurf zustimmen würden.

(Beifall bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen und der SPD – Abg. Göbel CDU: Die Freude wird Ihnen nicht gegönnt sein!)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat der Herr Wissenschaftsminister.

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst von Trotha: Verehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine sehr geehrten Herren! Ich nehme – das wird Sie nicht verwundern – zu unserem Gesetzentwurf Stellung und nicht zu dem der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Denn zum einen ist Herr Kollege Dr. Salomon bei unserem Reformtempo offenbar auf der Strecke geblieben, so daß hier Erklärungsbedarf besteht.

(Abg. Weimer SPD: „Reformtempo“ ist gut!)

Zum anderen hat er das, was er vorgetragen hat – –

(Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen: Dann hätten Sie in der Lage sein müssen, Ihren Gesetzentwurf geschäftsordnungsmäßig pünktlich hier einzubringen! – Abg. Dr. Schlierer REP: So ist es!)

Sie haben es sich alle etwas einfach gemacht, im Entwurf, aber auch im Verfahren.

(Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen: Wenn wir nicht so gründlich gewesen wären, würden Sie gar nicht hier stehen!)

Wir haben gründlicher diskutiert; daraus erklärt sich auch, daß wir jetzt schnell vorankommen können.

Aber Herr Dr. Salomon hat ja noch etwas Geschicktes gemacht. Er hat Dinge vorgetragen, offenbar in der Erwartung, daß kaum jemand unseren Entwurf wirklich durchgearbeitet hat. Denn das, was Sie behauptet haben, ist am Text überhaupt nicht zu belegen. Im übrigen sind bei Ihrem Bemühen, sich bei jedermann lieb Kind zu machen, in Ihrem Entwurf so viele Friktionen entstanden, daß er nicht zu einer brauchbaren Alternative geworden ist.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Jetzt bin ich aber gespannt!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in seiner State-of-Union-Rede hat Präsident Clinton im Januar gesagt: „Der größte Feind unserer Zeit ist Bewegungslosigkeit.“

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Der mit seinen Kalendersprüchen immer! – Heiterkeit)

– Was richtig ist, bleibt richtig.

(Abg. Birk CDU: Nichts gegen Clinton!)

Wenn Sie ein bißchen mehr auf gute Einsichten Wert legen würden, hätten Sie vielleicht auf Ihren Entwurf verzichtet. Das hätte uns die Arbeit leichter gemacht.

Im übrigen hat dieses Thema auch der Bundespräsident angesprochen. Er hat sich, wie ich meine, eindrucksvoll dazu geäußert. Danach wurde beklagt, daß zwar der Bundespräsident viel Zustimmung erhalten habe, daß sich aber dennoch wenig ändere. Wir ändern etwas, und zwar mit Weitsicht und Konsequenz. Ich würde mir wünschen, daß etwas von der mentalen Zuversicht, die in dem, wie Sie es genannt haben, Kalenderspruch von Clinton zum Ausdruck gekommen ist, auch bei uns in Baden-Württemberg anzutreffen wäre. Denn wir brauchen neue Impulse, wir brauchen neue Ideen, und wir brauchen auch neue Strukturen.

Deshalb ist es nur konsequent, daß ich Ihnen heute namens der Landesregierung einen weiteren Gesetzentwurf zur Hochschulreform vorlege. Dieser Entwurf konzentriert sich zwar auf die Hochschulmedizin. Dies ist aber ein Bereich, der nicht nur für die Hochschulen, sondern weit darüber hinaus von erheblicher Bedeutung ist.

Die Notwendigkeit dieser Reformen kann ernstlich nicht bestritten werden. Zum einen sind die Universitätsklinika für die Krankenversorgung in unserem Land von zentraler Bedeutung. Das gilt in doppelter Weise. Sie müssen wie andere Krankenhäuser dem wachsenden Kostendruck im Gesundheitswesen standhalten. Sie haben hier keine Privilegien und können auch keine Privilegien erwarten. In unseren Kliniken entscheidet sich aber mehr als irgendwo sonst, ob die Medizin auch künftig medizinischen Fortschritt und ökonomische Möglichkeiten miteinander in Einklang zu bringen vermag.

Der Reformbedarf ergibt sich zum anderen gerade auch im Hinblick auf die Höhe der Ausgaben für medizinische Forschung und Lehre. Mit rund 850 Millionen DM im Jahr – dieser Betrag ist in der Öffentlichkeit leider so gut wie unbekannt; der Bauaufwand ist noch gar nicht eingerechnet – stellt das Land der Hochschulmedizin der vier Universitäten Freiburg, Heidelberg, Tübingen und Ulm fast ebensoviel Mittel zur Verfügung, wie diese Universitäten für alle ihre übrigen Fächer insgesamt zur Verfügung haben. Derartig hohe finanzielle Belastungen bedürfen einer Rechtfertigung über das bisherige Maß hinaus.

Reformen in diesem Bereich müssen deshalb einer doppelten Herausforderung gerecht werden. Zum einen: Für die Krankenversorgung kommt es darauf an, die Fähigkeit der Klinika zu wirtschaftlicher Betriebsführung weiter zu verbessern. Obwohl die Klinika mit ihren mehr als 25 000 Beschäftigten und ihrem Milliardenumsatz längst wirtschaftliche Großbetriebe sind, haben sie immer noch den Status nachgeordneter Behörden. Sie unterliegen damit prinzipiell einer unbeschränkten Fachaufsicht meines Hauses, einer Aufsicht, der weder mein Haus noch ich selbst in angemessenem Maß gerecht werden kann.

Wir haben deshalb den Klinika in den vergangenen Jahren Freiräume eingeräumt, Freiräume, die bundesweit ohne Beispiel sind. Aber ich denke, dieser Weg hat sich bewährt. Dieser Übertragung von Freiraum und Verantwortung wurde mit Engagement gedankt. Dieser Weg soll nun mit unserem Gesetzentwurf konsequent fortgesetzt werden.

Auf einem immer stärker auch von marktwirtschaftlichen, ja von Wettbewerbselementen geprägten Gesundheits-

(Minister von Trotha)

markt, in dem zunehmend privates Kapital seine Gewinnchance sucht, müssen die Universitätsklinika zumindest unternehmensartige Handlungschancen erhalten. Denn nur dann haben sie die Möglichkeit, ihrem Versorgungsauftrag auch künftig kostendeckend – das heißt allein mit Hilfe der Vergütungen der Krankenkassen – gerecht zu werden. Nur so können wir verhindern, daß wachsende Defizite entstehen, die nur mit den für Forschung und Lehre bestimmten Landesmitteln ausgeglichen werden können.

Die Sicherung der Wirtschaftlichkeit unserer Klinika – das sage ich vor allem an die Adresse der heute hier dankenswerterweise vertretenen Bediensteten – ist eine Grundvoraussetzung für die Zukunft der medizinischen Forschung und Lehre. Dies erfordert die Rechtsfähigkeit der Klinika, das heißt die Kompetenz, selbständig und selbstverantwortlich in eigenem Namen am Wirtschaftsleben teilzunehmen. Nur so können die notwendigen Freiräume, beispielsweise in der Personal- oder Bauwirtschaft, genutzt, nur so können unternehmerische Entscheidungen getroffen, ja nur so kann eine zügige und konsequente Anpassung an die Entwicklung in Forschung und Lehre ebenso wie im Gesundheitswesen erreicht werden.

Eine zumindest ebenso große Herausforderung besteht für Forschung und Lehre. Die Eigenart der Finanzierung der deutschen Hochschulen und darüber hinaus der Entwicklung der Landeszuschüsse für Forschung und Lehre in der Medizin besteht bisher darin, daß die Mittelzuweisung – übrigens im Unterschied zu den Gepflogenheiten vieler anderer Länder – nur beschränkten Bezug zu den Leistungen hat, die mit ihrer Hilfe in Forschung und Lehre erzielt werden.

Der Gesetzentwurf soll hier einen grundlegenden Wandel einleiten, einen Wechsel, der schließlich einen erheblichen Teil der Finanzzuweisungen erfassen wird. Schrittweise wollen wir die Zuweisung der Mittel an nachgewiesene Leistungen in Forschung und Lehre knüpfen. Dazu brauchen wir veränderte Leitungsstrukturen. Dies ist von Ihnen, Herr Kollege Salomon, total verkannt worden.

Unser Gesetzentwurf schafft Leitungsstrukturen, die für eine leistungsbezogene Mittelzuweisung und Mittelverwendung in der Universität unerlässlich sind. Hieran wird die zweite Säule des Gesetzentwurfs deutlich. Neben die rechtliche Verselbständigung der Universitätsklinika tritt eine umfassende und in dieser Form bundesweit bisher einmalige Änderung der Leitungsstruktur innerhalb der Universität. Der neue Fakultätsvorstand wird tragender Pfeiler dieses Gebäudes sein, mit dessen Hilfe die Universität den Leistungsanforderungen der Finanzzuweisungen gerecht werden muß.

Meine Damen und Herren, ich räume ein, das legt die Frage nahe: Stürmt unser Land vielleicht zu weit nach vorn? Kann eine derart weitgreifende Reform nicht auch schaden? Nun, in der Tat, Baden-Württemberg ist eines von 16 Bundesländern. Könnten derart weitreichende Veränderungen nicht zu Nachteilen im Verhältnis zu den anderen Ländern, vor allem im Wettbewerb um qualifizierte Wissenschaftler, führen?

Ich will Ihnen sagen: Ich bin vom Gegenteil überzeugt. Die Chance des Föderalismus liegt gerade auch im Wettbewerb

zwischen den Bundesländern. Die neue Finanzierungsform, die Besitzstände auf den Prüfstand stellt, für die Umschichtung kein Tabu sein kann und die eine wachsende Flexibilität des Mitteleinsatzes erzwingt, wird dafür sorgen, daß exzellente Wissenschaftler besser als bisher gefördert werden können. Die Attraktivität der baden-württembergischen Hochschulmedizin kann hiervon nur profitieren.

Ich denke, auch aus anderen Gründen müssen wir keine nachteilige Isolation befürchten. Sie wissen, daß die Diskussion über die Reform der Hochschulmedizin vor über vier Jahren – übrigens auf der Grundlage von Überlegungen, die in diesem Land angestellt wurden –

(Abg. Weimer SPD: Die hat vor zehn Jahren schon begonnen!)

im Rahmen der Kultusministerkonferenz begonnen hat. Kaum ein Reformansatz der Nachkriegszeit ist bundesweit so intensiv erörtert worden. Die Reformdiskussion hat längst alle Länder erfaßt und zu Gesetzen in Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt sowie zu Gesetzentwürfen in Bayern, in Hamburg, in Niedersachsen und Schleswig-Holstein geführt.

Freilich zeichnet sich der Ihnen heute vorgelegte Gesetzentwurf aus Baden-Württemberg durch zwei Punkte besonders aus.

Erstens: Soweit es um die Universitätsklinika geht, können und wollen wir in unserem Land darauf bauen, daß sie bereits jetzt weit mehr Eigenständigkeit als die Klinika der anderen Länder besitzen. Was dort Fortschritt sein kann, wäre bei uns längst Rückschritt. Was dort noch ohne Einräumung der Rechtsfähigkeit möglich sein mag, ist bei uns längst ausgeschöpft.

Zweitens: Obwohl im Papier der Kultusministerkonferenz vorgezeichnet, hat noch kein anderes Land konsequent den Schritt zur zweiten großen Herausforderung gewagt, nämlich die Verbindung von Mittelzuweisung und Leistung und die Schaffung einer hierfür tragfähigen Leistungsstruktur in der Universität, ein Schritt zur inneren Hochschulreform, der weit über die Medizin hinausgehende Bedeutung haben könnte. Wer mit uns konkurrieren will, wird uns folgen müssen.

Meine Damen und Herren, dieser Gesetzentwurf bekennt sich im Gegensatz zu dem, was Herr Dr. Salomon gesagt hat, zur Delegation, zum Rückzug des Staats und zur autonomen Verantwortung der Klinika ebenso wie der Universitäten. Nach Rom führen verschiedene Wege; erfolgreich ist aber nur, wer sein Ziel rasch und wohlbehalten erreicht.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Der erste wäre aber nicht in Rom angekommen!)

– Ja, Sie gehen ja nur im Kreis herum, Herr Dr. Salomon. Sie werden nie nach Rom kommen. Ich weiß allerdings auch nicht, ob Sie daran Interesse haben.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Ich bin Herrn Mauz und der FDP dankbar!)

Es wird Gelegenheit bestehen, dazu noch etwas zu sagen.

(Minister von Trotha)

Was ich Ihnen zur Autonomie gesagt habe, möchte ich zunächst für die Universitätsklinik darstellen. Bereits die rechtliche Selbständigkeit bedeutet einen Rückzug des Landes. Es wird keine Fachaufsicht mehr geben, und ich sage das gerade auch in diesem Haus mit Nachdruck, denn auch für das Parlament bedeutet dies Verlust an unmittelbaren Einflußmöglichkeiten.

Wir lassen los; wir werden auch akzeptieren müssen, daß die Klinik künftig Entscheidungen treffen, die dem Land, seiner Regierung oder auch seinem Parlament im Einzelfall nicht gefallen. Wer delegiert, verzichtet im Einzelfall; in der Summe aber hat er Gewinn.

Das Universitätsklinikagesetz wird ein schlankes Gesetz sein. Nur das Allerwichtigste wird gesetzlich festgelegt, denn Ziel ist es, soviel wie möglich den Satzungen vorzubehalten. In Satzungen können die Klinik selbst das Recht schaffen, das sie für sich für zweckmäßig halten. Sie können ihre Struktur, ihre Gliederung und ihre internen Leistungsverhältnisse regeln. Ich erwarte hier einen Wettbewerb ganz unterschiedlicher Lösungen. Vielfalt, Experiment und Wettbewerb sind systemimmanente Teile unseres Konzeptes.

Für die wissenschaftliche Seite gilt ganz Ähnliches. Wir werden an dem in der Hochschulmedizin bereits bisher praktizierten globalen Zuschuß für Forschung und Lehre festhalten, ihn freilich nicht mehr unmittelbar den Universitätsklinik, sondern den Medizinischen Fakultäten überweisen. Sie sind der einzig richtige Ort – das wird bei Ihnen total verkannt, Herr Kollege Dr. Salomon –, die geforderten Entscheidungen für Forschung und Lehre zu treffen.

Wir denken daran, einen wesentlichen Teil des globalen Zuschusses mit Hilfe einfacher Maßstäbe – zum Beispiel Höhe der Drittmittel – wettbewerbs- und leistungsbezogen zuzuweisen. Der Erfolg wird zählen. Das heißt: Läßt der Erfolg zu wünschen übrig, so wird der Zuschuß sinken; umgekehrt können erfolgreiche Fakultäten mit einem höheren Zuschuß rechnen.

Wir wollen grundsätzlich keine Vorgaben machen, wie die Fakultät die globalen Mittel verteilt, welcher Strukturen, Programme, Schwerpunkte, Zentren sie sich bedient oder welche inhaltlichen Akzente und Profile sie setzt.

Ich bin überzeugt davon, daß die Fakultäten und ihre Vorstände diese Chance nutzen werden. Dies wird nicht ohne Konflikte möglich sein. Denn Besitzstände werden in Frage gestellt und Umschichtungen werden durchgesetzt werden müssen. Eine Fakultät, die dies scheut, wird im Wettbewerb mit den anderen Fakultäten das Nachsehen haben.

Dieser Reform ist letztlich ein mehrere Jahre dauernder Dialog zwischen den Universitäten und dem Ministerium vorausgegangen.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Davon hat man aber nichts gemerkt!)

– Ja, Sie nicht.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Aber sonst anscheinend auch niemand!)

Aber fragen Sie die Damen und Herren, die bei den Kliniken beschäftigt sind. Ich habe sie zweimal angeschrieben. Ich habe in zahlreichen Veranstaltungen dazu Stellung genommen. Der Leitende Ministerialrat Meinhold hat sich weiß Gott nicht geschont, sondern war bei allen Versammlungen, wo das gewünscht wurde, präsent. Ich erkläre Ihnen Entwurf daraus, daß Sie das alles nicht mitbekommen haben. Sonst wären Sie heute weiter.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Wie erklären Sie sich dann die Welle des Protests, wenn Sie so viel mit den Leuten gesprochen haben?)

– Ich habe noch keine Reform erlebt, die ohne Proteste vonstatten ging.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Aber doch nicht mit solchen!)

Denn Proteste haben auch immer etwas mit Besitzständen zu tun. Wir wollen im übrigen hier ein höheres Maß an Transparenz. Auch das gefällt nicht jedermann.

In weitem Umfang baut der Entwurf übrigens auch auf den Empfehlungen auf, die eine von den Universitäten und dem Ministerium bereits vor zweieinhalb Jahren eingesetzte gemeinsame Arbeitsgruppe vorgelegt hat. Ich bin zudem dankbar für die kritische und zugleich konstruktive Diskussion im Anhörungsverfahren. Zweierlei möchte ich dabei hervorheben.

Das Anhörungsverfahren hat zu einer Vielzahl von Korrekturen – dies sage ich nicht mit Bedauern, sondern mit Genugtuung – zur Verbesserung des Gesetzentwurfs geführt.

(Abg. Weimer SPD: Das hätte man aber auch gleich wissen können, oder?)

Das Bessere ist der Feind des Guten, und in diesem Sinn habe ich das Anhörungsverfahren immer verstanden. Wenn manche meinen, aus der Zahl der daraus hervorgegangenen Änderungen kritische Rückschlüsse auf den ursprünglich vorgelegten Gesetzentwurf ziehen zu müssen – siehe eben –, zeigt mir dies nur, daß der Sinn des Anhörungsverfahrens, zumal in einer so schwierigen Materie wie hier, nicht überall richtig eingeschätzt wird.

(Abg. Weimer SPD: Wenn das immer gelten würde, wäre es ja gut!)

– Bei mir ja.

(Abg. Weimer SPD: Nein, bei Ihnen gerade nicht!)

– Testen Sie es, Herr Weimer. Aber bisher haben Sie noch nichts Aktuelles dazu vorgetragen.

Das Anhörungsverfahren hat aber auch zu einer eindrucksvollen Bestätigung der Ziele der Reform und des hierbei zu beschreitenden Weges geführt.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Wir sind auf Ihrer Seite!)

(Minister von Trotha)

– Wunderbar. Das habe ich leider nicht so deutlich herausgehört. Aber wenn Sie das jetzt noch zwei-, dreimal dazwischenrufen, dann bekommt es die nötige Resonanz.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Ich habe es in meiner Rede zweimal gesagt! Ich sage es gern noch ein drittes Mal!)

Wir haben sowohl die lange Zeit durchaus umstrittene Frage der Rechtsfähigkeit als auch die veränderten Leitungsstrukturen und die vorgesehene neue Ordnung der Finanzströme und der Finanzverantwortung durchsetzen können.

Auf zwei Änderungen gegenüber dem Anhörungsentwurf will ich besonders eingehen.

Erstens: Anstelle des Landes soll jetzt die Universität Träger des Universitätsklinikums sein. Dabei geht es gewiß nicht um einen schlichten Austausch von Etiketten, aber auch nicht um eine grundlegende Neuorientierung des Konzepts. Denn von Anfang an stand fest, daß die Universitätsklinik zwei Anker haben müssen: Land und Universität. Sowenig die essentielle Bedeutung der Universitätsklinik für Forschung und Lehre in Frage gestellt werden kann, so wenig kann sich der Staat letztlich aus seiner Verantwortung zurückziehen. So hat sich auch der Entwurf von Anfang an um eine ausgewogene Bestimmung des Verhältnisses zwischen den Klinika, dem Land und der Universität bemüht. Gewiß nicht ohne Grund hat das Bundeswissenschaftsministerium die gefundene Balance als vorbildlich für die anderen Bundesländer bezeichnet und die weitere Förderung unserer Klinika nach dem Hochschulbauförderungsgesetz ohne ernsthafte Vorbehalte zugesagt.

Wenn das Gesetz jetzt die Trägerschaft der Universität vorsieht, wird der Anker „Universität“ stärker betont. Das aber nie in Frage stehende Ziel, nämlich die feste Anbindung an die Universität sicherzustellen, wird noch deutlicher gemacht. Der Anker „Land“ wird aber nicht gelichtet; das kann und darf auch gar nicht geschehen. Das Land wird viel Leine lassen, aber es wird sich nicht, wie uns auch gleich vorgeworfen wurde, aus seiner Verantwortung stellen.

Die Verschiebung der Balance zwischen Land und Universität zeigt der Ihnen jetzt vorgelegte Vorschlag zur Besetzung des Aufsichtsrats. Anstelle der ursprünglich vorgesehenen Stimmenmehrheit soll das Land über die gleiche Stimmenzahl wie die Universität verfügen. Auch dazu bekenne ich mich ohne alle Probleme. Wenn wir der Grundüberzeugung des Konzepts folgen, nämlich staatlichen Einfluß durch Engagement und Leistungsbereitschaft auf dezentraler Ebene ersetzen zu wollen, muß dies eben auch für den Aufsichtsrat gelten.

Was bedeutet dies alles für die Beschäftigten? Die Reformüberlegungen haben zu schwerwiegenden Bedenken und zu Protesten der Beschäftigten geführt. Ich habe dafür Verständnis und bin mir über die alles überlagernde Sorge um die Arbeitsplätze voll im klaren. Denn in der gesamten Reformdiskussion hat mein Haus einen intensiven Dialog mit den Beschäftigten und ihren Vertretern geführt, der uns allerdings nicht häufig gedankt wurde. Wir hatten tagelang

einen Posteingang, der vielen Autoren nicht gerade zur Ehre gereicht.

Maßgeblich war und ist das Ziel – das betone ich auch heute mit vollem Nachdruck –, daß die Reformen nicht zu Nachteilen für die Beschäftigten führen sollen.

(Unruhe bei der SPD)

Wenige Teile des Anhörungsentwurfs wurden so intensiv überarbeitet wie die Regelungen für die Beschäftigten.

(Lachen der Abg. Christine Rudolf SPD)

Auch hier haben wir Sinn und Ziel der Anhörung ernst genommen. Nur beispielhaft darf ich die neuen Regelungen über die Dienstherrenfähigkeit der Klinika und die Sonderregelung im Personalvertretungsrecht nennen. Über weitere Regelungen werden wir mit den Gewerkschaftsvertretern bei der Überleitungsvereinbarung sprechen.

Wir wollen die Mitgliedschaft in der TdL. Wenn sie nicht rechtzeitig erreichbar ist, was nicht ausgeschlossen werden kann, werden wir eine Überleitungsvereinbarung treffen. Ein Konsens, der in Rheinland-Pfalz möglich ist, muß auch in Baden-Württemberg möglich sein.

Das Wichtigste dabei ist und bleibt die Sicherung der Arbeitsplätze. Gerade hierzu ist eindeutig festzustellen, daß nicht der Verzicht auf eine Reform, sondern gerade die Reform dem Erhalt der Arbeitsplätze dient; denn deren Zukunft wird vorrangig davon abhängen, in welchem Maß die Wirtschaftlichkeit der Klinika auch künftig gewährleistet werden kann. Nur dann werden die Krankenhäuser auch in Zukunft zu einer ausreichenden Finanzierung bereit und in der Lage sein.

Wer die Entwicklung des Gesundheitswesens in anderen Ländern, den überall fortschreitenden Bettenabbau, den zunehmenden Wettbewerb um Patienten und die inzwischen fast chronische Finanzschwäche der Finanzierungssysteme erkennt, würde unverantwortlich handeln, wenn er die Hände in den Schoß legte.

Ich hatte eigentlich vor, Herr Kollege Dr. Salomon, jetzt noch etwas zu Ihrem Gesetzentwurf zu sagen.

(Abg. Weimer SPD: Machen Sie es kurz!)

– Ich mache es kürzer. Sie haben recht, Herr Weimer; es lohnt sich jetzt nicht.

(Abg. Weimer SPD: Das habe ich nicht gesagt!)

Ich möchte nur noch einen schönen Satz von Goethe in Erinnerung rufen: Wer Gründe anhört, kommt in Gefahr, nachzugeben. Dieser Gefahr, Herr Kollege Dr. Salomon, haben Sie sich offenbar mit Erfolg entzogen.

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

Lassen Sie mich deshalb das, was ich Ihnen sagen wollte, wie folgt zusammenfassen. Ich bin für die nachfolgende parlamentarische Debatte unseres Gesetzentwurfs und die sich daraus ergebenden Reformen überaus optimistisch. Denn gerade im Blick auf unsere Reformziele gilt in An-

(Minister von Trotha)

lehnung an Victor Hugo der Satz: „Nichts auf der Welt ist so mächtig wie eine Reformidee, deren Ziel gekommen ist“. Jetzt ist der Zeitpunkt erreicht; jetzt ist unser Beitrag gefordert. Dazu lade ich Sie herzlich ein.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Dr. Mauz.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Sei mutig! – Abg. Sieber CDU: Jetzt sprechen die Fachleute! – Abg. Weimer SPD: Jetzt kommt jemand, der etwas von der Sache versteht, der erste!)

Abg. Dr. Mauz CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte im wesentlichen nur auf den Gesetzentwurf der Regierung eingehen; Frau Vosschulte wird nachher etwas zum Entwurf der Grünen sagen, wobei ich der Meinung bin, daß es sich nicht sonderlich lohnt, über ihn zu sprechen. Herr Salomon hat eine Rede gehalten, die er möglicherweise vor sechs Wochen geschrieben hat.

(Zuruf von der CDU: Er wollte sie wenigstens halten! – Weitere Zurufe)

Dann hat er einige gute Kernpunkte aus unserem neuen Entwurf herausgegriffen und kräftig mit grüner Ideologie zusammengemischt. Dabei ist dieses Werk herausgekommen.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Da habe ich schon etwas ganz anderes gehört!)

– Ich muß Ihnen eines zugestehen, Herr Salomon: Es war eine Fleißarbeit, aber mehr nicht.

Dieser Gesetzentwurf der Landesregierung ist eine Jahrhundertreform in der Hochschulmedizin.

(Abg. Weimer SPD: Eine Jahrtausendreform!)

– Man kann sicherlich im Jahr 1997 auch „ein Jahrtausendwerk“ sagen, Herr Kollege Weimer.

Die Ausgangslage: Wir haben einen relativ hohen Kostendruck im Gesundheitswesen, vor allem auch im Krankenhausbereich. Wir haben zunehmend mehr private Anbieter auf dem Markt, die sich die Rosinen herausgreifen, vor allem im Bereich der Herz-Thorax-Chirurgie. Wir haben Vorwürfe einerseits von den Krankenkassen und andererseits auch vom Kostenträger, dem Land, daß nicht ausreichend Transparenz zwischen Forschung und Lehre, den Landeszuschüssen, und der Krankenversorgung vorhanden sei. Jeder Partner wirft dem anderen vor, es würden Gelder vom einen Bereich in den anderen Bereich transferiert.

Wir haben in Baden-Württemberg vier große Klinika mit 25 000 Beschäftigten, 3 Milliarden DM Umsatz und 6 000 Betten. Sie leisten mehr als die Hälfte der Maximalversorgung im Land Baden-Württemberg. Sie leisten zusätzlich die Studentenausbildung, einen Großteil der Ärzteausbildung, Ausbildung im Pflegebereich, in physiotherapeutischen Bereichen und vieles andere. Bisher wurde dies alles von den Klinika als unselbständige Anstalten geleistet. Ich

bin der Meinung, sie haben das ordentlich gemacht. Aber ich denke, daß die jetzige Rechtsform und der jetzige Zustand für die Zukunft nicht ausreichend sein werden. Deshalb verfolgt der Gesetzentwurf folgende Ziele: Wir müssen die Klinika im Markt des Gesundheitswesens wettbewerbsfähiger machen. Wir müssen den medizinischen Fortschritt in Zukunft auch gewährleisten. Wir müssen eine ausreichende medizinische Versorgung in den Regionen gewährleisten und die Transparenz von Forschung, Lehre und Krankenversorgung verbessern.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: So weit, so unstrittig!)

Dafür brauchen wir eine größere Schnelligkeit von Entscheidungsprozessen und auch mehr Anreize zu wirtschaftlichem Verhalten vor Ort, bei dem vor Ort profitiert wird und nicht vom Land abgeschöpft wird.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: So ist es!)

Wir brauchen die Entscheidungskompetenz vor Ort. Ich denke, daß der Wissenschaftsminister nicht wie in der Vergangenheit der Herr über die OP-Tische an den Klinika sein und nicht letztendlich auch noch darüber entscheiden sollte,

(Abg. Weimer SPD: Wer operiert!)

ob eine Sekretärin höhergestuft wird:

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Der Wissenschaftsminister befürwortet es, dann geht es zum Finanzminister, der lehnt es ab, und dann geht es wieder zum Wissenschaftsminister; dann geht es erneut zurück, und der ganze Prozeß dauert dann zwei, drei Jahre lang. Ich habe es selbst erlebt.

(Abg. Weimer SPD: Das Thema ist bekannt! – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Sehr richtig! Da hätten Sie sich Ihre Arroganz sparen können!)

Das hat in unserem Hause stattgefunden; deswegen kenne ich den Fall.

1994 hat sich die Kultusministerkonferenz damit beschäftigt, und 1996 ist das sogenannte KMK-Papier mit sehr wichtigen Denkanstößen vorgelegt worden. Ich denke, man sollte hier in diesem Hause auch einmal sagen, daß wir im Land Baden-Württemberg einen Beamten haben, der in dieser Beziehung in der Bundesrepublik federführend ist und der bundesweit wesentliche Anstöße gegeben hat, Herrn Meinhold.

Wir haben die verschiedenen Rechtsformen diskutiert: Eigenbetrieb des Landes, GmbH, Anstalt des öffentlichen Rechts, Anstalt des öffentlichen Rechts des Landes oder der Universität? Wir sind der Meinung, daß die Rechtsform der Anstalt des öffentlichen Rechts die beste Rechtsform für die Klinika ist, und haben jetzt auch gegenüber dem ursprünglichen Entwurf geändert, daß diese Anstalten bei der Universität verbleiben. Ich halte es für den richtigen Weg, daß einerseits eine gewisse Unabhängigkeit der Klinika

(Dr. Mauz)

und andererseits die notwendige Einbindung in die Universität vorhanden ist. Dazu bietet dieser Gesetzentwurf die gesetzlichen Vorgaben, er gibt eine Mustersatzung vor, die am Anfang für die vier Standorte gilt, und es werden auch einige Änderungen im Universitätsgesetz, die notwendig sind, vorgenommen.

Das Hochschulmedizinreform-Gesetz stärkt die Fakultäten. Zunächst wurde uns vorgeworfen, die Klinika würden gegenüber den Fakultäten zu sehr gestärkt. Das Gegenteil wird mit diesem Gesetzentwurf erreicht. Wir haben bisher im Gießkannenverfahren 20 % der Mittel für Forschung und Lehre über die Universität verteilt. In Zukunft – das halte ich für ganz wichtig – wird es auch im Bereich von Forschung und Lehre etwas mehr Leistungsanreiz und etwas mehr Leistungsorientierung geben. Es ist auch bekannt, daß manche Abteilungsleiter mit zunehmendem Alter weniger Forschung machen und sich mehr um andere Dinge, zum Beispiel um die Krankenversorgung von Privatpatienten, kümmern. Deshalb ist es wichtig, daß eine solche Verzahnung von Klinikum und Fakultät stattfindet.

Lassen Sie mich noch einige wichtige Punkte aus dem Gesetzentwurf herausgreifen:

Erstens: Wichtig ist für uns die Zusammenarbeit zwischen der Universität und dem Klinikum als neuer Anstalt, wenn es um wesentliche Entscheidungsprozesse am Klinikum geht, das heißt, wenn Entwicklungspläne des Klinikums aufgestellt werden, wenn Abteilungen verändert oder aufgelöst werden, wenn Abteilungsleiter ernannt oder abberufen werden. Dies sind grundsätzliche Angelegenheiten.

Zweitens: Wichtigstes Gremium für diese neue Anstalt wird der Aufsichtsrat sein. Gegenüber dem ersten Entwurf hat es durch die Anhörung Änderungen gegeben. Ich habe immer die Meinung vertreten, daß im Aufsichtsrat keine Gruppe per se die Majorität haben dürfe. Deswegen sind diese Bestimmungen auch geändert worden. Wir haben jetzt zwei Vertreter der Ministerien – den Vorsitz hat das Wissenschaftsministerium –, zwei Vertreter der Universität, nämlich Rektor und Prorektor und bewußt nicht den Kanzler, weil er zu sehr in das operative Geschäft der Universität eingebunden ist, zwei bis vier externe Sachverständige aus Wirtschaft und Wissenschaft und einen Vertreter des Personals. Ich gebe zu, daß wir über die Frage des Stimmrechts dieses Vertreters innerhalb der Koalition noch Abstimmungsbedarf haben.

(Abg. Weimer SPD: Sehr gut! – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Das war für Ihre Verhältnisse deutlich! Danke schön!)

Drittens: Das operative Geschäft wird vom Klinikumsvorstand betrieben. Er besteht aus dem Leitenden Ärztlichen Direktor, seinem Stellvertreter, dem Kaufmännischen Direktor, dem Dekan und für die Pflege dem Pflegedirektor.

Viertens: Der Personalbereich ist für uns in dieser Reform einer der wichtigsten. Ich kann verstehen und weiß auch, welche Sorgen bei den Beschäftigten in bezug auf die Umwandlung bestehen. Aber diese Sorgen beziehen sich nicht nur auf die Umwandlung, sondern auch auf die Situation im Gesundheitswesen, auf die Gesetzgebung im Gesundheitswesen. Man muß kein Prophet sein, um voraussagen zu können, daß die Situation in den nächsten Jahren nicht

wesentlich besser wird. Wichtig ist für uns die Anrechnung der Beschäftigungszeiten auch beim zukünftigen Arbeitgeber. Wichtig ist für uns die Zusatzversorgung, zu der im Gesetzentwurf steht, daß sie hergestellt werden muß bzw. daß der Beitritt zur VBL angestrebt werden muß.

Ein wichtiges Kriterium ist für uns die Mitgliedschaft in der TdL. Aber ich weiß, daß dies nicht ganz einfach ist. Der Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen ist einer der Hauptgegner des Beitritts. Ich appelliere an die SPD-Landtagsfraktion in Baden-Württemberg, ihren weitreichenden bundespolitischen Einfluß geltend zu machen und auf diesen Finanzminister einzuwirken.

(Abg. Weimer SPD: Aber es gibt noch 14 andere, Herr Kollege! Das wissen Sie!)

Ansonsten muß es entsprechende Überleitungstarifverträge geben.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– Nachher.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Hierzu!)

Stellv. Präsident Weiser: Nach der Geschäftsordnung bestimmt immer der Redner, ob er Zwischenfragen zuläßt.

Abg. Dr. Mauz CDU: Wichtig ist für uns ebenfalls, daß die Ausbildungsplätze an den Klinika weiterhin gewährleistet sind. Ich erwarte von den neu errichteten Anstalten auch, daß sie sich weiterhin um die Ausbildungsplätze kümmern. Diese werden nämlich aus Mitteln der Krankenversorgung und nicht aus den Mitteln für Forschung und Lehre finanziert.

Notwendig sind einige Änderungen im Universitätsgesetz. Die Sondersituation der Medizinischen Fakultät macht dies notwendig.

Wir haben weiterhin eine Satzung vorgegeben. Die Satzung kann von den einzelnen Klinika an die Situation vor Ort angepaßt werden.

Ein letzter Punkt: Die Liquidation eröffnet auch neue Möglichkeiten. Ich halte diese Möglichkeiten für richtig, wenn sie angewandt werden – wobei hierbei auch die Mitarbeiterbeteiligung ein wichtiger Punkt ist.

Insgesamt, denke ich, ist es ein gelungener Gesetzentwurf. Vielen Anliegen – nicht allen – konnte Rechnung getragen werden. Wir wünschen uns jetzt im Ausschuß eine konstruktive Diskussion.

Ich erwarte auch, daß die Klinika mit diesem Gesetz, mit dieser Anstalt des öffentlichen Rechts etwas Vernünftiges anfangen und ihrem Auftrag in einer guten Art und Weise nachkommen.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Weiser: Herr Kollege Mauz, lassen Sie jetzt eine Frage des Herrn Abg. Dr. Salomon zu?

Abg. Dr. Mauz CDU: Jetzt ja.

Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Herr Kollege Mauz, ich will Ihnen Ihr Engagement für die Beschäftigten gerne abnehmen. Aber beantworten Sie mir bitte eine Frage – in Abgrenzung zu dem, was der Herr Minister gesagt hat. Sie haben auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die mit dem Eintritt in die Tarifgemeinschaft deutscher Länder verbunden sind. Die Ängste der Beschäftigten beruhen auch darauf, daß es ein ähnliches Versprechen bei der Umwandlung der Psychiatrischen Landeskrankenhäuser gab, das so nicht eingehalten werden konnte. Wie wollen Sie gewährleisten, daß diesmal die Überleitung in die Tarifgemeinschaft deutscher Länder klappt, wo Sie doch ausdrücklich im Gegensatz zum Minister, der seit Monaten durch die Gegend läuft und sagt, das sei eigentlich kein großes Problem, stehen?

Abg. Dr. Mauz CDU: Ich denke, daß dies kein unlösbares Problem ist. Es ist aber sicherlich schwierig, da das Problem in anderen Bundesländern noch nicht in diesem Ausmaß ansteht. Ich bin aber der Meinung, daß man innerhalb des Landes eine Lösung finden kann.

Die TdL hat vor allem deshalb Angst, weil sie sagt: „Da kommen Vertreter von neuen Einrichtungen hinzu.“ Vielleicht kann man auch einen Modus vivendi finden, wie man sich innerhalb des Landes einig wird, daß wie bisher dennoch nur der Vertreter des Landes bei der TdL abstimmt. Ich denke, diese Möglichkeiten muß man untersuchen.

Wir hatten mit den entsprechenden Vertretern, die die TdL kennen, Gespräche. Dabei habe ich einfach gesehen, daß das eine recht schwierige Sache ist, weil die einfach grundsätzliche Bedenken haben, wenn etwas Neues kommt. Und andere Bundesländer sagen ganz einfach: „Wir haben das Problem nicht. Da kommen dann andere Leute dazu.“ Aber ich denke, daß dies ein lösbares Problem ist – allerdings möglicherweise nicht mit der Geschwindigkeit, die wir gerne hätten.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Weimer.

Abg. Weimer SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Abg. Drautz FDP/DVP: Höchstpersönlich!)

Lassen Sie mich zunächst eine Vorbemerkung zum Beratungsverfahren machen – Stichwort Jahrhundertwerk. Kollege Mauz, dieses Problem beschäftigt uns zwar nicht seit hundert Jahren, aber ich erinnere mich zurück, daß uns das Thema „Reform der Hochschulmedizin“ mindestens schon seit zehn Jahren beschäftigt.

(Abg. Dr. Mauz CDU: Mit euch haben wir es nicht hingekriegt!)

Wenn ich mich recht erinnere, wird das Wissenschaftsministerium seit mindestens zehn Jahren von einem Christdemokraten geführt. Deshalb hätte es in der Vergangenheit schon sehr viel Zeit gegeben, einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen.

(Abg. Dr. Mauz CDU: Ihr habt geklemmt in der großen Koalition! Ihr habt geklemmt vor der Landtagswahl! – Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

Das Problem für die Opposition ist einfach – das will ich in aller Deutlichkeit sagen –, daß dieser Gesetzentwurf den Fraktionen, insbesondere denen der Opposition, erst letzten Dienstag um 15.40 Uhr zugegangen ist. Kollege Pfister, das betrifft auch Sie. Die Opposition hatte also gerade einmal zweieinhalb Tage Zeit, um sich in 104 Seiten einzuarbeiten. Ich sage es einmal ganz unparlamentarisch: Das ist eine Sauerei und vom Verfahren her nicht in Ordnung.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei den Republikanern – Zuruf des Abg. Dr. Mauz CDU)

Ich muß noch eines draufsetzen: Meine Damen und Herren, die einfachen Abgeordneten haben den Gesetzentwurf heute zum ersten Mal hier auf den Bänken vorgefunden, und wir sollen jetzt in eine sachgerechte Debatte und Diskussion eintreten. Das ist, meine Damen und Herren, nicht in Ordnung.

(Unruhe)

Ich will auf der anderen Seite folgendes sagen: Es gibt kaum ein landespolitisch bedeutsames Thema, bei dem das Zitat „Der Worte sind genug gewechselt, laßt endlich Taten folgen“ so angebracht ist wie gerade beim Thema „Reform der Hochschulmedizin“. Wenn Minister von Trotha vorhin von seinem unglaublich hohen Tempo gesprochen hat, möchte ich ihn zum Beispiel daran erinnern, daß ziemlich genau vor neun Jahren, und zwar am 9. Juni 1988, an gleicher Stelle eine Aktuelle Debatte, beantragt von der SPD-Fraktion, stattgefunden hat, in der für uns die Kollegin Brigitte Unger-Soyka gesprochen hat. Damals hat Brigitte Unger-Soyka – ich glaube, das sagen zu können – sehr beredt die Struktur- und Organisationsdefizite an den Universitätsklinikum beklagt und dringende Reformen eingefordert. Wenn ich mich richtig erinnere, hieß der damalige hochschulpolitische Sprecher der CDU-Fraktion Klaus von Trotha. Dieser Klaus von Trotha wies dieses Ansinnen entschieden zurück.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Was?)

Er beschrieb – ich zitiere wörtlich – ein „sehr ansehnliches Panorama unserer Kliniklandschaft“ und warf Frau Unger-Soyka Panikmache und Stimmungsmache vor.

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

Das sage ich nur zu Ihrer Erinnerung in bezug auf das, was das Tempo angeht, Herr Minister.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Seitdem ist viel Wasser den Neckar hinuntergeflossen. Die Probleme der öffentlichen Haushalte sind nicht kleiner, sondern sehr viel größer geworden. Sie sind dramatisch geworden, so daß jetzt offensichtlich auch Konservative ihr jahrelanges Handlungsdefizit erkennen und bereit sind zu handeln. Die Frage ist nur, wie jetzt gehandelt wird. Ich komme auf diesen Punkt nachher noch zurück.

(Weimer)

Kollege Mauz hat zu Recht darauf hingewiesen, daß die Gesellschaft von diesen technisch hochgerüsteten Krankenhäusern wahnsinnig viel verlangt, sehr viel mehr als von jedem anderen Krankenhaus. Das Bild von der eierlegenden Wollmilchsau mag zwar schief sein, aber es ist nicht falsch. Was will ich damit sagen? Staat und Gesellschaft erwarten von den dort tätigen Menschen unglaublich tolle Forschungsergebnisse und Forschungsleistungen. Die Lehre muß immer den neuesten Stand der medizinischen Forschung und Wissenschaft berücksichtigen. Die Patienten sollen stets optimal diagnostiziert, therapiert und versorgt werden. Die Spitzenmedizin ist mit Transplantationen genauso vertreten wie der Blinddarmpatient aus einer Kreisgemeinde.

(Zuruf des Abg. Dr. Mauz CDU)

Das Ganze muß dann natürlich auch noch möglichst preiswert gemacht werden. Darauf legt der Steuerzahler bei den 20 % Landeszuschuß für Forschung und Lehre genauso Wert wie der Beitragszahler bei der Finanzierung der Pflegesätze.

Schließlich: In diesen High-Tech-Apparaten muß die Motivation und damit die demokratische Mitbestimmung der über 25 000 Beschäftigten einen besonders hohen Stellenwert bekommen.

All diese Aspekte zusammenzubringen war schon in der Vergangenheit wahnsinnig schwer. Das hat manchmal an die Quadratur des Kreises erinnert. Aber jetzt kommt eines hinzu: Die Gesundheitspolitik der Bundesregierung, die, notabene, nicht von den Oppositionsfraktionen gestellt wird, wie Sie wissen, hat in den letzten Jahren mit dazu beigetragen,

(Abg. Dr. Mauz CDU: Das GSG war ein gemeinsames Werk!)

daß vor allem Patienten, Beitragszahler und die Krankenhäuser einseitig belastet wurden, während beispielsweise die Pharmaindustrie, Kollege Mauz – Sie wissen das ganz genau –, völlig außen vor geblieben ist. Das hat die Probleme in unseren Krankenhäusern wahnsinnig verstärkt.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Dr. Mauz CDU: Jetzt kommt wieder die billige Platte! So einfach ist das nicht!)

Es kommt noch ein anderer Aspekt hinzu. Auch das darf man nicht vergessen: Hochspezialisierte Privatkliniken machen unseren staatlichen Universitätsklinikum das Leben zunehmend schwer,

(Abg. Dr. Mauz CDU: Das habe ich auch schon gesagt!)

indem sie zahlungskräftige Patienten wie Rosinenpicker herausgreifen. Die Finanzkraft der öffentlichen Krankenhäuser wird dadurch nicht größer, sondern eher kleiner.

(Abg. Dr. Mauz CDU: Das stimmt jetzt! Da hat er recht!)

Deshalb sage ich ganz klar auch für unsere Fraktion: Eine Reform ist überfällig. Sie kommt aus unserer Sicht sehr

spät, hoffentlich nicht zu spät; denn es besteht kein Zweifel: Rationalisierung ist notwendig. Sonst droht, wie im Großbritannien einer Margaret Thatcher, die Rationierung. Wir Sozialdemokraten wollen keine Zweiklassenmedizin zulassen, wo der Ärmere zuerst stirbt.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD-Fraktion hat deshalb unmittelbar zu Beginn dieser Legislaturperiode – auch da muß ich Ihrem Gedächtnis nachhelfen, Herr Minister – als erste Fraktion eine parlamentarische Initiative mit dem Titel „Neue Rechtsform für die Universitätskliniken“ in den Landtag eingebracht. Wir haben dabei auch unsere Eckpunkte skizziert. Wenn Sie sich nicht mehr daran erinnern, will ich das in aller Kürze noch einmal formulieren:

Erstens wollen wir, daß eine Rechtsformänderung das Tarifrecht in vollem Umfang wahrt und daß den Beschäftigten auf keinen Fall materielle und soziale Nachteile entstehen.

(Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

Der Wissenschaftsausschuß hat diesen Antrag damals einstimmig beschlossen. Ich war sehr dankbar dafür, daß es gelungen ist, diesen Eckpunkt einzufügen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Natürlich!)

Zweitens: Wer faktisch privatisiert, der muß auch die Spielregeln in der privaten Wirtschaft beachten, die die Mitbestimmung betreffen. Deshalb müssen dann in der logischen Konsequenz auch Mitglieder der Beschäftigten im Aufsichtsrat volle Rechte bekommen und können nicht außen vor bleiben.

(Beifall bei der SPD)

Das war unser zweiter Eckpunkt.

Auch – und auch dafür, daß das gesagt wurde, bin ich dankbar – die Ärztlichen Direktoren müssen sich den neuen Gegebenheiten anpassen. Leitungsfunktionen sollen deshalb in Zukunft nur noch auf Zeit vergeben werden. Viertens ist das Privatliquidationsrecht dringend zu reformieren.

An diesen vier politischen Vorgaben vom Juni 1996 messen wir die heute von den Grünen und der Landesregierung vorgelegten Gesetzentwürfe.

(Abg. Dr. Mauz CDU: Ist ja gut!)

Beim Gesetzentwurf der Grünen kann ich mich relativ kurz fassen. Er scheint – ich sage bewußt „scheint“; ich komme auf den Punkt nachher noch einmal zurück – das Tarifrecht zu garantieren, und zwar dadurch, daß die Kliniken als Anstalten des öffentlichen Rechts der Universitäten und nicht des Landes vorgesehen werden.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ist ja hier auch der Fall!)

Er sieht auch die Möglichkeit vor, Führungsfunktionen auf Zeit zu vergeben.

Wir haben – lieber Kollege Salomon, ich will das deutlich sagen – allerdings mit Ihrer Art der Mitbestimmung ein

(Weimer)

bißchen Probleme. Ein Vertreter der Beschäftigten im Aufsichtsrat und kein Vertreter der Assistenzärzte und der Beschäftigten und des Pflegepersonals im Klinikumsvorstand, das ist ganz schön arbeitgeberlastig und trifft nicht die Interessen der Beschäftigten. Deshalb werden wir im Ausschuß dazu Änderungsanträge stellen und daran letztlich unsere Gesamtzustimmung abmessen. Das wollte ich einfach in der Deutlichkeit sagen.

Zum Gesetzentwurf der Landesregierung: Der vorliegende Gesetzentwurf, Herr Minister, ist ein Paradebeispiel – es ist schon darauf hingewiesen worden – für koalitionsinterne Rangeleien. Man kann es allerdings auch als ein Trauerspiel in drei Akten betrachten, um es einmal dramaturgisch zu formulieren.

(Lachen des Abg. Pfister FDP/DVP)

Erster Akt: Klaus von Trotha legt im Januar 1997 nach vielen Jahren endlich einen Gesetzentwurf, über den man reden kann, vor. Er begründet ihn ausführlich, und er läßt ihn in den allerhöchsten Tönen loben. Das war der Sachstand im Januar 1997.

Dann finden Podiumsdiskussionen statt, und der Gesetzentwurf geht in die Anhörung. Plötzlich wird erkannt, daß das alles nix ist, daß das Murks ist; die eigene Truppe springt weg. Warum die weggesprungen ist, ist bereits ausgeführt worden. Das war der erste Akt.

Der zweite Akt des Trauerspiels: Klaus von Trotha wird zum Rückzug gezwungen. Er beugt sich besseren Argumenten und spricht mit den Koalitionsfraktionen – das will ich klar sagen – einen deutlich verbesserten Entwurf ab,

(Abg. Dr. Mauz CDU: Das ist eine klassische Anhörungsphase!)

der am 14. Juli endlich ins Kabinett eingebracht wird.

(Abg. Fleischer CDU: Das hätten Sie gern, aber so war es nicht!)

Aber jetzt kommt der dritte Akt – genau so war es, Herr Kollege –: In diesem Akt spielt vor allem die FDP/DVP, Kollege Ernst Pfister, eine besondere Rolle. Während Klaus von Trotha im Einvernehmen mit den Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfaktionen endlich eine stimmberechtigte Vertretung des Personals im Aufsichtsrat vorgesehen hatte – wenn auch nur mit einer Stimme, aber immerhin –, kippt ausgerechnet der FDP/DVP-Minister im Kabinett mit irgendwelchen juristischen Spitzfindigkeiten diese Regelung. Jetzt sind die Beschäftigten nur noch beratend und nicht stimmberechtigt da drin, und damit ist die Totalentmündigung von 25 000 Beschäftigten festgeschrieben.

Lieber Kollege Pfister, Sie sind gestern bei anderen Gesetzentwürfen zweimal im Vorfeld als Tiger gesprungen und als Bettvorleger gelandet, und ich kann nur dringend an Sie appellieren, bei dem Thema wirklich zu stehen und gemeinsam mit der CDU-Fraktion dafür zu sorgen, daß der ordentliche Vertreter der Beschäftigten wieder in den Aufsichtsrat hineinkommt. Unsere Unterstützung dazu werden Sie haben.

(Beifall bei der SPD – Abg. Pfister FDP/DVP: Mauz macht das! Kein Problem!)

Eine zweite kritische Anmerkung zu dem jetzt in der Tat verbesserten Gesetzentwurf: Es hat, was die Weitergeltung des Tarifrechts angeht, damit noch nicht sein Bewenden. Ich sehe es noch nicht endgültig gesichert. Es ist dem Minister und den Damen und Herren mit B-Besoldung offensichtlich nur schwer beizubringen, daß abhängig Beschäftigte heutzutage sehr sorgsam auf ihren finanziellen und sozialen Besitzstand achten müssen und sich deshalb nicht darauf verlassen können, daß das Ministerium mit der TdL irgendwann erfolgreich verhandelt. Wir hätten deshalb schon gern gewußt – –

(Zuruf des Abg. Dr. Mauz CDU)

– Wir werden unseren Beitrag dazu leisten, Kollege Mauz; das kann ich ganz klar sagen.

(Abg. Dr. Mauz CDU: Kein Einfluß!)

Aber Sie wissen genauso gut wie ich: Es ist nicht nur Heinz Schleußer in Nordrhein-Westfalen, es sind insgesamt 16 Finanzminister, die sich nicht gerade mit Händen und Füßen wehren, sich aber doch sehr sperrig anstellen, was dieses Thema angeht. Aber wir werden unseren Beitrag dazu leisten.

(Abg. Dr. Mauz CDU: Die meisten sind Rote!)

Letzte Bemerkung, meine Damen und Herren – ich komme damit zum Schluß –: Die Regierung hatte die Chance, mit dem neuen Entwurf einen vernünftigen Kompromiß zwischen straffen Managementstrukturen für die Klinika, leistungsfähiger Universitätsmedizin, motivierender Einbindung der Beschäftigten und einer sinnvollen Anbindung an die Universitäten zu leisten. Sie haben diesen vernünftigen Kompromiß wieder zur Disposition gestellt durch einen tiefen Griff in die Kiste antigewerkschaftlicher Vorbehalte. Es gibt – das haben wir gestern deutlich gesehen – in Ihren Reihen Kräfte, die ein für allemal auf allen gesellschaftlichen Ebenen das exklusive Direktionsrecht der Großkopfen festschreiben wollen. Wir werden deshalb dem aufgeklärten Teil Ihrer Fraktion Gelegenheit geben, im Wissenschaftsausschuß diesen Punkt nachhaltig zu korrigieren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Pfister.

(Abg. Pfisterer CDU: Jetzt sind wir gespannt! – Abg. Dr. Mauz CDU: Der „Bettvorleger“! – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: War das der Goll? Dazu mußt du etwas sagen!)

Abg. Pfister FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Dr. Salomon hat vor einigen Wochen in einer Pressemitteilung, als die Eckpunkte dieses Gesetzentwurfs mitgeteilt wurden, darauf hingewiesen, daß sich die „Reformkräfte“ der Koalition durchgesetzt hätten.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Ich habe es gehofft!)

(Pffister)

Meine Damen und Herren, lieber Kollege Salomon, ich teile Ihre Meinung. Dieser Gesetzentwurf ist in der Tat ein Entwurf, der das Prädikat „Reform“ verdient.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und des Abg. Dr. Mauz CDU)

Ich bin froh, daß diese Koalition das geschafft hat, was in der Vergangenheit offensichtlich nicht zu schaffen war.

(Abg. Dr. Mauz CDU: Mit der SPD war es nicht möglich! – Lachen des Abg. Maurer SPD)

In der großen Koalition ist es nicht erreicht worden. Ich bin froh darüber, daß wir jetzt einen Gesetzentwurf vorliegen haben, der vier große Leitziele hat, die in vollem Umfang, Kollege Salomon und Kollege Weimer, verwirklicht sind: mehr Autonomie, größere wirtschaftliche Effizienz und auch ein höheres Maß an Transparenz beim Einsatz der Mittel für Krankenversorgung, Forschung und Lehre. Das waren die entscheidenden Leitziele, die wir uns gesteckt hatten, und diese haben wir in vollem Umfang erreicht.

Wir haben noch etwas anderes Wichtiges erreicht, nämlich eine enge Verzahnung der Universitäten und der Fakultäten auf der einen Seite mit den Universitätsklinik auf der anderen Seite. Diese Verzahnung ist wichtig. Wir wollten damit deutlich machen, daß die Universitätsklinik eine Einrichtung der Hochschulmedizin sind, meine Damen und Herren. Diese Verklammerung ist dadurch erreicht worden, daß wir die Rechtskonstruktion einer rechtlich selbständigen Anstalt der Universitäten gewählt haben.

Ich glaube, daß die Rechtsform Anstalt des öffentlichen Rechts es ermöglicht, die Klinik aus komplizierten und schwerfälligen Genehmigungs- und Zustimmungserfordernissen herauszunehmen, sie aus der Fachaufsicht des Landes zu entlassen. Die Beibehaltung des Status quo wäre dem, so meine ich, nicht gerecht geworden. Es geht bei diesen vier Universitätsklinik immerhin um Großbetriebe mit 25 000 Beschäftigten und mehr als 3 Milliarden DM Umsatz. Da müssen Sie eine Konstruktion finden, die nicht so schwerfällig ist wie in der Vergangenheit. Ich denke, wir haben die richtige Konstruktion gefunden.

Organe der Anstalt sind der Klinikumsvorstand und der Aufsichtsrat. Auch hier ist ein mutiger Neuanfang gewagt worden. Autonomie ist kein leeres Wort, sondern ist konkret verwirklicht worden, indem es zum Beispiel keine staatliche Majorität im Aufsichtsrat gibt und im übrigen eine volle Satzungsautonomie besteht, die nur durch die Rechtsaufsicht des Landes – aber das ist selbstverständlich – beschränkt ist. Meine Damen und Herren, eine freiheitlichere Lösung kann man sich nicht vorstellen.

Autonomie, Eigenverantwortung, Leistung und Effizienz, alles das bedingt einander. Daraus folgt auch die Notwendigkeit klarer Entscheidungsstrukturen. Wir haben einen fünfköpfigen Klinikumsvorstand und einen ebenfalls fünfköpfigen Vorstand der Medizinischen Fakultät. Das Wichtigste daran ist, daß diese beiden Gremien auch personell miteinander verschränkt sind. Diese personelle Verschränkung ist die Voraussetzung dafür, daß von vornherein darauf abgehoben wird, ein hohes Maß an Zusammenarbeit und Abstimmung zwischen den verschiedenen Gremien zu erreichen.

Schlanke, effiziente Entscheidungsstrukturen sind erforderlich. Wir wollen sie, und wir haben sie. Wir wissen zugleich, daß ein Klinikum nicht ohne die Einbeziehung des Sachverständs der Ärztlichen Direktoren der einzelnen Kliniken und des wissenschaftlichen Personals geleitet werden kann. Neben den Regelungen des Gesetzes, also Mindestrepräsentanz von sechs Abteilungsleitern im Fakultätsrat, Anhörung vor der Bestellung des Leitenden Ärztlichen Direktors, besteht über die Satzung ein weiterer Spielraum, diesen Sachverstand entsprechend einzubeziehen und zu nutzen.

Meine Damen und Herren, entscheidend ist, daß den Medizinischen Fakultäten zukünftig gerade auch im finanziellen Bereich ein hohes Maß an Kompetenz und Verantwortung gegeben wird. Sie entscheiden künftig über die Verteilung der grundsätzlich global zur Verfügung gestellten Zuschußmittel des Landes. Eine leistungsbezogene Mittelzuweisung muß dann auch für die universitätsinterne Mittelverteilung selbstverständlich werden. Im Verhältnis zwischen Universität und Klinikum gilt, daß jede Seite „ihre“ Kosten zu decken und Leistungen, die „die andere Seite“ erbringt, zu bezahlen hat.

Mehr Transparenz der Finanzströme, das war eines der wesentlichen Ziele, die wir uns gesetzt haben. Ich denke, daß dieses Ziel auf eine sehr vernünftige Weise erreicht worden ist.

Die Aufgaben der Fakultät stellen hohe Anforderungen an die professionelle Kompetenz des Fakultätsvorstands und speziell des Dekans. Eigentlich spricht dies für längere Amtszeiten. Dennoch gibt das Gesetz auch hier einen Rahmen vor, indem wir sagen: zwei bis vier Jahre. Wir sagen nicht zwingend „vier Jahre“, sondern wir sagen: im Rahmen von zwei bis vier Jahren, den die Fakultät in eigener Zuständigkeit ausfüllen kann. Auch in diesem Bereich wird also die Autonomie betont, um situationsbezogen die beste Lösung zu finden, die in Ulm eben anders aussehen kann als in Heidelberg oder in Tübingen.

Lieber Kollege Weimer, entgegen aller Unkenrufe muß man hier einmal feststellen:

(Abg. Weimer SPD: Ich bin keine Unke!)

Es gibt die uneingeschränkte Anwendung des öffentlichen Tarifrechts. Sie ist unstrittig. Ebenso unstrittig ist, daß die tariflichen Leistungen garantiert sind, auch die Leistungen der VBL.

Dieser Gesetzentwurf enthält einen Schönheitsfehler – das will ich gern einräumen –: Es ist nämlich bis zur Stunde noch nicht gelungen, die angestrebte Mitgliedschaft der Klinik in der Tarifgemeinschaft deutscher Länder zeitgleich mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes zu gewährleisten. Das wäre uns allen am liebsten gewesen. Aber zum einen haben wir das nicht im Griff – da sind auch andere im Boot und müssen da mithelfen –, und zum zweiten – das ist am wichtigsten – ist das für die Beschäftigten materiell ohne Bedeutung.

Ich will ein Wort dazu sagen, wie der Dialog mit den Beteiligten und den Betroffenen in der Vergangenheit geführt worden ist. Ich finde, daß wir einen sehr konstruktiven,

(Pfister)

sehr offenen Dialog hatten. Es ist eine Vielzahl von Gesprächen und Anhörungen durchgeführt worden. Dabei ist eine große Anzahl von Anregungen und kritischen Anmerkungen entgegengenommen worden. Es ist im Ergebnis in fast – ich sage: in fast – allen wichtigen Fragen ein Konsens mit den Universitäten, den Medizinischen Fakultäten und den Klinika erzielt worden.

Wir setzen also, zusammengefaßt, mit diesem Gesetzentwurf ein wesentliches Reformziel der Koalitionsvereinbarung um.

Zwei Punkte müssen noch geregelt werden. Über zwei Punkte muß noch gesprochen werden.

Der erste Punkt – da will ich ausdrücklich, dick und dreifach unterstreichen, was Kollege Mauz von der CDU-Fraktion gesagt hat –: Bei der Vertretung der Beschäftigten im Aufsichtsrat besteht in der Tat Gesprächsbedarf.

(Abg. Weimer SPD: Vielleicht noch ein bißchen mehr als Gesprächsbedarf!)

Der zweite Punkt: Was die Bauherrenfunktion, die Bauherreneigenschaft angeht, sind wir gegenwärtig bei einer Größenordnung von 8 Millionen DM.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Wir sind bei 15!)

Es ist mein Wunsch und der Wunsch der CDU-Fraktion, wenn ich es richtig sehe, daß wir bei der Bauherreneigenschaft von derzeit 8 Millionen nach Möglichkeit auf 15 Millionen DM hochgehen. Ich finde, das wäre angemessen.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Also muß du unserem Entwurf zustimmen!)

Meine Damen und Herren, insgesamt handelt es sich um ein Reformwerk, das zum einen in der Tradition dieser Legislaturperiode steht, für die wir uns vorgenommen haben, insgesamt Reformen in der Hochschullandschaft in Baden-Württemberg durchzuführen, das zum anderen aber auch gerade in der Hochschulmedizin neue Strukturen schafft und dazu geeignet ist, die Qualität der Hochschulmedizin in Baden-Württemberg in Forschung, Lehre und Krankenversorgung dauerhaft zu sichern.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Dr. Schlierer.

Abg. Dr. Schlierer REP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Auch ich möchte zunächst einmal zum Ausdruck bringen, daß wir den endgültigen Entwurf des Hochschulmedizin-Reformgesetzes erst sehr spät vorgelegt bekamen. Immerhin unterscheidet sich ja der im Januar dieses Jahres übermittelte Entwurf nach Durchführung der Anhörung essentiell von der jetzt eingebrachten Fassung. Weiter haben wir im Präsidium diese Debatte immerhin auf Wunsch der Regierungsfractionen um einen Monat verschoben.

Herr Minister von Trotha, ich habe eher den Eindruck, Sie kommen jetzt kurz vor Toresschluß, kurz vor der Sommerpause, ungefähr nach dem Motto, lieber jetzt über den Ge-

setzentwurf zu sprechen als ihn noch einmal zu verschieben. Diesen Vorwurf müssen Sie sich aber zurechnen lassen: Die Vorlage ist in der Tat sehr kurzfristig erfolgt.

Ich will zunächst auf die grundsätzlichen Zielsetzungen dieses Gesetzentwurfs eingehen. Nachdem das Gesundheits-Strukturgesetz den Hochschulkliniken hinsichtlich der Finanzierung der von ihnen wahrgenommenen Aufgaben in der Krankenversorgung, in Forschung und Lehre keinen Sonderstatus eingeräumt hat, ist eine organisatorische Neuordnung im Bereich der Klinika unumgänglich geworden. Die Erhöhung der Flexibilität und Effizienz der Krankenversorgung und eine Verbesserung der Transparenz hinsichtlich der Verwendung von Landeszuschüssen werden von uns ausdrücklich begrüßt.

Die rechtliche Verselbständigung der Universitätsklinik stellt einen akzeptablen und sinnvollen Weg dar, um eine effiziente Wirtschaftsführung zu ermöglichen. Eine Umwandlung der bisherigen Landesbetriebe mußte allerdings – das unterscheidet einen solchen Vorgang von Umwandlungen bei Krankenhäusern in kommunaler Trägerschaft – aufgrund der besonderen Aufgaben der Klinika berücksichtigen, daß die Voraussetzungen dafür, daß das in § 3 Abs. 1 des Universitätsgesetzes normierte Ziel nachher auch eingehalten wird, geschaffen werden.

Die Verbindung von Forschung, Lehre und Studium impliziert die dauerhafte Integration von Forschung, Lehre und Ausbildung in der Klinik. Mit Klinik meine ich nicht nur die Institution, sondern auch den Ausbildungsabschnitt.

Wir begrüßen daher ausdrücklich, daß sich die von den Hochschulen unseres Landes an der im ursprünglichen Entwurf der Landesregierung vorgesehenen Ausgliederung der Universitätsklinik aus den Universitäten geübte Kritik in dem jetzt vorgelegten Entwurf niederschlagen hat.

Man könnte den vorliegenden Entwurf daher problemlos als einen erfreulichen, wenngleich seltenen Fall von Einsicht der Landesregierung aufgrund richtiger Argumente bezeichnen.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Rückert CDU: Ha no!)

Die „große Zurücknahme“ in der Frage nach dem Verhältnis von Anstalt und Trägerschaft und nach der Zusammensetzung von Gremien gibt zu der Hoffnung Anlaß, daß sich auch in dem anschließenden Beratungsverfahren in diesem Gesetz noch Verbesserungen realisieren lassen werden. Die Worte von der grundsätzlich bekundeten Lernbereitschaft und Lernfähigkeit des Herrn Ministers haben wir ja noch im Ohr.

Wichtig dabei ist, daß die Trägerschaft der künftigen rechtsfähigen Anstalten des öffentlichen Rechts bei der Universität und eben nicht unmittelbar beim Land liegen wird. Daraus ergeben sich folgende Gesichtspunkte:

Erstens: Es findet keine Abspaltung der Klinika von den Universitäten statt.

Zweitens: Die universitäre Autonomie von Forschung und Lehre bleibt gesichert.

(Dr. Schlierer)

Drittens: Die Einheit von Forschung, Lehre und Krankenversorgung bleibt erhalten.

(Unruhe bei der FDP/DVP)

– Jetzt wäre ich natürlich dankbar, wenn hier vorne einmal die Diskussion von Herrn Kollegen Drautz eingestellt würde. – Schönen Dank.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Von wem?)

– Von Ihnen! Immer der, wo fragt, sagt man im Schwäbischen.

Viertens: Die Mindestanforderungen der rechtlichen und organisatorischen Verflechtung von Universität und Klinik bleiben gewahrt.

Fünftens: Die wissenschaftlichen Verflechtungen der Klinik zu den nichtmedizinischen Fakultäten bleiben erhalten und können auch weiter ausgebaut werden, was gerade im Blick auf den medizinischen Fortschritt immer größere Bedeutung erlangen wird.

Wichtig ist nach unserer Ansicht ferner, daß die Ausbildungs- und Weiterbildungsfunktion der Universitätsklinik in enger Verzahnung mit der Forschung erhalten bleibt; denn dies ist ja ein besonderes Element der Klinik, was sie deutlich von allen anderen Krankenhäusern abhebt.

(Beifall bei den Republikanern)

Die jetzt gewählte Rechtsform berücksichtigt die institutionelle und personelle Einheit von Forschung, Lehre und Krankenversorgung, wodurch sich die Klinik eben auch in Zukunft von anderen, außeruniversitären Krankenhäusern abheben werden. Dies wäre nach dem ursprünglichen Entwurf nicht mehr ohne weiteres der Fall gewesen, da dort die Rückwirkungen der Reform auf die Universitäten selbst außer Betracht geblieben wären.

Die neue Eigenständigkeit der Klinik in der wirtschaftlichen Betriebsführung und der Planungssicherheit bedeutet mit Sicherheit mehr Eigenverantwortung. Allerdings darf eine kostengünstige, effiziente und wettbewerbsorientierte Betriebsstruktur nicht dazu führen, daß sich das Land aus der finanziellen Verantwortung der Hochschulmedizin zurückzieht, da durch den immer stärker werdenden Zwang zur Akquisition privater Geldgeber die Freiheit der Forschung eingeschränkt würde.

Kritisch muß angemerkt werden, daß die Regelungsdichte der Satzung nicht – das wäre immerhin eine Gefahr, die nicht ausgeräumt ist – als letzter Ausfluß des verworfenen Gesetzentwurfs angesehen werden kann. Eigentlich wäre anzunehmen, daß eine Regelungsdichte in der vorgesehenen Weise unter der Trägerschaft der Universität nicht mehr erforderlich wäre. Zwar sind Satzungen grundsätzlich Ausdruck von Selbständigkeit im Handeln und Gestalten, doch im vorliegenden Fall gibt sich das Klinikum nicht selbst eine Satzung. Sie wird vielmehr vom Wissenschaftsministerium erlassen, und künftige Änderungen unterliegen der Genehmigung desselben Ministeriums. Damit werden nach unserer Ansicht einrichtungs- und situationsspezifische Regelungen und Anpassungen tendenziell behindert.

Ein Wort zur Gremienzusammensetzung. Die jetzt vorgesehene Zusammensetzung des Aufsichtsrats der Klinik stellt zwar eine Verbesserung gegenüber der ursprünglich vorgesehenen Lösung dar, aber es gibt schon noch Punkte, über die wir reden müssen. Dazu gehört die offengelassene Anzahl externer Sachverständiger aus Wirtschaft und Wissenschaft, und dazu gehört die Frage, ob der Beschäftigtenvertreter nicht doch Stimmrecht über seine beratende Funktion hinaus erhalten soll.

In diesem Zusammenhang will ich kurz noch auf den zusammengestoppelten Entwurf der Grünen eingehen. Der Vorschlag, einen Studentenvertreter in den Aufsichtsrat eines Klinikums mit einzubinden, ist lebens- und erfahrungsfremd. Welche funktionale Bedeutung diese Studentin oder dieser Student eigentlich haben soll, ist mir völlig unklar geblieben. Für mich wird hier vielmehr etwas anderes deutlich, daß nämlich wieder die alten ideologischen Ladenhüter hervorgeholt werden. Das ist die uralte Diskussion von der paritätischen Gremienbesetzung in allen Bereichen. Aus den Bundesländern, in denen wir das gehabt haben, weiß man ja, daß das überhaupt nichts gebracht hat.

Der Klinikumsvorstand, meine Damen und Herren, stellt in der vorgesehenen Fassung eine sinnvolle Besetzungsregelung dar. Positiv hervorzuheben sind die Anforderungen an die Ärztlichen Direktoren.

Meine Damen und Herren, die Rechtsformregelung führt zu einer Trennung der Beschäftigten in Arbeiter und nichtwissenschaftliche Angestellte der Anstalt einerseits und wissenschaftliche Angestellte als Landesbeschäftigte andererseits. Die Angehörigen des wissenschaftlichen Personals werden nicht in die Anstalt übergeleitet. Dafür gibt es gute Gründe. Wir wollen dies auch gar nicht kritisieren. Die Frage ist nur, ob die Belange des wissenschaftlichen Personals über die vorgesehene Beteiligung des Personalrats des Klinikums ausreichend eingebracht werden können. Als positiv betrachten wir, daß kein Nachteil für die Beschäftigten aus der Überleitung entstehen wird, denn die Klinik sind ja zur Beschäftigung verpflichtet. Das bleibende Problem ist – das wurde von den Vorrednern schon angesprochen –, daß der Beitritt der Klinik zur Tarifgemeinschaft deutscher Länder, der ja notwendig ist, um eine unmittelbare Tarifgeltung herbeizuführen, bis heute nicht gesichert ist.

Lassen Sie mich zum Schluß noch ein paar Sätze zur Änderung des Universitätsgesetzes sagen. Wir halten die vorgesehene Zusammensetzung von Fakultätsvorstand und Fakultätsrat für sinnvoll. Auch ist die Verschränkung und damit die Zusammenarbeit zwischen Fakultät und Klinikum gewahrt. Dies ist notwendig, um die eingangs skizzierte Funktionalität zu erhalten.

Meine Damen und Herren, wir hoffen, daß in den Beratungen im Ausschuß und auch in der zweiten Lesung, wie gesagt, noch Verbesserungen herbeigeführt werden können. Dann wäre in der Tat eine Reform geschafft, die Aussicht gibt, daß die Universitätsklinik den Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte gewachsen sind.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Frau Abg. Voss-schulte.

Abg. Christa Voss-schulte CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Weimer, Sie haben vorhin eine erfundene Schilderung gegeben, die eigentlich nur zeigt, daß Sie zum Dichter nicht geeignet sind,

(Abg. Weimer SPD: Nämlich? Konkret!)

allenfalls zum Schauspieler. Es geht Ihnen bei Gott nicht um die Sache, wenn ich das richtig sehe, sondern Sie haben sich hier lediglich hingestellt, um angebliche Niederlagen triumphierend feiern zu können.

Eine Anhörung dient dazu, daß Experten über einen Entwurf diskutieren und Verbesserungsvorschläge machen. Bei einer so diffizilen Sache wie diesem Gesetz ist es, glaube ich, nicht mehr als recht und billig, daß man diesen Experten auch zuhört. Das hat der Minister getan. Er war sehr offen für die Vorschläge, die gekommen sind, und hat sie aufgenommen und in das neue Gesetz eingebunden.

(Abg. Dr. Mauz CDU: Eine richtige Anhörung war das! – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Wenn das stilbildend ist, machen wir es immer so!)

Stellv. Präsident Weiser: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Weimer?

Abg. Christa Voss-schulte CDU: Ja, selbstverständlich.

Abg. Weimer SPD: Frau Kollegin, seien Sie so gut, zur Kenntnis zu nehmen, daß ich absolut damit einverstanden bin, wenn es für die Zukunft stilbildend ist, Gesetzentwürfe, die schon – übrigens auch in Rücksprache mit Fraktionen – im Kabinett waren, so nachzubessern, wie das hier der Fall war. Ich habe allerdings in den letzten Jahren die Erfahrung gemacht, daß so gut wie nichts mehr ging, wenn einmal etwas im Kabinett war.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Mauz CDU: Wir haben gesagt: nur wenn es kompliziert ist!)

Abg. Christa Voss-schulte CDU: Die Vorlage war vorge-stern im Kabinett.

(Abg. Weimer SPD: Der Entwurf war vor Monaten im Kabinett!)

– Richtig! Aber Entwürfe sind dazu da, daß man sie auch ändern kann.

(Abg. Weimer SPD: Das sage ich ja!)

– Es muß natürlich sinnvoll sein, sie zu ändern. Nicht alle Änderungen sind sinnvoll.

Sie haben vorhin gesagt: Die Reform kommt sehr spät, hoffentlich nicht zu spät. Das ist nun wirklich eine inhaltslose Phrase. Wir sind das zweite Land in der Bundesrepublik, das einen solchen Entwurf vorlegt und durchsetzt. Rheinland-Pfalz hat einen Entwurf gebracht, der längst nicht so weit geht wie unserer. Von „zu spät“ können Sie also bei Gott nicht reden. Im übrigen hätten wir das schon in der letzten Periode machen können, wenn Sie sich nicht dagegen gesperrt hätten.

(Abg. Weimer SPD: So ein Stoß! – Abg. Dr. Mauz CDU zur SPD: Ich sage nur „Landtagswahl“, da habt ihr uns geblockt; es war euch zu heiß wegen der Wahl!)

Jetzt haben wir ein Jahr nach der Wahl, und der Entwurf liegt vor. Insofern sind wir, glaube ich, durchaus in der Zeit.

Jetzt noch zum Grünen-Entwurf, Herr Kollege Dr. Salomon. Ich glaube, Ihr Entwurf verfehlt das Ziel der Reform in wesentlichen Teilen. Es wird nicht einmal genannt. Sie sprechen von Effizienz – –

Stellv. Präsident Weiser: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn – –

Abg. Christa Voss-schulte CDU: Ich möchte jetzt gerne einmal ein paar Minuten reden, ohne unterbrochen zu werden.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Ich habe Ihnen auch eine Zwischenfrage gestattet; das ist unfair, Frau Kollegin!)

Stellv. Präsident Weiser: Herr Kollege, immer noch bestimmt der Redner, ob er Fragen zuläßt oder nicht.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Ich darf doch Zwischenrufe machen, Herr Präsident! – Gegenruf des Abg. Dr. Mauz CDU: Aber nur qualifizierte! – Gegenruf des Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen: Dann müßten Sie aber normalerweise ganz stumm sein!)

Abg. Christa Voss-schulte CDU: Sie sprechen von Effizienz und Transparenz. Das Ziel der Effizienz und Transparenz der Mittel für Forschung, Lehre und Krankenversorgung wird bei Ihnen nicht einmal genannt. Wenn Sie schreiben: „Die . . . Landeszuschüsse für Forschung und Lehre einschließlich der Mittel für die Medizinischen Fakultäten“, was immer das sein soll, „stehen den Universitätsklinikum zur Erfüllung ihrer Aufgaben unmittelbar zur Verfügung“,

(Abg. Dr. Mauz CDU: Das ist inhaltlich Quatsch!)

schreiben Sie praktisch das fort, was im Moment passiert. Damit würde eine leistungsfeindliche Vermischung festgeschrieben.

(Abg. Dr. Mauz CDU: Das hat er auch nicht richtig verstanden!)

Uns geht es um Transparenz und um Trennung. Diese Ziele sind auch von allen Klinikum akzeptiert.

(Abg. Dr. Mauz CDU: Mit heißer Nadel gestrickt!)

Also können Sie nicht sagen, dieses Problem sei eigentlich schon durch die EDV erledigt.

Sie sprechen von wirtschaftlicher Betriebsführung. Wenn ich mir aber ansehe, wie Ihr Aufsichtsrat zusammengesetzt sein soll, bekomme ich da einige Zweifel. Sie haben weder einen externen noch einen internen Sachverständigen aus der Wirtschaft. Sie haben einen externen Sachverständigen

(Christa Vosschulte)

aus der Wissenschaft nur alternativ zu einem externen Arzt bzw. einer externen Ärztin. Der externe Wissenschaftler muß nicht einmal Mediziner sein. Ich empfehle Ihnen einmal, einen Germanisten oder einen Philosophen aufzunehmen.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Einen Archäologen!)

– Oder so etwas, ja. – Wie der Aufsichtsrat eines Wirtschaftsunternehmens ohne Wirtschaftsexperten funktionieren soll, ist erklärungsbedürftig. Sie können nicht, wie Sie das vorhin getan haben, sagen, das wäre der Einzugs von wirtschaftlichem Denken.

(Abg. Dr. Mauz CDU: Vielleicht ist der Student Wirtschaftswissenschaftler!)

Ein ganz besonderer Aberwitz ist die Tatsache, daß der Aufsichtsrat, aus acht Köpfen bestehend, der ja Kontroll- und Aufsichtsgremium ist, einen sechsköpfigen Wirtschaftsausschuß zur Beratung in wirtschaftlichen Angelegenheiten bilden soll. Das ist doch nun eigentlich die zentrale Aufgabe des Aufsichtsrats. Was durch den Ausschuß eigentlich bewirkt werden soll – in ihm sitzt auch wieder kein wirtschaftlicher Experte –, das bleibt Ihr Geheimnis, Herr Dr. Salomon.

Dieser Entwurf ist an anderen Stellen übrigens auch noch recht schlampig formuliert. Sie vermischen zum Beispiel Dienstvorsetze mit Bediensteten.

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

– Sie würden sich auch beklagen, wenn das bei uns nicht in Ordnung wäre. Also haben auch wir das Recht, Ihnen zu sagen, was bei Ihrem Entwurf nicht stimmt. Sie dürfen ihn in den Ferien überarbeiten und dann erneut vorlegen.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, mir liegt im Rahmen der Allgemeinen Aussprache zu diesem Gesetzentwurf keine Wortmeldung mehr vor. Es ist beantragt, die beiden Gesetzentwürfe an den Ausschuß für Wissenschaft, Forschung und Kunst zu überweisen. – Sie stimmen der Überweisung zu.

Ich rufe **Punkt 9** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes und von Verfahrensgesetzen der ordentlichen Gerichtsbarkeit – Drucksache 12/1614

Es ist beantragt, diesen Gesetzentwurf dem Ständigen Ausschuß zu überweisen. – Sie stimmen zu.

Ich rufe **Punkt 10** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Landesreisekostengesetzes, des Landesumzugskostengesetzes, der Auslandsreisekostenverordnung des Landes und der Landestrennungsgeldverordnung – Drucksache 12/1532

Beschlußempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 12/1703

Berichterstatter: Abg. Stratthaus

Die Beschlußempfehlung ist Grundlage der Beratung. Der Berichterstatter wünscht das Wort nicht.

Die Fraktionen haben vereinbart, daß die Reden zu diesem Tagesordnungspunkt zu Protokoll gegeben werden

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

– lassen Sie mich doch ausreden –,

(Heiterkeit)

mit Ausnahme der Rede des Herrn Abg. Moser. Ich stimme dem zu. (Siehe Erklärungen zu Protokoll am Schluß des Tagesordnungspunkts.)

Herr Abg. Moser, Sie haben das Wort.

Abg. Moser SPD: Herr Präsident, ich danke Ihnen. Da ich meine Rede im Kopf habe und den Kopf nicht einfach dem Protokoll zur Verfügung stellen kann – –

(Abg. Winckler CDU: Schade! – Heiterkeit)

– Das kann nur Herr Winckler sein. Herr Winckler, Sie müssen Ihre Guillotine-Wünsche etwas zurückstellen. Dazu ist noch Zeit.

Ich verweise auf meine Einbringungsrede und auf den in der Drucksache 12/1703 abgedruckten Bericht über die Beratungen des Finanzausschusses. In ihm steht, welche Position wir vertreten. Ich erkläre noch einmal, daß wir das Gesetz, zwar differenziert, aber insgesamt ablehnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Weiser: Das wird zur Kenntnis genommen.

Das Wort hat der Herr Staatssekretär im Finanzministerium.

(Große Unruhe)

– Er gibt seine Rede auch zu Protokoll.

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen)

Meine Damen und Herren, wir kommen damit zur Abstimmung. Wer der Beschlußempfehlung des Finanzausschusses zustimmt, den – –

(Abg. Sieber CDU: Zur Geschäftsordnung!)

– Herr Abg. Sieber, Sie haben das Wort zur Geschäftsordnung.

Abg. Sieber CDU: Herr Präsident, ich beantrage namentliche Abstimmung.

(Große Unruhe)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, es ist namentliche Abstimmung beantragt. Ich frage, ob der Antrag auf namentliche Abstimmung die notwendige Unterstützung findet.

(Unruhe – Zurufe: Nein! – Zuruf des Abg. Deuschle REP)

– Herr Deuschle, noch ist mir die Geschäftsordnung bekannt. Wenn ich Rat brauche, habe ich hier oben hervorragende Mitarbeiter. Im übrigen: Ich kann auf Belehrungen hinsichtlich der Auslegung der Geschäftsordnung großzügig verzichten.

Die erforderliche Unterstützung des Antrags des Abg. Sieber auf namentliche Abstimmung ist festgestellt.

Wir kommen damit zur namentlichen Abstimmung. Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben M.

(Anhaltende Unruhe)

Meine Damen und Herren, der Schriftführer beginnt mit dem Namensaufruf.

(Anhaltende Unruhe und Zurufe, u. a.: Über was wird abgestimmt? – Über Artikel 1? – Abg. Dr. Schlierer REP: Es war eine differenzierte Abstimmung angesagt! – Abg. Rapp REP: Herr Präsident, über das ganze Gesetz oder über Artikel 1?)

– Bisher stand der gesamte Gesetzentwurf zur Abstimmung. Dazu ist namentliche Abstimmung beantragt. Wer getrennte Abstimmung will, muß dies beantragen und sagen, zu welchen Punkten er dies will. – Ich stelle fest, daß dazu keine Wortmeldung erfolgt.

Dann beginnen wir gleich mit der namentlichen Abstimmung. Wer der Beschlußempfehlung des Finanzausschusses zustimmen möchte, den bitte ich, mit Ja zu antworten, wer die Empfehlung ablehnen möchte, möge bitte mit Nein antworten, wer sich der Stimme enthalten möchte, möge mit „Enthaltung“ antworten.

(Unruhe – Abg. Herrmann CDU: Soll ich anfangen?)

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, die Unterhaltungen jetzt einmal für eine halbe Minute einzustellen und nicht zu glauben, man könne hier Belehrungen geben, während man sich gleichzeitig unterhält, damit keiner mehr versteht, worum es letzten Endes geht.

(Abg. Herrmann CDU: Kann ich mit dem Namensaufruf beginnen?)

– Nein.

(Abg. Drexler SPD: Also, jetzt!)

Ich rufe auf

Artikel 1

Änderung des Landesreisekostengesetzes

und schlage zur Abstimmung vor, daß wir über Artikel 1 namentlich abstimmen und über die anderen Artikel dann eine normale Abstimmung durchführen.

Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben M.

Ich darf Sie bitten, sich während der Abstimmung und während der Verlesung der Namen im Saal ruhig zu verhalten. Um alle Zweifel auszuschließen, werde ich nachher, weil es gestern bei der Nachzählung zu Problemen kam, darum bitten, daß Abgeordnete, die anschließend abstimmen wollen, weil sie beim Namensaufruf nicht anwesend waren, ihren Namen selber nennen und der Schriftführer dies vermerkt.

(Lachen bei der SPD)

– Herr Wintruff, da gibt es überhaupt nichts zu lachen. Die gestrige Unruhe war genauso groß wie jetzt.

(Abg. Brinkmann SPD: Können wir jetzt nicht weitermachen?)

– Herr Brinkmann, das bestimme ich.

(Heiterkeit bei der CDU und den Republikanern – Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Weimer SPD: Jetzt sind von der CDU alle da! Sie können weitermachen! – Weitere Zurufe)

Meine Damen und Herren, der Schriftführer beginnt beim Namensaufruf mit dem Buchstaben M. Ich bitte jetzt wirklich, im Saal die notwendige Ruhe herzustellen. – Zur Geschäftsordnung, bitte.

Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen: Können Sie bitte noch einmal genau sagen, worüber wir jetzt abstimmen.

Stellv. Präsident Weiser: Da muß ich Sie bitten, zuzuhören; ich habe es schon dreimal gesagt.

(Unruhe)

Ich muß Ihnen ganz offen sagen: Ich bin es leid, daß Sie sich jedesmal unterhalten, wenn hier oben etwas verkündet wird, und anschließend Korrekturen wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen: Sie haben die Beschlußempfehlung aufgerufen!)

– Ich habe ausdrücklich erklärt, daß wir über Artikel 1 namentlich abstimmen und über die anderen Artikel in einem normalen Abstimmungsverfahren entscheiden.

Herr Schriftführer, beginnen Sie bitte mit dem Namensaufruf.

(Namensaufruf)

Die Abstimmung ist geschlossen. Ich darf die Schriftführer bitten, das Ergebnis festzustellen.

(Auszählen der Stimmen)

(Stellv. Präsident Weiser)

Meine Damen und Herren, ich gebe das Ergebnis der Abstimmung bekannt:

Abgestimmt haben 124 Abgeordnete.

Mit Ja haben 81 Abgeordnete gestimmt,
mit Nein 42 Abgeordnete;
ein Abgeordneter hat sich enthalten.

Das heißt, daß Artikel 1 des Gesetzentwurfs Drucksache 12/1532 mehrheitlich beschlossen wurde.

*

Mit J a haben gestimmt:

Behringer, Birgitt Bender, Heiderose Berroth, Birk, Ingrid Blank, Dr. Carmina Brenner, Buchter, Döpfer, Drautz, Marianne Erdrich-Sommer, Beate Fauser, Fleischer, Dr. Freudenberg, Dr. Glück, Göbel, Stephanie Günther, Haas, Haasis, Hauk, Hehn, Heinz, Herrmann, Dr. Hildebrandt, Jacobi, Keitel, Kiefl, Kiel, Kleinmann, Kluck, Dr. Klunzinger, Köberle, Kuhn, Ursula Kuri, Kurz, Ursula Lazarus, List, Mappus, Dr. Mauz, Dr. Gisela Meister-Scheufelen, Mühlbeyer, Ulrich Müller, Veronika Netzhammer, Dr. Noll, Oettinger, Pfister, Pfisterer, Renate Rastätter, Rau, Rech, Reddemann, Dr. Reinhart, Annemie Renz, Rückert, Dr. Salomon, Dr. Schäuble, Schaufler, Gerd Scheffold, Scheuermann, Sabine Schlager, Roland Schmid, Schuhmacher, Rosely Schweizer, Seimetz, Sieber, Stächele, Dr. Eva Stanienda, Stolz, Stratthaus, Straub, Teufel, Renate Thon, Tölg, Traub, von Trotha, Veigel, Christa Vosschulte, Wacker, Weiser, Winckler, Zeiher, Zimmermann.

Mit N e i n haben gestimmt:

Birzele, Braun, Brechtken, Carla Bregenzer, Brinkmann, Dr. Caroli, Deuschle, Eigenthaler, Fischer, Göschel, Heinz Goll, Hauser, Heiler, Herbricht, Huchler, Junginger, Käs, Kielburger, Birgit Kipfer, König, Lorenz, Maurer, Moser, Dr. Puchta, Rapp, Redling, Reinelt, Christine Rudolf, Dr. Schlierer, Nils Schmid, Schöffler, Schonath, Seltenreich, Helga Solinger, Teßmer, Troll, Weimer, Wettstein, Wilhelm, Wintruff, Marianne Wonnay, Zeller.

Der Stimme e n t h a l t e n hat sich:

Hackl.

*

Ich rufe auf

Artikel 2

Änderung des Landesumzugskostengesetzes

mit den Nummern 1 und 2. Wer Artikel 2 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? –

(Zurufe: Viele!)

Wer enthält sich? – Ich muß die Abstimmung wiederholen.

(Heiterkeit)

– Entschuldigung. – Wer Artikel 2 zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. –

(Abg. Pfister FDP/DVP: So! Jetzt ist es die Mehrheit!)

Danke. Wer stimmt dagegen? –

(Zurufe von der SPD: Mehr! – Abg. Pfister FDP/DVP: Das war jetzt aber eindeutig! – Unruhe)

Meine Damen und Herren, nach meiner Feststellung war das erste die Mehrheit.

(Unruhe)

Sie können hier auch noch eine namentliche Abstimmung durchführen. Wird der Feststellung dieses Ergebnisses widersprochen?

(Zurufe: Nein!)

– Bitte?

(Zurufe: Nein! – Abg. Weimer SPD: Herr Präsident, weiter!)

Artikel 2 ist also zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 3

Änderung der Auslandsreisekostenverordnung des Landes

Wer diesem Artikel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Bei einigen Stimmenthaltungen mehrheitlich beschlossen.

Ich rufe auf

Artikel 4

Änderung der Landestrennungsgeldverordnung

Wer Artikel 4 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Bei einigen Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen mehrheitlich beschlossen.

Ich rufe auf

Artikel 5

Rückkehr zum einheitlichen Verordnungsrang

Wer Artikel 5 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Bei einigen Enthaltungen ist so beschlossen.

Ich rufe auf

Artikel 5

(Abg. Moser SPD: Artikel 5 haben wir doch gerade gemacht!)

Wer Artikel 5 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Artikel 5 ist mehrheitlich beschlossen.

(Stellv. Präsident Weiser)

Ich rufe auf

Artikel 6

Übergangsvorschrift

Wer Artikel 6 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Artikel 6 ist mehrheitlich verabschiedet.

Ich rufe auf

Artikel 7

Inkrafttreten

Wer Artikel 7 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Bei zahlreichen Stimmenthaltungen mehrheitlich zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 17. Juli 1997

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Viertel vor sieben!)

das folgende Gesetz beschlossen“:

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Landesreisekostengesetzes, des Landesumzugskostengesetzes, der Auslandsreisekostenverordnung des Landes und der Landestrennungsgeldverordnung“. – Ich darf feststellen: Das Hohe Haus stimmt der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u ß a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. –

(Abg. Weimer SPD: Das sind aber nicht viele!)

Wer stimmt dagegen? –

(Abg. Birgitt Bender und Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Viele!)

Meine Damen und Herren, das erste war die Mehrheit. Damit ist dieses Gesetz angenommen und der Tagesordnungspunkt erledigt.

*

Erklärungen zu Protokoll gemäß § 102 Abs. 3 GeschO

Abg. Herrmann CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wer eine Verwaltungsvereinfachung will, muß diesem Gesetz zustimmen. Seit dem 1. Januar 1996 sind im Steuerrecht Pauschalbeträge in Kraft, bis zu denen Reisekosten steuerfrei sind. Die im öffentlichen Dienst gezahlten Reisekosten liegen über diesen Sätzen, so daß ein Teil versteuert werden muß. Das Gesetz dient dazu, die reisekostenrechtlichen Entschädigungen zur Abgeltung des Verpflegungsmehraufwands an die neuen Pauschalbeträge im

Steuerrecht anzupassen. Der Bund hat diese Anpassung bereits vorgenommen. Fast alle anderen 15 Bundesländer haben ihre landesrechtlichen Regelungen an die bundesrechtliche Neuregelung im Steuerrecht angepaßt.

Klar ist jedoch auch: Das Gesetz bedeutet eine Absenkung der reisekostenrechtlichen Entschädigungen für die Angehörigen des öffentlichen Dienstes. Dies ist jedoch erforderlich, um nicht für einzelne Berufsgruppen Sonderregelungen zu beschließen. Was der freien Wirtschaft zugemutet werden muß, wird jetzt auch für den öffentlichen Dienst vollzogen.

In der ersten Lesung des Gesetzentwurfs am 18. Juni wurde vom Kollegen Gerd Zimmermann alles Notwendige gesagt. Inzwischen sind keinerlei Veränderungen eingetreten. Somit kann ich in vollem Umfang auf die damals gemachten Ausführungen verweisen.

Die CDU-Fraktion stimmt dem Gesetzentwurf der Landesregierung einstimmig zu.

Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen: Sehr geehrte Damen und Herren, die Verwaltungsvorgänge in den Landesbehörden sind in vielen Fällen noch antiquiert, zum Beispiel die Abrechnungspraxis bei Reisekosten, Tagegeldern und ähnlichem. Der vorgelegte Gesetzentwurf geht hier Schritte in die richtige Richtung.

Erstens: Die Pauschalierung der Abrechnung. Eine moderne Verwaltung muß Sachverhalte effizient erledigen, das heißt Pauschalierung. Daß dabei die Reisekostenstufen fallen, ist besonders erwähnenswert. Die Stufung war sachlich nicht mehr begründbar, sondern nur aus einem alten Privilegiendenken gespeist. Die Pauschalierung ohne Abhängigkeit von der Hierarchiestufe des Antragstellers ist eine längst notwendige Reform.

Zweitens: Die Harmonisierung von Steuer- und Reisekostenrecht. Eine unterschiedliche Handhabung ist nicht nur verwaltungstechnisch aufwendig, sondern ist auch nicht einsichtig. Die Begründung für die Steuerfreiheit liegt in der Notwendigkeit der Kosten für die Ausübung der Arbeit. Die gleiche Begründung gilt auch bei den Reisekostenvergütungen. Bei gleichen Begründungstatbeständen ist die Harmonisierung von Steuerrecht und Beamtenrecht notwendig. Daß man sich in der derzeitigen Finanzlage auf das niedrigere Niveau des Steuerrechts festlegt, ist aus finanzpolitischer Sicht nachvollziehbar.

Es gibt aber auch negative Seiten. Ich nenne zwei Punkte:

Erstens: Es darf nicht wegdiskutiert werden, daß die 7 Millionen DM Einsparungen, die dem Landshaushalt wohl-tun, von den Beamtinnen und Beamten des Landes bezahlt werden. Die Sicherheit des Arbeitsplatzes wird zwischenzeitlich durch Besoldungs- und Zulagenkürzungen verrechnet. Dies ist in der derzeitigen Arbeitsmarktlage vertretbar. Es ist auch deshalb vertretbar, weil zusätzlich ein hoher Verwaltungsaufwand abgebaut werden kann, so daß es zusätzliche Einspareffekte gibt.

Mir machen allerdings die niederen Einkommen von Beamtinnen und Beamten des einfachen und mittleren Dienstes Sorgen. Gerade bei den Berufsanfängern mit den nie-

(Marianne Erdrich-Sommer)

deren Dienstaltersstufen muß besonders aufgepaßt werden, ob die Besoldung ohne Tagegelder noch ein einigermaßen ausreichendes Einkommen garantiert. Hier ist Prüfung dringend geboten.

Zweitens: Was die Regierung allerdings in Artikel 2 – Änderung des Landesumzugskostengesetzes – will, ist nicht einsichtig. Warum gehen Sie da von dem vernünftigen Grundsatz der gleichen Stufen für alle wie bei Tagegeldern ab? Warum soll ein Beamter in Besoldungsgruppe A 8 zum Beispiel als Umzugspauschale 1 364 DM erhalten, während sein Kollege in A 13 zum Beispiel 1 628 DM erhält? Die Kosten sind für beide gleich; die Erstattung muß daher auch gleich hoch sein.

Die Stufenregelung muß aus diesem Gesetz verschwinden. Sie rührt noch aus der Zeit der obrigkeitsstaatlichen Hierarchie des Beamtentums her.

Die Anpassung der verschiedenen Gesetze durch Pauschalisierung und Angleichung von Steuer- und Besoldungsrecht ist insgesamt ein gangbarer Weg, und die Verwaltungsvereinfachung ist zu begrüßen. Allerdings fehlen wichtige Reformschritte, ohne die das Gesetz nicht akzeptabel ist: erstens Überprüfung der Besoldung des einfachen und mittleren Dienstes auf Auskömmlichkeit, zweitens Abbau der Stufung bei den Umzugskosten.

Deshalb lehnen wir das Gesetz – zunächst Artikel 2 und dann insgesamt – ab.

Abg. Kleinmann FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es gibt aus der Sicht der FDP/DVP-Fraktion einige wesentliche Punkte, die für eine Veränderung des bestehenden Reisekostenrechts sprechen.

Erstens: Der Bund hat beschlossen, die reisekostenrechtlichen Entschädigungen zur Abgeltung von Verpflegungsmehraufwendungen an die steuerlich berücksichtigungsfähigen Pauschalbeträge anzupassen. Damit wird das Reisekostenrecht an die steuerlichen Regelungen im Einkommensteuergesetz angepaßt.

Zweitens: Der Deutsche Bundestag hat die Länder gebeten, ihre Reisekostengesetze entsprechend anzugleichen. Die meisten Länder, die ein eigenes Landesreisekostenrecht haben, haben inzwischen ein entsprechendes Gesetz verabschiedet bzw. befinden sich im Prozeß der Verabschiedung. Nur in Bayern und Hessen gibt es bisher keine konkreten Überlegungen über ein neues Reisekostenrecht.

Die Gleichbehandlung aller Beamten, egal, ob auf Bundes- oder Landesebene, und egal, in welchem Bundesland, spricht für eine Angleichung des Reisekostenrechts.

Drittens: Ein weiterer wesentlicher Punkt, der für eine Veränderung des Landesreisekostenrechts spricht, ist der erhebliche Verwaltungsaufwand, der mit dem bestehenden Recht zum Teil verbunden ist. Bisher mußten die Beträge, die über das steuerlich berücksichtigungsfähige Niveau hinausgingen, versteuert werden. Dabei hat es sich oft um sehr geringe Beträge gehandelt. Das Landesamt für Besoldung mußte in jedem Einzelfall die Steuer ausrechnen – etwa in Höhe von 14,20 DM – und dann eine neue Gehaltsmitteilung ausstellen.

Viertens: Außerdem hat die Regierungskommission „Verwaltungsreform“ empfohlen, im Landesreisekostengesetz auf die Differenzierung der pauschalen Entschädigungssätze nach Reisekostenstufen zu verzichten.

Fünftens: Bisher wurde unterstellt, daß der „Hunger“ der Beamten je nach Besoldungsgruppe unterschiedlich ist. Die Beamten in den unteren Besoldungsgruppen hatten weniger „Hunger“. Im neuen Reisekostenrecht erhalten alle den gleichen Satz. Es ist sicher sinnvoll, daß allen der gleiche „Hunger“ unterstellt wird.

Sechstens: Ein weiterer aus meiner Sicht entscheidender Punkt spricht für das neue Reisekostenrecht: Der Landeshaushalt wird 1997 um etwa 6 bis 7 Millionen DM entlastet.

Siebtens: Ein wirklich positiver Punkt des neuen Reisekostenrechts ist, daß erstmals das Fahrrad als Transportmittel bei Dienstreisen anerkannt wird. Mit 3 Pfennig pro Kilometer ist die Entschädigung allerdings extrem niedrig. So bezahlt der Bund für Fahrten mit dem Fahrrad 10 Pfennig pro Kilometer. In diesem Punkt wurde nach meiner Auffassung zu Unrecht auf eine Anpassung an das Bundesrecht verzichtet.

Es gibt allerdings auch zumindest zwei Punkte, die zur Änderung des Landesreisekostenrechts kritisch anzumerken sind:

Die Reisekosten sollten dem Beamten einen Aufwand ersetzen, der ihm tatsächlich entstanden ist. Die im Einkommensteuerrecht festgeschriebenen Beträge reichen aber nicht aus, um diese Kosten auch tatsächlich zu decken. In der freien Wirtschaft werden die Kosten normalerweise ersetzt.

In der Vergangenheit hat sich Baden-Württemberg im Bundesrat mit einer Initiative für die Rückkehr zu den alten – höheren – Steuerfreibeträgen eingesetzt, um Nachteile für die Bediensteten durch eine Versteuerung der Tagegelder zu vermeiden. Nun wählen wir den umgekehrten Weg.

Trotz dieser beiden kritischen Punkte stimmt aber die FDP/DVP-Fraktion dem neuen Landesreisekostenrecht – vor allem aufgrund der angespannten Haushaltslage – zu.

Abg. Huchler REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Landesregierung rühmt sich, mit dem vorliegenden Gesetzentwurf einen Beitrag zur Kostenersparnis und zur Verwaltungsvereinfachung geleistet zu haben. Dies hört sich, vor allem in den finanzpolitisch schwierigen Zeiten, in denen wir uns befinden, prinzipiell sehr positiv an. Wenn man aber mal genauer hinsieht, um was es sich hier konkret handelt, muß man sich fragen, ob es nicht viel wichtigere und dringlichere Angelegenheiten in diesem Lande zu regeln gilt, als sich um die Reisekosten und die Umzugskosten der Beamten zu kümmern.

Die Gesetzesänderungen sollen 7 Millionen DM Ersparnis bringen; im zweiten Haushaltsnachtrag gilt es aber, rund eine dreiviertel Milliarde Mark auszugleichen. Sie sehen, dies ist doch nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Wenn man nun anführt, es ginge um eine längst überfällige Gleichstellung des öffentlichen Dienstes mit der freien

(Huchler)

Wirtschaft, so verschweigt man all die zahlreichen anderen Punkte, bei denen der öffentliche Dienst schlechter gestellt ist.

Unabhängig davon werden die Staatsbediensteten gegenwärtig ohnehin schon stark zur Kasse gebeten. Neben einer 40-Stunden-Woche soll ihnen das Weihnachtsgeld spürbar gekürzt werden. Darüber hinaus werden die Beamten wohl nicht umhinkommen, selbst einen Beitrag für ihre Pensionsversorgung zu leisten, und die Ministerialzulage soll ebenfalls gestrichen werden.

Meine Damen und Herren, ich will an dieser Stelle ausdrücklich betonen, daß sich meine Fraktion grundsätzlich für eine sparsame Haushaltsführung einsetzt, aber nicht nur zu Lasten der Bürger, Kommunen oder – wie jetzt – der Landesbediensteten, sondern vor allem bei der aufgeblähten Verwaltungsstruktur und bei zahlreichen Ausgabepositionen. Es wird wahrlich viel Geld für Überflüssiges und Unnötiges ausgegeben, und bei den Diäten hat man ebenfalls nicht gespart.

Zurück zum Gesetzentwurf: Wir Republikaner bewerten als positiv, daß die bisher unterschiedlichen Reisekostenstufen aufgehoben werden sollen. Dies ist wahrlich nicht länger einzusehen. Aber offensichtlich haben Sie von der Landesregierung übersehen, daß beim Landesumzugskostengesetz nach wie vor eine Unterscheidung zwischen den einzelnen Besoldungsgruppen gemacht wird.

Und wenn Sie die Abgeltung der Verpflegungsmehraufwendungen wie geplant absenken, erreichen Sie, daß die Beschäftigten bei Dienstreisen zukünftig draufzahlen müssen. Und dann wird automatisch die Bereitschaft zu Dienstgeschäften spürbar abnehmen. Denn ob man in einer Kantine zum günstigen Preis essen kann oder im auswärtigen Restaurant seine Mahlzeit einnehmen muß, ist ein großer Unterschied. Und diejenigen, die öfters außerdienstlich unterwegs sind, werden von den geplanten Änderungen hart getroffen.

Wir Republikaner werden deshalb diesem Gesetzentwurf nicht zustimmen.

Staatssekretär Rückert: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Kernpunkt des vorliegenden Gesetzentwurfs der Landesregierung zur Änderung des Landesreisekostengesetzes ist die Anpassung der reisekostenrechtlichen Entschädigungen zur Abgeltung von Verpflegungsmehraufwendungen an die steuerlichen Pauschbeträge. Nach dem Steuerrecht können Mehraufwendungen für Verpflegung nur in begrenztem Umfang steuerlich geltend gemacht werden. Die steuerlichen Pauschbeträge betragen bei einer Abwesenheit von 24 Stunden 46 DM, bei einer Abwesenheit von weniger als 24 Stunden, aber mindestens 14 Stunden 20 DM und bei einer Abwesenheit von weniger als 14 Stunden, aber mindestens acht Stunden 10 DM.

Nach der geltenden Regelung im Landesreisekostengesetz liegen die Tagegelder, die die Mehraufwendungen für Verpflegung abdecken sollen, für eintägige Dienstreisen sowie für die An- und Rückreisetage bei mehrtägigen Dienstreisen in der Regel über den steuerlichen Sätzen. Diese die steuerlichen Pauschbeträge übersteigenden Tagegelder

müssen versteuert werden, was mit einem enormen Verwaltungsaufwand verbunden ist.

Durch die Anpassung der Tagegelder an die steuerlichen Pauschbeträge wird sich eine wesentliche Vereinfachung ergeben. Es entfallen der bislang notwendige Abgleich der Tagegelder mit den steuerlichen Pauschbeträgen, der bei jeder Reisekostenabrechnung eine doppelte Berechnung erforderlich macht, die Mitteilung der die steuerlichen Sätze übersteigenden Beträge der Tagegelder an die bezügelnden Stellen und die Durchführung der Mitversteuerung durch die bezügelnden Stellen.

Die Anpassung der Tagegelder an die steuerlichen Pauschbeträge wird auf der anderen Seite für die betroffenen Beamten teilweise zu erheblichen Einschnitten bei der Reisekostenerstattung führen. Dies gilt insbesondere für Beamte, die häufig eintägige Dienstreisen durchführen. Es wird auch nicht verkannt, daß die letzte Anhebung der Tagegelder im Jahre 1986 erfolgte und seitdem die Verpflegungskosten – so die Statistiken – um rund 30 % gestiegen sind.

Die Anpassung der Tagegelder an die steuerlichen Sätze ist aus den folgenden Gründen trotzdem geboten:

Zum einen wird sowohl im Steuerrecht bei den Pauschbeträgen als auch im Reisekostenrecht bei den Tagegeldern auf den Begriff der Verpflegungsmehraufwendungen abgestellt. Die Verpflegungsmehraufwendungen müssen daher aus Gründen der Einheit der Rechtsordnung in beiden Rechtsgebieten in gleicher Höhe festgesetzt werden.

Zum anderen geht die Neuregelung der Tagegelder unter Berücksichtigung der Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs davon aus, daß bei Dienstreisen unter acht Stunden in der Regel kein Verpflegungsmehraufwand entsteht, dies deshalb, weil bei solchen Dienstreisen das Frühstück und das Abendessen im allgemeinen zu Hause eingenommen werden und hinsichtlich des Mittagessens typischerweise die gleiche Situation wie an Arbeitstagen ohne Dienstreise besteht. An Arbeitstagen ohne Dienstreise wird das Mittagessen regelmäßig auch auf eigene Kosten außerhalb der Wohnung in einer Kantine oder Gaststätte eingenommen. Außerdem kann – so der Bundesfinanzhof – ein Verpflegungsmehraufwand dann nicht unterstellt werden, wenn ein Arbeitnehmer an seinem auswärtigen Einsatzort vergleichbare Verpflegungsbedingungen antrifft wie die an diesem Ort gleichbleibend tätigen Arbeitnehmer.

Der Gesetzentwurf enthält bewußt keine Sonderregelung für Außenbedienstete. Die Neuregelung der Tagegelder führt zwar bei Außenbediensteten zu teilweise erheblichen Einschnitten gegenüber der bisherigen Reisekostenerstattung. Jedoch wurden die Tagegelder unter Anpassung an das Steuerrecht so bemessen, daß sie den Verpflegungsmehraufwand bei Dienstreisen und Dienstgängen abdecken. Daher werden auch Außenbedienstete als Vielreisende angemessen entschädigt. Im übrigen würde jede Sonderregelung zu Abgrenzungsschwierigkeiten und zu weiteren Anschlußforderungen und damit zu Problemen in der Verwaltungspraxis führen.

Der Gesetzentwurf enthält außer dem Kernpunkt der Neuregelung der Tagegelder neben redaktionellen Änderungen

(Staatssekretär Rückert)

noch die Einführung einer Antragsgrenze von 100 DM, eine Einschränkung der Kostenerstattung bei Auslandsflügen und die Einführung einer Kilometerpauschale für Dienstfahrten mit dem Fahrrad von 3 Pfennig pro Kilometer.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zum Schluß bleibt mir nur noch die Bitte, daß Sie diesem Gesetzentwurf zustimmen.

*

Stellv. Präsident Weiser: Ich rufe **Punkt 11** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Innenministeriums – Befristetes Bleiberecht für bosnische Auszubildende – Drucksache 12/1582

Ich verweise auf die vom Präsidium festgelegten Redezeiten.

Ich möchte ausdrücklich darauf hinweisen, daß es für Abgeordnete, die ihre Redezeit nicht vollständig in Anspruch nehmen, keine Maßregel gibt.

Wer wünscht das Wort? – Herr Kollege Lorenz, bitte.

Abg. Lorenz SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Im Zusammenhang mit der Rückführung der bosnischen Flüchtlinge haben wir im Land ein Problem, wahrscheinlich auch in den anderen Bundesländern, das die Innenminister, als sie im Januar 1996 zusammenkamen, in seiner Schärfe wohl nicht sehen konnten.

Was wollen wir erreichen? Wir wollen, daß die Jugendlichen, die derzeit im Land in einem Ausbildungsverhältnis sind, unabhängig von dem damaligen, sehr willkürlichen Stichtag 26. Januar 1996 ihre Ausbildung fortsetzen können. Deshalb wollen wir, daß als neuer Stichtag der 1. Mai 1997 eingeführt wird. Das bedeutet, daß auch diejenigen, die dem ursprünglichen Stichtag nicht genügen würden, von ihren Ausbildern im Herbst nicht im Hinblick darauf, daß sie jetzt nur noch eine Duldung haben, hinausgeworfen werden müssen.

Ich fürchte, daß wir sonst bei diesen Kindern und jetzt Jugendlichen ein ganz schlimmes Unrecht anrichten. Ich sage auch deshalb:

(Abg. Käs REP: O Gott!)

Diesen Kindern und Jugendlichen hat man durch die Kriegswirren die Jugend weggenommen. Man hat ihnen die Zukunftschancen weggenommen. Man hat ihnen teilweise die Eltern weggenommen. Man hat ihnen auch persönlich eine ganze Menge Leid zugefügt. Sie haben bei uns wenigstens noch den Strohalm bekommen, ein Ausbildungsverhältnis beginnen zu können. Und jetzt sollen sie aus dieser Zukunftshoffnung auch wieder hinausgeworfen werden, bloß weil man damals den Ablauf dieses ganzen Vorgangs in seiner Tragweite nicht übersehen konnte. Auch der Innenminister muß unterdessen eingestehen, daß die ursprünglich vorgesehene Geschwindigkeit der Rückführung nicht einzuhalten ist.

Wir wissen genau, daß diese Jugendlichen ihre Ausbildung in Bosnien nicht fortsetzen können. Dort gibt es keine Ausbildungsplätze. Ein anderes Problem sind diejenigen, die derzeit in der Schule sind; denn es gibt in Bosnien auch keine funktionierenden Berufsschulen. Ich habe selber Schulen gesehen, in denen immer noch keine Fensterscheiben drin sind, geschweige denn Lehrer, und in denen zum Teil noch Minen sind, weshalb man Kinder und Jugendliche nicht hineinlassen kann. Das heißt also, wir würden ein ganz schlimmes Unrecht an diesen Jugendlichen begehen, wenn wir sie nicht wenigstens die Ausbildung hier fortsetzen ließen.

Wir sagen doch immer: „Die sollen ihr Land aufbauen.“ Wollen wir sie daran hindern, etwas zu lernen, mit dem sie später ihr Land aufbauen können? Es hat doch nichts mit Logik zu tun, wie wir mit diesen Jugendlichen umgehen.

Man muß einmal erlebt haben, wie es ist, wenn ein junges Mädchen bei einem in der Sprechstunde ist und die Tränen herausquellen, weil man ihr sagen muß: „Ich kann dir nichts garantieren.“

(Abg. Hehn CDU: Das kennen wir!)

Wahrscheinlich mußt du deinen Ausbildungsplatz aufgeben.“ Es ist doch schlimm, was wir anrichten.

(Abg. Deuschle REP: Wir? – Abg. Hehn CDU:
Das hat ihr Volk gemacht, nicht wir!)

Deshalb möchte ich, daß Sie darüber noch einmal nachdenken.

(Abg. Hehn CDU: Ja!)

Der Antrag ist insofern dringlich, als wir für eine Fortsetzung im Herbst eine Entscheidung brauchen.

Ich hoffe, daß so viel Einsicht vorhanden ist, auch noch über etwas anderes nachzudenken. Wie sollen sich solche jungen Menschen später an die Bundesrepublik zurückerinnern,

(Abg. Deuschle REP: Ach!)

wenn ihnen so etwas angetan wird?

(Abg. Käs REP: Unerträglich!)

Wie sollen sie sich später, wenn aus ihnen in diesem künftig vielleicht einmal friedlichen neuen Land möglicherweise doch etwas wird, an die Bundesrepublik erinnern können oder wollen, wenn sie selber einmal nach wirtschaftlichen Verbindungen suchen? Werden sie dann bei möglichen Aufträgen und bei möglicher Zusammenarbeit zuerst an die Bundesrepublik denken? Das glaube ich nicht. Da gibt es andere Länder, die sich dann wohl eher anbieten.

(Abg. Deuschle REP: Die nichts gemacht haben über fünf Jahre!)

Ist es nicht sinnvoll, wenigstens diesen Jugendlichen einen positiven Start in dieses hoffentlich friedliche neue Land zu ermöglichen, sie persönlich zu unterstützen und ihnen die Ausbildung zu erlauben?

(Lorenz)

Deshalb bitte ich Sie ganz herzlich: Stimmen Sie diesem Antrag zu. Sie tun damit jungen Leuten wirklich etwas außerordentlich Gutes.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Schmid.

Abg. Roland Schmid CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als sich die Innenminister der Bundesländer am 26. Januar 1996 auf den Grundsatz verständigten, diejenigen, die eine Ausbildung begonnen haben und bei denen damit zu rechnen ist, daß sie in der nächsten Zeit zu einem Abschluß kommen werden, von der Rückführung auszunehmen, haben sie bereits eine Abwägung getroffen, eine Abwägung zwischen dem Rückführungsinteresse unseres Landes und der Chance auf eine qualifizierte Ausbildung. Möglicherweise, Herr Lorenz, hat man zu diesem Zeitpunkt auch ein wenig daran gedacht, daß sich die Versorgung mit Lehrstellen in der Bundesrepublik Deutschland nicht ganz so rosig darstellt, wie man es sich wünscht. Jedenfalls: Dem Grundanliegen der Antragsteller ist mit dieser Abwägung Rechnung getragen worden.

(Abg. Weimer SPD: Wir reden von bestehenden Ausbildungsverhältnissen! – Zuruf des Abg. Heiler SPD)

Worum es jetzt noch geht, wo die Differenz zwischen Ihnen und uns liegt, ist im Prinzip nur noch der Streit um einen Stichtag, um die Frage, wo er liegen soll. Bei dieser Problematik wissen wir alle: Ein Stichtag ist nicht geeignet, jedem Einzelfall gerecht zu werden. Er dient vielmehr dazu, eine Problematik allgemein zu regeln, so daß die Mehrzahl der Fälle vernünftig und praktikabel gelöst werden kann.

Herr Lorenz, in Baden-Württemberg stellt sich die Problematik in der Schärfe, wie sie von Ihnen dargestellt worden ist, überhaupt nicht. In Baden-Württemberg wurde mehr getan als in anderen Bundesländern. Bei uns ist nicht die Lösung getroffen worden: Stichtag plus Fertigwerden in nächster Zeit. Bei uns ist vielmehr die Lösung getroffen worden: Stichtag plus komplette Ausbildungszeit, das heißt 1996 plus möglicherweise drei oder dreieinhalb Jahre. Dies ist beileibe großzügiger, als andere Bundesländer verfahren. Baden-Württemberg begünstigt nicht nur einen kleinen, sondern einen großen Teil der Auszubildenden, die betroffen sind.

Ich denke, man kann mit Fug und Recht sagen, daß die Erinnerung der Auszubildenden aus diesem Gebiet, die hier ihre Ausbildung machen, an Baden-Württemberg besser sein wird als die an andere Bundesländer, wo teilweise Kollegen von Ihnen die Verantwortung tragen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Ich sehe für meine Fraktion hier keinen weiteren Spielraum, weil wir bereits so viel getan haben. Wir können nicht zu einem größeren Entgegenkommen bereit sein. Wir wollen uns in Baden-Württemberg positiv von anderen

Bundesländern abheben, aber nicht eine extreme Sonderrolle spielen. Wir sind schon heute besser als andere. Wir sollten uns darauf festlegen und dies so beibehalten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Wintruff SPD: Da hätte ich an Ihrem Geburtstag mehr erwartet!)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Frau Abg. Thon.

Abg. Renate Thon Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dem vorliegenden Antrag der SPD zuzustimmen und sicherzustellen, daß allen bosnischen Auszubildenden, die ihre Ausbildung vor dem 1. Mai 1997 begonnen haben, bis zur Beendigung ihrer begonnenen Ausbildung ein befristetes Bleiberecht gewährt wird, fällt meiner Fraktion nicht schwer.

(Abg. Deuschle REP: Das überrascht uns nicht!)

Wir sollten das Damoklesschwert der drohenden Abschiebung von den jungen Auszubildenden nehmen, sie ihre Ausbildung beenden lassen und ihnen diese Chance geben. Es gibt gute Gründe dafür.

Erstens: Es ist noch immer sehr schwierig, in dieses Land, das noch sehr zerstört ist, zurückzuführen. Das Beispiel Republika Srpska, wohin bis zum 30. September nicht abgeschoben werden darf, bildet hier das Extrem. Aber es gibt auch andere Gegenden, in denen die Gegebenheiten nicht so sind, daß man massenhaft zurückführen kann, was hier so gesehen wird. Auch Herr Schäuble hat in diesem Haus schon davon gesprochen, daß Massenabschiebungen nicht möglich sind.

Zweitens: Den Auszubildenden aus Bosnien zu gestatten, ihre begonnene Ausbildung zu beenden, ist für die Betroffenen sehr wichtig. Ich denke, es ist auch für deren Arbeitgeber wichtig. Daher ist schnellstens Klarheit zu schaffen.

Drittens: Eine Ausbildung zum Facharbeiter oder zur Facharbeiterin bedeutet für die jungen Menschen eine sehr gute Mitgift für ihre Rückkehr.

(Beifall der Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen)

Sie können später in ihrem Heimatland gute Aufbauhilfe leisten, und diese hat Bosnien bitter nötig.

(Zuruf des Abg. Roland Schmid CDU)

Ausbildung zu gewährleisten ist sozusagen eine sehr gute Rückkehrhilfe.

In Bosnien herrscht nach wie vor sehr große Arbeitslosigkeit,

(Zuruf von den Republikanern: In Deutschland auch!)

und ich denke, daß Facharbeiter und Facharbeiterinnen, die hier eine Ausbildung im dualen System durchlaufen haben, später auch in der Lage sein dürften, vielleicht Existenzen zu gründen und Arbeitsplätze zu schaffen. Zahlenmäßig dürften diese jungen Leute auch keine große Rolle spielen.

(Renate Thon)

Ich appelliere an die Regierungsfractionen, diesem SPD-Antrag zuzustimmen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Dr. Glück.

Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! In Deutschland wurden knapp 350 000 Flüchtlinge aus Bosnien aufgenommen, etwas mehr als 50 000 hier in Baden-Württemberg. Ich denke, das sind Zahlen, die sich sehen lassen können, und ich möchte ausdrücklich betonen: Ich stehe dazu; es war richtig, in Kriegszeiten so zu verfahren. Das ist überhaupt keine Frage.

(Abg. Renate Thon Bündnis 90/Die Grünen: Gut!)

Es darf aber auch kein Zweifel daran bestehen – das sind wir auch der Bevölkerung schuldig –, daß diese Menschen wieder zurückgehen müssen, sobald sie zurückgehen können. Das ist für mich eine Frage des sozialen Friedens in Deutschland. Das ist aber auch eine Frage der Mithilfe am Aufbau des eigenen, sehr geschundenen Landes.

(Abg. List CDU: Sehr richtig! – Abg. Weimer SPD: Soweit sind wir d'accord!)

– Selbstverständlich, darüber sind wir uns einig.

Frau Thon, es versteht sich von selbst, und Sie haben darauf hingewiesen, daß es natürlich nicht möglich ist, beispielsweise mit der falschen Ethnik in das Gebiet der sogenannten Republik Srpska abzuschieben, obwohl das natürlich Mutterland Bosnien-Herzegowinas ist – eine verrückte Konstruktion.

Meine Damen und Herren, je länger diese Menschen bei uns sind, um so enger werden die Verbindungen und Verflechtungen. Diese bestehen bei der Arbeit, in Form von persönlichen Freundschaften, durch die Sprache, die Schule und auch in der Ausbildung.

Gerade die Ausbildung stellt eine besondere Situation dar. Sie ist sowohl eine Integration bei uns, aber sie ist auch eine hervorragende Voraussetzung in Bosnien, um das Land mit aufzubauen und um auch selbst besser wieder Fuß fassen zu können. Das ist für mich eine ganz, ganz wichtige Sache.

Es gibt dort unten Flüchtlingslager. Gerade die Wohnungen, die Häuser sind eine Engstelle, die es mit abzubauen gilt. Es ist für uns deshalb logisch und sinnvoll, daß man nicht nur Geld in diese Region gibt, sondern daß man auch dafür Sorge trägt, daß diese Menschen ihre Ausbildung abschließen können.

Nun kann man sich natürlich über den Zeitpunkt streiten; das ist überhaupt keine Frage.

(Zuruf von den Republikanern: Das sollte man aber nicht!)

Ich erkenne aber auch nicht das Problem – auf dieses will ich noch einmal besonders hinweisen –, dem die Auslän-

derbehörden gegenüberstehen, die gezwungen sind, Leute fortzuschicken, die aber gleichzeitig mit einer Fülle von Ausnahmeregelungen zu kämpfen haben: Der eine kann nicht zurückgeschickt werden, weil er aus dem falschen Ort kommt; der nächste kann nicht zurückgeschickt werden, weil er die falsche Ethnik hat, andere können aus anderen Gründen nicht abgeschoben werden. Jetzt kommt noch einmal ein Kriterium für die Ausländerbehörde hinzu: Derjenige, der schon einen Ausbildungsvertrag hat, kann ebenfalls nicht zurückgeschickt werden. Ich meine aber, die Ausländerbehörden müssen damit fertig werden.

(Abg. Heiler SPD: Das haben wir auch nicht beantragt!)

Nun sind wir aber der Meinung, daß diese Verlängerung nicht bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag gelten kann.

(Abg. Weimer SPD: Der Sankt-Nimmerleins-Tag ist auch nicht der Inhalt des Antrags!)

Die Innenministerkonferenz vom 26. Januar 1997, an der auch Ihre Innenminister beteiligt waren, faßte damals den Beschluß: Wer in diesem Augenblick einen Ausbildungsvertrag hat, darf die Ausbildung abschließen.

Es gab dann noch Unterschiede zwischen den Ländern. Manche Länder haben diese Regelung sehr restriktiv angewandt und hinzugefügt: Wer einen Ausbildungsvertrag hat und innerhalb eines Jahres oder innerhalb von zwei Jahren fertig wird, darf hierbleiben.

Ich bin froh darüber, daß wir in Baden-Württemberg die großzügige Lösung angewandt haben. Wir haben zwar diesen Stichtag, zu dem ich stehe, aber gleichzeitig die Aussage: Jeder, der in unserem Bundesland einen Vertrag hat, darf bis zum Ende seiner Ausbildung bleiben. Dieser Weg erscheint mir richtig, aber auch ausreichend.

(Beifall bei der SPD und der CDU – Abg. List CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Wilhelm.

Abg. Wilhelm REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Eigentlich wollte ich dem freundlichen Hinweis des Herrn Präsidenten Folge leisten und meine Redezeit nicht voll ausnützen,

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Das wäre auch besser so!)

weil es sich in der Tat nicht lohnt, über einen so durchsichtigen Antrag Worte zu verlieren.

Aber das, was der Herr Genosse Lorenz hier abgelaßen hat,

(Abg. Heiler SPD: Ihr Herr Genosse ist das nicht!
– Abg. Wintruff SPD: Das verbitten wir uns von Ihnen!)

war so unerhört, daß ich es hier im Interesse des deutschen Volkes mit aller Entschiedenheit zurückweisen muß.

(Wilhelm)

(Glocke des Präsidenten – Abg. Wintruff SPD:
Herr Präsident, das kann man doch nicht durchgehen lassen!)

Herr Lorenz, nehmen Sie bitte zur Kenntnis, daß Deutschland den Krieg gegen Jugoslawien nicht angefangen hat.

(Glocke des Präsidenten)

Nehmen Sie zur Kenntnis, daß Deutschland an den ethnischen Säuberungen im ehemaligen Jugoslawien nicht beteiligt war. Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, daß Deutschland mehr sogenannte Bürgerkriegsflüchtlinge aufgenommen hat

(Abg. Weimer SPD: Was heißt „sogenannte“?)

als jedes andere europäische Land.

(Abg. Heiler SPD: Aber nicht pro Kopf!)

Machen Sie meinetwegen in Ihrem Betroffenheitsritual eine Ein-Mann-Lichterkette, aber verschonen Sie uns mit diesen – –

(Abg. Weimer SPD: Sie sind doch ein dummes
Arschloch! – Abg. Rapp REP: Herr Präsident! –
Glocke des Präsidenten)

– Herr Weimer, so deutlich wollten wir eigentlich nicht wissen, aus welchem Haus Sie kommen.

Meine Damen und Herren, ich glaube, an dieser Stelle – –

Stellv. Präsident Weiser: Herr Abgeordneter, ich darf Sie bitten, Ihre Rede sachlich weiterzuführen. Ich will auf eine Rüge gegenüber dem Abg. Weimer verzichten, weil Sie zu stark provoziert haben.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr gut!)

Abg. Wilhelm REP: Herr Präsident, ich bin einigermaßen überrascht. Aber wenn Ausdrücke wie „Arschloch“ hier zur Gepflogenheit gehören, dann nehme ich das gern zur Kenntnis.

Im übrigen kann mich ein Genosse Weimer nicht beleidigen.

Stellv. Präsident Weiser: Moment! Ich habe von „Gepflogenheit“ überhaupt nicht gesprochen. Solche Reden, wie Sie sie halten, werden hier in diesem Haus Gott sei Dank auch nicht zur Gewohnheit.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CDU)

Abg. Wilhelm REP: Ich bin von der linken Seite her nicht beleidigungsfähig.

Ich möchte hier an dieser Stelle ein paar Worte zu dem Begriff „Bürgerkriegsflüchtling“ verlieren.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Sie sollten zum Thema sprechen! – Gegenruf des Abg. Heiler SPD: Das braucht er nicht!)

Ein Flüchtling ist jemand, der aus seiner Heimat vertrieben wird. Das kann selbstverständlich auch durch Krieg sein.

Es muß auf jeden Fall eine Fluchtursache vorliegen. Wenn diese Fluchtursache nicht beseitigt werden kann, dann wird aus einem Flüchtling ein Vertriebener. Wenn die Fluchtursache aber beseitigt ist, dann ist er kein Flüchtling mehr, und dann muß er unser Land verlassen.

Jeder Bürgerkriegsflüchtling, der nach Deutschland gekommen ist, tat dies in dem klaren Wissen, daß sein Aufenthalt hier nur von begrenzter Dauer sein kann. Da in diesem Jahrhundert nicht mehr damit zu rechnen ist, daß es 30- oder gar 100jährige Kriege gibt, war der Zeitraumen überschaubar. Ich finde, daß nicht der deutsche Staat verantwortungslos handelt, wenn er jetzt diese Leute zurückschickt, sondern daß zu einem großen Teil auch die Eltern dieser jungen Menschen verantwortungslos handeln, die die jungen Leute, anstatt sie auf die Zeit nach dem Krieg in ihrer Heimat vorzubereiten,

(Zuruf der Abg. Birgit Kipfer SPD)

hier in eine Lehre geschickt haben.

(Widerspruch bei der SPD – Abg. Birgit Kipfer SPD: Menschenverachtend!)

Im übrigen teilen sie dieses Schicksal, keine Lehre machen zu können, mit Hunderttausenden deutscher Soldaten, die nach dem Krieg auch keine Chance gehabt haben, eine Lehre zu beginnen.

(Abg. Wintruff SPD: Ein Menschenverächter sind Sie doch!)

– Jetzt frage ich mich: Was ist an dieser Einstellung menschenverachtend?

(Abg. Dr. Caroli SPD: Alles! – Abg. Heiler SPD: Ihre ganze Rede! Ihre gesamte Rede vom ersten bis zum letzten Satz ist menschenverachtend!)

Jetzt sage ich Ihnen eines: Die Bundesrepublik Deutschland hat gewährleistet, daß diese Menschen über Jahre hinweg in Freiheit und Sicherheit leben konnten, während in Jugoslawien in einem grausamen Krieg Kinder von Granaten zerfetzt wurden, junge, 16-, 17-, 18jährige Soldaten ihr Leben verloren.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Was hätten Sie denn gemacht?)

Meine Damen und Herren, ich glaube, angesichts eines solchen Schicksals ist das Schicksal, nur eine Lehrstelle zu verlieren, geringfügig.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat der Herr Innenminister.

Innenminister Dr. Schäuble: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist schade, daß die Debatte jetzt so an Schärfe gewonnen hat. Das zeigt auch, wie schwierig das ganze Problem für alle Beteiligten ist, für die betroffenen Bürgerkriegsflüchtlinge, aber auch für uns Deutsche, übrigens auch für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Ausländerbehörden, in den Bezirksstellen, in den Bera-

(Minister Dr. Schäuble)

tungsstellen, die sich ja oft auch sehr schlimmen Angriffen ausgesetzt sehen und Beleidigungen über sich ergehen lassen müssen und denen ich von dieser Stelle aus auch einmal herzlich danken will.

(Beifall bei der CDU – Abg. Heiler und Abg. Birgit Kipfer SPD: Wer beleidigt wen?)

Ich glaube, das Anliegen, daß die erwähnten jungen Menschen die Chance haben sollen, eine Ausbildung zu absolvieren, wird allgemein geteilt. Intern hat dieses Anliegen auch dazu geführt, daß am 26. Januar 1996 ein Beschluß der Innenministerkonferenz in einer Sondersitzung zustande gekommen ist. Weil man nämlich den jungen Menschen diese Chance geben wollte, haben sie mit dem Beschluß vom Januar 1996 die Privilegierung erhalten, daß sie *ex pressis verbis* zunächst einmal von der Rückführung ausgenommen wurden. Diesen Beschluß hat das Land Baden-Württemberg auch umgesetzt; übrigens ist in diesem Bereich kein anderes Bundesland großzügiger als wir.

Das heißt, wer am 26. Januar 1996 die Ausbildung begonnen hatte, kann bis zur vollständigen Beendigung der Ausbildung hierbleiben. Lehren dauern drei Jahre und manchmal sogar länger. Das heißt im Klartext: Die jungen Menschen können bis Anfang oder sogar Mitte 1999 bei uns bleiben.

Wenn man den Stichtag auf Mai 1997 verschieben will, verstehe ich durchaus das moralische Anliegen, das dahintersteht. Aber das wiederum würde bedeuten – darüber müssen wir uns im klaren sein –, daß junge Bürgerkriegsflüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina bis Mitte des Jahres 2000 oder, wenn die Ausbildung länger als drei Jahre dauert, sogar bis Ende des Jahres 2000 bei uns bleiben könnten.

Dann wird so sicher, wie das Amen in der Kirche kommt, folgendes geschehen: Bei dem Personenkreis, der dann sieben, acht Jahre oder vielleicht noch länger in Deutschland sein wird, wird man gegen Ende des Jahres 2000 mit hoher Wahrscheinlichkeit die Diskussion bekommen, . . .

Stellv. Präsident Weiser: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Heiler?

Innenminister Dr. Schäuble: . . . ob das nicht Härtefälle sind, für die eine Altfallregelung geschaffen werden muß, wie wir das ja schon öfter erlebt haben.

Herr Präsident, Sie brauchen mich nicht mitten im Satz zu unterbrechen. – Bitte.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Der Minister rügt den Präsidenten!)

Abg. Heiler SPD: Herr Minister, ist Ihnen die Zahl der Jugendlichen aus Bosnien-Herzegowina bekannt, die sich derzeit in Ausbildung befinden, und ist Ihnen die Zahl für die Zeit zwischen dem 26. Januar 1996 und dem Stichtag, den wir beantragt haben, bekannt? Ich frage das, damit wir uns vielleicht einmal über die Größenordnung unterhalten können.

Innenminister Dr. Schäuble: Herr Kollege Heiler, wir haben uns in der Vorbereitung auf diese Plenarsitzung um die Zahlen bemüht. Sie waren aber in der Kürze der Zeit nicht zu ermitteln. Das hätte wohl auch einen ganz großen Verwaltungsaufwand bedingt.

Ich muß an dieser Stelle einmal fast eine Entschuldigung an die Adresse der Ausländerbehörden sagen: Weil wir auf diesem Gebiet immer einen großen Wissensbedarf haben, traktieren wir alle Ausländerämter in Baden-Württemberg mit permanenten Erhebungen.

Ich bitte, einen weiteren Gesichtspunkt zu sehen: In vielen Fällen leben die Jugendlichen in einer Familie und haben jüngere Geschwister. Es wird sich dann wiederum die automatische Folge ergeben, daß man sagen wird: Dann müssen auch die jüngeren Geschwister, die ja in Deutschland bleiben werden, die Chance einer Ausbildung erhalten. Dies wird zu einer weiteren Perpetuierung führen.

(Abg. Heiler und Abg. Birgit Kipfer SPD: Das steht nicht im Antrag!)

– Herr Heiler, ich möchte Ihnen gar nichts unterstellen; aber mit Sicherheit würde die Frage kommen: Was passiert eigentlich mit den jüngeren Geschwistern, die auf Jahre hinaus noch in Deutschland bleiben und um deren Ausbildung man sich dann ja auch sorgen muß?

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Da gibt es doch organisatorische Möglichkeiten!)

– Nein, ich glaube, daß man die Folgen ganz offen ansprechen muß, die sich ganz automatisch ergeben werden, so wie auf A B, C und D folgen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Zum Schluß kommt etwas anderes hinzu; es wurde schon gesagt – es wird auch, glaube ich, von der antragstellenden SPD überhaupt nicht bestritten –: Wir haben in diesem Punkt eine klare Beschlußlage der Innenministerkonferenz, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, zum letzten Mal im März 1997, also im März dieses Jahres, bestätigt. Sie alle wissen, daß bei den Innenministern das Prinzip der Einstimmigkeit gilt; das heißt, wir haben überhaupt keine Gelegenheit, hier einen Alleingang zu machen. Auch dieser Gesichtspunkt spricht dafür, daß wir den Antrag ablehnen müssen.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Heiler SPD)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Lorenz.

(Unruhe)

Abg. Lorenz SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich darf die Kolleginnen und Kollegen aufklären: Vorhin habe ich zur Begründung des Antrags gesprochen, ich habe aber noch meine volle Redezeit zum Antrag. Ich sage dies, falls Sie wegen dieser 5 Minuten Ihr Ferienglück in Gefahr sehen.

(Lorenz)

(Unruhe und Zurufe, u. a. Abg. Roland Schmid
CDU: Wir sind froh, daß es Sie gibt!)

Ich weiß nicht, ob Sie die Begründung gelesen haben. In der Begründung steht: „Ein weiteres Bleiberecht für deren Familienangehörige ist nicht vorgesehen.“

Wieso war es sinnvoll, dies in die Begründung zu schreiben? Wenn die jungen Leute derzeit in einer Ausbildung sind, bekommen sie Ausbildungsbeihilfe. Damit ist auch ihr Lebensunterhalt gesichert. Vielfach leben sie auch in Familien von Verwandten, die gar keine Flüchtlinge sind. Das heißt, ein Problem stellt sich überhaupt nicht. Es ist jederzeit möglich, daß die speziell ihre Ausbildung fortsetzen können.

Zweitens: Wir haben jetzt auch festgestellt, daß wir über eine Zahl reden, die wir gar nicht kennen. So groß kann die Zahl derer, die jeweils aus Bosnien-Herzegowina in den einzelnen Berufsschulklassen sind, nach meinen Erfahrungen aber gar nicht sein: Mal ist es eine Person, mal gar keine, mal sind es zwei Personen. Es sind relativ wenige. Aber trotzdem sollten wir erlauben, daß sie ihre Ausbildung beenden können. Es handelt sich also mengenmäßig überhaupt nicht um eine Dramatik, sondern es handelt sich um ein menschliches Problem von relativ wenigen jungen Leuten.

(Abg. Heiler SPD: So ist es nämlich!)

Wer dadurch eine große Belastung für das Land Baden-Württemberg sieht, sieht das völlig falsch. Denn was wird mit großer Wahrscheinlichkeit passieren? Es wird so sein, daß der Innenminister und die Innenminister der anderen Bundesländer die Rückführungsziele mengenmäßig nicht einmal ungefähr erreichen können.

Heute waren Generäle der SFOR im Haus.

(Abg. Teßmer SPD: Das sind sie noch!)

Sie haben klar erklärt, daß die Lager voll sind und daß das Hineinpressen von Flüchtlingen in das Land zur weiteren Destabilisierung beiträgt. Führen wir also nicht gerade dorthin auch noch junge Leute zurück, die hier in einer Ausbildung positiv aufgehoben sind und die hier nicht in Gefahr sind, als junge, aktive Leute von der Mafia kassiert zu werden. Es besteht nämlich jetzt in Bosnien-Herzegowina eine große Gefahr: Der, der einigermaßen beweglich ist, ist bei der Mafia – und die wird aufgebaut, aber nicht die Ausbildung. Lassen Sie diese jungen Menschen hier. Die große Wahrscheinlichkeit ist nämlich, daß diese jungen Menschen im Herbst entlassen werden und trotzdem noch genauso lange da sind, wie ihre Ausbildung gedauert hätte, und daß sie zuschauen müssen, wie andere, ihre Kolleginnen und Kollegen, ihre Ausbildung beenden können.

Und noch ein Argument gilt: Diese jungen Leute haben im letzten Jahr auch auf einen Ausbildungsplatz warten müssen. Sie haben ihn auch nicht sofort bekommen. Sie waren auch in Berufsfachschulen zwischengeparkt und hatten vielleicht im letzten Herbst das Glück, eine Ausbildungsstelle bekommen zu haben. Lassen Sie ihnen bitte das Glück.

An dieser Stelle wiederhole ich mich gern, und ich hoffe, daß man in solch einer Frage auch einmal über Fraktions Schatten springen kann und jeder einzelne in solch einer Situation selber darüber nachdenkt, wie er über einen solchen Antrag abstimmt. Ich halte es fast für eine Gewissensfrage, darüber abzustimmen, ob man diesen jungen Leuten doch eine Chance gibt.

(Abg. Roland Schmid CDU: Bleiben Sie doch auf dem Teppich!)

– Herr Kollege Schmid, Ihre Abstimmung ist mir von vornherein klar gewesen,

(Zuruf des Abg. Roland Schmid CDU)

aber es gibt in diesem Haus ja Gott sei Dank auch noch andere Kolleginnen und Kollegen Ihrer Fraktion, mit denen man über solche Fragen sehr vernünftig reden kann und die sehr wohl zugeben, daß bei aller notwendigen Deutlichkeit in der Politik menschliche Härte auch Grenzen haben muß.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen damit zur Abstimmung oder zur geschäftsordnungsgemäßen Behandlung des Antrags.

(Abg. Sieber CDU: Abstimmen!)

– Es wird der Antrag auf Abstimmung gestellt.

Wer dem Antrag der SPD zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Damit ist der Antrag abgelehnt.

Meine Damen und Herren, ich bitte jetzt um eine Minute Ruhe im Plenum.

(Abg. Heiler SPD: Ausnahmsweise!)

– Ich finde das wirklich nicht lustig. Der Verlauf der Debatte wurde dem eigentlichen Anliegen des Antrags nicht gerecht. Ich möchte das ausdrücklich festhalten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen)

Es gibt wenige, die hier als Redner nicht versucht haben, Öl in das Feuer zu gießen.

Ich werde den Verlauf dieser Debatte und auch die dabei gemachten Äußerungen in der nächsten Sitzung des Präsidiums des Landtags ansprechen, weil ich nicht glaube, daß man über diese Dinge einfach so hinweggehen kann. Ich wollte aber nicht durch eine entsprechende Festlegung eine weitere Verschärfung der Debatte herbeiführen.

(Abg. Keitel CDU: Auch Rote dürfen sich nicht zu einem solchen Ausdruck hinreißen lassen!)

– Es ist völlig überflüssig, jetzt mit Zwischenrufen die Auseinandersetzung fortzusetzen. Ich habe erklärt, wie das im Präsidium behandelt wird.

(Stellv. Präsident Weiser)

Die CDU hat den Antrag auf die Aktuelle Debatte unter Tagesordnungspunkt 12 zurückgezogen.

Ich rufe **Punkt 13** der Tagesordnung auf:

Beschlußempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 12/1675, 12/1676, 12/1677, 12/1678, 12/1679, 12/1680, 12/1686

– Sie stimmen den Beschlußempfehlungen zu.

Ich rufe **Punkt 14** der Tagesordnung auf:

Beschlußempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksachen 12/1651, 12/1660

– Sie stimmen den Beschlußempfehlungen zu.

Ich rufe **Punkt 15** der Tagesordnung auf:

Kleine Anfragen – Drucksachen 12/1412, 12/1452, 12/1618, 12/1619, 12/1648

Die Kleinen Anfragen wurden in der Zwischenzeit schriftlich beantwortet, oder die Fragesteller haben sich mit einer Fristverlängerung einverstanden erklärt.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende der heutigen Tagesordnung. Dies war die letzte Plenarsitzung vor der Sommerpause. Ich wünsche allen eine gute Heimfahrt, eine erholsame Sommerpause und hoffe, daß wir mit etwas kühleren Köpfen die nächste Plenarsitzung gemeinsam über die Runden bringen können.

Nochmals herzlichen Dank. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß: 19.18 Uhr

Vorschlag

der Enquetekommission „Jugend – Arbeit – Zukunft“
für die Wahl der externen Mitglieder

Zur Wahl werden vorgeschlagen:

I. Ordentliche Mitglieder:

- | | |
|---------------------------------|--|
| 1. Frau Gertrud Eisele | Jugendamtsleiterin, Karlsruhe |
| 2. Herr Dr. Martin Fredrich | Geschäftsführer Abteilung „Berufsbildung“ bei der
IHK Stuttgart |
| 3. Herr Mirko Geiger | IG Metall, Bezirksleitung Stuttgart |
| 4. Herr Andreas Renner | Oberbürgermeister der Stadt Singen |
| 5. Frau Susanne Schneider-Riede | Landesjugendpfarrerin, Karlsruhe |
| 6. Frau Barbara Stanger | Landesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit,
Caritasverband Freiburg |
| 7. Herr Peter Thomas | Landesjugendring, Bund der katholischen
Jugend, Sindelfingen |

II. Stellvertretende Mitglieder:

- | | |
|-----------------------------------|--|
| 1. Herrn Dr. Gerhard Braun | Diplomvolkswirt, Steuerberater,
Geschäftsführer RWT, Reutlingen |
| 2. Herr Günter Bernhard Brutscher | Dekanatsreferent für den Dekanatsverband
Ravensburg |
| 3. Herr Michael Dannenmaier | Stadtjugendreferent Karlsruhe |
| 4. Herrn Ulrich Fellmeth | Liga der freien Wohlfahrtspflege, Diakonisches
Werk Württemberg, Stuttgart |
| 5. Frau Lucia-Maria Herrmann | Bürgermeisterin der Gemeinde Lichtenwald,
Landkreis Esslingen |
| 6. Frau Petra Pfendtner | Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten und
sonstige Träger der offenen Jugendarbeit, Jugend-
hausverein Stuttgart |
| 7. Herr Roland Schinko | DGB Landesbezirk Baden-Württemberg, Stuttgart |

15.07.97

Der Vorsitzende
Braun

Vorschlag

der Fraktion der CDU

Wahl von stellvertretenden Mitgliedern der Enquetekommission „Jugend – Arbeit – Zukunft“

Ausschuß	Funktion	scheidet aus	tritt ein
Enquetekommission „Jugend – Arbeit – Zukunft“	stellvertretendes Mitglied	–	Abg. Ursula Kuri
	stellvertretendes Mitglied	–	Abg. Pfisterer
	stellvertretendes Mitglied	–	Abg. Traub

16.07.97

Günther H. Oettinger und Fraktion